LUXEMBURG 4

GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS 2011

RE:ORGANISIEREN HORST KAHRS | JUDITH BUTLER | AI-JEN POO RICK WOLFF | MIMMO PORCARO | CORINNA TROGISCH | JEFFREY RAFFO | BERND RIEXINGER | TASOS KORONAKIS | CHRISTINA KAINDL MARLENE STREERUWITZ | RAINER RILLING | JAN REHMANN U.A.



IMPRESSUM

Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis
ISSN 1869-0424, ISBN 978-3-89965-859-0
Erscheint viermal im Jahr mit einem Jahresumfang von
mindestens 640 Druckseiten

Herausgeber: Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V.i.S.d.P.: Christina Kaindl, kaindl@rosalux.de, Tel: +49 (0)30 44310 404
Redaktion: Mario Candeias, Alex Demirović, Karin Gabbert,
Corinna Genschel, Cornelia Hildebrandt, Bernd Hüttner,
Christina Kaindl, Rainer Rilling und Catharina Schmalstieg
Für Mitarbeit an dieser Ausgabe bedanken wir uns darüber hinaus
bei Michael Brie, Erhard Crome, Malte Daniljuk,
Stefan Thimmel, Vanessa Lux, Barbara Fried und Tadzio Müller.

Kontakt zur Redaktion: luxemburg@rosalux.de
Redaktionsbüro: Harry Adler, adler@rosalux.de
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Telefon: +49 (0)30 44310-157
Fax: +49 (0)30 44310-184
www.zeitschrift-luxemburg.de
Join us on Facebook.

Einzelheft: 10 Euro zzgl. Versand
Jahresabonnement: 30 Euro einschl. Versand
Abonnement ermäßigt (SchülerInnen, Studierende,
Erwerbslose, Prekäre): 20 Euro einschl. Versand
Förderabonnement: 60 Euro einschl. Versand, jede Spende ist willkommen.
Auslandsabonnement: 40 Euro einschl. Versand
Einzel- und Abonnementsbestellungen gehen direkt an den Verlag.
Der Verlag bittet um die Erteilung einer Bankeinzugsermächtigung.
Abbestellungen mit einer Frist von drei Monaten zum Ablauf des Abojahres

Kontoverbindung für Abonnements: VSA: Verlag Hamburg GmbH,
Hamburger Sparkasse, Blz: 200 505 50, Kontonummer: 1 224 125 532

VSA: Verlag
St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Telefon: +49 (0)40 28095277-0, Fax: +49 (0)40 280952 77-50
luxemburg@vsa-verlag.de, www.vsa-verlag.de

Titelbild: Occupy Oakland blockiert den Industriehafen.
© John Orvis, www.flickr.com/orvised

Graphik und Satz: Studio Kaiser Matthies – Ausstellungs- und
Kommunikationsdesign, www.kaisermatthies.com
Druck: Druckerei Conrad GmbH, Berlin

INHALT



Occupy Auburn NY, druc14 (Drew M) ⓘ

OCCUPY

EDITORIAL

Niemand kann mehr sagen, dass sich kein Widerstand gegen die herrschende Krisenpolitik regt. Seit Anfang des Jahres sind »plötzlich« neue Kämpfe entstanden (vgl. *Luxemburg 2/2011*). Nicht einzuordnen in die üblichen Kategorien der politischen Wahrnehmung, getragen von »ganz normalen Leuten«, scheinen sie unorganisiert. Vergangene Bewegungen und ihre Erfahrungen gehen in die neuen politischen Kämpfe ein; gleichzeitig markieren sie einen Bruch: Ihre Ziele und Artikulationsformen sind neu – sie re-organisieren.

Die Bewegungen der Empörten, auch Occupy Wall Street, reagieren auf die Herrschaft des »einen Prozent über 99 Prozent« der Bevölkerung. Die Form ihrer Organisierung reflektiert ihre Forderungen: horizontale und inklusive Formen von Partizipation, »wirkliche Demokratie«. Ihre Beweggründe liegen in den Verletzungen sozialer Interessen; es geht gegen die Bearbeitung der Krise zu ihren Lasten, gegen den neoliberalen Kapitalismus. Es gibt niemanden, an den sie Forderungen in der üblichen Weise adressieren könnten oder wollten. Das Repräsentationsprinzip an sich wird in Frage gestellt. Das Internetprojekt *wearethe99percent.org* sammelt in scheinbar endloser Reihe persönliche Erfahrungen von Enteignung, Hoffnungslosigkeit, vom aufgekündigten gesellschaftlichen Vertrag, der verspricht, dass sich harte Arbeit gegen soziale Absicherung tausche (und Kredit ein Wechsel auf eine bessere Zukunft sei). Dadurch reorganisieren sie auch ihre Erfahrungen: Die Einzelnen beginnen, sich kollektiv zu sehen, können handlungsfähig werden.

Das ist ein Weckruf: Linke Parteien, Gewerkschaften und Organisationen haben bislang keine neuen Formen, keine Reorganisierung hervorgebracht. Die

Verwicklung der Sozialdemokratie und einiger linkssozialistischer Parteien in den Neoliberalismus besteht weiter. Sie können kaum als Vertreter einer anderen Zukunft gelten. Zugleich gibt es nicht nur in den USA ein starkes Bemühen von Occupy, Gewerkschaften, Organizern aus den Communities of Color um gegenseitige Unterstützung und Kooperation. In Europa sind die Wege der Organisationen der Linken und der Lohnabhängigen zu den Bewegungen vielfach blockiert. Gestützt auf Exporterfolge (um den Preis von Lohnsenkungen) scheinen besonders in Deutschland die Einbindungspolitiken noch zu funktionieren.

Im gleichen Augenblick, in dem Menschen weltweit die Wiedereinsetzung der Demokratie fordern – eine Vertretung der »99 Prozent« – werden nicht gewählte »Experten« aus den Finanzinstitutionen als Regierungschefs eingesetzt – mit Zustimmung der herrschaftlich organisierten Öffentlichkeit. Finanzinstitutionen, die nicht unbeteiligt am Zustandekommen der Krise sind und parteilich für Kapitalinteressen, diktieren Gesetze und Haushaltsbeschlüsse. Dieser Reorganisation der Herrschaft steht noch keine Reorganisation zu einer Gegenhegemonie gegenüber.

Re-Organisierung innerhalb der machtvollen Organisationen von Parteien und Gewerkschaften kann die eigene Basis erweitern. Diese Prozesse haben vielerorts begonnen: Gewerkschaften wenden sich partizipativen, konfliktorientierten Strategien zu. Die Einsicht verbreitet sich, dass die Prekären nicht nur eine Randgruppe der Mitglieder sind, und eine strategische Rolle spielen könnten. Die Linke ist entstanden als Partei verschiedener linker Strömungen, Gewerkschaften und anderer sozialer Bewegungen; ihr Programm ist – bei allen Schwierigkeiten solcher Diskussionen – der Versuch, eine Plattform für ein linkes Mosaik zu bilden.

Die Bewegungen brauchen ihrerseits Formen, wie sie sich verstetigen können und Anker werfen in den alltäglichen Kämpfen. Die Indignados in Spanien sind nach der Besetzung der großen Plätze zur Organisation in den Barrios, zu Besetzungen von Häusern und Hospitälern übergegangen; in den USA wird von den Versammlungen aus die Organisierung um Belange der Communities angestoßen, in Oakland werden zwangsgeräumte Häuser wieder angeeignet. Sie können dabei auf Strukturen des »transformativen Organisierens« zurückgreifen, die in den letzten Jahren als Strategie der Verbindung von Einpunkt-Bewegungen zu einem Mosaik der Transformation entstanden sind.

Eine neue Verbindung der Bewegungen, Gewerkschaften und Parteien ist notwendig. Kein Teil der pluralen Linken, keine Partei, keine Gewerkschaft kann eine Führungsrolle allein beanspruchen. Aus der gegenseitigen Akzeptanz, aus dem Wissen um das Aufeinander-Angewiesensein muss »Führung« als Handlungsfähigkeit, Reorganisierung zur Gegenhegemonie gemeinsam erarbeitet werden. Das Feld muss neu organisiert werden.

MAL WIEDER DIE ORGANISATIONSFRAGE STELLEN…

HORST KAHRS

Alles verändert sich,
wenn du es veränderst.
Doch du kannst nicht gewinnen,
solange du allein bist!
Ton, Steine, Scherben

2011 war ein schwieriges Wahljahr für Die Linke. Statt von Gewinn an politischem Einfluss zeugen die Ergebnisse von Stagnation, auch Rückgang der politischen Bedeutung und sozialen Reichweite. In den bundesweiten Umfragen liegt die Partei weit hinter den Werten vom Herbst 2009. Die Gründungsdynamik ist erschöpft. Vielfältige Ursachen, interne und externe Faktoren werden benannt.

Organisationssoziologische und politikwissenschaftliche Betrachtungen messen das Wohlergehen einer Partei in den Einheiten »Mitglieder«, »Finanzen«, »Stimmen«, »Mandate« und »Ämter«. Dagegen ist nichts einzuwenden, solange die Partei darüber nicht zum Selbstzweck wird und weiter gehende Fragen im Blickfeld bleiben: Welche Art von

Partei soll es sein – Wahlpartei, Mitgliederpartei? Welche Rolle spielt die Parteiorganisation für die angestrebten Veränderungen? Wozu braucht die bundesdeutsche Gesellschaft die Partei Die Linke? Wozu braucht die gesellschaftliche und politische Linke eine Partei? Und wozu braucht Die Linke als Partei im parlamentarischen Politikbetrieb Mitglieder? Die Organisationsfrage ist für Die Linke nicht nur zentral, weil sie ihre Gründungsphase hinter sich hat.[1] Die sozialen Aufbrüche wie in Spanien, die Wahlerfolge neuer Parteien wie der »Piraten« in Deutschland oder der »Bürgerbewegung« von Janusz Palikot in Polen: Das sind Brüche in den politischen Ausdrucksformen, die an den traditionellen linken Partei- und Organisationsstrukturen vorbeigehen.

MITGLIEDERPARTEI ALS NOTWENDIGES GEGENGEWICHT

Gemäß Artikel 21 des Grundgesetzes »wirken« die Parteien »bei der politischen Willensbildung des Volkes mit«. Aus diesem »Parteienprivileg« resultiert die Sonderstellung der Parteien im System der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie. Es macht sie als Mittler zwischen Gesellschaft und Staat zu tragenden Säulen des politischen Systems und des Politikbetriebs. Zum Parteienprivileg gehört die staatliche Parteienfinanzierung, durch die ein großer Teil der professionellen Struktur einer Partei nicht nur an Mitgliederbeiträge und regelmäßige Spenden gekoppelt ist, sondern stärker noch abhängt von ihrer Fähigkeit, Wählerstimmen zu mobilisieren.

Parteien repräsentieren Gruppen von Bürgerinnen und Bürgern; sie vertreten Interessen, auch Wertegemeinschaften; sie koalieren und bilden Regierungen und Opposition. Wenn es gut läuft, verschaffen sie einer parlamentarischen Demokratie Anerkennung und Zustimmung. Wenn es nicht so gut läuft, weil Parteien sich so schnell und grundlegend verändern, dass größere Teile der Anhängerschaft vor den Kopf gestoßen werden, oder weil Parteien nicht angemessen auf neue gesellschaftliche Entwicklungen reagieren, entstehen Repräsentationslücken – »günstige Gelegenheiten« für erfolgreiche Parteigründungen. Die Linke ist eine solche Gründung. Ihr Gelegenheitsfenster war die »Agenda 2010« und ihre erste Funktion bestand darin, die Defekte im demokratischen System zu benennen, die die etablierten Parteien hervorgerufen hatten (Missachtung, ja Gegnerschaft zu relevanten, großen Interessengruppen in der Bevölkerung). Ihre zweite Funktion besteht darin, an der Behebung dieser Defekte beteiligt zu sein, durch Neuverteilung von Macht und Einfluss. Nur vordergründig handelt es sich dabei um Mandate und Ämter. Im Kern geht es darum, ob die vormals missachteten Interessen einen gebührenden Platz im politischen Betrieb einnehmen.

Die Grünen waren einst die erfolgreiche Verstetigung der sich über Jahre entwickelnden Anti-AKW- und Friedensbewegung ins Parteiensystem. Der Linken fehlt dieser Rückhalt einer sozialen Bewegung, die sich über »alternative« Lebensentwürfe, Lebensstile und auch alternative Betriebe eigene soziale Strukturen schafft und dauerhafte Milieus bildet. Das »soziale Kapital« (Geiling/Vester 2007) Der Linken speiste sich 2005 und 2009 bei der Wahlbevölkerung zudem zum

geringeren Teil aus der sozialen Verankerung von Mitgliedschaft und Parteiorganisation im gesellschaftlichen Alltag.[2] Zum größeren Teil entstand es über die Spitzenvertreter der Partei und ihre mediale Präsenz. Trotz des in Ostdeutschland mancherorts bestehenden Images der Kümmererpartei und des in Westdeutschland in manchen Städten gelungenen Anschlusses an gewerkschaftliche, prekarisierte und akademische Milieus: Das Gesicht der Partei, ihr Vertrauenskapital und ihre glaubwürdige Botschaft hängen im hohen Maße von der Medienwirkung ihrer Vertreter ab. Wie andere Parteien auch ist Die Linke doppelt abhängig von Personen und Medien. Die Mitgliedschaft wird strukturell mehr und mehr in eine Zuschauerrolle gedrängt. Die »Gesetze der Marktlogik« verleiten dazu, »Politik zu dramatisieren und zu skandalisieren.« (Wiesendahl 2009, 41f)

Vertrauenskapital hängt stark von einer glaubwürdigen Botschaft der medialen Inszenierung einer kleinen Gruppe von Berufspolitikern ab. Das macht Parteien von öffentlichen Stimmungsumschwüngen abhängig: »Die Konzentration der elektoralen Medienaufmerksamkeit auf wenige bundespolitische Spitzenakteure hat dazu noch den fatalen Effekt, dass mittlerweile bei Regional- und Kommunalwahlen untere Parteigliederungen in Verantwortungshaft genommen werden und ihr elektorales Wohl und Wehe von der bundespolitischen Großwetterlage bestimmt wird.«[3] Die Linke zeigt nach der Bundestagswahl 2009 deutliche Spuren dieser Abhängigkeit (vgl. Diehl 2011). Die Notwendigkeit, politische Inhalte über Personen und Medien zu vermitteln, zu personalisieren und zu medialisieren, damit eine hohe Abhängigkeit von den Gesetzen der medialen Aufmerksamkeitsökonomie und des »Politainment« (Dörner 2001), lässt sich weder leugnen noch hintergehen. Sie gehören zur Politik als Kampf um Macht und stärken die Tendenz zu wenig demokratischen und transparenten Wegen der Entscheidungsfindung. Doch statt diese Abhängigkeit zu beklagen, muss es darum gehen, die notwendigen Gegengewichte zu schaffen. Solche Gegenkräfte, die der Personalisierung und Medialisierung notwendige Grenzen setzen, erwachsen aus einer lebendigen Mitgliederpartei, die Widersprüchlichkeiten ausbalancieren kann. An diesem Punkt stagniert Die Linke. Die Organisationsfrage ist zu einer, – wenn nicht der – zentralen, strategischen Frage ihrer weiteren Entwicklung als linke, emanzipatorische Partei geworden.[4]

»…DIE WIR IN DER PARTEI VORLEBEN WERDEN«

Der »Gründungsauftrag« für Die Linke umfasste mehr als die wirksame Repräsentation vergessener, ausgegrenzter Interessen und Schichten. Die Agenda 2010 war nur der letzte Akt einer rot-grünen Agenda, die die Übermacht des Finanzkapitals gegenüber anderen Kapitalfraktionen und der Kapitalfraktionen gegenüber den Interessen der Lohnarbeit und der nationalen Politik ratifizierte. Die Gründung von Die Linke war das Versprechen, das in der Gesellschaft bestehende Unbehagen über die Entwicklungsrichtung offen und organisiert zur Sprache zu bringen. »Es gibt keine politische Bewegung, die nicht zugleich auch eine gesellschaftliche wäre.« (MEW 4, 182) Diese Fähigkeit, die kleinen und

großen Fragen nach dem Funktionieren des Bestehenden so zu stellen, dass daraus aus der Gesellschaft selbst die Kraft zur Veränderung in Richtung Emanzipation und Gleichheit erwächst, festigt die dauerhafte Existenz einer Partei links von sozialdemokratischer Verteilungspolitik. Ist die Partei jedoch als Organisation in der Lage, die Veränderungen im Alltagsbewusstsein und die Alltagserfahrungen der unterschiedlichen sozialen Schichten und Milieus in ihrer Anhängerschaft und darüber hinaus wahrzunehmen, zu respektieren und politisch zu verarbeiten?

Am Willen und entsprechender Beschlusslage mangelt es nicht: »Unsere Mitglieder tragen unsere Forderungen und Angebote in Schulen, Universitäten, auf die Straße, in die Betriebe, Verbände, Vereine und Institutionen. Ihre Kritiken und Ideen müssen Gehör finden. [...] Ziel ist, ein Parteileben aufzubauen, in dem Frauen, junge Menschen, Menschen mit Migrationshintergrund gleichberechtigte und aktive Mitglieder sind, die politischen Einfluss nehmen und Unterstützung finden und deren politische Interessen, Zugänge, Ansprüche und Bedürfnisse die Inhalte und die Kultur der Partei gleichberechtigt prägen. Alle Menschen müssen, unabhängig von ihrer Lebenssituation, ihre Talente und Fähigkeiten einbringen können und ihre Rechte auf Gleichstellung, Mitbestimmung und Würde auch tatsächlich realisieren können. Das sind Schritte zu einer modernen, emanzipatorischen, inklusiven und solidarischen Gesellschaft, die wir in der Partei vorleben werden.« (Beschluss des Rostocker Parteitages 2011)

In diesem Verständnis von Mitgliederpartei ist die Erkenntnis enthalten, dass es darauf ankommen müsse, die Parteiorganisation zu konsolidieren und zu stabilisieren, die Kommunikation der Partei mit der Gesellschaft stärker über die Mitgliedschaft statt über Medien zu organisieren, kurz: aus der Sammlungsbewegung eine Mitgliederpartei aufzubauen. Mitgliederparteien unterscheiden sich von Wahlparteien und Medienparteien vor allem dadurch, dass der Daseinszweck von Mitgliedern über Beitragszahlung, Kandidatenkür, Kampagnen und Wahlkämpfe hinausreicht. Wer Machtverhältnisse erfolgreich in Frage stellen will, braucht eine aktive, verändernde, emanzipatorische Prozesse eröffnende und tragende Mitgliedschaft, kurz ein organisatorisches Eigengewicht. Bestand und Wirksamkeit als systemkritische transformatorische Kraft gründen zuvorderst nicht auf der Professionalität der Partei als parlamentarischer Akteur oder ihres Spitzenpersonals. Eine linke Partei ist nur vorstellbar als Mitgliederpartei, die zugleich aktiv mit der Gesellschaft verbunden ist, einer Mitgliedschaft, die die Veränderbarkeit der bestehenden Verhältnisse verkörpert. Eine solche Parteiorganisation braucht gleichwohl mediale Repräsentation und Präsenz, verfügt aber über größtmögliche Souveränität gegenüber der »medialen Achterbahn« (Wiesendahl).

Es gibt drei wesentliche Gründe, in einer Mitgliederpartei Mitglied zu sein: gemeinsame Werte, exklusive Informationen und Beteiligung (vgl. Detterbeck 2009). Parteimitgliedschaften gründeten sich nie allein auf gemeinsame materielle, soziale oder ökonomische, und ideelle Interessen, sondern auch

auf gemeinsame Wertorientierungen. Die Mitgliedschaft muss zudem Vorteile gegenüber der Nichtmitgliedschaft bieten. Hierbei handelt es sich um Vorteile bei der »Information« und bei der »Beteiligung«. So verfügen Parteimitglieder über exklusive Informationen über politische Prozesse und Angelegenheiten der Partei und können so mediale Vorgänge erklären und erläutern; in Medienparteien kommunizieren die Parteiführungen mit den Mitgliedern wie mit den Wählerinnen und Wählern. »Beteiligung« ist in linken Parteien nie instrumentell, sondern Ausdruck der Erkenntnis, dass nachhaltige Veränderungen nie von großen Männern und Frauen allein bewerkstelligt wurden.

EMANZIPATORISCHES VERÄNDERN: SICH DIE EIGENEN LEBENSRÄUME ANEIGNEN

Mitgliederparteien charakterisiert eine (nach-) wachsende Mitgliedschaft, die sich selbst als Partei in vierfacher Weise fordert: als eine lernende Organisation (1), als Ort praktischer Solidarität (2), als sozialer Akteur (3) und als politischer Akteur (4). Im immer wieder neuen Zusammenspiel dieser vier Ebenen entsteht die Attraktivität der Mitgliedschaft gegenüber der Nichtmitgliedschaft: Parteileben als Vorgriff auf die »moderne, emanzipatorische, inklusive und solidarische Gesellschaft«.[5]

1 | Die politische Tradition der Linken ist angefüllt mit Parteien, deren Führungen und Mitglieder immer schon Bescheid wussten, wie die Welt richtig zu erklären und erfolgreich zu verändern ist. Innerparteilich ergebnisoffene Prozesse und demokratische Suchbewegungen zählten nicht zu ihren Stärken. Gesellschaftliche Veränderungen, neue Entwicklungen in der Arbeits- und Lebensweise wie im Alltagsbewusstsein verliefen oftmals an ihnen vorbei, wenn sie als Differenz zum »Klassenbewusstsein« ausgemessen wurden. »Lernende Organisationen«[6] ermöglichen den Mitgliedern kollektive Prozesse der Bildung, Selbstaufklärung über die Welt und Selbstermächtigung zum solidarischen Handeln.[7] Sie sind offen gegenüber Neuem, Problemen und Unzulänglichkeiten. Sie begreifen ihre Mitglieder als Grenzgänger zwischen Partei(leben) und Alltags(leben), die die Wirklichkeit in die Partei tragen und sich der Welt mit Neugier in verändernder Absicht nähern.[8] Eine Kultur des kollektiven Lernens tut gerade dort not, wo unterschiedliche soziale Lagen ihrer Mitglieder und unterschiedliche soziale Erfahrungen aufeinander treffen.
Je stärker die differenzierte Sozialstruktur der Gesellschaft sich in der Mitgliedschaft wiederfindet, desto größer sind die Möglichkeiten, in den politischen Forderungen soziale und kulturelle Unterschiede aufzunehmen und zusammenzuführen. Eine lebendige Organisationsarbeit entwickelt Mechanismen, um aus lokalen Ereignissen und Erlebnissen kollektive Erfahrungen machen zu können. Sie lobt den Widerspruch, weil nur er dazu verhilft, Irrtümer und Missgriffe zu korrigieren, unterschiedliche Erfahrungen zu deuten. Zuhören können und zum Widerspruch ermuntern zählen zu den kulturellen Grundlagen einer lernenden Organisation.

2 | Linke Organisationen sind auch soziale Orte praktischer Solidarität. Solidarität beginnt mit der wechselseitigen Anerkennung als Gleiche jenseits der individuellen Stellung in der kapitalistischen Verwertungshierarchie.

Der gleiche Respekt gebührt dem Lehrer wie der Langzeiterwerbslosen, dem Rede- wie dem Plakatiertalent. Linke Organisationen haben, wenn es gut mit ihnen lief, immer mehr organisiert als materielle Interessen. Immer ging es dabei um gemeinsame Werte und Vorstellungen von einem »guten Leben«. Die frühen Organisationsformen der Arbeiterbewegung, Gewerkschaften wie Parteien, verfügten zum Beispiel über eigene Arbeitsnachweise und Unterstützungskassen, etwa für erwerbslose Mitglieder oder bedürftige Angehörige. Im Laufe der Jahrzehnte wurden diese Funktionen vom Sozialstaat übernommen. In dem Maße, in dem solche sozialstaatlichen Funktionen unter veränderten, sich ausdifferenzierenden gesellschaftlichen Bedingungen versagen oder wieder abgestoßen werden, wächst die Bedeutung der Formen praktischer Solidarität – gerade auch für linke Parteien, wenn sie sozial ausgegrenzte Bevölkerungsteile vertreten. Die Aufgaben beginnen bei der Art und Weise, wie in der Partei über Politik geredet wird, gehen über Organisationsformen, die den flexiblen und unterschiedlichen Arbeits- und Lebensrhythmen der Mitgliedschaft Rechnung tragen, und enden bei den konkreten Ausdrucksformen der Egalität, dass jede und jeder wichtig ist und gleich viel zählt. Wie sieht das moderne Parteileben aus, das sowohl den wechselseitigen Respekt als demokratische Gleiche in der Partei als auch praktische Solidarität mit erheblicher Anziehungskraft auf Nichtmitglieder enthält? Ein Weg wäre, mit Blick auf die Geschichte, die Gründung von Genossenschaften und anderen Vereinen auf Gegenseitigkeit, die auch für Nichtmitglieder offen stehen, und denen sich durch die modernen Technologien neue Perspektiven bieten. Warum sollte es nicht Mitglieder linker Organisationen, Der Linken geben, die über Energie- oder Einkaufsgenossenschaften und anderes mehr alltägliche Räume praktischer Solidarität schaffen und somit aktiv an einer Milieubildung mitwirken?

3 | Über ihre aktive Mitgliedschaft wird die Partei zum sozialen Akteur, der im sozialen und gesellschaftlichen Feld wahrnehmbar ist. Stammwählerschaften, parteinahe Milieus haben sich immer dort gebildet, wo Parteimitglieder Handlungen im politischen Feld mit denen im sozialen Feld der Betriebe, Vereine, Nachbarschaften erfolg- und sinnreich verknüpften. Im sozialen Feld aktive Mitglieder, die als solche auch bekannt sind, sind die Garanten der Glaubwürdigkeit; sie sind das alltägliche Gesicht der Partei und ihrer Ziele nach außen, aber auch des authentischen, von keiner Umfrage verfälschten Transports der Stimmungen, Erfahrungen, Sichtweisen im sozialen Handlungsfeld, kurz des Alltagsbewusstseins in die Partei hinein. Wie, wenn nicht auf diesem Wege über die Mitglieder sollen in den einzelnen lokalen und sozialen Feldern hegemoniale Sichtweisen unterhöhlt und gekippt, Gegenperspektiven entwickelt werden? Eine solche Sicht auf alltägliche gesellschaftliche Veränderung hat die historische Last des leninistischen Partei- und Kaderverständnisses gegen sich. Tatsächlich geht es darum, ob Mitglieder ermutigt und unterstützt werden, auch außerhalb der Parteiversammlung, als Betriebsräte, in öffentlichen Unternehmen, in der Verwaltung, in Vereinen, in der Nachbarschaft als Mitglieder Der Linken bekannt zu sein, sich ansprechen



Die Linke ist zurück. Occupy Wall Street, Bob Jagendorf

zu lassen, Positionen zu vertreten und das, was an Fragen und Unverständnis entsteht, in die Partei zurückzutragen. Es geht also nicht nur um eine offene, innerparteiliche Kommunikation von unten nach oben.

4 | Das Verständnis linker Parteien als Mitgliederparteien gründet auf der Annahme, dass politische Veränderungen durch gesellschaftliche Veränderungen im vorparlamentarischen Raum, jenseits des politischen Systems im engeren Sinne, vorbereitet und getragen werden. In seiner Rede »Den antikapitalistischen Übergang organisieren« auf dem Weltsozialforum 2010 hat David Harvey ausgeführt: »Gesellschaftsveränderungen entstehen aus der dialektischen Entfaltung der Beziehungen zwischen sieben Momenten, die zum politischen Körper des Kapitalismus als einem Ensemble oder einer Ansammlung von Tätigkeiten und Praktiken gehören.« Hierzu zählt Harvey Formen der Produktion, des Austauschs, der Konsumtion; die Beziehungen zur Natur; die gesellschaftlichen Beziehungen zwischen den Menschen; die geistigen Vorstellungen von der Welt; die Arbeitsprozesse; die institutionellen, rechtlichen und staatlichen Arrangements; die alltägliche Lebensführung. »Jeder dieser Momente ist selbst dynamisch und beinhaltet Spannungen und Widersprüche [...], aber alle sind von allen wechselseitig abhängig und entwickeln sich in Beziehung zueinander. Worauf es wirklich ankommt, ist die dialektische Bewegung zwischen all diesen Momenten, auch wenn sich in ihr ungleiche Entwicklungen vollziehen.« (Harvey 2010, 12f) Veränderungen, deren Reichweite über das politische System hinausgeht, kommen nicht aus dem politisch-parlamentarischen System. Meistens werden Veränderungen dort nur ratifiziert, manchmal geburtshelferisch beschleunigt. Die Potenziale und Kräfte der Veränderung entstehen an ganz unterschiedlichen Stellen und in ihrem Wechselspiel. Organisationen und Parteien, die als politische Akteure nur im politischen System verankert sind, werden von der »dialektischen Entfaltung der Beziehungen« im »politischen Körper des Kapitalismus« immer wieder überrascht und an den Rand gedrängt werden. Die Veränderungsstrategien der Partei Die Linke sind demgegenüber unterkomplex entwickelt. Sie schwanken zwischen der Hoffnung, die soziale Vielfältigkeit ihrer Anhängerschaft und unterschiedliche politische Erwartungen ihrer Wählerschaft durch



Occupy Wall Street, 5.11.2011 © Gijs Joost Brouwer

Alleinstellung gegenüber der »Konsenssoße« der anderen Parteien zusammenhalten zu können oder alternativ durch die Erlangung konzept- und projektbezogener Aushandlungs- und Gestaltungsmacht, altdeutsch: zwischen Revolution und Reform. Beide Vorstellungen verorten die Partei zugleich vor allem als Wahl- und Medienpartei und unterschätzen die Organisationsfrage. Die Organisationsfrage ist jedoch die zentrale strategische Herausforderung für Die Linke im Übergang von der Sammlungsbewegung zur Partei. Als Partei, die auf Selbstaufklärung und Emanzipation setzt, darauf, dass Bürgerinnen und Bürger zum Subjekt ihrer eigenen Geschichte werden, muss es vor allem anderen darum gehen, Beteiligung in ihrer doppelten Bedeutung – des passiven »Beteiligt werden« und des aktiven »sich beteiligen« – glaubwürdig aufzubauen, d.h. als politischer Akteur mit anderen neue Räume, Sichtweisen, Horizonte zu erschließen, in denen die praktische Erfahrung wächst, dass man etwas ändern und sich Teile der eigenen alltäglichen Lebensbedingungen aneignen kann. Damit einher geht eine erweiterte Sichtweise, die Erwerbslosen, Niedrigverdiener und andere nicht als »Opfer« herrschender Verhältnisse zu verstehen, sondern als Subjekt von gesellschafts- und Selbstveränderung. Was können Geringverdiener zur Energiewende beitragen? Welche Genossenschaft zur Befriedigung alltäglicher Bedürfnisse jenseits kapitalistischer Märkte, welche Formen solidarischer Ökonomie mit

Potenzial zur Transformation des gesellschaftlichen Lohnarbeitsverhältnisses oder auch welche nachbarschaftliche Aneignung eines verwahrlosten öffentlichen Geländes verbinden sich mit dem Engagement Linker?

EIN KURZES LOB DER POLITIK IM SOZIALEN NAHRAUM

Möglichst weitgehende Kontrolle über die eigenen Lebensverhältnisse und möglichst weitgehende Selbstbestimmung der eigenen Lebensbedingungen in Gleichheit und Freiheit, darauf ließe sich herunterbrechen, was demokratischen Sozialismus ausmachen könnte. Wozu er taugt, zeigt sich im sozialen Nahraum, in den Lebensräumen des Alltags. Aus dem dargelegten Verständnis der Organisationsfrage folgt: Gesellschaftliche Veränderung beginnt in der »Mikropolitik« auch im Alltäglichen der Parteiorganisationen. Ihre alltägliche Präsenz, Beharrlichkeit und Phantasie eröffnen soziale und politische Räume für eigenes Handeln, für das (Wieder-)Aneignen[9] der gemeinsamen Angelegenheiten, des Öffentlichen, der Gemeingüter, eines Alltags jenseits der ökonomischen Rationalität. Auf dieser Basis entsteht soziale Verankerung, bildet sich Vertrauenskapital, entstehen »linksaffine« soziale Milieus, die eine linke Partei als eigenständige politische Kraft tragen.[10] Was zeichnet demokratischen Sozialismus im praktischen Leben aus? Es ist der Anspruch, zum einen die eigenen Lebensbedingungen weitestgehend zu kontrollieren – Sicherheit – und zum anderen die persönlichen Lebensverhältnisse weitestgehend selbst gestalten zu können – Autonomie. Wachsende soziale Ungleichheit, Ausgrenzung, undemokratische Verfahren, Missachtung der Bürgerrechte vertragen sich damit nicht. Gefordert sind Verhältnisse der Verlässlichkeit und des Vertrauens, die solidarisch handlungsfähige Personen hervorbringen.[11] Linke Organisationspolitik muss deshalb dem Herrschaftsbereich der ökonomischen Rationalität des Kapitalverhältnisses Grenzen setzen, um die Aneignung von »disposable time« (Marx) als der wahren Form des gesellschaftlichen Reichtums zu ermöglichen, um die Verfügung über die eigene Lebenszeit auszuweiten, um die Zeit für demokratische Beteiligung, Bildung und Information, für den Ausbau sozialer Räume, die nicht in Form von Lohnarbeit gestaltet sind, zu gewinnen. Organisationsfrage und Aneignungsfrage gehören zusammen. »Es kommt darauf an, die alten Werte der Solidarität zu bewahren und unter veränderten gesellschaftlichen Vorzeichen mit neuem Leben zu füllen. Wer das will, muss zunächst einmal die weitere Zerstörung solidarischer Lebensformen aufzuhalten versuchen, muss zunächst einmal verhindern, dass weiter lebenswichtige Bereiche nach dem Muster gewinn- und herrschaftsorientierter, abstrakter, bürokratischer und industrieller Arbeit organisiert werden.« (Lafontaine 1990, 22) Dafür wird eine linke Partei, die den Wirkungskreis sozialdemokratischer Verteilungspolitik überschreitet, tatsächlich gebraucht. »Veränderung der Kräfteverhältnisse«, »Gegenmacht«, »Transformation« und Strategien der Veränderung sind auf Sand gebaut, solange sie in der Organisationsfrage nicht mehr entdecken können, als vom Mainstream des medialisierten und personalisierten Politikbetriebs vorgegeben wird.

LITERATUR

Detterbeck, Klaus, 2009: Die Relevanz der Mitglieder: Das Dilemma effektiver Partizipation, in: Uwe Jun, Oskar Niedermayer und Elmar Wiesendahl (Hg.), *Zukunft der Mitgliederpartei*, Opladen, 71–88

Diehl, Paula, 2011: Populismus, Antipolitik, Politainment. Eine Auseinandersetzung mit neuen Tendenzen der politischen Kommunikation, in: *Berliner Debatte Initial* 22, 27–39

Dörner, Andreas, 2001: *Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft*, Frankfurt/M

Geiling, Heiko, und Michael Vester 2005: Das soziale Kapital der politischen Parteien, in: Frank Brettschneider, Oskar Niedermayer und Bernhard Weßels (Hg.), *Die Bundestagswahl 2005*, Wiesbaden, 457–489

Harvey, David, 2010: Den antikapitalistischen Übergang organisieren. Supplement der *Sozialismus* 11/2010), Hamburg

Kellermann, Philippe, 2011: Anarcho-Agnolismus. Über die misslungene Inszenierung eines libertären Marx im »Marxismus-Agnolismus«, in: *Prokla* 164, 487–508

Lafontaine, Oskar, 1990: Weniger Arbeit, mehr Demokratie, in: ders., *Das Lied vom Teilen*, München, 22ff

Wiesendahl, Elmar, 2009: Die Mitgliederparteien zwischen Unmodernität und wieder entdecktem Nutzen; in: Uwe Jun, Oskar Niedermayer und Elmar Wiesendahl (Hg.), *Zukunft der Mitgliederpartei*, Opladen, 31–52

---

1 Der Beschluss der 1. Tagung des 2. Parteitages in Rostock vom 15./16. Mai 2010 »Für einen Politikwechsel – Die Linke stärken« gab dem Parteivorstand die Verantwortung für die »weitere Stabilisierung und das Zusammenwachsen der Partei und ihre Verankerung in der Gesellschaft« (www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/2parteitag1tagung/beschluesse/fuereinenpolitikwechseldielinkestaerken).

2 Mit Blick auf die SPD und Gerhard Schröder fassen Heiko Geiling und Michael Vester zusammen: »Soziales Kapital realisiert sich immer nur persönlich in glaubwürdiger Rückkopplung mit der Praxis sozialer Milieus. Je weiter sich Mandatsträger oder Parteifunktionäre von dieser Praxis entfernen, sich primär über mediale Inszenierungen darstellen und dabei den Eindruck erwecken, sich gegen das Ethos der Wählerschaft selbst ermächtigen zu wollen, desto prekärer wird ihre Legitimationsbasis. Übrig bleibt der Hasardeur, der in der Regel ad hoc entscheidet und rücksichtslos das ihm Anvertraute aufs Spiel setzt.« (dies. 2007, 486)

3 Ebd. Auch für Die Linke liegt die Mobilisierungsfähigkeit bei Landtags- und Kommunalwahlen deutlich unter derjenigen bei Bundestagswahlen, bei denen die bekannten Gesichter zur Wahl stehen. Dass diese Abhängigkeit von Personen und Medien nicht zwangsläufig ist, zeigen der jüngste Wahlerfolg der Piraten in Berlin und ihre anschließenden bundesweiten Umfragewerte.

4 Aus der Geschichte der Grünen lässt sich lernen, was unter den herrschenden Bedingungen von Politik und Macht geht und was nicht, wo Veränderungen möglich sind. Zum Beispiel hat sich das »Rotationsprinzip« in der Mitte der Legislaturperiode nicht bewährt. Warum aber nicht Pausen für Ämter und Mandate nach zwei Legislaturperioden, wie sie in vielen Verfassungen vorgesehen, möglich sind, bleibt unerfindlich. Gleiches gilt für eine wohlverstandene Trennung von Amt und Mandat.

5 Mit diesem Beschluss hat sich Die Linke organisa-tionspolitisch von den Prinzipien leninistischer Kader-parteien ebenso verabschiedet wie von der Engelsschen Auffassung zur fehlenden »Autorität und Zentralisation« der Pariser Kommune: »Nach dem Sieg können wir uns organisieren, wie wir wollen.« (MEW 33, 372). Dagegen stellte bereits in der Ersten Internationale das »Jurazirkular« eine andere Position zur Debatte:
»Die künftige Gesellschaft soll nichts anderes sein, als die allgemeine Durchführung der Organisation, die die Internationale sich gegeben haben wird. Wir müssen also Sorge tragen, diese Organisation so viel als möglich unserem Ideal zu nähern. Wie könnte eine egalitäre und freie Gesellschaft aus einer autoritären Organisation hervorgehen? Das ist unmöglich.« (zit. n. Kellermann 2011, 492).

6 »Lernende Organisation (LO) bezeichnet eine anpassungsfähige, auf äußere und innere Reize reagierende Organisation. [...] Eine lernende Organisation ist idealerweise ein System inständiger Bewegung. Ereignisse werden genutzt, um die Wissensbasis und Handlungsspielräume an die neuen Erfordernisse anzupassen. Dem zugrunde liegt eine offene und von Individualität geprägte Organisation, die ein innovatives Lösen von Problemen erlaubt und unterstützt.« (Wikipedia, http://de.wikipedia.org/wiki/Lernende_Organisation, 18.10.2011).

7 So zählte zu den frühen Organisationsformen der modernen Arbeiterbewegung der »Arbeiterbildungsverein«, der das Bedürfnis nach intellektueller Aneignung der Lebenswelt entwickelte.

8 Ein frühes Beispiel solcher organisierenden Instrumente ist Marxens »Fragebogen für Arbeiter«, MEW 19, 230–237.

9 Zum Begriff der »Aneignung« siehe *arranca!*-Redaktion: »Aneignung. Anmerkungen zu einem ambivalenten Konzept.«, www.trend.infopartisan.net/trd0604/t050604.html

10 Zur Partei Die Linke als eigenständige politische Kraft und der Rolle von »Aneignungsstrategien« siehe meine Artikelserie in der Mitgliederzeitschrift »disput«, Ausgaben April, Mai und Oktober sowie das Manuskript vom Januar 2011 »Weniger Arbeit, mehr Demokratie. Oskar Lafontaine über Voraussetzungen einer tätigen Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums«, www.horstkahrs.de

11 Vgl. zum hier verwendeten Sicherheitsbegriff kurz und knapp Katrin Meyer, Sicherheit demokratisieren!; in: *WOZ*, 15.9.2011.

EINE NEUE »GESELLSCHAFTLICHE PARTEI«?

LINKE ORGANISATION UND ORGANISIERUNG

CHRISTINA KAINDL UND RAINER RILLING

Plötzlich ist wieder Bewegung. Die Menschen, die sich auf Plätzen und Straßen versammelt haben, stehen für neue Risse im Gefüge von Repräsentation und Hegemonie. Schon seit Ende der 1990er Jahre hatten sich die Vertretungen politischer und sozialer Interessen verschoben. Die Neue Mitte/New Labour, Agenda 2010, Niedriglohn, neue Kriege: Erfahrungen, Wünsche, Hoffnungen und Interessen von Beschäftigten aus der Arbeiter- und Mittelklasse, den neuen Prekären, den Migranten und den traditionellen Armen fanden sich in ihnen nicht mehr wieder. Das ist zunächst kein linkes Problem: Die kapitalistische Produktionsweise ist ständig im Wandel.

Die Frage, welche Gruppen, Diskurse, Intellektuelle und Fraktionen des Kapitals sich zusammenfinden und die jeweils neuen Anforderungen so artikulieren, dass sich auch diejenigen angesprochen und aufgehoben fühlen, die auf neue Weise ausgebeutet werden, ist ein ständiges Problem der Aufrechterhaltung von Herrschaft. Wenn es gelingt, kann ein solcher Block die Führung übernehmen. Wenn es nicht gelingt, entstehen Friktionen und Bewegungen, können autoritäre Herrschaftsprojekte Zustimmung durch Zwang ersetzen – oder Prozesse entstehen, in denen die Unten sich selbst organisieren, ihre »Kollektivwillen« entwickeln (Gramsci). Die Krise des Finanzmarktkapitalismus erschüttert das Gefüge der Repräsentation und Führung erneut. In den Generalstreiks gegen die Austeritätspolitik, den Massendemonstrationen in Irland, den Aufständen in den arabischen Ländern, den Bewegungen der Empörten in Südeuropa, den *riots* in England und endlich im weltweiten Aufflammen der Occupy-Bewegung reagierte ein *Vielfachprotest* gegen eine Vielfachkrise des neoliberalen Kapitalismus.

Der »Kollektivwille« von unten »bildet« sich nicht einfach, er wird organisiert, gewebt, Interessen und Individuen, Gruppen und Diskurse werden verbunden, Repräsentationen geschaffen. In die Form der Organisation gebracht, verfügt er über erweiterte Handlungsmacht. Dabei vermischen sich Prozesse der Erneuerung klassischer Formen der Repräsentation durch gesellschaftliche Großorganisationen mit Praxen, die das Prinzip der Repräsentation selbst radikal ablehnen.

So ist der Weg der Arbeiterkämpfe in die organisatorische Form der Gewerkschaften mit großem Zugewinn an Verhandlungsmacht einhergegangen. In den USA versprach der Nachkriegs-Keynesianismus ein Huhn in jedem Topf und ein Auto in jeder Garage – ein Versprechen vor allem an die Arbeiter. Die Aussicht auf einen besseren Lebensstandard für die nächste Generation war auch in Deutschland die Grundlage für den fordistischen Klassenkompromiss.

Seit aber die Kompromissformel von »harter Arbeit gegen soziale Sicherheit« aufgekündigt wurde – in der Tendenz seit den 1970er Jahren, aber erst mit der Verallgemeinerung neoliberaler Politik in den 1990er Jahren, ist das im (europäischen) Bewusstsein angekommen –, greifen viele Formen der Organisationen nicht mehr, die diesen Kompromiss verhandelt hatten. Organisationen repräsentieren nicht einfach existierende Interessen, sie stellen das Feld der Repräsentierten aktiv her. Wenn die Organisationen Teilhabe am herrschenden Block oder als angemessen empfundene Kompensation nicht mehr erreichen können, schwinden auch die Möglichkeiten der Organisierung der Repräsentation: zu sehen etwa an der Stagnation vieler linker und gewerkschaftlicher Politiken im Neoliberalismus.

Dagegen: Erfolge der extremen Rechten. Gegen Globalisierung, für die »hart arbeitenden Menschen« und ihre diskreditierten Lebensentwürfe und Träume wird von rechts mit Einschluss durch Ausschluss, Verteidigung des »Volkes« gegen innere und äußere Feinde gearbeitet. Anti-politische und anti-demokratische Agitation verknüpfen sich. Die Polemik gegen Staat und Gewerkschaften im Zeichen personaler Freiheiten bedient die zentralen Themen populistischer Bewegungen (Priester 2007, 46). Die Ablehnung von Repräsentation und Großorganisationen zu Gunsten kleiner Solidargemeinschaften mit gemeinsamer Lebensweise verbindet sich mit rassistischen Argumentationen, das »eigene Land« zurückerobern zu wollen.

In der Repräsentationskrise konnte Die Linke intervenieren als ein Bündnis von radikaler Opposition, linkssozialdemokratischer und -gewerkschaftlicher Akteure und durch die Wahrnehmung als Vertreterin ostdeutscher Interessen. Es gelang, einen sichtbaren und glaubwürdigen Unterschied zum sozialdemokratischen Neoliberalismus zu machen und die unterschiedlichen politischen Traditionen und Akteure der linken Opposition in ein organisatorisches Projekt zu integrieren. Da sie aus der Krise jedoch keinen dauerhaften politischen Gewinn ziehen

konnte und eine kohärente Strategie für eine alternative Krisenbearbeitung zumindest nicht in die öffentliche Wahrnehmung gelangt ist, wurden die unterliegenden Differenzen verschärft. Trotz des erfolgreichen Abschlusses eines langen Diskussionsprozesses in Form des Parteiprogramms steht eine überzeugende organisatorische Bearbeitung eines »linken Mosaiks«, also eine Organisation des Feldes zu politischer Handlungsfähigkeit, aus. Sie droht damit als Teil »der« Politik wahrgenommen zu werden – als Teil des Problems – so wie die sozialdemokratischen und linken Formationen in den USA, in Spanien, Griechenland, Italien oder Frankreich.

Auch gegen sie richtet sich die Formel: »Ihr repräsentiert uns nicht« und »Wir sind die 99 Prozent«. Die Wahrnehmung und Beschreibung dieser neuen, plötzlichen Bewegungen in der Presse als »unorganisierte« mag eher Versuchen der Abwertung oder Romantisierung entspringen. Organisiert und organisierend sind und wirken die Proteste allemal. Doch sie unterscheiden sich deutlich von traditionellen Organisationen, sodass die Neuerungen als Negation erscheinen. Wie steht es also um die Organisationsfrage?

LINKS ZUR ORGANISATION

Die Linke versteht Organisationen vor allem als Formen und Medien kollektiver Handlungsfähigkeit, die durch eine »kooperative Integration« die Selbstermächtigung der Machtlosen, Ohnmächtigen oder Machtarmen befördern. Jede soziale und politische Strömung agiert vermittels eines Felds von Organisationen. Sie alle unterliegen der Logik unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessen und werden durch eigene Praxen, Werte, Zukunftszeichen und wirksame Traditionen repräsentiert. In den Konfliktfeldern der Gesellschaft werden sie in »Stellung« gebracht und sind zugleich übergreifende »Schirme« in den Kämpfen zwischen den zahlreichen Klassenakteuren.

Gramsci fasst gesellschaftliche und politische Akteure als »Partei« – im weiten Sinne. Er sieht sie als gemeinsame Strömung, die Verdichtungen und (Gegen-) Hegemonien herstellen können. Selbst ausgesprochene »Anti-Parteien« können dazugehören (1991, 1715). Die Partei »stützt sich auf die Initiative einer Vielzahl von unterschiedlichen und divergenten Individuen und Gruppen, die nicht durch Zwang zu einer politischen Einheit zusammengebracht werden, sondern, auf der Grundlage von Interessen, eher durch eine spezifische Regulation ihrer Widersprüche« (Demirović 1997, 88). Dieses Verständnis dynamisiert auch das Bild vom »linken Mosaik« (Urban, 2010, 18ff) und macht deutlich, dass es Ergebnis aktiver Kompromisse und Neufassungen von Interessen ist.

Organisationen sind nicht nur Akteure in den Macht- und Herrschaftsverhältnissen; sie sind selbst durch Beziehungen von Dominanz und Unterordnung und

von Auseinandersetzungen um Macht strukturiert. Wer es versteht, »Kompetenz« (Bildung) und Erkennbarkeit im medienkulturellen Milieu politischer Marken zu präsentieren und dabei noch Klassen-, Geschlechter- und ethnische Optionen zu verknüpfen und in individuellen Lebenserfahrungen und Karriereverläufen so in einem Habitus zu verdichten, dass er oder sie in einer bestimmten historisch konkreten Situation als »Hoffnungsträger« und Zukunftsrepräsentantin erscheint, hat ausgezeichnete Karten im politischen Machtspiel.

Das linke Organisationsfeld ist heterogener und prekärer als vor der Krise. Die *gesellschaftliche* Linke – vor allem die Gewerkschaften und globalisierungs- und kapitalismuskritische Organisationen –, deren Dynamik in den letzten Jahren entscheidend zum Machtzuwachs der (deutschen) politischen Linken beigetragen hat, hat in der Krise keinen Niedergang erlebt. Aber bislang auch kein Comeback. Die grundsätzliche strategische Logik gewerkschaftlichen Handelns ist die sukzessive Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse auf betrieblicher, regionaler, sektoraler oder auch nationalstaatlicher und internationaler Ebene. Sie bringen die Interessen der abhängigen Seite im Prozess der Reproduktion des Kapitalverhältnisses ins Spiel, finden also politisch stets sich wiederholende, aber nie identische Problemlagen vor. Der stete Turnus der Tarifkämpfe steht dafür. Ihre politisch-soziale Normalität ist reformerische Repräsentanz und nicht, was André Gorz die strukturelle oder »nicht-reformistische Reform« nannte. Die Einbindung der Gewerkschaften in einen zunehmend sozial entleerten Krisenkorporatismus, die Enteignung ihrer Forderungen wie Mindestlohn durch Akteure des neoliberalen Blocks, der Angriff auf ihre Handlungsfähigkeit auf europäischer Ebene – stellt sie vor strategische Herausforderungen. Allerdings konzentrieren sich die Strategien der institutionellen Erneuerungen in Deutschland auf einen Einbau aktivierender und konfliktorientierter Methoden der Mitgliedergewinnung, die aber kaum an eine Politik des Ausbaus der inneren Demokratie und der Beteiligungsformen in den Organisationen gebunden sind (vgl. Jeffrey Raffo in diesem Heft).

Im Organisationsfeld der *politischen* Linken gibt es aktuell eine Mischung aus Stagnation und Erosion der politischen Macht der Partei Die Linke – und damit ihrer Möglichkeiten, Repräsentanz zu organisieren. Gleichgültig, wohin wir blicken: Auf die *strukturelle Macht*, also die Verankerung in den gesellschaftlichen Strukturen, die aktuell oder strategisch etwa aufgrund ihrer Aufwertung durch langfristige Wandlungen im System der Produktivkräfte oder das *greening of capitalism* von Bedeutung für die Verschiebung von Kräfteverhältnissen sind. Auf die *institutionelle Macht*, also die Verankerung in den formellen Apparaten des Staates und der Zivilgesellschaft durch Mandate, die Präsenz in Parlamenten, Regierungen und den Organisationen und Netzwerken der Zivilgesellschaft. Auf die *organisatorische* Macht, also Mitglieder,

Wählerstimmen, Führungs- und Mobilisierungsfähigkeit, oder schließlich auf die *kulturell-kommunikative* Macht, also gegenhegemoniale Präsenz in den öffentlichen Räumen, Medien und bei der Fähigkeit zur Konsensproduktion.

Im Ergebnis wird die Partei als Machtfaktor im Kampf um Mehrheiten und als Gestaltungskraft entwertet. Ihre Rolle im linken Organisationsfeld sinkt. Beides beeinflusst die organisationsinterne Verteilung der Macht. Zumeist verschärfen solche Krisen die üblichen Machtkämpfe an den Organisationsspitzen – Kämpfe um taktische Positionsgewinne in Organisationen drängen dann deren politischen Zwecke in den Hintergrund. Ohne eine Stärkung der gesellschaftlichen Linken kann eine Erneuerung der strategischen Zukunftsfähigkeit der politischen Linken nicht gelingen. Solche Änderungen geschehen freilich nicht am runden Tisch und auf Papier, sondern im Ergebnis der Auseinandersetzungen um andere politische Prioritäten und Wege, wobei häufig neue Akteure oder Akteurskonstellationen eine treibende Rolle spielen. Entscheidend ist, dass in diesen Auseinandersetzungen die Kooperationsfähigkeit innerhalb der Linken und ihres Organisationsgefüges nicht zerstört wird. Die Unterstützung der US-amerikanischen Occupy-Bewegung durch wesentliche Teile der Gewerkschaften ist eine Reaktion auf eine solche Änderung. In Deutschland scheint eine solche »Partei-Werdung« weiter entfernt, die Verbindungen der großen Organisationen ins Feld sind schwächer.

FÜHRUNG / LEADERSHIP

Die Parteien der Arbeiterbewegung setzten auf *Massenmobilisierung*, um das Feld der Akteure zu strukturieren; *politische Führung* war Anspruch auf die Organisierung des Feldes der (revolutionären) Bewegungen und nach innen. Begriff und Konzept von Führung sind von Widersprüchen durchzogen: Die Geschichte von Herrschaft ist auch eine von Führung, der Einbindung in die eigene Unterwerfung im Namen scheinbar allgemeiner Interessen (vgl. Demirović 1997, 140). Emanzipation geht für Gramsci mit dem Überflüssigmachen von Führung und Partei in der »kollektiven Selbstregierung« auf. Der Weg dahin geht aber nur in den Formen von Politik und Repräsentation und Führung ist dann die Verdichtung auf Handlungsfähigkeit.

Die »Führenden« – im Unterschied zu dem einen »Führer« – waren *Organisatoren, Funktionäre* oder (später) *Kader* (Balla, 1972). Sie handeln in ungewissen, krisenhaften Situationen, organisieren und mobilisieren, um Probleme zu bearbeiten und einmal getroffene Problemlösungen gesellschaftspolitisch und ideologisch durchzusetzen. Nicht Ordnung zur Herrschaft, sondern Bewegung zur Veränderung ist daher Motiv, Maxime und Ziel ihres Handelns. Sie machen das Subjekt der Veränderung »stark« und öffnen so die Sicht auf Selbstermächtigung – und darauf, sich selbst überflüssig zu machen.



Occupy Wall Street, 5.11.2011
© Gijs Joost Brouwer

Historisch war freilich kaum ein Begriff so umringt von legitimatorischen Ausbeutungsversuchen. Einst hineingeraten in die Kämpfe der Systeme, wurde er in der Wissenschaft vergessen; hier ist er nur noch als Führung oder *leadership* der Arbeitsorganisation von oben geblieben, in der Macht oder Herrschaft als bestimmende Momente ausgeblendet sind, um »Führung« als politikentleertes technisches Moment der Organisation arbeitsteiliger Prozesse präsentieren zu können. In der Politik kam der Begriff herunter; innerhalb der marxistisch-leninistischen Parteitheorie war er zentral – jahrzehntelang war von einer »führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei« die Rede – und zugleich ohne jede theoretisch anspruchsvolle Fundierung. Die »führende Rolle« wurde als zentralistischer Avantgardismus implementiert. Als Farce wiederholte sich dies in den post-68er Projekten, in K-Gruppen und anderen Versuchen, über Begriffe und Praxis von »Führung« und »Avantgarde« Macht über Mitstreiter, »Basis« und Verbündete zu gewinnen.

Das Handlungsmuster der Führung und die spezifische politische Beziehung, für die sie steht, unterscheidet sich von »Anweisung« oder dem herrschaftlichen Befehl: Führung »beruht auf Konsens« (Kernig, Sp 761). Gleichgültig ob die Zustimmung aktiv oder passiv ist: Solange keine Sanktionsmacht als Disziplinie-

rungsmittel zur Herstellung erzwungener Folgebereitschaft ins Spiel gebracht wird, dominiert das Moment der Führung. Der Führende ist »Exponent, nicht Dirigent« (Geiger, 138). Führung äußert sich »zwar in einer Über- und Unterordnung, aber diese Über- und- Unterordnung beruht nicht auf der Tatsache oder der Vorstellung einer Ungleichheit« (Geiger, 139). Die Fähigkeit zur symbolischen oder realen *Repräsentation* mit den Mitteln der Führung setzt statt Ungleichheit Gemeinsamkeiten voraus: in Momenten der Ideologie, Kultur, Politik, Organisationspraxis (nicht aber notwendig der Klassenzugehörigkeit). Wer »folgt«, findet sich in der Führung und ihrer Praxis wieder – was ihn zugleich von jenen unterscheidet, die nicht zur »Gefolgschaft« gehören. Führung gilt daher in der traditionellen Arbeiterbewegung als eine klassenpolitische Kategorie. Die Bezugsgröße der politischen Führung ist aber nicht nur die Gleichheit der Klasse, sondern auch die Ungleichheit innerhalb der Klasse, die sie reflektiert, reproduziert und zugleich aufzuheben beansprucht. Sie ist eine prekäre, fluide, dialektische Bewegungsform politischen Handelns. Führung, die dirigistisch operiert und Konsensgewinnung durch sanktionsbewehrte Zwangshandlungen ersetzt, verliert ihre Legitimation und Identität. Sie mutiert zu bürokratischen oder diktatorischen Formen institutionalisierter Herrschaft.

Viele linke Politikprojekte haben in Reaktion darauf »Führung« als Konzept verurteilt. Sie geraten damit in die Mühlen anderer Widersprüche: Wie werden Diskussionen im Handeln verbindlich gemacht? Wie kann aus der Diversität von Positionen und Einschätzungen ein politischer Wille entstehen? Wenn die »Anstrengung zum Kollektivwillen« von den Bewegungen und Projekten nicht aufgegriffen wird, erscheint leicht der Staat als einzige Verkörperung eines Allgemeinen. Wie bewegt sich hegemoniale Tätigkeit aus dem eigenen Milieu heraus, kann verbinden und »Land gewinnen« im Kampf um Hegemonie? Vor dem Tabu der Führung reproduzieren sich informelle Hierarchien auf der Basis der ungleichen gesellschaftlichen Verteilung von Macht und Ressourcen: weiße Mittelschichtsmänner einerseits, Betroffenheitsgruppen andererseits.

REPRÄSENTATION?

Führung ist im Ansatz janusgesichtig und »anfällig« dafür, dass aus der Vertretung von Organisationen nach außen und der Distanz nach innen sich »Exponenten« in »Dirigenten« verwandeln. Das verbreitete Verständnis von Führung beruht auf der Grundlage, dass Führungen politischer Organisationen deren Mitgliedschaft und besondere soziale Gruppen *repräsentieren*. Der Modus der Repräsentation aber *verbindet und trennt,* er enthält die Ungerechtigkeit, dass für andere gesprochen wird (Hardt/Negri) – die Repräsentation kann damit die Subalternen der Sprache berauben oder für ihre Sprache taub sein (Spivak).

Das Verhältnis von Bewegungen und ihren Repräsentationen, der Verdichtung der Kräfteverhältnisse und der Institutionalisierung der Organisation ist prekär. Wenn der Transformationsprozess stockt, treten Eigenlogiken der Organisationen in den Vordergrund. Sie sind dann nicht mehr Zwischenstationen, Bastionen im Stellungskrieg um Hegemonie für eine kommende Gesellschaft. Das Auseinandertreten von Organisationen, repräsentierenden Intellektuellen und Repräsentierten macht das Feld frei für Politiken des *Trasformismo*: einen Veränderungsprozess, der »fremde Interessen« ins Spiel bringt. Stuart Hall hat in seiner Analyse der Veränderung der Sozialdemokratie in der fordistischen Zeit gezeigt, wie diese *für* die Arbeiter durchaus Erfolge erarbeitet hat, gleichzeitig aber die Arbeiterbewegung als *Bewegung* köpfte und sie der Neoliberalisierung gegenüber relativ wehrlos zurückließ. Die damit verknüpfte Vorstellung, zu wissen, was gut für die Betroffenen ist, oder das Selbstverständnis, Verschlechterungen als Erfolge zu denken, um Organisationsressourcen abzusichern, haben das Verhältnis von Führung und Bewegung zersetzt. Politische Führung fokussierte sich auf Bestandssicherung oder wurde gar Dirigent des Trasformismo.

ORGANISATION? ORGANISIERUNG!

Aus der Kritik der Repräsentationslandschaft und den entsprechenden Organisationen sind die Bewegungen der 1960ff. Jahre entstanden. Die Bürgerrechtsbewegung (vor allem in den USA), Friedens-, Frauen-, Studierenden- und Ökologiebewegungen haben dazu beigetragen, das Gefüge des Fordismus zu erschüttern und den Block an der Macht zu verändern. Die Krise der Wertschöpfung Anfang der 1970er Jahre verschaffte ihnen erweiterte Spielräume. Aus den Bewegungen sind Organisationen und Institutionen entstanden, die verstetigt, z. T. »enteignet« und in staatliche Verwaltung überführt werden, ohne diese demokratisierend umzubauen. Neue differenzierte Organisationsfelder entstanden, politische Parteien (Grüne) und zahllose NGOs. Mit dem Aufstieg des Neoliberalismus wurden Industrien und Arbeitsplätze verlagert oder zerstört, Löhne und Sozialleistungen sanken. Diese Prozesse griffen in Reagans Neoliberalismus früh und mit großer Macht durch. Gekoppelt an aktive anti-gewerkschaftliche Strategien schwächten sie die Gewerkschaften und ihren Organisationsgrad dramatisch.

Die Institutionalisierungen und Organisationen, die in den USA aus den sozialen Bewegungen der 1980er und 90er Jahre entstanden und in denen die Interessen ihrer »Communities« repräsentiert waren, wurden neoliberal transformiert. Gleichzeitig erschöpften sich die revolutionären und antikapitalistischen Bewegungen gegen Krieg, Rassismus, Imperialismus in den 1980er Jahren (vgl. Liss/Staples 2008). In diesem Vakuum können sich Ansätze und Protagonisten des »pragmatischen Organisierens« (Alinsky) verbreiten, die nicht an großen ge-

sellschaftlichen Transformationsvorstellungen, sondern an den Alltagssorgen und Interessen der Menschen und »Communities« orientiert sind. Ob in Dachorganisationen wie Industrial Area Foundation (IAF) und der Association of Community Organizations for Reform Now (ACORN) oder in kleinen lokalen Community Organizations, jeweils stehen die unmittelbaren Interessen, die Anerkennung und Repräsentation der Betroffenen im Mittelpunkt der Organisationspolitik. Instrumente dieser Politik sind Ansprache, Aktivierung, Trainings in Selbstvertretung (*leadership building*) und Medienarbeit sowie direkte Aktion. »Führung« wird hier zu individueller Kompetenz, Sprechen lernen, Verhandeln, Kampagnen planen und organisieren. Die Ziele der Selbstvertretung laufen aber vielfach ins Leere durch die Sachzwänge des »non-profit-industriellen Komplexes«, in dem philanthropische private Stiftungen Richtung und Reichweite möglicher Transformation bestimmen. Diese Formen »einer realpolitischen Organisierung der Arbeiterklasse haben verhindert, dass Gewerkschaftsführungen wie Mitgliedschaft die strategische Bedeutung einer wachsenden Gruppe innerhalb der Arbeiterklasse (Niedriglöhner und Erwerbslose, vor allem farbige Frauen) wie auch neue Modelle der Organisierung und des *movement-building* theoretisch erfassen« (Liss/Staples, 5).

Im pragmatischen Ansatz sind die politische Organisierung und die Transformation der Organisationen selbst blockiert, ein Kollektivwillen in Gramscis Sinne wird nicht erarbeitet. Dadurch bleibt der Staat unangetastet als Vertreter des Allgemeinen; Führung changiert hier bestenfalls zwischen persönlicher Emanzipation und Sozialtechnik. Eine Verknüpfung der Grundlagen von Standortnationalismus, Ausbeutung, imperialen Kriegen etc. mit pragmatisch begrenzten Zielsetzungen wird nicht vorgenommen. Erst die Antiglobalisierungsbewegung (und dann die Friedensbewegung) haben diese wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Sie kommen seit Seattle 1999 in »Gipfelprotesten« und Sozialforen zusammen (vgl. *Luxemburg 2/2009*). Beide Formen – die Mobilisierung auf globale »Events« des Protests wie Zusammenkunft und Vernetzung – können eine Zeit lang ein Gewebe der Kooperation von Organisationen und Initiativen bilden. Die Herausbildung politischer Handlungsfähigkeit bleibt aber beschränkt: Die Gipfelproteste verbleiben meist im Bereich symbolischer Politik und können sich schwer in den alltäglichen Kämpfen in Milieus jenseits der unmittelbar Aktiven verallgemeinern. Den Sozialforen ist es gelungen, das Feld der heterogenen und vielfältigen Akteure, Initiativen und Organisationen der Globalisierungskritik zusammenzubringen. Das Konzept eines offenen »Raums«, in dem die Möglichkeit für Dissens und Konsens geschaffen wird, ohne Ausschließungen zu produzieren, hat es erlaubt, Konflikte und Widersprüche zu bearbeiten. Gleichzeitig zeigte sich, wie anfällig der demokratische Raum für die Reproduktion von Ungleichheiten ist – indem



Occupy Wall Street, 5.11.2011
© Gijs Joost Brouwer

sich das kulturelle und organisatorische Kapital von Klassen-, Geschlechts- und ethnischen Zuschreibungen reproduziert. Sie verbinden sich mit unterschiedlicher »Organisationsmacht« der politischen Akteure und privilegieren etwa NGOs, Gewerkschaften, Parteien (Manji 2007). Um einen strategisch operierenden gegenhegemonialen Blocks zu schaffen, müssen Organisationen ganz unterschiedlicher Zielsetzungen, Reichweiten und Macht nicht nur als formell, sondern real Gleiche kooperieren. Bedingung für ein Gelingen ist, dass jede einzelne Organisation diese Unterschiedlichkeit als legitim anerkennt und sich in »starken« Momenten wiederfinden oder daran anschließen kann.

TRANSFORMATION ORGANISIEREN?

Aus den pragmatischen Organisierungen in den 1990er Jahren ist eine neue Dialektik entstanden: *transformative organizing* verbindet in verschiedenen Feldern Projekte der Verteidigung von Alltagsinteressen mit dem Aufbau einer Bewegungslinken aus den molekularen Projekten. Kommunitaristische Selbstblockade aufgrund bloß lokaler Mobilisierungen soll ebenso verhindert werden wie der Anschluss an rechtspopulistische Diskurse.

Konzepte der Demokratisierung von *leadership* sind hier nicht beschränkt auf die Vertretung unverbundener Interessen der jeweiligen *Communities*, sondern Teil einer Strategie zur Verschiebung hegemonialer Verhältnisse. Indem sie zum Gegenstand von Diskussion, Strategien und Demokratie gemacht werden, sollen die informellen Hierarchien zurückgedrängt werden und gleichzeitig kollektive Handlungsfähigkeit entstehen. Strategischer Ausgangspunkt sind *communities of color* mit Niedrigeinkommen (vor allem Frauen) – diejenigen, die am stärksten unter den neoliberalen Politiken leiden und gleichzeitig Erfahrungen des Ausschlusses auch von linken und gewerkschaftlichen Organisationsprojekten machen (vgl. zu Problemen der Blockbildung von Gewerkschaften und Erwerbslosenbewegung Becker/Kaindl 2009). Eine Verbindung von *communities of color* mit Kleinunternehmen und Mittelschichtsangehörigen soll geschaffen werden – sie teilen zentrale Unterdrückungserfahrungen: hohe Verschuldung, mangelnde Krankenversicherung, Wohnung und Arbeitslosigkeit.

Viele Projekte des *transformative organizing* arbeiten im Bereich von Reproduktionsökonomien und Dienstleistungsgewerben (die nicht verlagert werden können) oder in Projekten der lokalen, ethnischen oder politischen *communities,* die als einheitliches Politikfeld verstanden werden (vgl. das Interview mit Nik Theodore in diesem Heft). »Die Mitglieder dieser neuen Arbeiterklasse hören nicht auf aktiv zu sein, wenn der Arbeitstag vorbei ist. Kämpfe um Wohnungen, die man sich leisten kann, um Essen, um Hilfe für Kinder, Gesundheit der Familie, die Älteren – all das sind zentrale Kämpfe der Klasse.« (Liss/Staples 2008, 19). Von dieser Analyse aus werden Handlungsfelder organisiert (z.B. Right to the City, vgl. *Luxemburg 4/2010*).

Die Herstellung einer gegenhegemonialen Bewegung kann nicht als additiver Prozess gelingen, in dem gesellschaftliche Gruppen und ihre Interessen zueinander sortiert werden. Die Herausbildung von organischen Intellektuellen in den Bewegungen, ihre Selbstveränderung und die Veränderung ihrer Basis sind bewusst und strategisch zu organisierende Aspekte einer gesellschaftlichen Transformation. Die Selbstvertretung und Organisierung der Prekären soll dazu beitragen, das Feld für gemeinsame Bündnisse aktiv zu ebnen, damit eine Kooperation auf Augenhöhe möglich wird. Amerikanische Gewerkschaften haben sich durch die Erfahrung der Zerrüttung ihrer Organisationsmacht auf »neue« Akteure und Strategien zubewegt, eröffnen ihrerseits Räume für demokratische gemeinsame Arbeit an der Herausbildung einer gemeinsamen gesellschaftlichen »Partei«.

FREIHEIT ZUR VERÄNDERUNG

Occupy Wall Street (ows) ist eine nicht völlig neue, aber radikale Antwort auf die Janusköpfigkeit der Repräsentation. Die Versammlungen haben einen hohen Grad an

innerer Organisation – »Logistik ist Politik«: medizinische Versorgung, Übernachtung, Kleidung, Heizung, Essen für zeitweise 2000 Personen, ein Mediencenter, Alternative Finanzordnung, Sicherheit, Mediation, Dokumentation, eine zentrale Bibliothek, Seminare zur politischen und schulischen Bildung, Strategie- und Think-Tankgruppen oder Direkte Aktion. In wenigen Wochen entstanden fast 100 Arbeitsgruppen. Ein konzeptioneller Anker ist der Bezug auf *horizontalism* – ursprünglich von den Zapatistas aufgebracht, steht das Konzept für die Selbstorganisierungsprozesse der Erwerbslosenbewegungen, der Nachbarschaftsversammlungen und wiederangeeigneten Betriebe in Argentinien seit der Krise. Die Versammlungen und Besetzungen sind Prozesse der Selbstorganisierung und »Selbsterziehung« (Gramsci), die sich speisen aus der Kritik traditioneller Repräsentation, ohne Organisierung abzulehnen. Ein Sprecherrat verschiedener Versammlungen, die aktive Verknüpfung mit gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen und Versuche, von den besetzten Plätzen aus Organisierungsprozesse in den Nachbarschaften zu beginnen, sind als Teil der Herausbildung eines Allgemeinen »von unten« gedacht. Die Menge im Liberty Park New Yorks praktizierte Offenheit, Zugänglichkeit und Gleichheit (Solidarität). Sie kennt Organisierende und Sprechende, aber keine formelle Repräsentation – »they can't be bought or bombed« (Crosby). Elaborierte Kommunikations- und Entscheidungsprozeduren wurden entwickelt. Ihre Basis ist nicht der Gemeinwille (*volonté générale*), sondern der Gesamtwille (*volonté de tous*), konstituiert in der Ende Oktober von einem »Spokes Council« abgelösten »Generalversammlung«: »Die Generalversammlung setzt sich aus all denen zusammen, die an einem Tag zu einem Treffen kamen. Jede und jeder hat die Freiheit teilzunehmen und durch Veränderung verändert zu werden.« (Doug Henwood)

LITERATUR

Balla, Balint, 1973: »Bürokratische« oder »Kader«-Verwaltung?, in: *Zeitschrift für Soziologie* 2, 101–27

Becker, Florian, und Christina Kaindl, 2009: Widersprüche der Mosaik-Linken, in: *Luxemburg 1/2009*, 93–9

Demirović, Alex, 1997: *Herrschaft und Demokratie*, Münster

Deppe, Frank, 1997: »Führung«, in: HKWM Bd. 4, Sp. 1085–1092

Geiger, Theodor, 1931: Führung, in: Alfred Vierkandt (Hg.): Handwörterbuch der Soziologie, Stuttgart, 138f

Genschel, Corinna, u.a., 2009: Debatte: Von Seattle nach Kopenhagen, in: *Luxemburg 2/2009*, 8ff

Henwood, Doug: The OWS Demands group meets, LBO-News v. 24.10.2011 http://lbo-news.com/2011/10/24/the-ows-demands-group-meets/

Kernig, Claus Dieter (Hg.), 1968: *Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft*, Bd. II, Freiburg-Basel-Wien, Stichwort »Führung«

Liss, Jon, und David Staples, 2008: *New Folks on the Historic Bloc: Worker Centers and Municipal Socialism, Vortrag auf der »Right to the City Konferenz«*, 7. November, Berlin

Manji, Firoze, 2007: World Social Forum: just another NGO fair? 2007-01-26, *Pambazuka* News H. 288; www.pambazuka.org/en/category/features/39464

Priester, Karin, 2007: *Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen*, Frankfurt/M

Urban, Hans-Jürgen, 2010: Lob der Kapitalismuskritik. Warum der Kapitalismus eine starke Mosaik-Linke braucht, in: *Luxemburg 1/2010*, 18–29

LINKE PARTEIEN IN DER FRAGMENTIERTEN GESELLSCHAFT

PARTEI NEUEN TYPS – DIE »VERBINDENDE PARTEI«

MIMMO PORCARO

Gesellschaftliche Differenzierung und neoliberaler Umbau der Gesellschaft haben die traditionellen linken Großorganisationen, vor allem die Massenparteien, in die Krise geführt. Vor diesem Hintergrund entwickelte die Führung der Partito della Rifondazione Comunista (PRC; Partei der Kommunistischen Wiedergründung) in den 1990er Jahren in Italien ein neues Projekt. Es galt, folgenden Widerspruch zu bearbeiten: Die »klassischen« Funktionen der Arbeiterpartei (Transformation der popularen in herrschende Klassen, kulturelle und programmatische Arbeit, Politikmanagement) waren nicht nutzlos und überflüssig geworden, sondern in einer Gesellschaft, die auf die Zersetzung jeglicher Alternativen zum Kapitalismus zielt, wichtiger denn je. Zugleich wurde jedoch klar, dass diese Funktionen nicht mehr von einer einzigen politischen Entität (oder Organisationen, die ihr untergeordnet sind) erfüllt werden konnten, sondern auf unterschiedliche »Institutionen« verteilt waren: Bewegungsorganisationen, Gewerk-

schaften, zivilgesellschaftliche Vereinigungen, unabhängige Medien, computerbasierte Netzwerke und schließlich auch traditionelle Parteien.

So entstand die Idee einer die Massen »verbindenden Partei« (*partito connettivo*), die mehrere strukturell autonome »Bewegungsinstitutionen« politisch miteinander verbindet (also nicht zentralistisch organisiert), von denen jede von Zeit zu Zeit die Führung des Gesamtsubjekts übernehmen kann und – neben gemeinsamen Aktionen als »Partei« – ihre eigenen spezifischen Aktivitäten weiter fortsetzt (vgl. Mimmo Porcaro in *Luxemburg* 1/2010, 71–5).

Zwischen 2001 und 2006 gab es in Italien zahlreiche Gruppierungen, die eine allgemeine politische Stoßrichtung teilten, darunter Teile der Gewerkschaftsbewegung, die über das rein Ökonomische hinauswiesen, und eine neokommunistische Partei, die von starken Strömungen eines »abweichlerischen« Marxismus (plural, staatskritisch, direktdemokratisch, ökologisch, feministisch) durchzogen war. Im Zuge dieses Aufeinandertreffens entstanden eine gemeinsame Sprache der beteiligten Akteure und eine phasenweise starke Einheit im Kampf gegen Neoliberalismus und Berlusconi-Regierung. Dies war eine sehr schwache Version der »verbindenden Partei«, eine lediglich informelle und implizite politische Übereinkunft zwischen der PRC und den Bewegungen, die nie wirklich diskutiert oder geklärt wurde.

Die »Front« der italienischen anti-neoliberalen Linken war 2006 auf dem Sprung in die Regierung. Sie verfügte über eine gemeinsame Sprache und Kultur, blieb jedoch ohne klares gemeinsames politisches Programm, ohne Verständigung über die Abgrenzung der vorrangigen von den zweitrangigen Zielen, ohne verbindliche Absicht, Strategie und Taktik öffentlich und regelmäßig zu diskutieren, um – gleichermaßen von innen und außen agierend – das Potenzial der bevorstehenden Mitte-Links-Regierung voll auszuschöpfen. Kurzum: Es war zwar eine verbindende Sprache, aber keine wahrhaft »verbindende Partei« geschaffen worden. Folglich handelte die PRC dann innerhalb der Regierung nicht wirklich entsprechend der Forderungen der Bewegungen und umgekehrt unterstützten die Bewegungen die Positionen der PRC in der Regierung nicht wirklich, was seitens der Bewegungen unterschiedliche Reaktionen hervorrief: von sanfter Interessenpolitik gegen Romano Prodi bis hin zu entschiedener Ablehnung der gesamten Regierung. Niemandem gelang es, die Mitte-Links-Regierung dazu zu bringen, wenigstens jene bescheidenen Umverteilungsmaßnahmen zu beschließen, die sie am Leben gehalten hätten. Das Ende der Prodi-Regierung wurde so nicht einfach als schwere Niederlage angesehen, sondern als wirkliche Tragödie, die zum Auseinanderfallen der gesamten »Front« führte. Damit war die Existenz linker Parteien selbst in Frage gestellt.

Es gibt mindestens vier zentrale politische Ursachen für das Scheitern des Aufbaus einer »verbindenden Partei« und die miserable Ausgestaltung der Regierungsbeteiligung:

1 | die Unzulänglichkeit der »politischen Maschinerie« der PRC, die schon an der grundlegenden Aufgabe scheiterte, die Parteirepräsentanten in Regierung, Parlament

und Bewegungen zu verbinden, worin sich das Vorherrschen einer bloßen Rhetorik politischer Kommunikation zeigt;

2 | die mangelnde Unabhängigkeit vieler zivilgesellschaftlicher Vereinigungen von Staat und Regierung (trotz vieler anderslautender Erklärungen) und die sich daraus ergebende moderate Zurückhaltung dieser Vereinigungen, um die öffentliche Finanzierung ihrer Aktivitäten nicht zu gefährden;

3 | die Begrenztheit der Strategie der italienischen anti-neoliberalen Bewegung (die teilweise auch die der PRC ist), die auf der Vorstellung beruht, dass staatliche Ressourcen und Kapital schrittweise zugunsten der »Gesellschaft« umgeleitet werden – so wurde die Entwicklung eigener Konzepte zu Regierung und Staat vernachlässigt, was wiederum die »Vereinnahmung« von Partei und Bewegungen durch die Regierung erleichterte;

4 | die falsche Gleichsetzung von Vereinigungen, Bewegungen und »der Bevölkerung«. Zu lange wurde geglaubt, dass die Vereinigungen der Zivilgesellschaft aufgrund ihrer solidarischen Grundhaltung die gesamte Bevölkerung repräsentieren. In Wahrheit repräsentieren sie jedoch nur eine kleine populare Elite, die Zeit und Mittel hat, sich solidarisch zu engagieren, während den meisten Menschen die alltäglichen Probleme so zu schaffen machen, dass sie entweder politisch passiv werden oder einer »eigennützigen Mobilisierung« anheimfallen, die nicht durch altruistische Sprechweisen allein, sondern nur durch die Organisierung des Klassenkampfs aufgehalten und transformiert werden kann.

STRUKTURELLE URSACHEN FÜR DIE KRISE DER »VERBINDENDEN PARTEI«

Die »verbindende Partei« steht vor zwei strukturellen Problemen: (a) der wachsenden Kluft zwischen qualifizierten und weniger qualifizierten Arbeitskräften und (b) der zunehmenden Bedeutung von Regierungsgewalt (national und übernational) bei der Steuerung des Kapitalismus im Zuge der globalen Wirtschaftskrise.

In der traditionellen Massenpartei agierten unterschiedlich gut ausgebildete Arbeitskräfte gemeinsam. Die weniger qualifizierten Arbeitskräfte, zu Zeiten der Massenpartei vorwiegend Handarbeiter, konnten so wichtige ökonomische und politische Ziele erreichen; die qualifizierten Arbeitskräfte, damals vorwiegend Kopfarbeiter, sahen in Partei (und Gewerkschaft) eine Möglichkeit, den Mehrwert an Wissen zu nutzen, den die »mechanische« Disziplin des Fordismus nicht auszubeuten erlaubte, und die Arbeit in den Wohlfahrtsstaat zu integrieren. Das gemeinsame Handeln von unterschiedlich Qualifizierten unter dem Dach einer Organisation führte zum Abschmelzen der Unterschiede innerhalb der popularen Klassen. Es beförderte die politische Sozialisierung der weniger qualifizierten Arbeitskräfte und brachte die qualifizierten dazu, ihr spezifisches Wissen als Lehrer, Ärzte, Verwaltungsbeamte, Ingenieure usw. zu hinterfragen, indem dieses von der Aufgabe befreit wurde, hierarchische gesellschaftliche Verhältnisse zu reproduzieren.

Die Krise des sozialdemokratischen Kompromisses und des Wohlfahrtsstaats, die Arbeitsplatzunsicherheit und vor allem die Verwandlung der kulturellen und kommuni-



Occupy Wall Street, Demonstration New York, 15.10.2011 © Gijs Joost Brouwer

kativen Aktivitäten (zuvor großteils vom Staat organisiert) in einen riesigen Industriezweig haben das vormalige Zusammengehen unterschiedlich gut ausgebildeter Arbeitskräfte unmöglich gemacht.

Die heutigen »weniger qualifizierten Arbeitskräfte«, die schlechter ausgebildeten Intellektuellen, laufen – nach verlorener Hoffnung und ohne wirkungsvolle Organisation – dem Populismus in die Arme. Die heutigen »qualifizierten Arbeitskräfte«, die gut ausgebildeten Intellektuellen, gehen zunehmend in der Firma auf, die deren kulturelle, sprachliche und kommunikative Fähigkeiten heute viel stärker nutzt. Während die weniger Qualifizierten dem passiven Medium *par excellence*, dem Fernsehen, und seiner unvermeidlich populistischen Sprache ausgesetzt sind, sind die Qualifizierten der Ideologie des Internets ausgesetzt, das seiner Erscheinung nach auf horizontalen und leicht veränderbaren Beziehungen basiert und die Illusion erzeugt, die gesamte gesellschaftliche Realität sei mit seiner Hilfe erreichbar. Deshalb beschränken die Qualifizierten ihre politische Aktivität oft auf die Selbstorganisation von Internet-Gemeinden und gehen so dem Problem der öffentlichen Kontrolle des Kapitals und dem des Bündnisses mit den weniger Qualifizierten aus dem Weg; dies wiederum fördert das Misstrauen der weniger Qualifizierten gegenüber den Trägerinnen und Trägern spezialisierten Wissens, die allesamt zum Establishment gerechnet werden, und lässt sie zum Subjekt der populistischen Revolte gegen alle gesellschaftlichen »Vermittler« (politische

Klasse, Experten, Intellektuelle jeglicher Art) werden. Die Qualifizierten sind entsprechend eine Basis der moderaten Linken und der Projekte demokratischer Transformation, die »Soften« und »Grünen« des Kapitalismus; die weniger Qualifizierten sind eine Basis der populistischen Rechten und sicherheitsstaatlicher Politiken.

Ein Schwachpunkt der Idee der »verbindenden Partei« in ihrer ursprünglichen Formulierung liegt darin, dass sie diese wachsende Kluft nicht berücksichtigt und entsprechend die Frage nach der Vereinigung unterschiedlicher Schichten von Arbeitskräften nicht explizit adressiert. Die Idee der »verbindenden Partei« basiert unter anderem auf der stillschweigenden falschen Annahme, alle Fraktionen der unterworfenen Arbeit bewegten sich aufeinander zu: Nur so erklärt sich die Verwechslung von Vereinigungen und Gesamtbevölkerung und die Illusion, die Schaffung eines einheitlichen Organismus und einer gemeinsamen politischen Strategie könne eine »emergente Eigenschaft« der spontanen Wechselwirkung verschiedener Komponenten einer hypothetischen »verbindenden Partei« sein. Die bloße Kommunikation zwischen den »Vielen« kann jedoch keine Einheit herbeiführen und statt der Entfaltung einer positiven Dialektik von Vielfalt und Einheit setzt sich so erstere auf Kosten letzterer durch. Auf diese Weise kann die »verbindende Partei« allenfalls eine politische Organisation der Qualifizierten werden, da nur diese durch die gelegentliche und spontane Vereinigung im Internet zumindest eine gewisse Sichtbarkeit und Selbstrepräsentation erreichen.

Die Kluft zwischen qualifizierten und weniger qualifizierten Lohnabhängigen wird durch einen zweiten Umstand noch verschärft: die veränderte Rolle des Staates. Im Zuge der fortschreitenden Globalisierung verbreitete sich die Vorstellung, die Macht des Kapitals infiltriere transnationale Reichtumsströme zunehmend ohne staatliche Vermittlung – und folglich könne die anti-neoliberale Bewegung diesen Trend umkehren, indem sie dezentral Elemente alternativer gesellschaftlicher Verhältnisse aufbaut. Wenn das Kapital ohne den Staat auskomme, sei es auch für die Gegner des Kapitalismus möglich, das Problem der politischen Macht zu umgehen und dem Kapitalismus durch zunehmende gesellschaftliche Autonomie und Selbstverwaltung und eine solidarische und dezentrale Ökonomie »undichte Stellen« zuzufügen. Die gegenwärtige Krise der Globalisierung macht jedoch deutlich, dass das Kapital nur überleben kann, wenn der Staat riesige Geldmengen zur Verfügung stellt – dies steht allerdings jeglichen gesellschaftlichen Autonomiebestrebungen entgegen, die keinen gewichtigen Einfluss auf den Staat nehmen wollen. Die transnationalen Kapitalströme und die Internationalisierung ganzer Produktionszweige (z.B. Automobilsektor) könnten nicht weiter zunehmen, wenn das Kapital nicht die Oberherrschaft über die gesamten öffentlichen und staatlich verwalteten Ressourcen erlangt hätte. Wer heute die Macht demokratisch verteilen und zerstreuen will, muss zunächst die Kontrolle über das Kapital durch die Kontrolle über den Staat zurückgewinnen.

WIE KANN DIE IDEE DER »VERBINDENDEN PARTEI« WEITERENTWICKELT WERDEN?

Das Konzept der »verbindenden Partei« (und auch das des »pluralen Subjekts«, das von der anti-neoliberalen Bewegung entwickelt wurde) muss dennoch nicht aufgegeben werden. Es bedarf allerdings der Weiterentwicklung.

Erstens sollte es explizit auf ein Bündnis zwischen Qualifizierten und weniger Qualifizierten orientieren. Ein solches Bündnis kann in erster Linie über ein Netzwerk von Vereinigungen realisiert werden, in denen nicht nur die Qualifizierten organisiert sind. Dies können nicht rein altruistische, sondern müssen mutualistische, also auf gegenseitige Hilfe basierende Vereinigungen sein, die auf die elementaren Alltagsprobleme der Massen in Zeiten der Krise und des fortschreitenden Abbaus des Wohlfahrtsstaats zugeschnitten sind. Dies kommt dem Aufbau einer – in Italien so bezeichneten – »sozialen Partei« gleich, die in vielerlei Hinsicht schon durch die PRC realisiert wurde. Deren Elementarzellen sind lokale Einheiten, in denen Mitglieder nicht einfach nur über Politik diskutieren, sondern darüber hinaus kollektiv einkaufen, kollektive Kinderbetreuung organisieren, über Zeitbanken geldlos Leistungen tauschen, Computerselbsthilfe anbieten usw. Durch die mutualistische Form dieser Vereinigungen können breite Bevölkerungsschichten erreicht werden, die vormals ausgeschlossen waren. Gleichzeitig können Wissen und Erfahrungen gesammelt werden und zirkulieren zwischen weniger Qualifizierten und Qualifizierten. Während Solidarität und Altruismus der Qualifizierten paradoxerweise eine Ursache des Rechtspopulismus sind, da dies die Ablehnung vieler Ausgeschlossener hervorruft, sind mutualistische Vereinigungen ein wirksames Gegenmittel gegen den Populismus, da sie von Kapital und Staat unabhängige »intermediäre Gesellschaftskörper« darstellen, die einer direkten Beziehung zwischen »Oberhaupt« und »Bevölkerung« im Wege stehen. Um die Menschen wahrhaft zu verbinden, muss die Partei zunächst eine »soziale Partei« werden, die ihre Aktivistinnen und Aktivisten dazu bringt, mutualistische Vereinigungen aufzubauen, die den popularen Schichten unmittelbar nützen. Daneben sollte der Aufbau autonomer Netzwerke popularer sozialer Organisationen unterstützt werden, die im übrigen eng mit den altruistischen Vereinigungen zusammenarbeiten sollten, die im Rahmen der anti-neoliberalen Bewegung bereits entstanden sind.

Zweitens muss die »verbindende Partei« unter den veränderten Bedingungen die Kunst der politischen Führung beherrschen – eine Aufgabe, der sich alle bisherigen sozialistischen, kommunistischen und popularen Parteien stellen mussten. Grundsatzprogramm, allgemeiner Zweck des Handelns (Sozialismus), Strategie und Taktik können folglich nicht – wie im ursprünglichen Konzept vorgesehen – das Ergebnis des spontanen Aufeinandertreffens der verschiedenen Kräfte sein, die die Partei zusammensetzen bzw. mit ihr assoziiert sind, sondern nur das Ergebnis eines bewussten Diskussionsprozesses spezifischer politischer und intellektueller Gruppen.

Die globalisierungskritische Bewegung hat uns gelehrt, dass niemand das »absolute gesellschaftliche Wissen« besitzt. Folglich können Programm, Zweck, Strategie und Taktik der »verbindenden Partei« nur entwickelt werden,

wenn die Überlegungen möglichst vieler einbezogen werden. Pluralismus theoretischer Ansätze und der Synkretismus der globalisierungskritischen Bewegung sind auch heute wichtige Ressourcen. Aber Pluralismus allein reicht nicht aus, um die Gegenwart zu verstehen und die Zukunft zu planen. Die Ergebnisse pluralistischer Debatten müssen durch intellektuelle und politische Gruppen weiterverarbeitet werden, die zu jedem Zeitpunkt analysieren, welche gesellschaftlichen Klassen an der Macht sind, wie sie sich an der Macht halten, welche Klassen diesen gegenüberstehen und welches alternative Gesellschaftsmodell sie anzubieten haben. Andernfalls würden marxistische, ökologische, feministische und andere Ansätze niemals in einem Ansatz vereinigt, da mit jedem dieser Ansätze ein Führungsanspruch einhergeht, den die entsprechenden Gruppen kaum aufzugeben bereit sind.

Darüber hinaus kann die jeweilige Auslegung der einmal festgelegten Parteilinie und insgesamt die politische Führung der anti-neoliberalen »Front« nicht von einer politischen Einheit allein übernommen werden, sondern muss von einer breiten Führungsgruppe gebilligt werden, der aufgeschlossene Menschen aus möglichst unterschiedlichen Zusammenhängen mit unterschiedlichen Erfahrungen angehören. Wenn ein Subjekt, sei es eine Partei, Vereinigung, Gewerkschaft oder Zeitschrift, für eine gewisse Zeit die Oberhand innerhalb der »verbindenden Partei« gewinnt und die politische Linie vorgibt, muss dies stets in Abstimmung mit einer breiten Führungsgruppe geschehen.

Obwohl politische Führung typisch für den »klassischen« Ansatz zu sein scheint, ist drittens keineswegs sicher, ob eine solche richtungsweisende Gruppe aus einer der heutigen politischen Parteien hervorgehen kann. Zwar mag ein Parteimitglied eher zu Reflexion und »allgemeinem« Handeln neigen als ein Mitglied einer Ein-Punkt-Bewegung, aber in heutigen Parteien geht es meist eher ums tägliche Überleben, um Taktisches und um die Vermittlung zwischen unterschiedlichen Strömungen als um die Entwicklung grundlegender Konzepte. Ein Grundsatzprogramm, der Entwurf einer neuen Form des Sozialismus oder die Ansätze einer neuen Strategie und Taktik werden daher wahrscheinlich von politischen und intellektuellen Gruppen ausgehen, die auch aus Parteimitgliedern bestehen, sich aber nicht mit den Parteien selbst decken. Eine Stärke der »verbindenden Partei« liegt darin, dass sie solche »informellen« Mechanismen der Politikgestaltung, die in der traditionellen Massenpartei nicht geduldet waren, als wichtige Ressourcen anerkennt.

Die Zukunft linker Parteien ist nicht nur eine Frage ihrer Form, Arbeitsweise und Führung, sondern auch eine des Inhalts, der Vision. Der Aufbau einer »verbindenden Partei« muss mit einer neuen Vorstellung von Sozialismus einhergehen. Es mangelt den heutigen Parteien an den gesellschaftlichen Projekten und Visionen, die die Mehrheit der Menschen mobilisieren könnten: Denn eine Partei ist vor allem ein Ort, an dem Individuen und Kollektive zusammenkommen, um eine Vorstellung von der zukünftigen Gesellschaft zu entwickeln.

Aus dem Englischen von Oliver Walkenhorst

Occupy wall street 11/05/2011, © Gijs Joost Brouwer





Occupy Wall Street, Demonstration New York, 15.10.2011 © Gijs Joost Brouwer

»TEIL DER BEWEGUNG SEIN«

LINKSPARTEI AUF DEM SYNTAGMA-PLATZ

TASOS KORONAKIS

Die Situation in Griechenland kann nur als Depression beschrieben werden. Jetzt, *nach* den Bewegungen, die die Plätze besetzt haben, sind die Menschen erschöpft und die Angst hängt über unseren Köpfen, was als nächstes kommt. Alle zwei Monate werden neue Kürzungen und Maßnahmen beschlossen, die immer wieder als »letzte« angekündigt werden. Das Schuljahr hat begonnen, aber es gibt keine Bücher. Die Schulbibliotheken sind geschlossen. Die meisten Universitäten sind von den Studierenden besetzt, um gegen das neue Hochschulgesetz zu protestieren, das die Universitäten dem Markt ausliefert. Es gibt immer weniger Betten in den Krankenhäusern, für alles muss gezahlt werden, es gibt keine öffentliche Gesundheitsversorgung mehr. Die Kürzungen betreffen die Renten, psychiatrische Hilfen, selbst Übersetzungshilfen für Gehörlose werden abgeschafft. Alles wird privatisiert: Wasser, Elektrizität, Flughäfen, alles wird verkauft. Eine neue Steuer auf die Häuser wurde eingeführt, die mit der Stromrechnung

bezahlt werden muss. Wenn sie nicht bezahlt wird, wird der Strom abgestellt. Nur im Bereich der Polizeigewalt sind die Ausgaben verstärkt worden: 900 000 Euro wurden für die Anschaffung von Tränengas ausgegeben.

Von April 2010 bis heute haben wir große Momente von sozialen Bewegungen und große Momente von Depressionen erlebt. Menschen stehen auf und kämpfen und Menschen gehen nach Hause und weinen. Für eine linke Partei[1] ist das eine schwierige Situation: Was können wir, was sollen wir fordern? Es ist schwierig, über Lösungen und Alternativen zu sprechen, wenn Depression das vorrangige Gefühl ist, auch in der Politik.

Am Beispiel der Bewegung der *indignados* möchte ich unser Vorgehen erläutern. Die Bewegung ist aus Nordafrika gekommen, entstanden nach der »spanischen Revolution«. In Spanien wurde ein Transparent gezeigt: »Griechen, wacht auf!« Daraus erwuchs das Gefühl, das etwas getan werden müsste. Eine Facebook-Gruppe hat aufgerufen: »Wir sind keine Gewerkschaft, keine Partei, wir sind empört, und wir treffen uns auf dem Syntagma-Platz. Kommt mit uns.« Nach einer Stunde hatten 100 000 Nutzer »gefällt mir« geklickt, nach drei Stunden 400 0000, nach fünf Stunden wurde sie wegen Überfüllung geschlossen. 20 000 Menschen sind dem Aufruf gefolgt. Sie halten eine Versammlung ab und diskutieren Forderungen. Alles, was man sich vorstellen kann, wird vorgeschlagen: »Wir müssen das Geld abschaffen«, »wir müssen das Geld an die Bevölkerung umverteilen«, »wir fordern folgende Maßnahmen von der Regierung«, »wir fordern die Abschaffung der Regierung« – und alle sind dort. Was kann eine linke Partei in dieser Situation tun? Wer sind diese Leute? Ist das fortschrittlich, ist das links?

Die Bewegung hat drei große Themen: Das erste ist Demokratie, »echte Demokratie«. Aber kann diese Demokratie eine Antwort auf die Lücke in der Demokratie sein, auf die leere, systemische Demokratie, auf die Krise der Repräsentation? Mit dem Begriff der »echten Demokratie« fordern die Menschen eine Repräsentation in der Politik. Sie haben das Gefühl, dass niemand sie vertritt.

Das zweite große Thema ist soziale Gerechtigkeit, Gerechtigkeit im Allgemeinen. Sie sagen einfache Dinge: »Viele Leute in der Politik haben Geld genommen, jetzt wird behauptet, wir hätten es gemeinsam ausgegeben. Aber wir haben es nicht gemeinsam ausgegeben, jemand hat es genommen. Wer für den Raub an den Renten, für Privatisierung der Stromversorgung, dem Ausverkauf des Wassers verantwortlich ist, gehört ins Gefängnis.«

Der dritte Punkt: Wir sind erschöpft, Schluss mit den Kürzungen.

Diese drei Themen verbinden sich mit guten Sachen – mit massenhafter Beteiligung, mit Solidarität, friedlichem Zusammenkommen – und mit schlechten: rechtsextremen, nationalistischen Vorschlägen, antipolitischer Kultur. Was muss die Linke tun? Unsere Antwort war: Wir sind von Anfang an Teil der Bewegung. Der wichtigste Grund, warum die Menschen auf die Plätze gehen, ist, dass ihr Leben sich durch die neoliberale Politik immer weiter verschlechtert. Deshalb wehren sie sich und sagen: Es reicht. Das ist ein guter Grund, um mit den Menschen über das, was in der Welt passiert, ins Gespräch zu kommen.

Der erste Schritt ist, sich in einen gemeinsamen Kampf zu begeben, auf die Plätze zu gehen und zu sagen: Weitere Kürzungen kann ich nicht ertragen. Der Platz hat eine große Bedeutung in der griechischen *Community*, die Plätze waren der erste Schritt zu einer gemeinsamen, einer allgemeinen Antwort. Nach vielen Jahren wird erstmals ein gemeinsamer Kampf versucht. Die Linke muss dort sein.

In der Linken dominieren im Umgang mit den neuen Bewegungen drei Strategien, die unterschiedlich problematisch sind.

Die erste besteht darin, den Protestierenden das eigene Programm als Lösung vorzustellen: »Wir haben die Lösung für alles. Wir haben Sozialismus, Gerechtigkeit, Demokratie in der Tasche und wir müssen die Menschen von unseren Lösungen überzeugen.«

Die zweite ist, nicht auf die Plätze zu gehen und die Bewegungen abzulehnen, weil dort Leute sind, mit denen wir nicht zusammenarbeiten wollen: »Wir können sie nicht kontrollieren, wir wissen nicht, was sie nach zehn Tagen machen, vielleicht ruinieren sie unseren Ruf.«

Die dritte Strategie besteht darin, auf die Plätze zu gehen und alles zu wiederholen und zu bekräftigen, was die Menschen verlangen: »Ja, wir müssen die griechischen Flaggen auf dem Platz hissen, ja, wir müssen alles umsetzen, was ihr fordert.« Das ist opportunistische Politik.

Wir müssen dagegen einbringen, was wir in den letzten Jahren von der globalisierungskritischen Bewegung gelernt haben. Wir brauchen eine allgemeine, offene Diskussion über das Verhältnis von Bewegung und Partei.

1| Wir müssen mit unseren Ideen Teil der Bewegungen sein. Nicht unbedingt mit unseren Fahnen, aber mit unseren Vorstellungen. Wir müssen vermitteln, was unseres Erachtens in der Welt und Europa vorgeht, wie die Finanzkrise bearbeitet wird und wie dadurch eine neue, eine »menschliche« Krise entsteht, eine Krise der Arbeit, der Arbeitslosigkeit.

2| Wir nehmen mit unseren Körpern an den Bewegungen Teil. Wir repräsentieren keine tausenden zuhause Gebliebenen, wir repräsentieren uns.

3| Wir gehen auf die Plätze und bringen unsere Positionen ein, die mit unseren konzeptionellen Vorstellungen, unserer »Ideologie« verbunden sind, die aber auch neue Bündnisse, neue Handlungsmöglichkeiten produzieren können.

4| Wir versuchen, eine neue Verbindung zwischen organisierter Politik und Basisbewegungen zu ermöglichen.

5| Wir versuchen, unsere Agenda einzubringen und auf die Propaganda der Massenmedien mit unseren Werten zu reagieren.

6| Gegen die Angst, die aus der Politik der Herrschenden entstanden ist, müssen wir Hoffnung produzieren. Die Menschen haben ihr Vermögen, Arbeit, Renten, Selbstsicherheit verloren, darauf müssen wir Antworten finden.

7| Schließlich müssen wir Linken uns selbst, unsere Geschichte überwinden: Wir kommen aus der Geschichte der Linken, den Kämpfen der 1970er Jahre. Jetzt müssen wir die Kämpfe führen, die die zukünftigen Leute der Linken hervorbringen werden, die Zukunft der Gesellschaft. Wir müssen einen Weg finden, Sozialismus zu einer realen Idee zu machen, zu einem tatsächlichen Weg zu Demokratie,



Occupy Chicago
abjam77 Ⓒ

Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit. Das ist nichts, was sich irgendwo oben in den Wolken abspielt, sondern unten auf den Plätzen.

BEI DEN PROBLEMEN ANSETZEN, NICHT BEI DEN LÖSUNGEN

Zu Beginn der Bewegung gab es keine Organisierung, keine Organizer. Erstmals trafen die extreme Rechte und die Linke auf dem Platz aufeinander. Wie sind wir damit umgegangen? Die Linke hat als erstes entschieden, unser geplantes antirassistisches Festival nicht parallel zur Bewegung abzuhalten, sondern es auf den Platz zu verlegen. Den Vorschlag haben wir auf der Versammlung eingebracht und dem ist zugestimmt worden: »Ja, wir müssen uns für die Rechte der Migranten einsetzen.« Wir haben ein Kricket-Spiel pakistanischer Migranten organisiert, genau dort, wo normalerweise die extreme Rechte zusammenkam. Als sie zu ihrem »angestammten« Bereich auf dem Platz zurückkehrten, fanden sie auf viele Kricket-spielende Pakistani, direkt vor dem griechischen Parlament. Das waren sie nicht gewohnt. Das ist nur eines von vielen Beispielen, wie wir die Plätze in unsere Strategien eingebunden haben. Deshalb ist es so wichtig, vor Ort und Teil der Bewegung zu sein – es ist viel einfacher, von außen zu beklagen, dass sich nationalistische Kräfte in die Bewegung einschleichen. Viel schwieriger ist es, von innen die Versammlung auf die progressive Seite zu ziehen.

Zweitens: Bei einer derartig großen Bewegung ist es wichtig, bei den Problemen

anzusetzen, nicht mit den Lösungen anzufangen. Wir können nicht auf die Versammlung gehen und sagen »Sozialismus ist die Lösung«. Das ist die Schlussfolgerung, das Ende. Um zur Schlussfolgerung zu kommen, müssen die Probleme in den Blick genommen werden. Daraus sind die Forderungen zu entwickeln – gegenüber der Regierung, der EU etc. Von den Forderungen ausgehend sind Aktionen zu entwickeln, Programme zu formulieren, diese müssen auch im Parlament eingebracht werden. Die Verbindung zwischen der Linken im Parlament – aber nicht im System – und den Linken auf der Straße muss bewusst hergestellt werden. Daraus kann ein linkes Programm mit alternativen Lösungen für die Menschen auf den Straßen und in den Kämpfen entstehen. Das ist die richtige Methodologie; darin kann es keine Abkürzungen geben. Wir können nicht sagen: »Die Leute auf den Plätzen sind rechts oder nicht links genug, deshalb nehme ich nicht teil.« Und wir können nicht mit der Diskussion des Programms, der Alternative beginnen.

Wir hatten eine große Versammlung mit 10 000 Menschen, die über Demokratie diskutierten. Um uns herum standen 5000 Polizisten, von denen die Regierung sagte, sie seien da, um die Demokratie zu schützen. Demokratie für wen? Schützen die 10 000 Menschen in der Versammlung die Demokratie oder die Polizisten?

Das ist ein gutes Bild für das, was auf dem Syntagma-Platz geschieht. Der Prozess dauerte an, bis zum Tag Null, als das Memorandum II abgestimmt wurde. Jetzt wird das Memorandum III oder IV vorbereitet. Wir können dem nur begegnen mit Einigkeit aller Anti-Memorandum-Kräfte, Anti-Regierungskräfte der Linken und Fortschrittlichen.

Die Pasok hat sich seit 1994 von einer linken Sozialdemokratie zur heutigen Position entwickelt, in der der Vizepräsident erklärte, Demokratie sei nicht die Lösung, denn die Menschen kennten sich nicht aus, sie könnten falsch entscheiden. »Wir wissen, was entschieden werden muss, sie nicht, deshalb lassen wir sie nicht wählen.« Dabei ist der Prozess kein Spezifikum von Griechenland – die Propaganda von den faulen Griechen will das glauben machen –, sondern es ist neoliberale Herrschaft und eine Ermächtigung der staatlichen Herrschaft.

Wir müssen Formen von massenhaftem zivilen Ungehorsam entwickeln – wir haben einfach nicht das Geld, die neuen Steuern zu bezahlen. Wenn 10 000 Menschen sie nicht zahlen, wird ihnen vielleicht der Strom abgestellt. Sind es aber eine, zwei Millionen Menschen, kann ihnen niemand den Strom abstellen. Griechenland würde im Dunkeln liegen.

Viele Menschen können gemeinsam eine neue Hoffnung für die griechische Arbeiterklasse schaffen. Als Individuen können wir nichts schaffen, Individuen sind die ersten Opfer der Kürzungen: Frauen, Senioren, Jugendliche. Um die Not abzuwenden, müssen sie geschützt werden, kollektiv. Das ist die Aufgabe, der sich die Linken stellen müssen.

---

1 Gemeint ist die griechische Linkspartei Synaspismos (Koalition der Linken, der Bewegungen und der Ökologie), der Autor ist Mitglied des Parteivorstandes und dort zuständig für Massenmobilisierungen und Organisationsfragen. Der Beitrag basiert auf seinem Vortrag auf der Tagung »Transformative Organizing«, 22.–24.9.2011 der RLS. (Anm. d. Red.)





Occupy Chicago
abjam77

SOZIALISMUS 3.0 IN CHINA

DAVID COHEN

PETER MARTIN

Der Machtwechsel in China im kommenden Jahr rückt näher und Politiker und Wissenschaftler spekulieren, welches Thema die Politik des Landes in den folgenden acht Jahren bestimmen wird. Wohin der Präsidentschaftsanwärter Xi Jinping neigt, ist nach wie vor nicht ersichtlich. Eine Vielzahl von Vorschlägen sind von aufstrebenden Kadern entwickelt worden, die sich Hoffnung auf das Führungsgremium der Kommunistischen Partei, den Ständigen Ausschuss des Politbüros, machen. Die meisten Vorschläge sind Variationen bereits bewährter Ideen, doch Parteisekretär Bo Xilai aus der südwestlichen Metropole Chongqing hat mit einer originellen Variante »roter Kultur« einen neuen politischen Weg eingeschlagen und mit bemerkenswert kühnen Kampagnen versucht, Einfluss zu gewinnen.

Bo ist das führende Parteimitglied des Verwaltungsgebiets Chongqing, das eine Fläche in etwa von der Größe Österreichs umfasst. Dazu gehören die Stadt Chongqing

mit ihren 10 Millionen Einwohnern und ein riesiges agrarisch geprägtes Umland mit über 1200 Kleinstädten und Dörfern. In den vergangenen Jahren ist Bo mit Initiativen wie der Kampagne »Rotes Lied« und der Abschaffung von Werbung im lokalen Fernsehsender ins Zentrum der Medienaufmerksamkeit gerückt.

Doch die Bedeutung seiner Politik reicht über solche Spielereien hinaus: Sein Angriff auf die ökonomische Ungleichheit und die Ausweitung der ökonomischen Rolle des Staats versuchen eine Neufassung des Gesellschaftsvertrags von Chongqing.

Es heißt, in China habe die Politik auf der Stelle getreten, während die Ökonomie nach vorne gestürmt sei. Doch unter der ruhigen Oberfläche der Ein-Parteien-Herrschaft finden in der Kommunistischen Partei angeregte Debatten über die Zukunft Chinas statt. Politische Experimente auf lokaler Ebene liefern Argumente, die die Gestalt des chinesischen Sozialismus in der nächsten Regierungsperiode und darüber hinaus bestimmen werden; ihre Protagonisten »bewerben« sich damit für höhere Ämter.

Diese Debatte steuert nicht immer in eine marktliberale Richtung. Chinas Neue Linke hat sich Bos Ideen zu eigen gemacht und wirbt für eine radikale Abkehr von der marktorientierten Politik der Reform- und Öffnungsperiode. Chongqing führt sie als Beweis dafür an, dass Wachstum mit ökonomischer Gleichheit verknüpft werden kann, ihre Vision des Sozialismus knüpft an einer stärker staatsorientierten Vergangenheit an.

Vertretern der Neuen Linken zufolge bilden die in Chongqing gemachten Erfahrungen den Anfang eines Entwicklungswegs für China, der radikal mit den unter Deng Xiaoping begonnenen kapitalistischen Reformen brechen wird. Ihre Hoffnung ist, den Staat wieder ins Zentrum des ökonomischen Systems in China rücken zu können mit einem Schwerpunkt auf Armutsbekämpfung und einer Wiederbelebung maoistischer Politik. Dies zusammen bildet ihrer Ansicht nach die Blaupause für eine neue Ära in der chinesischen Geschichte.

EINE NEUE LINKE

In einem politischen System, in dem Losungen eine große Bedeutung beigemessen wird, gerät die Einführung eines neuen Schlagworts zu einer diffizilen Angelegenheit. Folglich hat sich Bo alle Mühe gegeben, seine Politik in der Geschichte der Kommunistischen Partei zu verankern: »Manche behaupten, ›rote Kultur‹ wäre ein Linksruck«, sagte Bo 2009 auf einer kommunalen Parteiversammlung. »In Wahrheit geht es einfach darum, dem Volk zu dienen. Dafür wurde die Kommunistische Partei gegründet.« Mit der Präsentation seiner eigenen Leistungen und Ansichten läuft Bo Gefahr, jene Politbüromitglieder gegen sich aufzubringen, denen ein kollektives Auftreten der Führung wichtig ist, um im Machtzentrum ein einträchtiges Bild abzugeben und die Möglichkeit politischer Spaltungen zu minimieren. Doch führende Köpfe der Neuen Linken beginnen, über die Leitidee der chinesischen Politik der letzten 30 Jahre hinauszublicken.

Wang Shaoguang, ein in der Volksrepublik gebürtiger Politikprofessor an der Chinesischen Universität Hongkong, hat in einem unveröffentlichten Artikel, der sich hauptsächlich mit Chongqing befasst, diese neue Ära »Sozialismus 3.0« getauft und

sieht sie in der Nachfolge sowohl von Maos radikalem Egalitarismus als auch von Dengs Reform- und Öffnungspolitik.

Der umstrittene Politikwissenschaftler Pan Wei von der Peking-Universität sieht seinerseits Chongqing als Beweis dafür an, dass China sich in Richtung einer »Post-Reform-und-Öffnungs-Ära« bewegt und zur traditionellen sozialistischen Betonung der Gleichheit zurückkehrt. Weil die wachstumsorientierte Politik der jüngsten Jahrzehnte eine inakzeptable Kluft zwischen Reich und Arm geschaffen hat, sei die Zeit für ein radikales Umdenken in der chinesischen Politik gekommen – allerdings ist er nicht sicher, ob auch schon die Zeit dafür gekommen ist, sich in diesem Sinne öffentlich zu äußern.

Der Machtwechsel naht und Bo ist von einigen seiner provokativsten Aussagen abgerückt. Auf einem Treffen mit den Herausgebern staatlicher Publikationsorgane Anfang November gab sich Bo große Mühe, seine »Rote-Kultur«-Initiativen mit zustimmungsfähigeren Entwicklungszielen der Partei in Einklang zu bringen, und argumentierte, dass Wirtschaftswachstum und Aufbau des »verwirklichten Kommunismus« für alle Parteiführer bis zurück zu Deng Xiaoping und Mao zwei Seiten derselben Medaille gewesen seien.

Bo erklärte seine Politik als natürliche Fortführung von Chinas modernem Entwicklungsweg, vermutlich als Vergewisserung gegenüber Mitgliedern des Ständigen Ausschusses des Politbüros, dass sie von ihm als Mitglied keine politischen Spaltungen zu befürchten haben. Seine Politik auf die »Rotes-Lied«-Wettbewerbe zu reduzieren, wies er als »ein völliges Missverständnis« seiner Pläne zurück; sie seien Teil einer breiter angelegten Initiative zur Bildung der Bevölkerung in chinesischen Klassikern, zu denen das kommunistische Liedgut ebenso zähle wie die konfuzianischen und daoistischen Schriften. Politische Bildung sei elementar für die Aufrechterhaltung von »gesundem Wachstum« und Patriotismus in Zeiten wirtschaftlicher Expansion. Eher bizarr ist, dass er sich damit rühmt, Henry Kissinger habe sich auf einem Besuch im Juli dieses Jahres von der »Rotes-Lied«-Kampagne beeindruckt gezeigt.

Bos Chongqing ist zur Hauptstadt für Chinas Neue Linke geworden, aber es ist nicht das einzige Modell, das die Aufmerksamkeit von Chinas Führungsspitze auf sich zu ziehen versucht. Auch Marktliberale und global orientierte Modernisierer haben sich von Lokalregierungen inspirieren lassen, insbesondere von der Reformpolitik in Shenzhen und der Provinz Guangdong.

In Shenzhen wird mit westlich orientierten politischen Reformen in Richtung Gewaltenteilung experimentiert; Premierminister Wen Jiabao hielt im vergangenen August eine kontroverse Rede, in der er sich deutlich für politischen Wandel aussprach. Wang Yang, Guangdongs führender Politiker und Bos Konkurrent um einen Sitz im Ständigen Ausschuss des Politbüros, konzentrierte sich auf den eingängigen Slogan »Glückliches Guangdong« und schlug vor, Wachstum mit einem »Glücksindex« zu messen.

Trotz offensichtlicher reformistischer Neigungen hat sich Wang an ein sehr viel traditionelleres Drehbuch gehalten als Bo, er hat stillschweigend für Wachstum gesorgt, ohne seinen Kopf zu weit herauszustrecken.

Selbst die Idee eines »Glücksindex« ist ein recht direkter Verweis auf die Maxime des 11. Fünfjahresplans, das BIP-Wachstum mit Umweltschutz und der Verbesserung der Lebensqualität in eine Balance zu bringen.

DIE ÖKONOMIE IN DER POST-REFORM-ÄRA

Wie stellen sich die Denker der Neuen Linken denn nun die nächste Phase des chinesischen Sozialismus vor?

Zunächst einmal, sagen sie, wird er deutlich weniger wie Kapitalismus aussehen. Sie fordern eine Rückkehr des Staats in die ökonomische Sphäre im großen Stil. Chongqing gilt ihnen als Beweis, dass ein großer öffentlicher Sektor neben einem dynamischen Markt existieren kann. Über die letzten Jahre ist Chongqing zu einem attraktiven Standort für Unternehmen geworden, die aufgrund steigender Löhne und Kosten ihre Produktion aus den entwickelteren Küstenprovinzen abziehen. In diesem Zeitraum lag das BIP-Wachstum Chongqings bei ungefähr 14 Prozent pro Jahr – viel höher als der nationale Durchschnitt – und lieferte linken Akademikern ein eigenes Wachstumsmodell.

Den Politikwissenschaftlern der Neuen Linken dient Chongqing mit seiner Förderung der staatlichen Unternehmenskultur als Antwort auf das von vielen marktorientierten chinesischen Ökonomen vorgebrachte Argument, dass staatliche Investitionen private Unternehmen verdrängen (*guo jin min tui*).

Cui Zhiyuan, Professor an der Pekinger Qinghua-Universität, hat einen Großteil des vergangenen Jahres mit Feldforschung in



Occupy Wall Street, Demonstration New York, 15.10.2011, © Gijs Joost Brouwer

Chongqing zugebracht und kommt zu dem Ergebnis, dass dort »der Staat nicht private Unternehmen verdrängt. [...] Tatsächlich entwickeln sich Staat und Markt gemeinsam (*guo jin min ye jin*).«

Laut Wang hat die private Unternehmenstätigkeit in der Stadt die staatlichen Investitionen sogar überholt. Er weist die Vorstellung einer Verdrängung zurück: »Diese Idee hat nicht nur absolut keine theoretische Grundlage, sondern ist auch durch die praktische Erfahrung in Chongqing widerlegt worden. [...] Während die Staatstätigkeit in Chongqings Wirtschaft in absoluten Zahlen zugenommen hat, ist ihr relativer Anteil an der Wirtschaft zurückgegangen.«

Im Modell Chongqing sind allerdings Armut und Ungleichheit die Bezugsgrößen,

auf die alles bezogen wird. Chongqings Regierung hat die Profite staatlicher Unternehmen in traditionelle sozialistische Projekte gelenkt, in sozialen Wohnungsbau und öffentlichen Nahverkehr. Es ist kaum überraschend, dass Bos größter Erfolg die Initiative für bezahlbare Wohnungen für den ärmsten Teil der Bevölkerung ist. Das gewaltige Wohnungsbauprogramm soll ein Drittel der 30 Millionen Einwohner des Verwaltungsgebiets mit günstigen Appartements versorgen. Es hat landesweit Aufmerksamkeit erregt; die Zentralregierung legt nun als Bestandteil des 12. Fünfjahresplans ein ähnliches Programm auf nationaler Ebene auf.

Bo präsentiert seine Agenda als Fortschritt gegenüber der einseitigen Orientierung am BIP, durch die die chinesische Politik seit Deng bestimmt war: »Es geht nicht darum, wie viele Hochhäuser man hat, es geht darum, wie glücklich das Volk ist«, sagte er in einer Rede 2009 vor Chongqinger Parteimitgliedern.

Solche Aussagen erinnern an die Rede vom glücklichen Guangdong, doch die staatsorientierte Politik steht in scharfem Gegensatz zu den Vorschlägen des Rivalen Wang Yang. Die jüngsten Reformen in dessen exportorientierter Provinz weisen über die Landesgrenzen hinaus und fügen sich glänzend in die aktuellen Debatten westlicher Politikern über die Verbesserung städtischer Lebensqualität.

Bos kann sich so von der vom Reichtum angetriebenen Kultur der großen Küstenstädte wie Shanghai und Kanton absetzen, die als Flaggschiffe der Reform-und-Öffnungs-Ära ökonomisches Wachstum mit beträchtlichen sozialen Ungleichheiten erkauft haben.

POLITIK FÜR DIE MASSEN

Westliche Medien haben Wens Forderung an seine Kollegen, politische Reformen einzuleiten, in den Vordergrund gestellt. Befürworter des Chongqing-Modells greifen statt auf Anleihen bei westlichen Demokratien auf das politische Denken Maos zurück – etwa dass Kader unter dem Volk leben und die Ansichten der Massen teilen sollten. Dagegen hätten die Kader durch den in der Reform-und-Öffnungs-Periode angehäuften Reichtum die Verbindung zum Volk verloren. Und Bo hat sich mithilfe des maoistischen Konzepts der »Massenlinie« nun des Problems des Parteielitismus angenommen.

Er hat lokale Parteimitglieder angewiesen, »wieder in Kontakt zu kommen« mit armen Bewohnern ihrer Bezirke, er hat Regularien mit spezifischen Instruktionen erlassen, die Parteisekretäre in Dörfern verpflichten, wenigstens einmal pro Woche einen halben Tag lang für Bürgerversammlungen zur Verfügung zu stehen. Die Parteileute sind verpflichtet, auf diesen Treffen die Arbeit der Regierung zu erklären und aufmerksam und geduldig die Ansichten der Bevölkerung anzuhören. Kreisvorsitzende müssen außerdem wenigstens einmal im Monat auf das Land fahren, um dem Volk die Möglichkeit zu eröffnen, Petitionen einzureichen.

Doch diese »Wiederbelebung der Moral« erstreckt sich nicht nur auf Kader und Bürokraten. In Bos Chongqing spielt auch die »geistige Gesundheit« des Volks eine Rolle: Rote Kultur wird als Antwort auf alle möglichen Probleme von Korruption über Spielsucht bis zu sozialer Entfremdung gefördert. In Chongqing wurde mit öffentlichkeitswirksamen Initiativen wie

dem »Rotes-Lied«-Wettbewerb oder SMS mit Zitaten von Mao an jeden der 17 Millionen Handybesitzer versucht, die gesamte Bevölkerung in diese Kampagne einzubinden.

Tatsächlich geht die sozialistische Kultur Hand in Hand mit der Förderung chinesischer Tradition, Maos Abscheu gegenüber »feudalen Sitten« zum Trotz. Die Bevölkerung wurde ermutigt, chinesische Klassiker zu lesen und traditionelle Erzählkunst-Veranstaltungen zu besuchen – abgeraten wurde hingegen von der traditionellen sichuanesischen Freizeitbeschäftigung des Mah-Jongg-Spiels.

Das Chongqing-Modell wurde von Denkern der Neuen Linken als gelungenes Beispiel für hausgemachte politische Reformen bejubelt – als Beweis, dass China seine Regierungsform verbessern kann, ohne ausländische Modelle zu kopieren. Doch Bo selbst ist ein etwas undurchsichtiger Maoist: Der Sohn des Altrevolutionärs Bo Yibo verbrachte einen Großteil der Kulturrevolution im Gefängnis, nachdem sein Vater in Ungnade gefallen war, und ist bekannt für seinen üppigen Lebensstil; seinen Sohn Bo Guagua schickte er nach England auf die vornehme Harrow School und nach Oxford. Joseph Cheng Yu-Shek, ein Experte für chinesische Führungsfiguren an der Städtischen Universität Hongkong, argumentiert daher, dass Bo fürchtet, als privilegierter Sohn eines großen Parteiführers gebrandmarkt zu werden: »Bo ist der typische Prinz im Schatten des Vaters, er neigt eher populären und maoistischen Politiken zu.«

IST ROT DAS NEUE SCHWARZ?

Bo ist jetzt 62 Jahre alt, er wird also regulär nach dem übernächsten Parteitag 2017 zurücktreten müssen. Welche Position ihm auf dem kommenden Parteitag im Oktober 2012 auch zugewiesen wird, es wird aller Wahrscheinlichkeit nach seine letzte sein. Bo hat alle Schleusen geöffnet, um Unterstützung in der Bevölkerung zu gewinnen, und damit mit dem zurückhaltenden, bürokratischen Stil gebrochen, der die chinesische Politik seit Deng Xiaopings Rückzug dominiert hat. Auch wenn Xis Besuch in Chongqing Ende vergangenen Jahres zeigt, dass Bo die Führungsspitze auf sich aufmerksam machen konnte, bleibt ungewiss, ob er auch ihre Zustimmung gewonnen hat.

Bos jüngste Initiativen waren weniger auf die Wiederbelebung kommunistischer Ideen aus der Mao-Zeit ausgerichtet als auf Bo Xilai selbst. Die *New York Times* (vom 2.11.2011) berichtete, dass Chongqings Regierung Bos Kampf gegen die lokale Mafia in eine Medien-Marke, nach Selbstauskunft im Stile von *Der Pate*, verwandelt: Dazu gehören eine vierbändige Populärgeschichte, eine Großproduktion fürs Kino sowie eine Fernsehserie. In Chongqing sind derzeit in jeder Zeitung der Stadt dieselben Fotos in der täglichen Berichterstattung über Bo auf Seite 3 zu finden.

Bo ist es gelungen, eine leidenschaftliche Debatte über die Zukunft des Sozialismus in China zu entfachen. Ob er sich damit einen Sitz im Ständigen Ausschuss des Politbüros erworben hat, werden wir erst im kommenden Oktober erfahren.

Der Beitrag ist eine überarbeitete und aktualisierte Fassung des Beitrags »Socialism 3.0 in China«, online erschienen in The Diplomat vom 25.4.2011. Aus dem Englischen von Daniel Fastner

MARLENE STREERUWITZ

GEHEN GEHEN

»Was soll der Protest. Was wollen Sie, wenn Sie doch ohnehin nichts wollen.« Der österreichische Journalist hält dem jungen Mann in New York das Mikrofon entgegen. Der junge Mann lächelt. »I'm here«, sagt der und lächelt und geht weiter und trägt sein Transparent in Richtung Wall Street. Er geht. Viele gehen. Manchmal gibt es Sprechchöre. Manchmal nicht.

Für Frager. Oder Berichterstatter. Vor allem für die, die darüber einen Text verfassen wollen. Für die ist das eine verwirrende Situation. Von Leuten, die nur gehen. Von denen gibt es dann nur die Abbildung. Das Bild. Da gibt es dann keine Grundsatzerklärung. Wenn es keine Grundsatzerklärung gibt. Dann kann nicht Stellung genommen werden. Der Text ist dann das Gehen. Wer das nicht verstehen kann, der kann nichts darüber wissen. Es ist kein Geheimwissen. Das war es schon bei den Donnerstagswandertagen der ersten Jahre von Schwarz-Blau nicht. Aber es hätte geheißen, sich auf dieses Gehen einzulassen. Wenn das Gehen der Text ist, dann kann das Lesen nur in Gehen bestehen. Das ist das Neue daran. Das Bild davon. Ein Bericht davon. Das erzählt nichts mehr. Im Gehen. Im politischen Gehen sind der Text und die Deutung in eins gefallen. Es ist der Körper, der den Text im Gehen schreibt und in der Sichtbarkeit dieses Gehens die Deutung gleich mitliefert. Da ist dann nichts mehr zu sagen. In dieser Kongruenz, in der der Körper deckungsgleich mit dem politischen Begehren auftritt. In aller Ruhe. In aller Gewaltlosigkeit. In allem Begehren, das Leben weiterzuführen. Und eben nicht als militaristische Einheit voranmaschierend. Vorandrängend. Ein Ziel wissend. Nein. In aller Ruhe. In aller Gewaltlosigkeit. In allem Begehren, das Leben nicht in Selbstversklavung und Selbstzurichtung als Agent der Gewaltpolitik des Geldes weiterführen zu wollen. In dem Begehren, Gerechtigkeit leben zu können. In aller Gewaltlosigkeit, Gerechtigkeit finden zu können.

Das politische Gehen ist ein politisches Programm, das sich der Sprache enthält. Die Sprache. Die Sprache, die für politisches Begehren gesprochen

DER TEXT IST DANN DAS GEHEN.

werden kann. Diese Sprache folgt einer Grammatik, die im politischen Wir nur zusammenschweißen kann und hinter einem Programm versammeln. Das ist eine Sprache, die Stellung nimmt. Das ist eine Sprache, die ihre militaristische Vergangenheit nur verbergen kann, weil sie sich zur Natur erklären konnte. Mit Hilfe der militaristischen Vergangenheit konnte unsere Sprache sich in eine Natürlichkeit reklamieren, die dann so tun kann, als wäre keine andere Sprache möglich.

Das ist nicht der Fall. Jeder Versuch aber, eine andere Sprache zu verwenden, wird zur Abweichung erklärt. Ein solcher Versuch kann dann Kunst genannt werden. Künstlich. Oder krank. Oder gefährlich. Gemeingefährlich. Oder unverständlich. Es wird als Vorbereitung zur Revolution angesehen, wenn eine Person nicht hinter die Normsprache vergatterbar ist.

In einem Land wie Österreich, in dem die Reaktion auf die Französische Revolution bis heute die Politik bestimmt. In einem solchen Land ist der Zwang, alle in der Normsprache aufmarschieren zu lassen, besonders groß. Deshalb war es folgerichtig, dass hier mit dem politischen Gehen begonnen wurde. Und. Als Erben aller Schrecken der Gewalt des 19. und 20. Jahrhunderts. Wir wissen. Wir müssen wissen, dass der Körper immer die Geisel der Sprache der herrschenden Politik ist. Selbst wenn wir Weltmeister in der Verdrängung der Geschichte sein wollten, die Erzählung von der Gewalt in der Geschichte erzählt sich durch die Leerstellen und wird darin nur noch bedrohlicher. Das musste von uns allen in unseren Leben gelebt werden. Das wird von uns allen in unseren Leben gelebt. Es sind dann gerade diese Leerstellen, die ins Gehen treiben. Das politische Gehen ist ja ganz direkt Ausdruck von Unruhe und ein Suchen. Im politischen Gehen kann diese Unruhe und das Suchen sich mitteilen. Das Gehen spricht dann. Das Gehen kommuniziert sich den anderen. Im Gehen ist die Erfahrung der Unruhe und

N DAS GEHEN.

DER TEXT IST DANN

des Suchens der anderen enthalten. Das Gehen entgeht einer Zurichtung. Kein Gleichschritt. Keine Kampfgesänge. Kein Zusammenschweißen der Körper. Ja. Nicht einmal Stellung nehmen ist mit dem Gehen möglich. Diesem Vorgang selbst wird durch das politische Gehen entgangen. Die Sprachlosigkeit wird in eine Sprache verwandelt, die nicht medizinalisiert oder kriminalisiert werden kann. Selbst Angriffe von Gruppen, die es anders wollen, können das nicht verändern. Die im Gehen geäußerte Sprachlosigkeit muss so die Suche nach ihrer eigenen Veränderung ausdrücken. Der Widerspruch des Lebens selbst ist darin dargestellt. Und der Wille, den Schrei der Verzweiflung nicht zur Selbstzerstörung den anderen preiszugeben. Der im politischen Gehen geäußerte Schrei der Verzweiflung wird selbst zur Veränderung genutzt werden können. Das wird lange dauern. Das wird lange nicht verstanden werden. Aber es ist die Reduktion auf die kleinste Möglichkeit öffentlicher Erscheinung im politischen Spazieren, das die größten Erwartungen an eine neue Sprache des Politischen zulässt. Jeder und jede für sich und darin alle gemeinsam. Es geht ja imgrund nur darum zu sagen, dass wir alle da sind. Und dass es um unsere Leben geht. Und dass wir die nicht preisgeben wollen. Am Ende wird das zu einer Unumgänglichkeit führen, die alles verändert und die Grammatik der besetzten Stadt des Mittelalters, in der wir zu sprechen wieder gezwungen werden sollen, als Manipulation offenkundig machen. Dann. Zunächst einmal während des Gehens. Wir werden ein Sprechen lernen können, in dem wir ohne die alles überlagernden militarisierenden Illusionen endlich leben lernen beginnen werden können. Aber. Gegen Jahrtausende von Geschichte und deren Prägungen sind nur die kleinsten Schritte ein Anfang. Alles, was größer als das Kleinste sein wollte, gehörte schon wieder ins Größere und diktiert Beziehungslose.

NEUE STREIKKULTUR

PRAXISBEISPIELE AUS STUTTGART

BERND RIEXINGER

Deutschland ist das Industrieland, das nach der Schweiz die wenigsten Streiktage im internationalen Vergleich aufweist. Das hängt wesentlich damit zusammen, dass es im industriellen Bereich seit Jahren keinen großen Streik mehr gegeben hat. Ganz anders sieht es im Dienstleistungsbereich und im öffentlichen Dienst aus: 2005/2006 ein neunwöchiger Streik in Baden-Württemberg – etwas eingeschränkter in einigen anderen Bundesländern – gegen Arbeitszeitverlängerung, lange Streiks im Einzelhandel gegen die Verschlechterungen des Manteltarifvertrages (2006/2007); der Arbeitskampf der Beschäftigten in den Sozial- und Erziehungsdiensten (2008) um bessere Bezahlung und Gesundheitsschutz. Erstmals seit Jahren oder gar Jahrzehnten streikten 2009 Beschäftigte im Bewachungsgewerbe. 2010 der Arbeitskampf im Einzelhandel – in erster Linie in Baden-Württemberg – sowie der während der Arbeit an diesem Artikel noch nicht beendete Arbeitskampf der Beschäftigten in den öffentlichen Nahverkehrsbetrieben,

ebenfalls in Baden-Württemberg, und der Streik im Berliner Klinikum Charité. Auch der Arbeitskampf der Reinigungskräfte vor einigen Jahren, geführt von der IG BAU, der 14-wöchige Streik der Telekom-Beschäftigten 2007 und der fünftägige Streik der gleichen Gruppe 2010 reihen sich in diese Kämpfe ein. Hinsichtlich Dauer und Streikkultur wird auch der jüngste Streik der Redakteure und Journalisten in die Geschichte eingehen.

NEUE BESCHÄFTIGTENGRUPPEN TRETEN AUF

Neben den klassischen Beschäftigtengruppen – Arbeiter im öffentlichen Dienst, Bus- und Straßenbahnfahrer/innen usw. – fällt auf, dass neue Beschäftigtengruppen die Bühne des Arbeitskampfes betreten und dort keinesfalls nur eine Nebenrolle einnehmen. Das sind insbesondere weibliche Beschäftigte, die bei den Erziehungsberufen und im Einzelhandel die übergroße Mehrheit stellen. Bei beiden Gruppen haben junge Beschäftigte und im Einzelhandel junge Beschäftigte mit Migrationshintergrund wachsende Bedeutung.

Selbst im aktuellen Arbeitskampf im öffentlichen Personennahverkehr sind neben der mächtigsten Streikgruppe der Bus- und Straßenbahnfahrer/innen die Beschäftigten der Werkstätten und die überwiegend weiblichen Beschäftigten der Kunden- und Servicecenter sowie der Prüfdienste in Aktion getreten. Gerade Angehörige der Prüfdienste haben aus strategischen Gründen die meisten Streiktage: Durch ihren Ausstand werden Fahrgäste geschont, die Einnahmen der SSB jedoch geschmälert. Diese Streikstrategie war erfolgreich und hat den betroffenen Gruppen stärkeres Selbstbewusstsein vermittelt.

NEUE STREIKKULTUR UND DEMOKRATISIERUNG DES STREIKES

Der ver.di Bezirk Stuttgart ist einer der streikstärksten Bezirke bundesweit. Einige der Arbeitskämpfe, wie der Kampf um den Manteltarifvertrag im Einzelhandel oder der Streik gegen die Einführung der 40-Stunden-Woche im Öffentlichen Dienst, wurden hier maßgeblich entschieden. Ohne die Länge und Intensität der Streiks in der Region Stuttgart hätte es kaum Tarifabschlüsse gegeben. Entscheidend dafür ist, dass durch die Art der Vorbereitung und Durchführung der Arbeitskämpfe eine neue Streikkultur entsteht. Die Streiks werden demokratisiert und auf die Beschäftigten heruntergebrochen. Sie werden von Anfang an mit regelmäßigen öffentlichen Aktionen und gemeinsamen Streikversammlungen verbunden, auf denen mit »allen« Streikenden über die weiteren Schritte entschieden wird. Dadurch entsteht eine demokratische und kämpferische Streikkultur, die ermöglicht, dass die Streiks länger und intensiver geführt werden können als anderswo. Unsere These ist, dass diese Art der Streikführung verallgemeinerbar ist und die Kräfteverhältnisse zu Gunsten von ver.di positiv beeinflussen kann. Wir wollen dies an zwei Beispielen verdeutlichen, den Streiks im Einzelhandel und im Bereich der Sozial- und Erziehungsdienste.

BEISPIEL EINZELHANDEL

Während im öffentlichen Dienst die ehrenamtliche Streikleitung den Kern der Aktiven stellt, ist es im Einzelhandel die bezirkliche Tarifkommission. Um eine basisnahe Tarifpolitik zu erleichtern, wurden sie frühzeitig

im Baden-Württembergischen Tarifvertrag verankert. Dort sitzen auf der Bezirksebene die Vertreter/innen der Betriebe (insbesondere der Streikbetriebe) und entscheiden gemeinsam mit den Hauptamtlichen über die Vorgehensweise und Streikstrategie. Zum 31.12.2005 haben die Arbeitgeberverbände in allen Tarifbereichen des Einzelhandels die Manteltarifverträge gekündigt. Ihr Ziel: die Abschaffung der Zuschläge für Spätöffnungszeiten (nach 18:30 Uhr), Nachtarbeit (20 bis 6 Uhr), Mehrarbeit, Samstags-, Sonn- und Feiertagsarbeit. Bei einer Verkäuferin in Vollzeit hätte das zu einer Lohneinbuße zwischen 120 und 150 Euro monatlich geführt. Die Arbeitgeberverbände verknüpften diesen Angriff mit der Lohn- und Gehaltsrunde im Frühjahr 2006: Sie würden erst dann ein Angebot auf Lohn- und Gehaltserhöhung unterbreiten, wenn ver.di über die Streichung der Zuschläge verhandelt. Ver.di weigerte sich, die Verhandlungen scheiterten und ver.di war gezwungen, Streiks zu organisieren.

Bis zu diesem Zeitpunkt waren Streiks im Einzelhandel in der Regel eintägige Arbeitsniederlegungen. Häufig war man froh, wenn die Streikenden möglichst schnell vom Betriebseingang zum Gewerkschaftshaus gingen und nicht Teile von ihnen durch die Geschäftsleitungen in die Läden »reingezerrt« wurden. Es gab Ausnahmen, wie im Bezirk Mannheim, der es schon zu Zeiten der HBV geschafft hatte, Streiks über ein bis zwei Wochen zu führen. In diesem Arbeitskampf wurden diese Grenzen völlig durchbrochen. Einzelne Betriebe (insbesondere H&M und ZARA) streikten während der gesamten Dauer der Auseinandersetzung über 20 Wochen. Die Tarifauseinandersetzung zog sich über 15 Monate hin und führte im August 2007 zu einem erfolgreichen Abschluss. Schon in der Vorbereitung wurden in Stuttgart zahlreiche öffentliche Aktionen (mit wenigen Beschäftigten) auf der Königsstraße organisiert. Im Wesentlichen waren das Sandwichaktionen, die jedoch große öffentliche Aufmerksamkeit erzielten. Als Höhepunkt wurde ein Fackelzug mit ca. 200 Beschäftigten durchgeführt, als Symbol für die Spät- und Nachtarbeit.

Diese Aktivitäten haben dazu beigetragen, die Basis für die Streikaktivitäten zu verbessern. Waren bis dato im Stuttgarter Bezirk ca. zehn bis zwölf Betriebe bereit und in der Lage zu streiken – insbesondere Kaufhof, Karstadt, einige Märkte von Real, Kaufland/Handelshof sowie der eine oder andere Baumarkt –, waren es am Ende des Arbeitskampfes über 40. Entscheidend für die Dynamik des Arbeitskampfes waren die Belegschaften der fünf H&M-Filialen auf der Stuttgarter Königsstraße und die Beschäftigten von ZARA. Die meisten Beschäftigten sind jung, weiblich, viele von ihnen mit Migrationshintergrund. Die Betriebsräte sind ähnlich zusammengesetzt und überwiegend kämpferisch gestimmt. Interessant ist auch, dass es gelungen ist, die Mehrheit der SchülerInnen und Studierenden, die als so genannte Stundenlöhner beschäftigt sind, in den Arbeitskampf einzubeziehen. Sie haben deutlich weniger Angst als die Beschäftigten in den eher traditionellen Betrieben und waren entschlossen, so lange zu streiken, bis es ein Ergebnis gibt. Dabei führten sie neue Streikformen ein: Stundenlang versammelten sie sich vor den Kundeneingängen, liefen dort im Kreis, damit die Kunden nicht reingingen,



acorn

entwickelten ein beachtliches Repertoire an Sprüchen und Liedern, die gesprochen und gesungen wurden. Gemeinsam zogen sie auf der Königsstraße (Haupteinkaufsstraße) von Filiale zu Filiale. Erstmals wurde im Weihnachtsgeschäft gestreikt, bis zu diesem Zeitpunkt ein unerfüllbarer Wunsch der kämpferischen Ver.di-Sekretär/innen.

Entscheidend war, dass die anderen Betriebe mitgerissen wurden. Sie fanden selbst Spaß an dieser Form des aktiven Streikes und den vielen Aktionen. Öffentliche Plätze wurde so »erobert«. Auf der Königsstraße herrscht absolutes Demonstrationsverbot. Gegenüber den Behörden und der Polizei konnte jedoch durchgesetzt werden, dass es sich hier um Streiks und nicht um Demonstrationen handelte. So wurde die Haupteinkaufsstraße monatelang von den Streikenden und den Versammlungen vor den Kundeneingängen geprägt, ohne dass die Polizei eingegriffen hat. Die Demonstrationen und Kundgebungen wurden auch auf die Kreisstädte rund um Stuttgart ausgeweitet, so dass auch dort nicht nur gestreikt, sondern öffentlich demonstriert wurde.

MEHR STREIKBETRIEBE

Auf diesem Wege wurde sowohl die Zahl der Streikbetriebe nahezu vervierfacht als auch die Streikdauer erheblich verlängert. Neue Betriebe – wie Schlecker, neue Kaufländer, H&M-Filialen in den Landkreisen – kamen dazu und konnten in den Arbeitskampf einbezogen werden und traditionelle Betriebe ihre Streik-

intensität ausbauen. Dabei wurde bewusst in Kauf genommen, dass einige Filialen auch mit Minderheiten streikten, die so Streikerfahrung sammeln konnten. Zum Schluss waren über 30 Betriebe bereit, unbefristet in den Streik zu gehen. Nach drei Wochen haben die Arbeitgeber eingelenkt, obwohl die Streikaktivitäten in anderen Bundesländern merklich zurückgegangen waren und manche sich mit dem tariflosen Zustand abgefunden hatten. Der letzte Streiktag mündete in ein großes Fest in Stuttgart. Der Abschluss wurde gefeiert. Bei den Tarifauseinandersetzungen 2009 und 2011 konnte auf diese Erfahrung aufgebaut und z.T. die Streikbeteiligung noch einmal verbreitert werden. Doch die Abschlüsse wurden nicht gefeiert, sondern heftig kritisiert (vgl. unten).

STREIKVERSAMMLUNG: ORT DER MOBILISIERUNG UND DER ENTSCHEIDUNG

Ein wichtiger Raum für die Mobilisierung und Demokratisierung der Streiks sind die Streikversammlungen. Sie finden in der Regel täglich statt. Ausnahmen sind so genannte stille Streiks, z.B. am Wochenende oder an Brückentagen, wenn Erholungsphasen sinnvoll sind. Auf diesen Versammlungen wird sowohl mobilisiert als auch diskutiert und über die weiteren Schritte entschieden. Jede/r kann sich zu Wort melden. Wichtig ist, dass regelmäßig über die Streiks in den Betrieben, in der Regel durch die Betriebsräte, berichtet wird. Die Hauptamtlichen haben eine mobilisierende wie moderierende Rolle. Sie sind Teil des Streiks und treiben die Sache voran. Das gelingt nur, wenn sie das Vertrauen der Streikenden haben. Durch die unterschiedliche Mobilisierungskraft gibt es immer Konflikte und Widersprüche. Diejenigen, die am liebsten sofort und unbegrenzt weiter streiken wollen, treffen auf zögerliche oder einfach auf Kollegen/innen, deren Bedingungen nicht so gut sind. Das muss dann ausgetragen und zu einem Ergebnis geführt werden, das die einen nicht bremst und die anderen mitnimmt. Das ist meistens ganz gut gelungen. Der Streik und die Streikplanung werden so zu einer Sache aller Streikenden. Das stärkt die Kampfkraft, die Verbindlichkeit und die Identifikation mit der Gewerkschaft.

BEISPIEL SOZIAL- UND ERZIEHUNGSDIENSTE

Bereits im Streik 2006 hatten die Erzieher/innen eine wichtige Rolle eingenommen. Sie waren neben der Müllabfuhr, weiteren Arbeiterbereichen und den Beschäftigten im Klinikum die wichtigste Stütze des Arbeitskampfes. Diese Rolle blieb jedoch weitgehend auf Stuttgart beschränkt. In den Landkreisen war die Streikbereitschaft deutlich geringer. Im Bereich der Sozial- und Erziehungsdienste fühlen sich die meisten Beschäftigten für die Qualität ihrer Arbeit unterbezahlt. Das ist berechtigt, zumal durch die Einführung des TVöD eine beträchtliche Schere der jüngeren Erzieher/innen zum ehemaligen BAT entstanden ist. Dazu kommt eine gute arbeitsmarktpolitische Situation, die für tarifliche Forderungen günstig ist. Das hat ver.di 2009 aufgegriffen und einen eigenständigen Tarifkampf um die bessere Bezahlung (Eingruppierung) geführt. Über die Forderung nach einem Gesundheitsschutztarifvertrag war ver.di aus der Friedenspflicht entlassen. Diese Forderung bekam eigenes, zusätzliches Gewicht.

In Stuttgart wurden von gewerkschaftlich organisierten Personalräten und Vertrauensleuten im Vorfeld des Arbeitskampfes alle Erziehungseinrichtungen besucht und die Beschäftigten über die Forderungen informiert. Erstmals wurden auch zahlreiche Erziehungseinrichtungen in den Landkreisen (Böblingen, Ludwigsburg und Rems-Murr) von den Gewerkschaftssekretär/innen besucht. Das sollte sich als richtiger Schritt herausstellen: Die Streikbeteiligung war nicht nur wie gewohnt in der Landeshauptstadt hoch, sondern zum ersten Mal auch in den Landkreisen. Sie streikten insbesondere in den Kreisstädten, aber auch in einigen kleineren Städten und Gemeinden ähnlich intensiv wie ihre Kollegen/innen in Stuttgart. So wurden im Verlauf des Streikes nicht nur öffentliche Kundgebungen in Stuttgart organisiert, sondern in allen Kreisstädten. Die Stuttgarter Kollegen/innen fuhren raus und sorgten dafür, dass es in einigen Städten die größten Demonstrationen und Kundgebungen der jüngeren Geschichte gegeben hat.

Ansonsten entwickelte sich eine ähnliche Streikkultur wie im Einzelhandel. Regelmäßige Streikversammlungen, ständige öffentliche Aktionen, die äußerst lebendig und phantasievoll gestaltet wurden. Dies wurde verbunden mit einer guten Öffentlichkeitsarbeit. Auf diesem Wege standen die Erzieher/innen und mit geringerer Beteiligung die Sozialarbeiter/innen einen insgesamt siebenwöchigen Streik (verteilt auf ca. drei Monate) durch. Das ist beachtlich, denn der Druck durch viele Eltern und teilweise auch der Medien war gewaltig. Die Beschäftigten hätten weiter gestreikt, wenn es nicht bundesweit ein von ihnen abgelehntes Ergebnis gegeben hätte.

STREIK GUT, ERGEBNIS EHER MAGER?

Es ist nicht überraschend, dass das Verhandlungsergebnis bei den Sozial- und Erziehungsdiensten in Stuttgart von der überwiegenden Mehrheit abgelehnt wurde. Gemessen an den Forderungen war es zu dürftig, auch wenn es insbesondere für die Jüngeren Fortschritte gegeben hat. Ausschlaggebend war jedoch, dass in Stuttgart weiter gestreikt hätte werden können, im Unterschied zu vielen anderen Bezirken. Ähnlich verhält es sich im Einzelhandel. Auch hier wurden die Ergebnisse der letzten beiden Tarifauseinandersetzungen mehrheitlich abgelehnt, wie auch die Methoden, wie die Entscheidungen gefällt wurden. Mehr Demokratie und Beteiligung der Streikenden in der Abschlussphase wurde und wird eingefordert.

Ungeachtet der Beurteilung, ob mehr möglich gewesen wäre, zeigt sich hier eine inzwischen in verschiedenen Tarifauseinandersetzungen wachsende Kluft geographisch unterschiedlicher Mobilisierungsfähigkeit bei ver.di. Es ist schwer erklärlich, dass z.B. im Stuttgarter Einzelhandel mehr gestreikt wurde als in ganz Nordrhein-Westfalen. Ähnlich hat es sich im kürzlich stattgefundenen Streik der Redakteure und Redakteurinnen verhalten. Dieses Problem muss angegangen werden, wenn nicht die Beschäftigten in den Streikhochburgen über kurz oder lang frustriert werden sollen. Deshalb muss ver.di dringend daran arbeiten, dass die Methoden erfolgreicher Streikführung verallgemeinert werden. Es ist durchaus möglich, Prinzipien und Herangehensweisen für eine fortschrittliche Streikkultur auf die gesamte Organisation auszudehnen.

TRANSFORMATIVE ORGANIZING IM BETRIEB

NEUE STRATEGIEN IN DER IG METALL

JEFFREY RAFFO

GEWERKSCHAFTSSTRATEGIEN

Diskussionen darüber, ob Gewerkschaften auf Transformation gerichtete politische Arbeit leisten oder nicht, leiden oft darunter, dass sie sich auf Inhalte gesellschaftspolitischer Stellungnahmen oder die Bereitschaft von Gewerkschaften, mit sozialen und politischen Bewegungen zu tagesaktuellen Fragen zusammenzuarbeiten, beschränken. Bei aller berechtigten Kritik wird in diesen Diskussionen oft vergessen, dass Gewerkschaften selbst eigentlich eine eigenständige soziale Bewegung sind, sie vor allem im Betrieb, aber auch in der Gesellschaft Wirkung entfalten. *Transformative Organizing* ist ganz klar eher ein Konzept für politische Bewegungen als für Gewerkschaften, zumindest in dem Modell, das Eric Mann (*Luxemburg* 3/2010, 98ff; RLS Standpunkte 29/2011) vorschlägt. Es stellt sich die Frage, wie eine gewerkschaftliche Strategie der Transformation aussehen könnte und welche Folgen das für die Organisierung der Mitglieder wie auch für die Organisation der Gewerkschaft hätte.

Ein genaueres Verständnis einer solchen Strategie würde zum einen hilfreich sein, um diese Herangehensweise des Organizing von anderen Gewerkschaftsstrategien zu unterscheiden. Zum anderen könnte diese Unterscheidung Aktiven innerhalb und außerhalb der Gewerkschaftsbewegung dabei helfen, die angewandten Praxen des Organizing besser reflektieren zu können. Eine Unterscheidung von transformativem Organizing und anderen Strategien wird zusätzlich durch den Umstand erschwert, dass der Begriff Organizing manchmal dazu benutzt wird, um Gewerkschaftsstrategien zu beschreiben, die nicht transformierend sind, während wiederum auf Transformation gerichtetes Gewerkschaftshandeln nicht immer Organizing genannt wird.

ORGANIZING UND GEWERKSCHAFTEN IN DEUTSCHLAND

Im englischen Sprachraum bedeutet der Begriff Organizing faktisch so viel wie »der Zusammenschluss der Ohnmächtigen«. Organizing ist einfach das, was Ohnmächtige tun sollen, wenn sie mächtiger werden und etwas verändern wollen. Aus anderen Sprachen entliehene Wörter entwickeln aber in neuen Zusammenhängen nicht selten einen anderen Tonfall, und in Deutschland, wo der Begriff Organizing in Gewerkschaften seit mindestens einem Jahrzehnt gängig ist, wird der Begriff meistens als ein bestimmter methodischer Ansatz verstanden, der eine Reihe von spezifischen Techniken und Methoden einschließt. Durch die Betonung der Methodik anstelle von Politik wird der Begriff im deutschen Sprachraum dann manchmal mit Kommunikationsstrategien, mit Marketing oder mit Mitgliederwerbung verwechselt und kann deswegen für Verwirrung unter Kolleginnen und Kollegen sorgen, die eine transformative Arbeit anstreben.

Transformatives Organizing in gewerkschaftlichen Zusammenhängen muss vor allem als ein betriebspolitisches Konzept verstanden werden, mit dem Gewerkschaften im Betrieb Prozesse anstoßen und mit dem Ziel begleiten, dass nicht organisierte Beschäftigte sich zusammenschließen, Konfliktfähigkeit entwickeln und sich selber und ihre Interessen im Betrieb vertreten. Organizing beinhaltet damit eine bestimmte Kritik an Stellvertreterpolitik und die Organizer sehen Emanzipation als ihre Hauptaufgabe an.

TRANSFORMATIVE PRAXIS

Gewerkschafter in Deutschland setzen sich seit mittlerweile über zehn Jahren mit Organizing auseinander. Hier gibt es bei mindestens fünf Gewerkschaften[1] Organizing-Erfahrungen und eine große Bandbreite von Beispielen: von Organizing-Kampagnen in einzelnen Betrieben bis hin zu ganzen Unternehmen und Branchen; Kampagnen, die von einzelnen Gewerkschaftssekretärinnen geleitet werden, bis hin zu Teams von hauptamtlichen Organizern. Organizing-Kampagnen finden vor allem im Betrieb statt – nicht nur in komplett unorganisierten, den »weißen Flecken«, sondern auch in teilweise und sogar in gut organisierten. Bei einer Organizing-Kampagne kann eine Vielzahl von operativen Zielen verfolgt werden, von niedrigschwelligen Themenkonflikten über von außen oft banal erscheinende Probleme wie etwa eine fehlende Betriebskantine bis hin

zu der Gründung von Betriebsräten oder der Entwicklung und Durchführung von Tarifbewegungen und Streiks. Das, was Organizing über all diese verschiedenen Kampagnenarten und operativen Ziele hinweg verbindet, hat vor allem etwas mit den Konsequenzen einer emanzipatorischen Gewerkschaftsarbeit zu tun: Der Fokus wird auf den Aufbau einer selbstbewussten Basis aktiver Mitglieder im Betrieb gelegt, die ihre Interessen selber vertreten und über die Ziele selber entscheiden.

Der Aufbau der Basis ist die längste Arbeitsphase in einer Organizing-Kampagne und sie steht ganz am Anfang. Bis die Organizer eine Basis aktiver Mitglieder aufgebaut haben, gibt es »die Gewerkschaft« als solche nicht. Erst wenn es eine Basis gibt, ist es überhaupt möglich, konkrete Ziele, Strategien und Taktiken einer Organizing-Kampagne festzulegen. Bei einer auf Transformation gerichteten Organisierung fällt die Gewerkschaft nicht einfach in den Betrieb ein und erklärt den Leuten, was sie zu tun haben und welche Politik sie verfolgen müssen, im Gegenteil: Arbeiterinnen und Arbeiter entscheiden für sich selbst und die Gewerkschaft begleitet ihre Entscheidungen kritisch. Die Aufgabe des Gewerkschafters besteht also nicht darin, die Arbeiterinnen und Arbeiter zu vertreten oder die Rolle eines Sozialarbeiters zu übernehmen, der ihre Bedürfnisse bedient. Stattdessen bauen Organizer im Betrieb eine Basis auf, begleiten und beraten diese bei ihren Entscheidungen und Handlungen.

Transformatives Organizing im Betrieb fängt mit dem Aufbau einer gewerkschaftlichen Basis an. Diese wächst in einem betrieblichen Konflikt und meistens in dem Moment, in dem sie in einen Konflikt mit der Geschäftsleitung eintritt, bei dem es um ihre eigenen Ziele geht. Hier finden die transformativsten Entwicklungen im Organizing statt. Deswegen bereiten Organizer die Beschäftigten auf den Konflikt und auf die Reaktion ihres Arbeitgebers gründlich vor, damit die Chancen so hoch wie möglich sind, dass Beschäftigte als Gewinner aus einem Konflikt hervorgehen.

TRANSFORMATIVES ORGANIZING UND ORGANISATIONEN

Eine auf Transformation gerichtete Organisierung ändert nicht nur den Betrieb, sondern auch die Gewerkschaft, die den Prozess anstößt und begleitet. Viele fortschrittliche Gewerkschaftsfunktionäre begreifen Organizing schon längst als »Organisationsentwicklung von Grund auf«, da in transformativer Organisierungsperspektive die Gewerkschaftsarbeit sich auf die betriebliche Realitäten einstellt und nicht umgekehrt. Dies geschieht durch die Einstellung hauptamtlicher Organizer, durch die Finanzierung neuer Projekte oder einfach durch die Umschichtung von Zeitressourcen in Richtung Organizing oder durch die Koordinierung verschiedener Organisationseinheiten innerhalb eines gemeinsamen Projekts. Organizing kommt dadurch oft eine Querschnittsrolle innerhalb der Organisation zu. Ebenso entwickeln sich oft einzelne Haupt- und Ehrenamtliche weiter, die auf diesem Weg aus einer reinen Betreuungsrolle herauskommen und Organizing im Betrieb machen.

Die Konfliktorientierung transformativen Organizings verlangt der Gewerkschaft auch die Bereitschaft ab, mit gerade neu organisierten Kolleginnen und Kollegen in einen

Konflikt einzutreten. Zugespitzt formuliert gibt es zwei Handlungstraditionen bei Gewerkschaften: Eine, die Beschäftigte an dem Punkt abholt, wo sie stehen, aber die sie nirgendwo hinbringt, und eine andere, die Beschäftigte zu Ergebnissen zwingt, ganz egal, wo sie am Anfang gestanden haben. Eine Praxis des transformativen Organizings fängt mit den eigenen Themen der Beschäftigten an und fordert sie dann heraus, ihre Probleme entweder hinzunehmen oder anzupacken. Das kann aber nicht bedeuten, dass Konfliktführung zu einer Art radikaler Sportart hauptamtlicher Gewerkschafterinnen wird. Organizer begleiten Beschäftigte mit Respekt und mit Blick für die realen Risiken, die betriebliche Konflikte für Beschäftigte bedeuten. Das ist auch politisch wichtig. Am Ende des Konflikts, ob gewonnen oder verloren, müssen Beschäftigte das Ergebnis als Resultat ihres eigenen Handelns verstehen. Nur dann übernehmen Beschäftigte Verantwortung für ihr eigenes Schicksal und beginnen sich selber zu vertreten, anstatt sich von anderen vertreten zu lassen.

Die Kritik an Stellvertreterpolitik wird unter kritischen Gewerkschaftern oft nur als Kritik an rechter oder konservativer Gewerkschaftsarbeit verstanden. Ein auf Transformation zielendes Organizing duldet aber gar keine Stellvertreterpolitik – auch wenn sie linksorientiert ist, denn auch diese verhindert, dass Beschäftigte sich selber vertreten und sich dadurch auch politisch weiterentwickeln. Deswegen stößt auch eine Avantgarde-Politik des transformativen Organizing an ihre Grenzen, da bedeutende politische Fortschritte beim Organizing allein durch die Entwicklung einer selbstbewussten und nachhaltigen Basis



Gewerkschaften unterstützen OWS, Sam Wolff

zu erreichen sind. Der Aufbau einer Bewegung von Beschäftigten, die selbstbewusst und konfliktfähig ist, ist harte Arbeit. Hier gibt es keine tragfähigen Abkürzungen.

Transformation findet nicht nur durch Strategie und Taktik im Betrieb statt, sondern auch durch die strategische Auswahl des Betriebs. Wenn Gewerkschaften an die Betriebe, Branchen, Personen- und Berufsgruppen herantreten, die nah an den Kreuzungspunkten gesellschaftlicher Widersprüche liegen, geht Betriebspolitik am leichtesten in Gesellschaftspolitik über. Es ist deswegen kein Zufall, dass Organizing-Kampagnen häufiger in Branchen mit prekär Beschäftigten wie etwa Reinigungskräften, im Einzelhandel oder bei Leiharbeiterinnen geführt wurden

oder aber in gesellschaftspolitisch relevanten Bereichen der Beschäftigung wie erneuerbare Energien oder im Gesundheitswesen. Nicht nur die Arbeit, sondern der Ort, an dem die Arbeit stattfindet, erhöht die transformativen Aspekte der Gewerkschaftsarbeit.

TRANSFORMATIVE KULTUR

Organizer streben eine transformative Arbeit an, weil sie nicht nur verändert, sondern von Dauer ist und dadurch gegenüber jeder kurzfristig orientierten Strategie im Vorteil ist. Mitte der 1990er Jahre überlegte sich die Kleinindustrie-Gewerkschaft UNITE, ob sie die Beschäftigten einer Fleischverarbeitungsfabrik in Arkadelphia im US-Bundestaat Arkansas organisieren sollte. Die Arbeitsbedingungen im Betrieb waren schlimm genug, aber die Hindernisse gewerkschaftlicher Organisierung waren entmutigend. Der einzige gewerkschaftlich organisierte Betrieb in der Stadt, ein Stahlbetrieb, war ein Jahrzehnt zuvor geschlossen worden, was andernorts zumeist Ressentiments gegen Gewerkschaften mit sich gebracht hatte. Die mehrheitlich afroamerikanischen Beschäftigten wurden seit einigen Jahren mit einer Teile-und-herrsche-Strategie konfrontiert, mit der die Arbeitgeber neue Stellen ausschließlich mit lateinamerikanischen Migranten besetzten. Um die Lage weiter zu erschweren, entdeckte der Geschäftsführer, dass die Gewerkschaft Kontakt mit Beschäftigten aus seinem Unternehmen aufgenommen hatte. Alles deutete darauf hin, dass der Betrieb schwer zu organisieren wäre. Trotzdem entschied die damalige Organizing-Leitung, dort eine Organizing-Kampagne zu initiieren.

Anders als von der Gewerkschaft erwartet, organisierten sich die Beschäftigten blitzschnell. In den Monaten danach bewiesen sie in vielen Fällen immens hohe Selbständigkeit, Konfliktfähigkeit und Belastbarkeit. Die afroamerikanischen Beschäftigten spielten zweifellos die Führungsrolle in der Kampagne, arbeiteten aber solidarisch mit ihren lateinamerikanischen Kolleginnen und Kollegen zusammen. Erst nach einigen Monaten stellte ein Gewerkschafter vor Ort mindestens einen Grund fest, warum die Beschäftigten der Hühnerfabrik so bewusst gehandelt hatten: Es lag an der, bis zu diesem Zeitpunkt der Gewerkschaft nicht bekannten, Arbeitergeschichte in Arkadelphia.

Im Gegensatz zu der oft reaktionären politischen Kultur der Südstaaten hat die Handlungsfähigkeit der Beschäftigten der Hühnerfabrik in Arkadelphia durchaus eine radikalere Geschichte. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde ein Ortsverband der »Knights of Labor« in Arkadelphia gegründet. Die Knights of Labor waren einer der ersten Versuche in den Vereinigten Staaten, europäisch-stämmige und afroamerikanische Beschäftigte gemeinsam in einer Gewerkschaft zu organisieren und zu integrieren. Aufgrund dieser Erfahrung konnte später die CIO – der linke Gewerkschaftsverband, der sonst keine breiten Erfolge in den Südstaaten erreichen konnte – eine starke Organisation in einem Stahlbetrieb in Arkadelphia aufbauen. Ein paar Jahrzehnte später waren die Kinder und Enkelkinder der Beschäftigten des Stahlwerkes die Beschäftigten der Hühnerfabrik. Wegen der politischen Tradition ihrer Vorfahren wussten viele dieser Beschäftigten mindestens drei Dinge, die zentral für die Organizing-Kampagne von UNITE waren: Erstens, dass der

Stahlbetrieb nicht wegen der Gewerkschaft, sondern wegen des Kapitalismus zugemacht wurde; zweitens, dass die Arbeitsplätze im Stahlwerk besser als viele andere in der Region waren, weil Beschäftigte sich dort organisiert hatten, und drittens, dass es sich lohnt, sich nicht von der rassistischen Teile-und-herrsche-Strategie des Unternehmern spalten zu lassen. Arkadelphia ist ein gutes Beispiel dafür, dass Gewerkschaftsarbeit, die konfliktorientiert ist, die antirassistisch ist, und die notfalls am Rande der Gesellschaft stattfindet, authentische, nachhaltige Transformationen mit sich bringen kann, die mit kurzfristigen Strategien nicht erreichbar sind.

Aktuellere Beispiele eines transformativen Organizings gibt es in vielen Ländern, auch in Deutschland, so etwa bei den Kassiererinnen bei Schlecker in Mannheim, die sich mit Hilfe der Gewerkschaft HBV organisierten und in den darauf folgenden zehn Jahren ständig an Basisstärke und Handlungsfähigkeit in dem Unternehmen gewonnen haben. Auch bei der vielfältigen, experimentierfreudigen Kampagnenarbeit von ver.di in NRW, die nicht nur konkrete Ergebnisse in den Betrieben, sondern auch insgesamt viel an Organisationsveränderung mit sich brachte, treffen wir auf transformatives Organizing; ebenso bei den Bemühungen der IG Metall in den Betrieben der Windenergieanlagenbauer Norddeutschlands, selbstbewusste und konfliktfähige Gewerkschaftsaktive in den Betrieben aufzubauen, die künftig nicht nur betriebspolitisch und tarifpolitisch, sondern auch umweltpolitisch agieren müssen. Eine auf Transformation gerichtete Organisierung bezieht sich auf viele Traditionen und Arbeitsformen, die versuchen, die Kultur im Betrieb sowie in der Organisation nachhaltig zu verändern, sodass – ob in Arkadelphia oder in Mannheim – eine konfliktfähige, sich selbst tragende, emanzipatorische Gewerkschaftsarbeit im Betrieb nicht nur möglich, sondern auch nachhaltig wirksam ist. Die Grenzen politischer Gewerkschaftsarbeit werden unter kritisch denkenden Menschen oft beklagt. Auch wenn Gewerkschaftsarbeit sich häufiger mit konkreten Ergebnissen als mit radikaler Gesellschaftsveränderung befasst, gibt es bedeutsame Unterschiede zwischen transformativen und anderen Strategien, die nicht zu übersehen sind.

Im Betrieb muss eine Strategie des transformativen Organizings als Einstieg in die Politisierung der Beschäftigten verstanden werden. Wenn diese einmal erleben, dass sie etwas im Betrieb selber bewirken können, wollen sie weitere Probleme in Angriff nehmen und beheben. Gewerkschaften müssen sich keine Sorgen darum machen, ob Beschäftigte, die sich etwa für eine Betriebskantine engagieren, sich später für anspruchsvollere Ziele wie einen Tarifvertrag einsetzen werden. Ebenso müssen sich Gewerkschaften und soziale oder politische Bewegungen keine Gedanken darüber machen, ob Kolleginnen und Kollegen, die für Veränderungen im Betrieb, im Unternehmen und in der Branche gekämpft haben, gesellschaftspolitisch aktiv werden wollen. Wir streben alle die Emanzipation an, wenn wir glauben, dass diese überhaupt möglich ist.

---

1 Unter den Begriffen Organizing, Organisierung und Kampagnenarbeit haben ver.di, IG Metall, IG BAU, NGG & Transnet nicht nur theoretische, sondern auch praktische Erfahrungen gesammelt.

BILDUNG, FORSCHUNG, ORGANIZING

GESPRÄCH MIT

NIK THEODORE

Die Versuche zum Aufbau einer Neuen Linken in Nordamerika waren vor allem durch städtische Kämpfe und Organisationen geprägt. Du hast zusammen mit deinen Kollegen Jamie Peck und Neil Brenner daran festgehalten, von »Neoliberalismus« zu sprechen, während viele schon sein Ende verkünden. Was steckt dahinter?

Vielleicht ist das zu vergleichen mit dem, was Habermas von der Moderne sagt: Der Neoliberalismus ist tot, aber er herrscht. Unsere Position war auch die, dass bisher kein anderes Projekt entstanden ist, das die neoliberalen Lehren grundsätzlich in Frage stellt. Der Neoliberalismus hat zwar aufgehört, neue politische Ideen hervorzubringen – wir erleben eine Diskreditierung neoliberaler Politik. Gleichzeitig haben sich aber neoliberalisierte Verhältnisse zwischen Orten und Menschen in das Betriebssystem der kapitalistischen Globalisierung hineingearbeitet. Also, der Neoliberalismus hat keine neuen Ideen zur Bewältigung der Krise, aber das operative

System wurde so grundlegend neoliberalisiert, dass eine einzelne Finanzkrise nicht reicht, um das Ganze über den Haufen zu werfen.

Viele von uns betrachten den Neoliberalismus vor allem als ein Zerstörungswerk; du hast aber betont, dass er ein Prozess der kreativen Zerstörung ist. Was ist das Kreative am Neoliberalismus?

Wenn wir den neoliberalen Urbanismus betrachten – auf den sich ein Großteil unserer Arbeit konzentriert –, dann gibt es eine Reihe staatlicher Strategien, die sehr »produktiv« sind in dem Sinne, dass sie neue oder veränderte Formen von Stadtpolitik entwickeln. Das hat also eine kreative Seite. Wir sehen das an bestimmten Politikfeldern. Es gab zwar in den Vereinigten Staaten ein *»end of welfare as we knew it«*, einen Abbau sozialer Rechte, aber es gab auch einen Ausbau von Workfare-Maßnahmen und staatlicher Überwachung der Armen.

Auf dem Wohnungsmarkt haben wir die Streichung sozialer Wohnungsbaumaßnahmen erlebt, den Ausbau von Voucher-Systemen und marktorientierten oder privatisierten Systemen der Wohnraumversorgung. Der neoliberale Urbanismus und die neoliberale Politik haben nicht einfach nur überkommene Regulationssysteme abgebaut, sie haben auch ein neues System von marktorientierten, marktkonformen Regulations- und Kontrollmechanismen aufgebaut. Und das durchsetzt immer mehr Bereiche des Alltagslebens. Das ist die produktive Seite des Neoliberalismus. Das ist seine innovative Seite, wie Jamie Peck und Adam Tickell sagen, die kreative Seite des Neoliberalismus.

Bei den ausländischen Tagelohnarbeitern, die Arbeit in der Bau- oder Landschaftsbauindustrie suchen, hat es auf den amerikanischen Arbeitsmärkten grundlegende Veränderungen gegeben, und viele Arbeitnehmerrechtsorganisationen hatten mit ähnlichen Problemen zu tun – politischen Problemen, Problemen mit ausländerfeindlichen Kräften, der Aushöhlung der Arbeitsgesetzgebung und anderen Problemen auf lokaler Ebene. Statt diese ganzen Probleme individuell lösen zu wollen, sollte man sich lieber zusammentun und voneinander lernen, um andere Ideen auszuprobieren und eine breitere Strategie zu entwickeln, die über lokale Besonderheiten hinausgeht, um Politik und Organizing auf eine breitere Basis zu stellen.

Es gibt Situationen, da muss man sich zusammentun und beispielsweise auf Bundesebene für oder gegen eine bestimmte Einwanderungspolitik kämpfen oder den Aufsichtsbehörden Druck machen, damit sie gegen Arbeitgeber vorgehen, die Lohnraub betreiben. Es gibt Situationen, da müssen sich Arbeiter und Führer anderer Organisationen zusammentun, um sich gegenseitig zu unterstützen. In Arizona zum Beispiel, wo es eine drakonische Ausländerpolitik gibt, hat das National Day Laborer Organizing Network (NDLON), die Gewerkschaft der Tagelöhner, jetzt seinen Bundesverband mobilisiert, um zusammen mit anderen Verbänden wie Right to the City (RTTC)[1] vor Ort Organizing zu betreiben.

Das signalisiert die Botschaft: »Euer Kampf ist unser Kampf« und zeigt den Politikern in diesem Bundesstaat, dass man ihnen auf die Finger sieht und sie für ihre Maßnahmen und Entscheidungen zur Rechenschaft zieht. Wenn es nötig wird, die Kämpfe auszu-

weiten, über die lokale Ebene hinaus, können diese nationalen Organisationen je nach den anstehenden Aufgaben für eine Mobilisierung sorgen.

Es gibt Bruchstellen und Möglichkeiten, ob man sie nun ergreift oder nicht. Sie sind überall. Ich glaube, man braucht eine politische Analyse, die in Basisinitiativen und Basisorganisationen verankert ist und dadurch diese Basis mobilisieren kann. Das bedeutet für Organisationen, eine gemeinsame Analyse zu entwickeln, damit wir die Bruchstellen für progressive soziale Veränderungen identifizieren und nutzen können. Ich glaube, dass die Finanzkrise von 2008 politisch für die Linke eine verpasste Gelegenheit war – eine verpasste Gelegenheit für fortschrittliche Kräfte. Ich glaube, dass die Linke diese Chance nicht in der notwendigen Form ergriffen hat. Es gab die Möglichkeit, die Rahmenbedingungen zu verändern und aus der Zwangsjacke neoliberaler Reformpolitik herauszukommen, aber ich fürchte, dass wir uns statt dessen mit weiteren Sparmaßnahmen und Weiter-so-Politik herumschlagen müssen.

Die Rechte hat angesichts der Katastrophe schneller mobilisiert als die Linke. Anscheinend ist keine Katastrophe zu groß, um nicht von der Rechten vereinnahmt zu werden, damit sie darauf ihr Süppchen kocht. Im Falle Katrina haben die Konservativen den Moment genutzt, um Privatisierungsmaßnahmen durchzudrücken und zu versuchen, die gesetzlichen Lohnniveaus für staatlich subventionierte Revitalisierungsmaßnahmen aufzuweichen; nach den Anschlägen des 11. September wollten sie die gewerkschaftliche Organisierung des Flughafensicherheitspersonals verbieten, und heute nutzen sie in Wisconsin und anderswo die Haushaltslöcher, um dem öffentlichen Dienst das Recht zu Tarifverhandlungen streitig zu machen.

Vielleicht ist es eine noble Zurückhaltung, wenn sich die Linke nicht auf jede persönliche oder allgemeine Notlage stürzt, um mit einem politischen Programm aufzuwarten. Wir müssen aber begreifen, dass Krisen Bruchpunkte sind, Zeiten der Abrechnung, Punkte der Entscheidung. Wir müssen die Analyse parat haben, und die Mobilisierung muss stehen, damit wir die Debatte zugunsten der Städte, in denen wir leben, langfristig verändern können.

Warum legen viele dieser Organisationen wie RTTC und NDLON in ihren Reihen so großen Wert nicht nur auf politische Bildung, sondern auch auf Forschung? Wie entwickeln sie in ihren Organisationen Forschungsprogramme, und wie verwenden sie wissenschaftliche Ergebnisse? Und wie siehst du deine Rolle als politisch aktiver Wissenschaftler, der mit diesen Gruppen zusammenarbeitet?

Für viele dieser Organisationen ist populare Bildung von zentraler Bedeutung. Sie legen Wert auf die Entwicklung von *leadership*, Führungskompetenz, und auf den Abbau traditioneller Hierarchien von Schülern und Lehrern, Mitgliedern und Funktionären und so weiter. Wenn man sich die Elemente von politischer Bildung ansieht, auf die sie sich beziehen, wird deutlich, dass sie Bildung als einen Prozess gesellschaftlicher Veränderung betrachten. Politische Bildung ist verbunden mit Führungstraining und Consciousness-raising. Sie bringt tiefere strukturelle Probleme ans Licht, die das Leben der Mitglieder und ihrer Gemeinschaften betreffen. Die Tagelöh-

ner z.B. lernen und bringen ihr Wissen ein über transnationale Migrationsregime, sie entwickeln daraus Methoden, die »Globalisierung an der Straßenecke zu bekämpfen«, wie sie es ausdrücken.

Die Projekte politisieren auch Aspekte des städtischen Lebens, die oft als selbstverständlich hingestellt werden, zum Beispiel die Vorstellung, dass man die Armen umsiedeln sollte, um Platz für »Entwicklung« zu schaffen, oder dass Arbeitsmigranten keine angemessene Bezahlung oder keine anständige Behandlung am Arbeitsplatz erwarten können. Zu begreifen, dass Ungleichheit *produziert* wird, dass Armut *produziert* wird, bedeutet also, dass diese Bereiche Kampfplätze sein können, dass Stadtentwicklungsprogramme und Arbeitsmarktpraktiken wichtige Felder sein können für transformative, gesellschaftsverändernde Projekte. Es gibt da ein Gefühl des Zusammenkommens als Gemeinschaft – nicht durch eine führende Avantgarde, die ihre Anhänger hat, sondern als Organisation von Menschen, die in einem Lernprozess zusammenkommen, indem sie strategisch durchdachte soziale Veränderungen reflektieren und voranbringen.

Ich glaube, das zieht sich durch die Tagelohnarbeiter-Zentren, das zieht sich durch die RTTC-Organisationen und durch viele »neue« städtische soziale Bewegungen, die sich in den Vereinigten Staaten entwickeln. Das verbindet sich gut mit dem Centre for Urban Economic Development, das ich leite, weil ich denke, dass es zu unseren Aufgaben gehört, den Forschungsprozess zu demokratisieren.

Jede Organisation ist ein ständiger Planungs- und Forschungsprozess. Wir sollten also Wissenschaft nicht als etwas betrachten, was »da drüben« im Elfenbeinturm stattfindet, wir sollten sie als etwas begreifen, was von diesen Organisationen als politischen Akteuren in städtischen Räumen und Politikfeldern betrieben wird. Wir sollten uns in analytisch und methodologisch strengen Forschungsprojekten engagieren, aber wir sollten es vom Standpunkt der Community und dieser Organisationen tun – vom Standpunkt der Forschungsfragen, die *sie* für wichtig halten. Wir sollten die Seiten wechseln und diese Orte nicht als ein städtisches Experimentierfeld betrachten, auf dem Versuche zu bestimmten Forschungsfragen angestellt werden, sondern als Orte politischer Denkprozesse und Analysen.

Es geht darum, den Forschungsprozess zu entmystifizieren. Ihn zu entmystifizieren und zu sagen: »Ihr als Organizer, ihr als Einwohner oder Niedriglohnarbeiter, ihr könnt Wissenschaftler und Forscher sein.« Ich glaube, das funktioniert sehr gut mit einem Ethos der Weiterbildung, mit der Einstellung: Wir wollen lernen und in der Arbeit gesellschaftlicher Umgestaltung Elemente der städtischen Verhältnisse ans Licht bringen. Wir werden in die Produktion von Wissen mit einbezogen. Manche dieser Organisationen gingen noch einen Schritt weiter und haben gesagt: »Wir wollen unser Thema ›besetzen‹.«

Und wer wüsste über Prekarität auf dem Arbeitsmarkt mehr zu berichten als ein moderner Tagelöhner? Was will man einer illegalen Einwandererin groß über die Folgen der Einwanderungspolitik erzählen? Soll man einer Hausangestellten erklären, was es heißt, Hausangestellte zu sein? Sie wissen

mehr als jeder andere über diese Erfahrungen zu sagen. Ihr Wissen wird aber systematisch und tiefgreifend ignoriert, unterbewertet und abgetan. Wir müssen mithelfen, dass diese Organisationen eine Stellung erlangen, die ihr Wissen zur Geltung bringt.

Natürlich nicht unkritisch. Nicht so, dass man ihnen nichts abverlangt. Sie müssen auch gefordert werden. Wir müssen aber auf beiden Seiten für gleiche Bedingungen sorgen, wenn sich beide – die Wissenschaft und die Gemeinschaft – gegenseitig herausfordern sollen, damit wir die bestmögliche Analyse bekommen. Das ist für mich ein Element der Demokratisierung der Forschung, der Demokratisierung und Respektierung des Wissens, das aus der Lebenserfahrung stammt und von unten kommt.

Ein kurzes Beispiel: Es gibt in den Vereinigten Staaten eine wachsende Lohnraubtendenz, und es gab eine zunehmende organisatorische, politische und wissenschaftliche Aktivität zum Thema der Lohnvorenthaltung durch skrupellose Arbeitgeber. In Los Angeles wurden diese Anstrengungen auf kommunaler Ebene durch eine Koalition von Tagelöhnern, Autowäschern, Hauswarten, Taxifahrern und anderen Gruppen betrieben. Politiker und Volksvertreter haben für strengere Gesetze und Kontrollen gesorgt, aber die Arbeiter sind verschiedenen Sanktionsmaßnahmen ausgesetzt, wenn sie ihre Rechte durchsetzen wollen.

Ein Ausschuss von Arbeiterführern aus all diesen Beschäftigungsformen ist direkt an der Abfassung von gesetzlichen Bestimmungen beteiligt, die konkrete Formen auf den Tisch bringen, in denen Arbeitgeber Gesetze umgehen oder gegen Arbeiter Sanktionen verhängen. Das sind manchmal ganz billige, hinterhältige Methoden. In der Autowaschindustrie, wo die Arbeiter durch die CLEAN-Kampagne organisiert werden, sind die Arbeitgeber zum Beispiel gesetzlich verpflichtet, die arbeitsrechtlichen Bestimmungen vorzulesen, um für mehr Transparenz und Verantwortlichkeit zu sorgen.

Das Gesetz legt aber nicht fest, *wann* sie diese Bestimmungen vorlesen müssen. Manche Waschanlagenbetreiber fingen also an, sie vor und nach den Öffnungszeiten zu verlesen und dadurch das Gesetz ad absurdum zu führen. Die in dem Ausschuss sitzenden Arbeiter können aufgrund ihrer Erfahrungen und Kenntnisse betrieblicher Praktiken dafür sorgen, dass ihre Einblicke in neuen Gesetzen zum Tragen kommen. Sie können diese Gesetze dadurch erheblich verbessern, indem sie vorhersehen, mit welchen Methoden skrupellose Arbeitgeber das Arbeitsrecht umgehen könnten.

Du hast davon gesprochen, dass Bewegungsstrategien und Widerstandsgeschichten oft Staatsgrenzen überschreiten und von anderen Organisationen aufgegriffen werden. Wie waren diese transnationalen Beziehungen politisch von Nutzen?

Eine der spannendsten Entwicklungen – und ich sehe darin eine Tendenz, die in den nächsten Jahren ungeheuer fruchtbar sein wird –, ist die Art und Weise, wie Migranten ihre eigene Kenntnis und Sprache sozialer Kämpfe und ihre eigenen Formen der Auseinandersetzung in die USA bringen. Wenn sie sich sozialen Bewegungen anschließen, können sie diese Ideen in amerikanische Organisati-



Oben: Occupy Washington, DC – Martin Luther King
Unten: Occupy Wall Street,
Demonstration im Washington Square Park, NY
Beide Fotos: Bob Jagendorf

onszusammenhänge einbringen. Dabei wird nicht einfach etwas fix und fertig aus einem anderen Land importiert. Diese Ideen müssen verarbeitet und angepasst werden. Wenn man sich aber die verschiedenen Weiterbildungsmethoden anguckt, sieht man, dass es mobile Techniken sind, die sich in unterschiedlichen Zusammenhängen und Örtlichkeiten flexibel anwenden lassen, wenn sie in den Händen geschickter Organisationsleiter sind.

Einige der Hauptideen beispielsweise zu den Methoden zum Verständnis prekärer Arbeit, zu unterschiedlichen Organisationsmethoden oder dazu, wie sich Bildung selbst als Faktor gesellschaftlicher Veränderung einsetzen lässt, beruhten auf eigenen organisatorischen Ideen und Analysen von Arbeitsmigranten. Natürlich waren manche dieser Ideen auch in den USA schon vorhanden, und ich habe mit vielen politischen Bildnern gesprochen, die jetzt in den Vereinigten Staaten leben und beeindruckt waren, dass sie teilweise dieselben Entwicklungen in der Bürgerrechtsbewegung wiederfanden, in Form der Freedom Schools, des Highlander Center und beim demokratischen Organizing.

Diese Entwicklungen hat es also in den Vereinigten Staaten gegeben, es hat sie in Teilen Asiens gegeben und in Teilen Afrikas. Was wir erleben, ist diese produktive Vermischung unterschiedlicher Traditionen und ein wirklich interkulturelles, nationenübergreifendes Lernen in Bezug auf Organisationsstrategien. Wenn man sich in den USA einige der lebendigsten Organisationsaktivitäten ansieht, innerhalb wie außerhalb der Arbeiterbewegung, dann sind daran zum großen Teil wieder Arbeitsmigranten beteiligt, die unterschiedliche Kampf- und Organisationsformen auf die Realitäten anwenden, mit denen sie in den USA konfrontiert sind.

Ich glaube, dass die Tagelohnarbeiter-Zentren eine regelrechte Brutstätte solcher Ideen waren. Sie haben Organizer angezogen, die einen intensiven Hintergrund sozialer Kämpfe in ihren Herkunftsländern mitbrachten. Im Tagelohnbereich haben wir es mit Menschen zu tun, die aus El Salvador kommen, aus Mexiko, Ecuador, Korea oder aus anderen Ländern, Menschen, die ihre Ideen in eine produktive Auseinandersetzung einbringen, um sich gegenseitig herauszufordern – aber alle mit dem gleichen Ziel, die Organizing-Initiativen voranzutreiben. Das ist sehr faszinierend.

Wie konnten Organizer im Tagelohnbereich diese unterschiedlichen Traditionen zusammenbringen, bei dem brutalen Konkurrenzkampf an der Straßenecke oder am Anwerbeplatz?

Das läuft auf unterschiedlichen Ebenen ab, aber im Kern – vom Standpunkt des Organizings – gibt es da eine Offenheit, eine Einstellung, offen zu sein für neue Ideen, sich herausfordern zu lassen, seine Gewohnheiten und Normen von neuen Ideen in Frage stellen zu lassen. Das scheint mir ein wichtiger Bestandteil des Tagelöhner-Organizing zu sein. Aber wie kann man das vor Ort umsetzen?

Tagelohnarbeiter sind mit ganz bestimmten Problemen konfrontiert, auf die sie sich einstellen mussten. Sie mussten herausfinden, wie man mit den Barrieren umgeht, die in diesen Arbeitsmarktsegmenten vorhanden sind. Man ist als Tagelöhner in einer Situation, wo es keine soziale Unterstützung gibt – oder

nur ganz wenig –, man steht an der Ecke und konkurriert um ein begrenztes Angebot von Jobmöglichkeiten. Es sind einfach die wirtschaftlichen Alltagsrealitäten in einem solchen Beschäftigungsverhältnis, die zwischen den Einzelnen ganz reale Barrieren errichten.

Ohne solidarisches Handeln geraten sie aber in eine Abwärtsspirale, was Löhne und Arbeitsbedingungen betrifft. Während sie also Kopf an Kopf um Jobs konkurrieren, müssen sie gleichzeitig einen Weg finden, zu kooperieren, um die arbeitsrechtlichen Bestimmungen zu verteidigen. Irgendwie müssen sie gemeinsam Mindestlöhne festsetzen, gemeinsam skrupellose Arbeitgeber boykottieren, gemeinsam für ihre Rechte kämpfen.

An der Straßenecke stehen aber Menschen aller möglichen Nationalitäten, aus unterschiedlichen Ländern in Mittel- und Nordamerika, Asien und Afrika – wie soll man also die nationalistischen Barrieren überwinden, die solche Arbeiter voneinander trennen? Es gibt auf der einen Seite die ökonomischen Barrieren – entweder du kriegst den Job oder ich –, und dann die nationalen Barrieren, die uns oft sowieso voneinander trennen. Wie kann man, mit anderen Worten, an der Straßenecke internationale Solidarität herstellen? Die Organizer erkennen, dass sie diese Spaltung überbrücken müssen. Sie müssen am Anfang Solidarität aufbauen, damit es am Ende möglich ist, die Gewalt von Tagelohnarbeitsverhältnissen zu verändern oder zu bekämpfen.

So werden oft Dinge des Alltagslebens wie Sport, Theater, Spiel oder Spaß – Dinge nicht aus der Arbeitswelt, sondern aus der Lebenswelt – zum Erlernen und zum Aufbau von Gemeinschaftsbewusstsein benutzt. Fußball beispielsweise wird von Land zu Land ganz unterschiedlich gespielt, aber wenn man elf Tagelöhner zusammen in eine Mannschaft steckt, die gegen eine andere spielt, dann gibt es da Arbeiter aus Guatemala, Honduras, El Salvador oder Mexiko, die ihre stilistischen Unterschiede auf dem Spielfeld entwickeln müssen. Wenn sie diese Unterschiede herausarbeiten, können sie erkennen, dass sie zusammenarbeiten können. Wenn sich diese Zusammenarbeit durch andere solidarische Aktivitäten verstärkt, hat dies zu überraschenden Organisationserfolgen auf informellen Einstellungsplätzen geführt.

Es gibt viele Beispiele, wo Organizer Aktivitäten außerhalb des Arbeitsplatzes zur Förderung von Solidarität benutzt haben. Das hilft einige der zwischenmenschlichen Barrieren abzubauen. Diese und andere Techniken sollen Räume eröffnen, um ins Gespräch zu kommen, sich zu organisieren. Durch die Adaptierung von Methoden aus der Lebenswelt können sie Räume aufbrechen zum wechselseitigen Verständnis und zur Förderung von Arbeitersolidarität.

Das Interview wurde von David Hugill und Peter Brogan geführt. Aus dem Amerikanischen von Thomas Laugstien

1 »Right to the City« (RTTC) kämpft seit 2007 gegen Gentrifizierung und Vertreibung einkommensschwächerer Bevölkerungsgruppen aus den amerikanischen Innenstädten. Vgl. *Luxemburg* 4/2010.

ORGANIZING WITH LOVE

LEHREN AUS DER NEW YORKER KAMPAGNE FÜR EINE GRUNDRECHTE-CHARTA DER HAUSHALTSARBEITERINNEN

AI-JEN POO

Großartige Organisationskampagnen sind wie Liebesaffären. Du siehst die Welt plötzlich mit anderen Augen. Du entdeckst an dir neue Seiten. Du kriegst nicht genug Schlaf, hast aber unbändige Energie. Du entwickelst neue Beziehungen und neue Interessen. Deine Poren öffnen sich stärker für die Welt, die um dich herum ist. Dein Leben verändert sich, und du fühlst dich wie neu geboren. Und was das wichtigste ist – du beginnst an Dinge zu denken, die du nicht für möglich gehalten hattest.

Der von Domestic Workers United und der New York Domestic Workers Justice Coalition geführte Kampf für eine Grundrechte-Charta der Haushaltsarbeiterinnen im US-Bundesstaat New York war eine dieser großartigen Kampagnen. Diese »Bill of Rights« ist nun Bestandteil der bundesstaatlichen Gesetzgebung, die Haushaltsarbeiterinnen als Erwerbstätige anerkennt und grundlegende arbeitsrechtliche Bestimmungen und Standards festlegt. Es ist das erste Gesetz dieser Art, das Bezahlung von Überstunden regelt, den Schutz vor Diskrimi-

nierung und andere Grundrechte für die mehr als 200 000 Frauen – die meisten von ihnen Migrantinnen *of color*[1] –, die im Staat New York als Haushälterinnen, Kinder- oder Altenbetreuerinnen tätig sind. Der Kampf für diese Grundrechte war wie eine Liebesgeschichte – voller aufregender Momente, faszinierender Entwicklungen und lebensverändernder Kämpfe. Über die gesamte Zeit hinweg wurde den Hausarbeitskräften und Organizern immer wieder vorgehalten, wir wollten das Unmögliche, aber wir haben daran geglaubt.

Im Juni 2010 wurde die Bill of Rights für Haushaltsarbeiterinnen im Senat des Bundesstaates New York diskutiert. Die Abgeordneten berichteten einer nach dem anderen von ihren Müttern und Großmüttern, die ohne jede Anerkennung als Hausangestellte gearbeitet hatten, um für ihre Familien zu sorgen. Einen Monat später unterzeichnete Gouverneur David A. Paterson das entsprechende Gesetz.

Vor der Kampagne waren Hausarbeitskräfte größtenteils unsichtbar. Die Frage, die damals im Raum stand, war: Soll man sie überhaupt in die Arbeitsgesetzgebung aufnehmen? Heute stellt sich die Frage völlig anders: Wie weit werden ihre Rechte und ihr Schutz reichen, und wie lang wird es dauern, bis ihre Würde wieder hergestellt ist?

DIE WELT DER ARBEIT IM PRIVATEN ZUHAUSE

Haushaltsarbeiterinnen gehören zu den ungeschütztesten ArbeitnehmerInnen in den Vereinigten Staaten. Etwa 2,5 Millionen Frauen sind als Haushaltsarbeiterinnen tätig. Allein im Großraum New York leben 200 000 Frauen, die früh morgens, oft noch im Dunkeln, ihre Wohnungen verlassen, um zu ihrem Arbeitsplatz zu gelangen, bevor ihre Arbeitgeber selbst zur Arbeit gehen. Manche wohnen im Haus ihrer Arbeitgeber und kümmern sich Tag und Nacht um deren Familien – und das, obwohl viele ihre eigenen Kinder in den Heimatländern zurücklassen mussten.

Diese Hausarbeitskräfte leisten nicht nur in den städtischen Ballungsgebieten der USA einen wichtigen Beitrag zur Wirtschaft, sondern auch in ihren eigenen Herkunftsländern. Die meisten von ihnen sind Arbeitsmigrantinnen aus den Ländern des Südens. Sie stehen unter einem enormen Druck, das nötige Geld zu verdienen, um ihre Familien in den USA oder im Ausland zu unterstützen. Eine kürzlich von DataCenter und Domestic Workers United in New York durchgeführte Umfrage ergab, dass 98 Prozent der Frauen ausländischer Herkunft sind und 59 Prozent von ihnen als Haupternährerinnen ihrer Familien fungieren. Das von ihnen überwiesene Geld ist eine zentrale Einkommensquelle in vielen Ländern des Südens.

Obwohl die Wirtschaft so stark von ihrer Arbeit abhängt, wurde diese lange als selbstverständlich hingenommen. Häusliche Arbeit, historisch mit unbezahlter Hausfrauenarbeit und schlecht bezahlter Arbeit schwarzer Frauen oder Migrantinnen verbunden, ist immer noch unterbewertet und unsichtbar.

Historisch hatte das amerikanische Arbeitsrecht die Haushaltsarbeiterinnen ausdrücklich ausgeschlossen. Dies muss als ein Erbe der Sklaverei verstanden werden: Im frühen 20. Jahrhundert waren in den Vereinigten Staaten Hausangestellte und Landarbeiter zumeist Afroamerikaner. Als in den 1930er Jahren die Arbeitsgesetze des New Deal verhan-

delt wurden, verhinderten Abgeordnete aus den Südstaaten, dass Land- und Hausarbeitskräfte in die arbeitsrechtliche Gesetzgebung einbezogen werden. Sie befürchteten das Aufkommen einer afroamerikanischen Arbeiterbewegung.[2]

Doch selbst wenn die Hausarbeitskräfte im Arbeitsrecht berücksichtigt würden, wäre es angesichts ihrer besonderen Arbeitsverhältnisse schwer, sie zu organisieren oder grundlegende arbeitsrechtliche Bestimmungen durchzusetzen. Ihre Arbeitsplätze sind Privatwohnungen. Ihre Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen werden von Haushalt zu Haushalt unterschiedlich verhandelt. Ohne klare Standards oder Gesetze zur Sicherung elementarer Rechte müssen diese jeweils individuell ausgehandelt werden, Tag für Tag und ohne reale Verhandlungsmacht. Nicht selten riskieren sie ihren Job, wenn sie grundlegende Rechte oder Bedürfnisse artikulieren, zum Beispiel einen freien Nachmittag für einen Arztbesuch oder für eine Mammographie. Auch für die wenigen Arbeitgeber, die adäquate Löhne und Bedingungen bieten wollen, gibt es kaum verfügbare Kriterien.

All diese Faktoren – rassistische Ausschließung aus dem Arbeitsrecht, sexistische Abwertung häuslicher Frauenarbeit, dezentralisierte Beschäftigungsverhältnisse und wirtschaftliche Zwänge, denen Arbeitsmigrantinnen aus dem Süden ausgesetzt sind – machen Haushaltsarbeiterinnen äußerst anfällig für Ausbeutung und Missbrauch.

»Maria« ist Mitte sechzig und kommt aus Mittelamerika. Ihre Geschichte spricht Bände über die Erfahrungen vieler Haushaltsarbeiterinnen. Sie kam in die Vereinigten Staaten, um ihre Familie zu unterstützen. Ihr Sohn hatte Diabetes, und in ihrem Heimatland konnte sie nicht genug verdienen, um das teure Insulin zu finanzieren. In New York fand sie eine Stellung als Betreuerin eines behinderten Jungen. Neben dem »Vollzeitjob«, den es bedeutete, sich um den Jungen zu kümmern, musste sie außerdem noch kochen, putzen, bügeln und die gesamte Hausarbeit erledigen. Maria hatte einen 18-Stunden-Tag, eine 6-Tage-Woche und einen Stundenlohn von weniger als drei Dollar. Sie wohnte im Keller ihrer Arbeitgeber, wo undichte Abwasserrohre eine Überschwemmung verursacht hatten. Auf der Straße musste sie Pappkisten und Holzstücke suchen, über die sie nachts ins Bett stieg. Nach drei Jahren Arbeit unter diesen Bedingungen wurde ihr fristlos und ohne Abfindung gekündigt. Ihre Arbeitgeberin nannte nicht mal eine Begründung. »Ich bat sie, die Nacht im Haus bleiben zu dürfen, um mir am nächsten Tag eine andere Bleibe zu suchen. Ich konnte nicht schlafen, weil ich nicht wusste, wo ich hin sollte. Keiner kann sich vorstellen, was ich in dieser Nacht durchgemacht habe.«

Unter diesen Umständen ist es zwar schwer, sich zu organisieren, aber umso notwendiger. In den letzten zehn Jahren haben New Yorker Hausarbeiterinnen ein neuartiges Organizing-Modell entwickelt, um sich den Herausforderungen in ihrem Gewerbe zu stellen und von unten die Macht der Arbeiterinnen systematisch aufzubauen.

DIE GESCHICHTE VON DOMESTIC WORKERS UNITED

Domestic Workers United (DWU), die Gewerkschaft der Vereinigten Haushaltsarbeiterinnen, entstand 1999 aus den gemeinsamen

Bemühungen zweier Community-basierten Organisationen, CAAAV und Andolan. Beide waren jahrelang in verschiedenen asiatischen Communities aktiv und haben sich gegen Diskriminierungen von ArbeiterInnen engagiert.

Die DWU organisierte anfangs individuelle Unterstützungsaktionen für Kolleginnen, die von ihren Arbeitgebern missbraucht wurden, ihre Löhne nicht erhielten oder Frauenhandel überlebt hatten. Sie veranstalteten Demonstrationen vor den Betrieben der Arbeitgeber und kooperierten mit Anwälten zur Einleitung von Strafverfahren.

Mit zunehmenden Aktivitäten wurde klar, dass die Kombination aus Aufklärung und vereinzelten Kämpfen nicht ausreichte, um den nötigen Schutz zu bieten. Wir mussten Wege zur Veränderung des Arbeitsrechts finden. Im Jahre 2002 setzten sich die DWU in New York erfolgreich für eine städtische Verordnung ein, nach der die Arbeitsvermittlungs-Agenturen verpflichtet wurden, Hausarbeitskräfte und deren ArbeitgeberInnen über die Grundsätze des Arbeitsrechts aufzuklären. Bei der Verabschiedung im Jahr darauf drängten sich Haushaltsarbeiterinnen auf der Empore des New Yorker Stadtparlaments und zeigten ein Transparent: »Der erste Schritt zum Sieg – Der Kampf geht weiter.«

Nach diesem Anfangserfolg wollten wir dafür sorgen, dass die Belange der Haushaltsarbeiterinnen im Licht der Öffentlichkeit blieben und so den Prozess der kontinuierlichen Machtentwicklung in Gang halten. Wir veranstalteten einen Kongress. Die *Having Your Say Convention* (»Mach-den-Mund-auf-Konferenz«) brachte Hunderte von Hausarbeiterinnen zusammen mit dem Ziel, eine noch weiter ausgreifende, landesweite Kampagne für eine neue Arbeitsgesetzgebung zu starten. Obwohl die Teilnehmerinnen aus mehr als einem Dutzend Ländern stammten und sechs verschiedene Sprachen sprachen, fanden sie durch die geteilte Erfahrung einer Arbeit ohne arbeitsrechtliche Grundlagen eine gemeinsame Sprache. Die Vorsitzende, Marlene Champion, eine Altenbetreuerin aus der Karibik, eröffnete die Konferenz mit den Worten: »Wir machen heute Geschichte. Ihr habt eine Stimme, und zusammen können wir viel erreichen.«

Im Anschluss an diese Konferenz entwickelten wir eine Liste vorrangiger Ziele, aus denen die spätere Bill of Rights hervorging. Dazu gehörte die Bezahlung von Überstunden, mindestens ein freier Tag pro Woche, Gesundheitsversorgung, ein Mindeststundenlohn von 14 Dollar, eine Kündigungsfrist mit Abfindung, bezahlte Feiertage, bezahlter Urlaub und Schutz vor Diskriminierung. Die DWU setzten sich mit den anderen New Yorker Organisationen für Hausarbeitskräfte zusammen, um die nächste Etappe des Kampfes einzuleiten. Zusammen formierten wir die New York Domestic Worker Justice Coalition. Die Bill-of-Rights-Kampagne wurde zu einem Aktionsfeld, in dem Haushaltsarbeiterinnen aller ethnischen Gruppen zusammenkamen, um ihre Macht als Arbeiterinnen zu stärken.

Unsere erste Reise nach Albany, dem Regierungssitz des Bundesstaates New York, unternahmen wir im Januar 2004 in einem vollbesetzten Kleinbus mit 15 Hausarbeiterinnen. Als wir an diesem kalten Wintermorgen durch die engen Straßen kurvten, hatten wir keine Ahnung, worauf wir uns einließen und was es bedeuten würde, Grundrechte

für Haushaltsarbeiterinnen einzuklagen. Ein Gespräch nach dem anderen mit Abgeordneten und ihren Assistenten war von Fragen dominiert wie: »Wovon sprechen Sie? Geht es um häusliche Gewalt?« oder: »Was ist, wenn ich es mir nicht leisten kann, 14 Dollar pro Stunde zu zahlen?« Wir bekamen sogar zu hören: »Pass auf, Schätzchen, der Mann, der dein Auto auftankt, hat auf solche Privilegien auch keinen gesetzlichen Anspruch. Warum sollte die Babysitterin einen haben?« Die nächsten fünf Jahre mussten wir lernen, wie man die nötige Macht entfaltet, um in Albany einen Sieg zu erringen.

MACHT AUFBAUEN, UM ZU GEWINNEN

Moralische Argumente reichten nicht aus. Wenn wir Erfolg haben wollten, mussten wir systematisch unseren Einfluss ausbauen. Es kostete uns einige Legislaturperioden, um die Spielregeln zu erlernen, nach denen in Albany Politik gemacht wird. Wir mussten begreifen, wie es in dieser Welt der politischen Machtspielchen zugeht. Was für einen Einfluss haben wir? Was brauchen wir, um zu gewinnen? Wer hatte einen solchen Einfluss? Welchen Platz nahm die Gesetzgebung auf unserer Agenda ein? Uns wurde klar, dass wir nicht nur unsere eigene Basis von Haushaltsarbeiterinnen ausbauen mussten. Wir mussten auch unsere Unterstützerbasis in anderen gesellschaftlichen Bereichen erheblich verbreitern.

Wir bauten einen Unterstützerkreis unter unseren damaligen Verbündeten auf, indem wir konkret Leute in unsere Arbeit mit einbezogen, zum Beispiel durch das Sammeln von Postkartenunterschriften oder durch die Teilnahme an unseren Fahrten nach Albany. Wir erweiterten unseren Radius, sprachen auf Versammlungen anderer Organisationen, in Schulen und Kirchen. Durch die wachsende Unterstützung konnten wir immer mehr Abgeordnete davon überzeugen, unseren Gesetzesvorschlag mit zu unterschreiben.

Im dritten Jahr stärkten wir unsere Basis durch die Gründung eines Kampagnen-Organisationskomitees, dem sich unsere Bündnispartner und Unterstützer anschließen konnten, um an der Planung der Kampagne direkt mitzuwirken. Wir forderten alle, die Lust und Energie hatten, zum Mitmachen auf – Studierende, Gewerkschafter, Anwälte, politisch Aktive. Indem wir einen solchen Raum für alle eröffneten, die sich für unseren Kampf interessierten, schufen wir einen Kern von Unterstützern, die selbständiges Organizing in ihren eigenen Zusammenhängen betreiben konnten.

Besonders wichtig war der Aufbau von Solidarität mit anderen Beschäftigten (*workers' solidarity*). Der SEIU-Ortsverband 32BJ beispielsweise ist eine Gewerkschaftssektion, die Tausende von Pförtnern der New Yorker Luxusappartementhäuser vertritt. Zwischen ihnen und den DWU-Frauen gibt es eine natürliche Verbindung, weil sie oft Freunde, Vertraute oder sogar Ehegatten der in den Appartements der Reichen beschäftigten Dienstmädchen sind. Sie hören sich ihre Missbrauchserfahrungen an, helfen ihnen nach langen Babysitting-Nächten ins Taxi; an ihrer Schulter können die Frauen sich ausweinen, wenn sie fristlos oder ohne Abfindung gefeuert wurden. Die 32BJ-Leute waren wichtige Verbündete in unserem Kampf.

ArbeiterInnen-Solidarität bedeutete auch den Aufbau von Solidarität zwischen unterschiedlichen Gruppen von ausgeschlossenen



Die Party ist vorbei, Occupy Wall Street, Bob Jagendorf

Beschäftigten. Ein eindrucksvolles Beispiel war, als die Labor Religion Coalition des Staates New York und die örtliche Jobs-with-Justice-Sektion bei ihrer jährlichen Fastenaktion unter dem Motto »Welcoming the Stranger: Prophetic Voices for Immigrant Rights« auf die Rechte von Haushaltsarbeiterinnen und Landarbeitern aufmerksam machen wollte. Die New Yorker Kampagne für die Rechte der Farmarbeiter und die Bill-of-Rights-Kampagne der Hausarbeitskräfte trommelten ihre Basis zur Teilnahme an den 40-stündigen Fastenaktivitäten zusammen, zu denen Parlamentsbesuche, ein ökumenischer Gottesdienst, eine Pressekonferenz und ein Protestmarsch gehörten. Im Laufe des Tages bildeten sich gemischte Arbeitsgruppen von LandarbeiterInnen und Hausarbeiterinnen. Sie lernten voneinander aus ihren Erzählungen, verbündeten sich und lachten. Am Abend sagte Lois Newland, eine DWU-Nanny: »Wir haben uns beim Thanksgiving-Dinner nie gefragt, wer sich dafür geschunden hat, damit das ganze Essen auf dem Tisch steht. Jetzt weiß ich es.« Die Farmarbeiter wiederum lobten den Mut und die Klarheit, mit der die Haushaltsarbeiterinnen Parlamentsabgeordnete einspannten. »Wir haben viel von euch gelernt«, sagte einer von ihnen. »Ihr habt uns mehr Kraft zum Kämpfen gegeben.«

Nach diesem Austausch gingen Hausarbeiterinnen kaum noch zu einer Veranstaltung, ohne auch die Anliegen der LandarbeiterInnen zur Sprache zu bringen. Wir haben in den folgenden Jahren bei allen unseren



Occupy Wall Street – Occupy Hannover ohallmann

Aktionen die Farmarbeiter-Funktionäre immer mit eingeladen.

Nach drei Jahren hatten wir schließlich eine so starke Unterstützerbasis, dass wir eine beeindruckende Mobilisierung für die Fahrten nach Albany zustande bekamen. Wir stiegen vom Kleintransporter auf Busse um und fingen an, Hunderte von Unterstützern in die Hauptstadt zu fahren. In den sechs Jahren der Bill-of-Rights-Kampagne fuhren DWU-Mitglieder und Sympathisanten mehr als 40 Mal nach Albany. Wir konnten mehr als tausend Leute für solche Ausflüge gewinnen, um dort mit Abgeordneten zu sprechen.

Im fünften Jahr der Kampagne hatten wir endlich den nötigen Einfluss, um direkt mit dem Präsidenten der Abgeordnetenversammlung zu sprechen. Dieses Gespräch führte schließlich zur Verabschiedung eines Gesetzes, das den Ausschluss von Haushaltsarbeiterinnen aus dem Arbeitsrecht endgültig aufhob. Das verabschiedete Gesetz war noch nicht die vollständige Bill of Rights, aber es war ein Riesenschritt. Die Bill of Rights wurde dann in der folgenden Legislaturperiode vom Senat verabschiedet.

Die Kraft solcher regionaler Initiativen könnte auch den Weg für eine Gesetzgebung auf Bundesebene schaffen, die in den Vereinigten Staaten insgesamt arbeitsrechtliche Standards einführen könnte. Damit würden die Ausschließung und Diskriminierung beseitigt, die das Leben ganzer Generationen von Hausarbeitskräften bestimmt hatten.

AUF DER VERBINDUNG ZU DEN MENSCHEN AUFBAUEN

Die Arbeit der DWU geht davon aus, dass unsere Stärke sich aus unseren Mitgliedern schöpft, insbesondere aus ihrer Fähigkeit, unsere Organisation mit Leben zu füllen und die Richtung für eine breite Mobilisierung vorzugeben, die weit über die Anliegen der Hausarbeiterinnen hinausgeht. Die Bill-of-Rights-Kampagne hat diese Entschlossenheit gezeigt. Wir wussten, dass die Geschichten und die Zielstrebigkeit der Hausarbeiterinnen eine treibende Kraft der Kampagne sein würden. Was wir nicht erwartet hatten, war, wie viele Menschen das Gefühl hatten, dass ihre eigene Lebensgeschichte eng mit der von Haushaltsarbeiterinnen verbunden ist. Aus dieser Verbindung zog die Kampagne von Anfang bis Ende ihre Energie.

Statt unsere Arbeit als eine Kampagne für Arbeitsrechte zu verstehen, die sich strikt auf



Gewerkschaft des Pflegepersonals unterstützt OWS, 5.10.2011 david_shankbone

Probleme der Haushaltsarbeiterinnen konzentriert, richteten wir den Schwerpunkt bewusst auf eine breite Thematisierung struktureller Ungleichheit. Wir gingen von unserer Analyse der Probleme aus, mit denen Hausarbeitskräfte konfrontiert sind. Dazu gehört die Abwertung häuslicher »Frauenarbeit«, das Erbe der Sklaverei in den Vereinigten Staaten und das nicht nur in den USA fehlende soziale Netz.

Durch den breiteren Rahmen konnten wir für die Bill-of-Rights-Kampagne Forderungen entwickeln, die uns halfen, wichtige Bündnisse zu schmieden. Durch die Forderung nach *»Respekt für die Arbeit, die jede andere Arbeit erst ermöglicht«*, konnten wir Beziehungen zu Frauenorganisationen, Müttern und langjährigen Kämpferinnen für Geschlechtergerechtigkeit und Frauengleichstellung zu entwickeln. *»Beendet eine lange Geschichte von Diskriminierung und Ausschluss«* brachte uns mit Landarbeitern, Obdachlosen, Gastarbeitern und all den Millionen zusammen, die im bestehenden Rechtssystem ausgegrenzt sind. Die These *»Rechte nützen allen«* betonte die wechselseitige Verbundenheit. Wir konnten dadurch Beziehungen zu GewerkschafterInnen, ArbeitgeberInnen, *leaders* in den religiösen Gemeinden und zu anderen aufbauen, die an den moralischen Imperativ von Menschenrechten glauben.

Wir lernten, dass sich jede Kampagne so breit anlegen lässt, dass man unerwartete Bündnispartner hineinziehen und dadurch mehr Kraft mobilisieren kann. Die Überzeugungskraft der Lebensgeschichten der

Haushaltsarbeiterinnen sowie die Stärke unserer breit angelegten Konzeption haben die unterschiedlichen Bündnisse dieser Kampagne möglich gemacht. So konnten wir nicht nur die nötige taktische Macht entfalten, um unseren Kampf zu gewinnen, wir haben darüber hinaus in diesem Prozess das Verhältnis zwischen den Hausarbeitskräften, den von ihnen betreuten Kindern und ihren ArbeitgeberInnen nachhaltig verändert.

DIE MACHT DER KINDER

An einem heißen Sonntagmorgen im Sommer 2009 bemalten Kinder jeder Altersgruppe und Herkunft die Bürgersteige vor dem New Yorker Rathaus. Sie schrieben mit bunter Kreide »Respect My Mom« oder »I love my Nanny«. Dann gingen sie los mit roten Luftballons am Handgelenk mit der Aufschrift »DWU« – Kinder von Hausarbeiterinnen zusammen mit Kindern, die von Hausarbeiterinnen betreut werden. Sie marschierten den Broadway hinunter und forderten die Verabschiedung der Bill of Rights für Haushaltsarbeiterinnen. Kinder sprachen darüber, wie sehr sie an ihren Betreuerinnen hingen, und Erwachsene, die von Hausangestellten aufgezogen worden waren, sprachen über die Rolle, die diese in ihrem Leben gespielt hatten.

Bei anderer Gelegenheit veranstalteten wir eine Versammlung für die Bill of Rights, und einige Verbündete aus der Arbeiterbewegung konnten den AFL-CIO-Vorsitzenden John Sweeney als Redner gewinnen. Er stand neben Barbara Young, einer Nanny und früheren Gewerkschaftsführerin in ihrem Heimatland Barbados, und sprach zu einem vollen Saal von mehr als dreihundert Hausarbeitskräften und Unterstützerinnen. Als Sohn einer Arbeitsmigrantin, die vierzig Jahre lang ohne soziale Sicherung als Hausangestellte gearbeitet hatte, berichtete er von seinen Erinnerungen an ihre Mühsal und von ihrer Enttäuschung über die Ausschließung der Hausangestellten, als 1935 der National Labor Relations Act verabschiedet wurde. »Die zehn Millionen Arbeiter der AFL-CIO unterstützen die Bill of Rights für Hausarbeitskräfte« – mit dieser Erklärung erweiterte der Vorsitzende des amerikanischen Gewerkschaftsdachverbands die Reihen der Beschäftigten, die sich endlich der Arbeiterbewegung zugehörig fühlen konnten.

Für den Vorsitzenden einer Gewerkschaftsorganisation, die sich in den veränderten ökonomischen Verhältnissen neu zu formieren sucht, war es ein wichtiger Entschluss, die Arbeiterinnen in diesem von der AFL-CIO bislang nicht organisierten Schlüsselsektor zu unterstützen. Die AFL-CIO konnte sich mit der DWU-Kampagne als Arbeiterbewegung für das 21. Jahrhundert neu positionieren, und sie eröffnete den Hausarbeitskräften einen Raum, in dem sie sich als Teil einer umfassenderen Bewegung begreifen konnten. Im Laufe der Kampagne fanden wir heraus, dass die Mütter vieler Arbeiterführer Hausangestellte gewesen waren. Diese Verbindung lieferte ein Fundament, auf das sich eine tiefgreifende Solidarität zwischen Arbeitern gründen ließ.

DIE ARBEITGEBER

Angesichts der starken ethnischen und Klassenunterschiede, die zwischen Hausarbeiterinnen und ihren Arbeitgebern bestehen, hätte sich ein Organisationsmodell angeboten, das den Gegensatz und das Ressentiment zwischen

beiden Gruppen betont. Die DWU wollten aber einen Raum für die Entwicklung von Bündnissen mit den ArbeitgeberInnen öffnen, die nach einer Möglichkeit suchten, faire Arbeitgeber zu sein. Die Bündnisse erwiesen sich als bedeutend, sowohl um den für die Verabschiedung der Bill of Rights nötigen Einfluss zu mobilisieren, als auch für die Veränderung der Verhältnisse innerhalb des Gewerbes. Auch das Verhältnis zu den einzelnen ArbeitgeberInnen musste verändert werden.

Da die Beschäftigten ihre Verträge individuell aushandeln müssen, sieht dieses Verhältnis jedes mal anders aus. Manche Arbeitgeber zwingen sie, möglichst lange für möglichst wenig Geld zu arbeiten, andere zahlen einen existenzsichernden Lohn und bemühen sich, täglich pünktlich zu Hause zu sein. Während manche Beschäftigte Angst haben, zu verhandeln oder ihre Rechte geltend zu machen, nehmen andere kein Blatt vor den Mund. Viele Arbeitgeber nutzen aus, dass der Sektors fragmentiert und unsichtbar ist, andere hingegen tun es nicht.

Mitgefühl und wechselseitige Verbundenheit wurden zu leitenden Prinzipien der Bill-of-Rights-Kampagne. Auf diesen Werten beruhte eines unserer wichtigsten Bündnisse, der Kontakt zum Shalom-Bayit-Projekt der jüdischen Organisation für »rassische« und wirtschaftliche Gerechtigkeit (JFREJ). Shalom Bayit – hebräisch für »häuslicher Frieden« – bringt fortschrittliche Arbeitgeber zusammen, die innerhalb der jüdischen Community die Rechte von Hausarbeitskräften unterstützen. Sie tun dies unter Rückgriff auf jüdische Werte und eine lang bestehende fortschrittliche Tradition jüdischer Gewerkschaftsarbeit.

Als wir unsere landesweite Kampagne starteten, waren die JFREJ-Leute von Anfang an dabei. Sie kamen zu den Versammlungen und ließen Arbeitgeberinnen auf unseren Aktionen sprechen. Eine von ihnen, Gayle Kirschenbaum, sprach vor dem DWU-Menschenrechtstribunal:

»Das erste Mal, als mich Debbie – die Betreuerin unseres Sohnes – als Chefin ansprach, war ich etwas schockiert. Mir war das zu förmlich. Ich hatte mir die Art von Nähe erhofft, die ich bei anderen Eltern und deren Kindermädchen beobachtet hatte. Ich wollte, dass Debbie sich anders auf mich bezieht – nicht als Arbeitgeberin. Inzwischen ist mir klar geworden, egal, ob eine Arbeitgeberin gerne das Herrin-Magd-Verhältnis nachspielen will oder ob sie versucht, das bestehende Machtverhältnis komplett zu leugnen – durch beide Verhaltensweisen können die Rechte einer Hausangestellten verletzt werden. Wenn es keine geregelten Arbeitsbedingungen gibt, ist es reiner Zufall, an was für einen Arbeitgeber man gerät. Debbie ist an mich geraten. Weil ich mich nicht als Arbeitgeberin betrachten wollte, hat es zu lange gedauert, bis sie als Arbeitnehmerin behandelt wurde. Statt einen Vertrag zu machen und uns am ersten Tag über die Arbeitsbedingungen zu einigen, sprachen wir über ihre Vergütung so nebenbei, nachdem sie schon angefangen hatte zu arbeiten. In meinem eigenen Beruf hätte ich einen derartig unprofessionellen Umgang niemals durchgehen lassen.«

LEHREN FÜR TRANSFORMATIVES ORGANISIEREN

Unsere Kampagne hat nicht nur die staatliche Politik verändert. Genauso wichtig war der Prozess der Organisations- und Bündnisarbeit.

Die Bill-of-Rights-Kampagne bot Menschen die Möglichkeit, aus ihren Verhaltensmustern herauszutreten, andere Entscheidungen zu treffen und veränderte Beziehungen einzugehen. Sie mobilisierte ganz unterschiedliche Gruppierungen auf der Grundlage eines umfassenderen Verständnisses eigener Interessen, das unsere wechselseitigen Beziehungen und Abhängigkeiten anerkennt.

Als Bewegung haben wir gewaltige Aufgaben vor uns. Die Bill-of-Rights-Kampagne ist ein Beispiel für die Art von Kampagne – voll harter Arbeit, Gefahr und Ungewissheit –, die wir zu führen haben, wenn sich für die nächste Generation etwas verändern soll. Trotz aller Unwägbarkeiten ermutigt sie uns zu Kampagnen, die auf Liebe setzen. Nur so können wir uns für die notwendigen Veränderungen zusammenschließen. Wenn wir diese Risiken eingehen, können wir zu dem werden, was wir als Bewegung sein sollten.

Ich arbeite seit über 15 Jahren als Organizerin. Ich habe eine ganze Reihe von Lehren aus meinen Erfahrungen und aus Gesprächen mit anderen OrganizerInnen gezogen:

* EINEN ENGEN KREIS VON LEUTEN FÜR DIE MOBILISIERUNG DER BASIS GEWINNEN

Ich möchte zunächst betonen, wie wichtig es ist, eine breite Basis zu schaffen. Dies gilt für jede Organisierungsarbeit und für gesellschaftliche Veränderung generell. Wir müssen diese Basis sehr systematisch aufbauen und dafür sorgen, dass wir immer mehr Menschen erreichen. Dafür braucht man einen Kern von Leuten, die am selben Strang ziehen – sowohl, was die Perspektive, als auch was die Praxis angeht. Darin liegt eine zentrale Energiequelle für jede Organisierungsarbeit.

* EINE MITREISSENDE STIMMUNG SCHAFFEN

Wir müssen darauf achten, was für eine Atmosphäre wir bei unserer Arbeit erzeugen. »Die Leute erinnern sich nicht daran, was du sagst«, hat Maya Angelou einmal gesagt, »sie erinnern sich daran, wie sie sich dabei gefühlt haben«. Es ist ganz wichtig, dass wir uns beim Organizing bewusst sind, was für ein Gefühl wir den Leuten vermitteln. Lösen wir Begeisterung aus? Geben wir ihnen Hoffnung? Machen wir ihnen Mut, für die Arbeit ihr Bestes zu geben? Geben wir ihnen das Gefühl, dass sich überhaupt etwas verändern lässt?

* ZEIT, ORT UND BEDINGUNGEN

Im Labor Community Strategy Center in Los Angeles habe ich gelernt, wie wichtig ein Gespür für »Zeit, Ort und Bedingungen« ist. Wir müssen stets aufs Neue das politische Umfeld analysieren, innerhalb dessen wir arbeiten, und die Arbeit in den historischen Kontext unserer Kämpfe einordnen. Nur so kann klar werden, was zu einem gegebenen Zeitpunkt realistisch und machbar ist. Wir überschätzen häufig unsere Macht und unterschätzen tendenziell, womit wir es eigentlich zu tun haben. Unsere Forderungen kommen dann entweder zur falschen Zeit oder wir bemühen uns nicht ausreichend, die nötige Kraft zu mobilisieren, die wir zum Gewinnen bräuchten.

* KÄMPFEN, UM ZU GEWINNEN

»Wir werden den Weg zur Revolution nicht aus den Augen verlieren«, hat Terry Marshall im Organizing-Upgrade-Forum gesagt. Wir

werden jedoch das Vertrauen der Arbeiterklasse in den Kampf um die Macht nicht erringen können, wenn wir nicht in erster Linie unsere unmittelbaren Kämpfe gewinnen. Die Arbeiterklasse hat in den letzten Jahrzehnten unzählige Niederlagen eingesteckt, und es wird immer noch schlimmer. Es ist unsere Pflicht, das Leben der Menschen ganz konkret zu verbessern und ihnen den Glauben an Organisierung und an die Kraft kollektiven Handelns zu vermitteln. Wir schaffen dies jedoch nur, wenn wir zeigen können, dass es sich lohnt und dass wir die materiellen Lebensbedingungen tatsächlich verändern können.

* ALLE ZUSAMMENBRINGEN, DIE SICH ZUSAMMENBRINGEN LASSEN

Es ist uns nicht ausreichend gelungen, alle Kräfte zu bündeln, die sich bündeln ließen. Wir tendieren dazu, für den Kampf um unsere jeweiligen Ziele immer wieder dieselben Leute zusammenzutrommeln. Fast alle unsere Zielsetzungen könnten aber genauso gut so angelegt werden, dass sich ein breites Spektrum gesellschaftlicher Kräfte mobilisieren ließe. Das könnte unsere Macht potenzieren. Dazu müssen wir jedoch über das Umfeld hinausgehen, in dem wir uns kulturell, organisatorisch und politisch wohl fühlen. Nur so können wir Stärke entwickeln und die Politik in einer anderen Dimension beeinflussen.

* DAS GEWOHNTE UMFELD VERLASSEN

Wir können nichts verändern, wenn wir in unserem eigenen Dunstkreis bleiben. Es passiert, dass wir Fehler machen. Aber wenn wir es uns einfach bequem machen, läuft etwas schief. Wir haben es immer mit denselben Leuten zu tun, wir raffen uns nicht dazu auf, auf breiterer Front etwas zu bewirken, unterschiedliche Gruppen zu erreichen und unsere Sichtweisen zu verändern. Ich habe als Organizerin gelernt, dass man unbequem sein muss. Es ist wichtig, das zu begreifen.

* NICHT UNNÖTIGERWEISE BRÜCKEN ABBRECHEN

Diese Lehre bezieht sich auf die Einsicht, wie wichtig es für uns ist, Allianzen zu schmieden und sich mit einem breiten Spektrum von Leuten zu vernetzen. Wir müssen ständig darauf achten, dass wir nicht unnötig Brücken abbrechen. Das heißt nicht, dass wir keine Risiken eingehen sollten. Wir sollten uns jedoch darüber im Klaren sein, welche Risiken wir wirklich eingehen wollen. Wenn wir eine Brücke abbrechen, sollten wir genau wissen warum. Die Dinge sind ständig in Bewegung und die Kräfteverhältnisse ändern sich. Wer heute dein Gegner ist, kann in einem anderen Zusammenhang ein wichtiger Verbündeter sein. Die Menschen haben ein langes Gedächtnis für abgebrochene Beziehungen. Wut und Abwehr führen uns nicht weiter. Wir müssen lernen, nicht gefühlsmäßig zu agieren, wenn wir beispielsweise einem Arbeitgeber erklären wollen, warum es sinnvoll ist, die Arbeitnehmerin auch dann zu bezahlen, wenn sie einen Tag krank ist. Wir müssen beide Sichtweisen ansprechen und ihnen helfen, das Problem in einem größeren Kontext zu sehen. Es passiert schnell, dass man aus einer Position der Wut und Enttäuschung reagiert, wenn man bedenkt, wie gravierend die Probleme sind, mit denen die Menschen zu kämpfen haben. Unser letztendliches Ziel ist es jedoch, die

Machtverhältnisse zu verändern, und unsere Fähigkeit, dies zu erreichen, hängt davon ab, welche Allianzen wir schmieden können.

* SICH SELBST VERÄNDERN

Selbstveränderung ist ein wichtiger Bestandteil von Gesellschaftsveränderung. Im Grunde wollen wir Institutionen und Strukturen verändern. Wenn sich die Menschen in diesem Prozess jedoch nicht auch selbst verändern, hat die Veränderung der Institutionen keinen Bestand. Wir brauchen eine Kultur, die uns hilft, uns auf das Wesentliche zu konzentrieren. Nur so können wir unsere eigentlichen Ziele im Blick behalten, statt uns in Erschöpfung und Selbstdarstellung zu verzetteln. Inzwischen wird die persönliche Veränderung stärker in die Organisierungsarbeit mit einbezogen. Das scheint mir für die Entwicklung eines tieferen, nachhaltigeren Organisationsmodells wichtig. Ich mache zum Beispiel Yoga. Yoga ist nicht jedermanns Sache, aber jedeR OrganizerIn kann sich einen Raum schaffen, um innere Ruhe zu finden, seine geistige, emotionale und körperliche Gesundheit zu pflegen und sich auf den Sieg zu konzentrieren.

* KAMPAGNEN KÖNNEN UNS VERÄNDERN

Kampagnen haben ein ungeheures Veränderungspotenzial. Gute Kampagnen sind nicht nur auf materielle Veränderungen ausgerichtet, sie bieten auch Möglichkeiten für diese Art von Persönlichkeitsveränderung. Eine überzeugende Forderung kann uns eine Vorstellung von dem vermitteln, was vorstellbar ist. Sie kann uns helfen, daran zu glauben, dass das bisher Unmögliche möglich werden kann. Wir müssen ein breites Bündnis unterschiedlicher Gruppen zusammenbringen, in dem Bewusstsein, dass Menschen, die zusammen für etwas kämpfen, klarer erkennen, was sie verbindet. Aus der Position wechselseitiger Verbundenheit fangen sie an, Dinge zu erkennen und zu handeln.

* MIT LIEBE UND HOFFNUNG ORGANISIEREN

Für Organizer ist es wichtig, an das Beste in den Menschen zu glauben. Wir dürfen nicht naiv sein. Wir sollten aber davon ausgehen, dass Menschen im Allgemeinen den Wunsch haben, das Richtige zu tun. Sie wollen gute Menschen sein, sie wollen gute Nachbarn sein, sie wollen andere so behandeln, wie sie selbst behandelt werden wollen. Dieser Wunsch, gut und richtig zu sein, ist ein unausgeschöpftes Potential, das wir anzapfen können, wenn wir dafür offen sind, wenn wir auf das Gute in den Menschen achten und nach Möglichkeiten suchen, es zum Vorschein zu bringen. Darauf müssen wir unsere Kontakte und Beziehungen aufbauen. Wir müssen mit Liebe organisieren. Das gibt uns die Möglichkeit, eine unendlich viel stärkere Kraft zu entwickeln.

Aus dem Englischen von Thomas Laugstien

---

1 Der Begriff wird im Original belassen, da es sich um eine Selbstbezeichnung von AkteurInnen handelt.

2 Selbst von berufsständisch organisierten Gewerkschaften wurden Frauen und Schwarze bis Anfang der 1920er Jahre ignoriert oder aktiv als Konkurrenz bekämpft, einige Mitgliedsgewerkschaften der AFL-CIO weigerten sich bis in die 1960er Jahre, Schwarze aufzunehmen, und setzten auch nach der Verabschiedung der Gleichstellungsgesetze rassistische Organisationspolitiken fort. Vgl. Michael K. Honey 2002: *Black Workers Remember. An Oral History of Segregation, Unionism, and the Freedom Struggle*, Berkeley; Philip Y. Nicholson 2006: *Geschichte der Arbeiterbewegung in den USA*, Berlin, d. Red.





Occupy Wall Street, NY, sebastien.barre

GEWERKSCHAFTEN IN DER TÜRKEI

MIT KÄMPFENDEN FRAUEN VORAN?

CORINNA TROGISCH

Derzeit sind mehr als 10 000 nichttürkische Unternehmen in der Türkei aktiv, viele davon in Freihandelszonen. 90 Prozent der in diesen internationalen Unternehmen Beschäftigten sind nicht gewerkschaftlich organisiert.[1] Überproportional werden Frauen beschäftigt, weil sie als folgsam gelten und aus Angst, sonst gar nicht in Erwerbsbeschäftigung zu kommen, geringe Entlohnung und schlechte Arbeitsbedingungen akzeptieren.

DER KAMPF DER FRAUEN BEI NOVAMED

Die 1987 gegründete Freihandelszone in Antalya gehörte zu den ersten in der Türkei. Novamed, ein Ableger der deutschen Fresenius-Gruppe, stellt dort Dialyseprodukte her. In der Produktion arbeiten hauptsächlich Frauen, 315 im Jahr 2007. Sie wurden vielfach drangsaliert: Überwachung des Toilettengangs und Schikanen wie die Frage, warum sie so lange gebraucht hätten, waren die Regel. Sie waren de facto gezwungen, vor Beginn einer Schwangerschaft bei der Leitung vorzusprechen, um

deren Genehmigung einzuholen. Am 26. September 2006 traten viele von ihnen in Streik. Mehr noch als um den geringen Lohn ging es um die Arbeitsbedingungen – etwa das Verbot, gegen die gesundheitsschädlichen Dämpfe eine Maske zu tragen, damit die Vorarbeiter das Sprechverbot besser kontrollieren können – und Schikanen, die sie von Vorgesetzten zu ertragen haben. Ein weiteres Ziel ist die Anerkennung des Karpaltunnel-Syndroms als Berufskrankheit, das häufig infolge jahrelanger Akkordarbeit auftritt. Um die Frauen zu organisieren, mussten nicht nur diese selbst, sondern auch ihre Ehemänner, Väter oder andere männliche Verwandte überzeugt werden. Es wurde ihnen vorgeworfen, sie könnten den Streik nur aufrechterhalten, weil sie über ihre Familien abgesichert seien. Einmal auf der Straße und im Gespräch, entwickelten die beteiligten Frauen ein neues Bewusstsein ihrer Lage und begannen ihre Würde und Unabhängigkeit auch in anderen Bereichen als der Erwerbsarbeit zu vertreten. Sie mussten – anders als Männer im Streik – ihre gesamte Lebensform hinterfragen, weil sie von ihrem Umfeld hinterfragt wurde. Die Eltern einer Verwitweten etwa konnten es nicht fassen, dass die Tochter über eine einigermaßen das Überleben sichernde Arbeitsstelle hinaus überhaupt Ansprüche an ihr Leben entwickelte (Saygılıgil 2010, 8ff). Der Streik erforderte Solidarität unter den Beteiligten: »›Ich verdiene hier mein Geld‹, […] alles andere interessierte mich nicht. Dann brach eines Tages eine Kollegin neben mir bei der Arbeit zusammen. Ich schaute mit einem Auge hin […]. Es war verboten, sich zu kümmern. […] Es gab so viel Ungerechtigkeit; da bin ich Gewerkschaftsmitglied geworden. Früher habe ich nur wenig gesprochen. Aber seit ich mich am Streik beteilige, spreche ich viel. Ich habe jetzt zu jedem Thema etwas zu sagen.« (3)

Trotz vielfältiger Einschüchterungsversuche und Erschwernisse hielten die Frauen 448 Tage durch. Am Ende haben sie die Wiedereinstellung der Entlassenen erreicht, im Dezember 2007 wurde ein dreijähriger Tarifvertrag ausgehandelt.

Neben ihrer Forschungstätigkeit zu türkischen Freihandelszonen hielt die Soziologin Feryal Saygılıgil gemeinsam mit der Regisseurin Güliz Sağlam den Streik in einem Dokumentarfilm fest. Beide Frauen sind Teil des feministischen Netzwerks, das bald die Führung in der Novamed-Kampagne übernahm. Für den Erfolg des Streiks entscheidend war, dass es in der zuständigen Gewerkschaft Petrol-İş einen gewissen Vorlauf in Bezug auf die Vertretung der Anliegen von Frauen gab. Seit mehreren Jahren gibt diese als einzige Gewerkschaft eine Frauenzeitschrift heraus. Die zuständige Redakteurin, Necla Akgökçe, sorgte für einen raschen Informationsfluss in feministische Kreise. Petrol-İş mobilisierte in Antalya zum 8. März 2007, und parallel wurden zwei Streikende nach Istanbul entsandt, um dort zu sprechen. Der Streik wurde zum Anlass einer feministischen Kampagne, die sich mit einer Flut von Publikationen gegen geschlechtshierarchische Arbeitsteilung in all ihren Ausprägungen wandte.

Doch kein Grund zu romantischem Überschwang. Die Realität der nach Geschlecht diskriminierenden Arbeitsteilung und weitere patriarchale Mechanismen holten viele im Streik politisierte Frauen schnell wieder von



Occupy Wall Street, NY, © Jason Lester Photography

der Straße. Es zeigte sich, dass die Frauen bei Novamed ihre Anliegen nicht nur gegenüber den Unternehmen, sondern auch gewerkschaftlichen Standards gegenüber erstreiten mussten: Ein Gewerkschaftsvertreter vor Ort musste z.B. abgelöst werden, weil er die streikenden Frauen eingeschüchtert und angeschrien hatte (Akgökçe 2009).

Der abgeschlossene Tarifvertrag brachte zwar bedeutende Verbesserungen wie höhere Löhne und einige Sozialleistungen. Auch von Vorgaben zu Toilettengang und Schwangerschaft ließ die Arbeitgeberseite nach dem Streik zunächst ab. Gesundheitsschutzmaßnahmen oder die Anerkennung des Karpaltunnel-Syndroms als Berufskrankheit konnten jedoch nicht erstritten werden – von Kinderbetreuung oder einem freien 8. März ganz zu schweigen – insofern, so Akgökçe (2009), könne nicht von einem »Frauenstreik« gesprochen werden. Wie effektiv der Druck auf die Frauen über männliche Angehörige funktioniert, konnte nur durch die feministische Solidarisierung und Dokumentation des Arbeitskampfes bei Novamed ins Blickfeld rücken.

Bereits 2009 war die Situation bei Novamed in Antalya wieder prekär: Es kam zu Entlassungen, Frauen wurden durch Anrufe bei ihren Vätern oder Ehemännern erpresst, die Gewerkschaftsmitgliedschaft zu kündigen. Die Frauen mobilisierten erneut, um das Vertretungsrecht nicht zu verlieren. Es gelang kaum, an die Auseinandersetzungen von 2007 anzuknüpfen, die Forderungen nachrücken-

der Arbeiterinnen bezogen sich ausschließlich auf finanzielle Vergünstigungen. Im Jahr 2011 hat Novamed in Antalya 450 Beschäftigte, davon 420 Frauen; die Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder ist soweit gesunken, dass die Aushandlung eines weiteren Tarifvertrags in weite Ferne rückt.[2]

AUSBEUTUNGSFORMEN WEIBLICHER ARBEITSKRAFT

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad in der Türkei liegt inzwischen bei 9 Prozent (Toksöz, 2007, 94). Und nur zehn Prozent dieser wenigen gewerkschaftlich Organisierten sind Frauen – Devrim Göktas (2008) spricht von 10 bis 15 Prozent. Eine Gewerkschaft darf erst gegründet werden, wenn 10 Prozent aller Beschäftigten in einem Sektor – türkeiweit und sozialversichert – gewerkschaftlich organisiert sind. Um das Recht auf Tarifverhandlungen zu erhalten, müssen im Betrieb über 50 Prozent der Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert sein. In kleinen Betrieben, in denen flexibilisiert und dereguliert gearbeitet wird, ist das kaum zu erreichen.

Typisch weibliche Beschäftigungsverhältnisse wie Heimarbeit entziehen sich dem gewerkschaftlichen Zugriff bzw. fallen aus der gesetzlich vorgeschriebenen, branchenspezifischen Organisierungsform von Gewerkschaften heraus: Heimarbeitende Frauen bekommen Aufträge aus verschiedenen Fabriken; sie sind einen Tag im Textil-, einen Tag im Chemie- oder Metallsektor beschäftigt. Zwischenzeitlich erledigen sie private Aufträge, z.B. einen Bettüberwurf für die Nachbarin. Oder wenn keine sonstige Arbeit da ist, verstrickt die Frau die Wollreste im Haus und



Nawal El Saadawi, Occupy London 22.11.2011 wheelzwheeler

trägt das Produkt auf den Markt, wodurch sie eine Selbständige wird.

Immer noch sind 45 Prozent aller arbeitenden Frauen in der Landwirtschaft beschäftigt, 98 Prozent davon unregistriert. Ihr Anteil sinkt mit allgemeiner Landflucht und Flucht vor dem Krieg in den kurdischen Gebieten, aber der städtische Arbeitsmarkt kann sie nicht auffangen (Vgl. KEİG 2009, 10ff). Als »mitarbeitende Familienangehörige«, die manchmal nicht einmal über einen Identitätsnachweis verfügen, arbeiten viele Frauen bar jeglicher sozialer Rechte, nur gegen Verpflegung. Am schlechtesten gestellt sind kurdische Wanderarbeiterinnen, die zudem noch mit nationalistischen Ressentiments konfrontiert sind (vgl. Türker 2011).

Die Zahl der Frauen, die – zumeist als Tagelöhnerinnen – in Privathaushalten arbeiten, geht in die Hunderttausende. Hausarbeiterinnen sind oft Migrantinnen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus, denen vom Haushaltsvorstand oft die Verfügung über ihren Pass entzogen wird. Aus Angst, jede Möglichkeit zum Verdienst zu verlieren, akzeptieren sie die erniedrigendsten Arbeitsbedingungen: Untergebracht bei der Familie, die sie beschäftigt, beginnt ihr Arbeitstag mit dem Aufstehen und endet mit dem Zubettgehen. Es sind Verhältnisse wie Leibeigenschaft, in denen viele Frauen in der Türkei arbeiten. Offiziell sind sie nur für die Kinder angestellt, doch oft wird ihnen die gesamte Hausarbeit aufgehalst. Der Klassenkontrast birgt besondere psychische Belastungen: Die Frau bewegt sich oft zwischen Luxus und Armut, manchmal werden im Haushalt unterschiedliche Mahlzeiten gegessen oder die eigenen Kinder bekommen kein Fleisch, während beim Arbeitgeber feinste Lebensmittel verbraucht werden. Übergriffe durch im Haus anwesende Männer sind ein allgegenwärtiges Risiko. Berufskrankheiten und Arbeitsunfälle werden nicht als solche anerkannt.

So greifen patriarchale und kapitalistische Aneignungs- und Ausbeutungsstrategien ineinander. Auch staatliche Maßnahmen wie die Möglichkeit zur Frühverrentung zielten stets darauf ab, dass von einem gewissen Alter an von Frauen erwartet wird, die Pflege ihrer Elterngeneration zu übernehmen (KEİG 2009, 63). Eine typisch weibliche Erwerbsbiographie, die von Sorge für Kinder und andere Familienmitglieder geprägt ist und dadurch Pausen und Teilzeitarbeit aufweist, läuft nach geltender Gesetzgebung darauf hinaus, dass zu wenig Rentenbeiträge eingezahlt wurden, um im Alter eine unabhängige Existenz zu gewährleisten. Es besteht lediglich ein »Recht auf Verschuldung«, wie feministische Gruppen eine gesetzliche Neuregelung bewerten: »Fehlende Beiträge dürfen zusätzlich eingezahlt werden, ein Ausgleich erfolgt nicht.

FRAUEN IN GEWERKSCHAFTEN

Von insgesamt 489 leitenden Gewerkschaftsmitgliedern in der Türkei sind nur 19 weiblich. Die gleichen Gründe, welche die Organisierung von Frauen so schwer und so notwendig machen, verhindern ihre Einbindung auf Funktionärsebene. Vollzeiterwerbstätige Frauen in der Türkei verwenden dreimal so viel Arbeitszeit auf Hausarbeit wie vollzeiterwerbstätige Männer. Frauen, die sich gewerkschaftlich engagieren, ohne dafür freigestellt zu sein, müssen demnach kinderlos oder zumindest ohne kleine Kinder bzw. verwitwet oder alleinstehend sein.

Einige Gewerkschaften haben Stellen für Frauenbelange eingerichtet, aber diesen fehlt oft Handlungskompetenz und/oder Budget. Die Erwartungen von Frauen an die Gewerkschaften sind entsprechend. Eine Untersuchung des Internationalen Gewerkschaftsverbandes ICFTU benennt fünf Hauptgründe für Frauen, sich nicht gewerkschaftlich zu organisieren:

1 | Sie wissen nicht, was die Gewerkschaft ihnen anzubieten hätte,

2 | sie haben aufgrund der täglichen Hausarbeit keine Zeit,

3 | niemand von der Gewerkschaft hat sich um Kontakt zu ihnen bemüht,

4 | sie haben Vorurteile gegen Gewerkschaften,
5 | sie glauben, dass die Gewerkschaft ihre Bedürfnisse nicht vertreten könne.[3]

Eine Hoffnungsträgerin war die Gewerkschaftskonföderation der öffentlichen Bediensteten KESK. Hier sind von über 900 000 Beschäftigten ein Drittel Frauen (KEİG 2009, 18). 1995 gegründet, waren bei KESK frauenpolitische Inhalte von Beginn an stärker vertreten als in anderen (vgl. Akdemir/Tezcek 2006, 59). 2009 wurden Vorwürfe gegen den damaligen Vorsitzenden Emrali Şimşek wegen sexueller Übergriffe laut. Die betroffenen Frauen wurden mehrfach zur Vertuschung aufgefordert, Fraktionsstreitigkeiten durchkreuzten Solidarisierungsversuche.

Eylem Ateş, langjährig aktiv bei der Gewerkschaft für zivile Luftfahrt Hava-İş, formuliert es so, dass die Gewerkschaften »die arbeitende Klasse auf etwas Eingeschlechtliches« reduzierten. Dagegen müssten die Anliegen von Frauen stärker aufgegriffen und ihnen die Möglichkeiten gegeben werden, diese selbst zu vertreten. Sie fordert, Quotenregelung für die Gremien anzuwenden, reduzierte Mitgliedsbeiträge einzurichten, Schutzmaßnahmen gegen Übergriffe in Tarifverträgen zu verankern und Forderungen nach Elternzeiten statt lediglich Mutterschutz aufzustellen. Doch ist Frauen, die sich in den Organisationen gegen Diskriminierungen wenden, meist keine lange Verweildauer vergönnt (Ateş 2010). Ateş selbst etwa wurde gekündigt und sie fand bei keiner Gewerkschaft mehr eine Anstellung. Ihr Kommentar dazu: »Was sie für die arbeitende Klasse an Organisiertheit nicht aufbringen können, kriegen sie mühelos hin, wenn es gegen das kritische Potenzial in den eigenen Reihen geht.« (Gespräch mit Eylem Ateş, Juli 2011)

FRAUENPOLITISCHE NETZWERKE: NEUE POLITISCHE SUBJEKTE

Neben Novamed gab es in den letzten Jahren weitere Beispiele mutigen Widerstands von Frauen gegen entrechtende Arbeitsbedingungen, wie den Kampf der Konfektionsarbeiterin Emine Arslan für ihre Wiedereinstellung beim Lederfabrikanten DESA, der ebenfalls filmisch dokumentiert wurde. Aus verschiedenen politischen Traditionen haben sich verstärkt Initiativen von Frauen gebildet, die den Themenkonnex flexible Arbeitsverhältnisse, geschlechtersegregierter Arbeitsmarkt und traditionell-androzentrische Gewerkschaftsarbeit angehen.

Der Frauensolidaritätsverein İMECE (gegenseitige Hilfe) arbeitet im Istanbuler Stadtteil Esenyurt und organisiert unversichert in Haushalten arbeitende Frauen und Hausfrauen. Zentrale Forderungen sind Sozialversicherung und Verrentung sowie die gesetzliche Anerkennung von Berufskrankheiten und Arbeitsunfällen. İMECE hat sich die Gründung einer Frauengewerkschaft vorgenommen und lehnt die Spaltung der Frauen entlang ihrer Beschäftigung oder Nationalität ab.

Die »Kommission gegen Gewalt und Diskriminierung in den Gewerkschaften« (SSAKK) entstand um 2008 aus dem Kampf gegen die Verharmlosung sexualisierter Übergriffe in der Film-Gewerkschaft Sine-Sen. Sie erarbeitete Entwürfe für eine neue Satzung des Gewerkschaftsverbands

DİSK sowie die Verankerung eines Frauenreferats mit eigenem Budget und bindender Entscheidungskompetenz. Der SSAKK gehörten nicht nur Frauen aus den Gewerkschaften, sondern auch unabhängige Feministinnen an. Der Satzungsentwurf ist in seiner umfassenden Herangehensweise europaweit bisher ohne Beispiel.[4]

Das Netzwerk »Frauen in Organisationen der Profession und der Arbeit« baut auf der SSAKK auf. Hier sind Frauen von KESK, DİSK, der Ingenieurs- und Architektenkammer TMMOB und der Ärztevereinigung TTB versammelt; frauenpolitische Verbindungen bestehen über verschiedene Bereiche der Erwerbsarbeit hinweg. Die »Initiative für Frauenarbeit und -einstellung« (KEİG) gründete sich 2007 als Antwort auf die durch *think tanks* großer Kapitalgruppen propagierte These, dass Frauen infolge mangelnder Bildung nicht am Arbeitsmarkt partizipieren könnten. KEİG stellte richtig, dass Frauen trotz höherer Bildung auf dem Arbeitsmarkt stets schlechter positioniert würden. Es ginge folglich nicht nur um bessere Bildung.

Seit 2007 bestehen auch die Sozialistisch-Feministischen Kollektive (SFK). Sie waren zentral an der Unterstützungskampagne für den Streik bei Novamed beteiligt und auch im Widerstand gegen die Reformen im Sozialversicherungs- und Gesundheitsbereich 2008. Sie begleiteten Emine Arslan und schalteten sich in den Kampf beim seit 2008 teilprivatisierten, ehemals staatlichen Tabak- und Alkoholika-Monopolisten TEKEL im Jahr 2010 ein. Eine ihrer jüngsten Initiativen bildete der Widerstand gegen Flexibilisierungsmaßnahmen.

ALTE FRAGEN UNTER NEUEN BEDINGUNGEN

In den 1980ern bedeutete die Zugehörigkeit zu unabhängigen Frauengruppen oder deren Ablehnung einen Grabenkrieg unter linken Frauen. Heute hingegen wird eine gesellschaftliche Debatte um Hausarbeit von Frauen von vielen Organisationen getragen und auch radikalere Positionen wie die der SFK verstärkt angeeignet. Gülnur Savran von der SFK stellt an der für den Ehemann verausgabten Reproduktions- und Pflegearbeit heraus, dass sie »jemandem geboten wird, der in der Lage wäre, sie auch selbst zu erledigen« (Savran 2004, 65). Männer wandeln sich unter diesem Blick zur problematischen Bevölkerungsgruppe, die es ablehnt, für sich selbst zu sorgen: Dieser erfrischende Paradigmenwechsel findet zwar vermehrt Zuspruch, doch in der aktuellen Akteurskonstellation gelingt es nicht, die vielfältigen Angriffe auf soziale und damit auch Frauenrechte zurückzudrängen.

Immer häufiger besuchen Feministinnen Arbeitskämpfe, um die beteiligten Frauen zu stärken. Unabhängige feministische Gruppen diskutieren, wie feministische Positionen in Massenorganisationen wirksam vertreten werden, und wie sie selbst tragfähige politische Beziehungen zu Arbeiterinnen aufnehmen können.

Die Politik der beschriebenen Netzwerke geht über Geschlechterfragen hinaus und wirft die Frage nach den Zielen und Subjekten gewerkschaftlicher Politik in Zeiten neoliberaler Globalisierung auf. Auch der Kontext, in dem sich geschlechterpolitische Forderungen in der Türkei einen stärkeren Ausdruck verschaffen konnten, zeigt, dass es kein isoliertes »Frauenproblem« und

entsprechend keine »reine« Frauenpolitik gibt: Politisch entwickelten sich viele der Initiativen in kritischer Solidarität mit Frauen der kurdischen Bewegung. Die von diesen begonnene Dynamik hat in den letzten Jahren verschiedene Segmente der Frauenbewegung tief geprägt. Die traditionell türkisch-nationalistisch geprägte Gewerkschaftspolitik hat sich v.a. im Ergebnis der »Kurdisierung« mancher Arbeitsbereiche verändert.

Solidarität ist brennend notwendig: Aktuelle Angriffe auf die Arbeitenden umfassen die Abschaffung des Rechts auf Abfindung nach Dienstalter[5] und weitere Maßnahmen zur Flexibilisierung. Im 61. Regierungsprogramm finden sich entsprechende Vorschläge, die seit langem von Seiten der Arbeitgeber gefordert werden und nun als im Interesse der Beschäftigten, speziell der Frauen, dargestellt werden: Flexibilisierung des Kündigungsschutzes, wie regional gestaffelter Mindestlohn, verstärkte Leiharbeit etc. (Çelik 2011).

Gewerkschaften in allen Sektoren müssen eine sich verbreiternde Dynamik zur Kenntnis nehmen, in der Widerstand gegen Ausbeutung und Unterdrückung von Frauen eine zentrale Stellung einnimmt. Dessen umfassende Demokratisierungsforderungen bringen auch den Nationalismus als Hemmschuh der Solidarisierung verstärkt ins Blickfeld. Ein neuer gewerkschaftlicher Kollektivwille könnte hingegen die Vielfalt erwerbstätiger Subjekte zu seinem Ausgangspunkt nehmen. Das allerdings ist etwas, was in der Türkei, wo Assimilationserwartungen vorherrschen und das gesellschaftliche Klima gegenwärtig aggressiver wird, auch in oppositionellen Kreisen mühsam erstritten werden muss.

LITERATUR

Akdemir, Nevra, und Özlem Tezcek, 2006: Alternatif kadın örgütlenmelerine doğru: sendikaların kadın yüzü, in: *iktisat dergisi* 469, 53–61

Akgökçe, Necla, 2009: Feminist Dayanış ma; direniş te, grevde kadınlar ve kadın grevleri, in: *Feminist Politika* 3/2009, 6–7

Ateş, Eylem, 2010: In der Gewerkschaft hat die Frau keinen Namen, www.emekdunyasi.net/de/kommentar/9459-in-der-gewerkschaft-hat-die-frau-keinen-namen

Çelik, Aziz, 2007: Kadınlar ve Sendikalar, in: *Birgün Gazetesi* vom 15. März

Çelik, Aziz, 2011: Hükümet programı, kıdem tazminatı ve esneklik, in: *Birgün Gazetesi* vom 5. August

Geridönmez, Olcay, 2011: TARİH: Sendikalarda kadın, in: *Evrensel* vom 23. Juni

Göktaş, Devrim, 2008: Sendikalarda Kadının Adı Yok, in: *Alternatif Gazetesi* vom 21. Oktober

KEİG, April 2009: Women's Labour and Employment in Turkey. Problem Areas and Policy Suggestions.

Odman, Aslı, 2008: Laboratorium der Informalität. Angekündigte Arbeitsunfälle in der Schiffsbauindustrie in Tuzla/Istanbul, in: Ataç/Küçük/Şener (Hg.), *Perspektiven auf die Türkei. Ökonomische und gesellschaftliche (Dis-) Kontinuitäten im Kontext der Europäisierung*, Münster

Osmanağaoğlu, Hülya, 2009: Peki, iş çi kadınlar politikanın neresinde?, in: *Feminist Politika* 3/2009, 4–5

Petrol-İş Kadın Dergisi 25, Nov. 2007

Petrol-İş 2008: Novamed Grevi. Küresel Sermayaye Karş ı Küresel Kadın Kayanış ması. (Dokumentation des Streiks)

Savran, Gülnur, 2004: Kadınların Emeğini Görünür Kılmak: Marx'tan Delphy'ye Bir Ufuk Taraması, in: dies., Beden Emek Tarih. Diyalektik Bir Feminizm Icin. Kanat Kitap, kuram dizisi 3, Pusula Yayincilik, Istanbul. Erstveröff. in *Praksis* 10, Sommer-Herbst 2003

Saygılıgil, Feryal, 2009: novamedli grevci kadınların deneyimlerinden notlar, in: *Birikim* 258, 52–56

Toksöz, Gülay, 2002: We are the few: Women in Labour Unions in Turkey, in: S. Savran/N. Balkan (Hg.), *The Ravages of Neoliberalism: Economy, Society and Gender in Turkey*, New York

Türker, Yıldırım, 2011: İstenmeyen köleler, in: *Radikal Gazetesi* vom 31. Juli

1 www.rosalux.de/news/36614/2478/gemeinsam-sind-wir-stark.html, 20.8.2011

2 Nachrichtenbulletin der Vereinigung der ElektroingenieurInnen (Elektrik Mühendisleri Odası, EMO) in der Ingenieurs- und Architektenkammer TMMOB, 2011/2

3 www.aflcio.org/mediacenter/prsptm/pr03072002b.cfm?RenderForPrint=1, 2.9.2011

4 www.emekdunyasi.net/de/kapital-arbeit/13101-fur-eine-disk-satzung-ohne-geschlechtliche-diskriminierung

5 Vgl. Erklärung Mustafa Kumlus vom 15. Juli 2011, in: Nachrichtenbulletin des Gewerkschaftsdachverbands Türk-İş, Ankara

UNS REICHT'S! PROTESTE IM SENEGAL

IBRAHIMA THIAM

Ende der 1990er Jahre war der Senegal geprägt vom politischen Slogan »SOPI« – »Wechsel«. Das von Jugendlichen getragene Motto war über seine Grenzen vernehmbar, vor allem in Westafrika. Abdoulaye Wade, Vorsitzender der Demokratischen Partei und über 20 Jahre Oppositionsführer, repräsentierte die Hoffnung vor allem der Jugend. Sie war am stärksten von den durch IWF und Weltbank erzwungenen Strukturanpassungsprogrammen (SAP) und Kürzungen der Sozialleistungen betroffen. Viele wanderten aus, zumeist per Schiff über den Atlantik. Abdoulaye Wade präsentierte sich stets als Sprachrohr der Jugend, Proteste gegen seine wiederholten Verhaftungen wurden vor allem von den Jungen getragen.

40 Jahre hatte die Sozialistische Partei regiert und stand vor dem Zusammenbruch, nachdem zwei ihrer wichtigsten Persönlichkeiten (Moustapha Niasse und Djibo Ka) ausgetreten waren. Beide gründeten eigene Parteien und kandidierten bei Präsidentschaftswahlen. Zum Wechsel kam es auch,

weil erstmalig viele Menschen den Wahlempfehlungen der wichtigen islamischen Bruderschaften nicht gefolgt waren.

Im Jahr 2000 gewann Wade mit einer Koalition von über 40 Parteien unterschiedlicher Ausrichtungen (Demokraten, Sozialisten, Marxisten, islamische Orientierung u.a.). Der »Wechsel« war das beherrschende Thema: Die Jugendlichen setzten hohe Erwartungen in die neue Regierung. Die Bevölkerung des Senegal liegt heute bei 12 Millionen Einwohnern und über die Hälfte ist jung: Schüler, Studierende, Diplomierte, Arbeitslose, Händler, Fischer, Bauern – über tausend Rap-Gruppen setzen sich kritisch mit der sozialen, religiösen und politischen Realität des Landes auseinander.

Junge Menschen waren schon früher wichtige Akteure im Senegal: Bereits 1953, vor der Unabhängigkeit, wurden die »Maisons des Jeunes et de la Culture«, Kultur- und Jugendhäuser gegründet. 1958 organisierte die Jugend während des Besuches General De Gaulles eine Demonstration für die Unabhängigkeit des Senegal. In der politischen Krise 1968 war die engagierte, gebildete und inspirierte Jugend aktiv. Sie wurde von der Regierung überwacht, studentische Parteien, Vereine und Gruppierungen wurden verboten, etwa die Bewegung der marxistisch-leninistischen Jugend. Die Jugend war in den politischen Parteien (SFIO, BDS, BPS und UPS) besonders aktiv für die Emanzipation der Massen und für die Unabhängigkeit.

Unter den Jugendlichen sind zwei momentan aktive Gruppen zu beobachten: Eine engagiert sich in politischen Parteien und sozialen Bewegungen. Sie hat ein hohes Bildungsniveau und setzt sich differenziert mit allen politischen Themen auseinander. Diese Gruppe wird sich immer mehr ihres Potenzials bewusst, das Land zu verändern. Sie findet sich sowohl in der Hauptstadt Dakar als auch in den armen Vororten. Ihr Engagement prägt ihren politischen Diskurs.

Andererseits gibt es neue religiöse Gruppen, die viel Einfluss unter den Jugendlichen gewonnen haben, den sie für politische Zwecke nutzen. Die Führer der religiösen Gruppen sind Bethio Thioune, Modou Kara und Moustapha Sy. Sie sprechen jeweils ein anderes Bildungsniveau an. Im Kern aber behandeln sie ihre jugendliche Gefolgschaft als Verhandlungsmasse um klientelistische Zuwendungen der Politik: Sie verhandeln mit den Politikern über die Wahlbeteiligung und die Stimmen ihrer Anhänger.

Nach zehn Jahren Präsidentschaft von Abdoulaye Wade hat sich bei der Jugend Enttäuschung breit gemacht: Sie profitiert kaum von den erkennbaren Veränderungen des Landes. Statt in Arbeitsplätze und wirtschaftliche Perspektiven zu investieren, rühmt sich der 85-jährige Wade, eine neue Bourgeoisie geschaffen zu haben – eine sehr dünne und fragile Schicht, abhängig vor allem vom Handel statt von produktiven Investitionen. Aus »Sopi« ist »Y'en a marre« (Uns reicht's) der Kampfruf der Jugendbewegung geworden. Die Zukunft der PDS ist unklar: Wade ist als einziger Politiker von Format übrig. Ehemals Verbündete hat er mit klientelistischer Politik zu seinen Gegnern gemacht: wie etwa Idrissa Seck, Macky Sall und Aminata Tall. Die Mehrheit seiner jetzigen Verbündeten sind die früheren Gegner, die sich schon unter Präsident Abdou Diouf an den Pfründen des



Occupy Köln, Stefan Ostler

Staates bereicherten. Wade setzt alles daran, seinen Sohn Karim zu seinem Nachfolger zu machen, was auf heftige Kritik stößt.

»Y'en a marre« trat erstmals am 19. März 2011 bei Gegendemonstrationen zum Jahrestag der »Alternance« in Erscheinung. Sie demonstrierten am 23. Juni gegen den Entwurf für eine Verfassungsänderung, der von Wade vorgelegt worden war. Präsident und Vizepräsident sollten in einem Wahlakt gemeinsam gewählt werden. Ein zweiter Wahlgang sollte nur stattfinden, wenn zwei KandidatInnen mindestens 25 Prozent der Stimmen erreichen. Erreicht nur ein/e Kandidat/in 25 Prozent, sollte er oder sie gewählt sein. Das löste eine beispiellose Welle von Demonstrationen im ganzen Land aus, angeführt von Jugendlichen.

Die Opposition formiert sich seit 2008, zunächst um die »Assises Nationales«, einen landesweiten Prozess politischer Konsultation der Bevölkerung. Aus der Zivilgesellschaft, den politischen Parteien und der Diaspora wurde die Idee eines nationalen Ratschlags mit einer offenen, partizipativen und transparenten Prozedur entwickelt. Die Reflexion sollte die gesamte Geschichte des Landes seit der Unabhängigkeit umfassen. Zunächst wurde ein Exekutivkomitee geschaffen, dem ein wissenschaftliches Komitee sowie drei Kommissionen (Kommunikation, Organisation und Finanzen) zur Seite gestellt wurden. Es gab acht thematische Arbeitsgruppen und Bürgerversammlungen in den 35 Departements sowie in der senegalesischen Diaspora (Frankreich, USA, Kanada). Verschiedene Bereiche des Landes sollten analysiert werden, um neue Orientierungen zu entwickeln, über einen Wiederaufbau des Staates und seiner Institutionen, der Wirtschaft und der Gesellschaft nachzudenken und schließlich ein neues Gesellschaftsprojekt zu skizzieren.

An der nationalen Konferenz der Assises nahmen über 140 Gruppen der Zivilgesellschaft, politische Parteien und bekannte Persönlichkeiten teil, um allgemeine, effektive und konsensuelle Antworten auf die multidimensionale Krise im Senegal zu finden. Entsprechende Konferenzen wurden in allen Regionen und in vielen Départements des Landes durchgeführt. Ein solch breit angelegter Beratungsprozess über Lösungen zu den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Problemen des Senegal ist ein Novum. Er wurde mit der »Charta Guter Regierungsführung« abgeschlossen.



Occupy Köln, Stefan Ostler

Der Senegal hat eine Tradition der sozialen, religiösen und politischen Toleranz. Ethnische Vielfalt wird als soziale und kulturelle Bereicherung betrachtet. Heute aber leidet das Land unter einer spaltenden Politik des Präsidenten Wade, etwa gegenüber den religiösen Bruderschaften. Dass sie für politische Zwecke eingespannt wurden, hat die religiösen und sozialen Werte ausgehöhlt. Hier sieht die Charta eine der großen Herausforderungen. Der »neue Senegal« soll ein Land mit Vision, Recht und Gerechtigkeit sein, dessen Bürger sich für eine nachhaltige Entwicklung engagieren. Er soll auf Werten statt auf Streben nach individuellen Vorteilen basieren. Die Charta beschreibt ein politisch dezentralisiertes Land, in dem das Volk seine Souveränität aktiv ausüben kann; die ethnische, religiöse und kulturelle Vielfalt soll Grundlage der eigenen Identität sein. Politisches Ziel ist die Stärkung und Institutionalisierung einer partizipativen Demokratie, die vielfältige Beteiligungsformen bietet.

Die Charta will die Institutionen des Staates erneuern und die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Orientierungen demokratisch definieren. Verantwortung, Transparenz und Partizipation werden gefördert und der Staat soll eine Führungsrolle in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung übernehmen.

Die am Prozess der Assises beteiligten Parteien haben zur Teilnahme an den Kommunalwahlen 2009 das Bündnis »*Benno*

siggil Senegal« (Gemeinsamer Aufschwung für Senegal) geschaffen. Die Koalition hat die Ergebnisse der Assises Nationales zu ihrem politischen Programm für die Wahlen 2012 zur Präsidentschaft und zum Parlament gemacht. Um dies umzusetzen, wollen sie in einem Übergangszeitraum von drei Jahren die folgenden Ziele verwirklichen: wirtschaftliche, politische und soziale Stabilisierung des Landes, Wiederherstellung der Glaubwürdigkeit der Institutionen, ein Modell der Regierungsführung mit verstärkter partizipativer Demokratie unter Gewährleistung der individuellen und kollektiven Freiheiten (Bürger, Presse und Medien), starke Integration der Diaspora. Trotz einer Wachstumsrate von 2,2 und 4,2 Prozent in den Jahren 2009 und 2010 leben 50 Prozent der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze. Das Land gewann in den letzten Jahren neue Wirtschaftspartner (China, Indien und Iran) und ermöglichte damit neue Investitionen im Bildungs-, Infrastruktur- und Transportbereich. Dennoch sind Fragen der Stromerzeugung, der Lebensmittelpreise und Arbeitslosigkeit ungelöst.

Eine Kernfrage des Bündnisses Benno Siggil Senegal ist: Welcher Präsidentschaftskandidat wird von der ganzen Koalition im Konsens getragen?

Einige Organisationen, die bislang Benno Siggil Senegal unterstützt hatten, haben jetzt ihre eigene Koalition gegründet: *benno alternative 2012*. Je näher der Wahltermin rückt, desto mehr Kandidaten – und eine Kandidatin – werfen ihren Hut im Kampf um die Präsidentschaft in den Ring. Die Aufsplitterung der Opposition bedeutet, dass die Chancen, Wade zu schlagen, sich verringern.

Die lange Liste der unabhängigen Kandidaten ist Ergebnis einer politischen Kultur des Misstrauens, die in den Jahren der *Alternance* entstanden ist. In den Jahren, in denen Wade die ursprüngliche Parteienkoalition, die ihn ins Amt gehoben hatte, sukzessive aufkündigte, in denen er ein klientelistisches Regime formte, haben Politiker die Fähigkeit verloren, an Inhalten und Projekten orientierte Koalitionen zu bilden. Die Bevölkerung hat ihnen schon lange das Vertrauen gekündigt, allen: Politikern, Pseudoreligiösen, Unabhängigen und der so genannten Zivilgesellschaft. Die Jugend fordert wirkliche Lösungen ihrer Probleme und beginnt als öffentlicher Akteur mit einer Massenmobilisierung gegen jede Form von Verfassungsänderung unter dem Motto »Touche pas à ma constitution« (Hände weg von meiner Verfassung). Die Wahlen sind nah und deshalb konzentrieren sich die öffentlich wahrgenommenen Themen um die Frage, wie fair sie sein werden. Für den Alltag der Jugendlichen sind jedoch andere Themen wichtig: die Arbeitslosigkeit in den Vorstädten Dakars, die Perspektivlosigkeit auf dem Land.

Neben der »Y'en a marre«-Bewegung beteiligen sich die Organisation SYNERJ und die Website der Initiative »Voix Des Jeunes« (Stimme der Jugendlichen) an einer landesweiten Kampagne zur Wahlbeteiligung. Sie sind präsent in den politischen Diskussionen des Landes – wie auf dem Weltsozialforum Anfang des Jahres zu sehen – und ihre Positionen zur Verfassungsänderung, Glaubwürdigkeit der Kandidaten, Landnahme etc. werden wahrgenommen. Sie sind entschlossen, ihre Mobilisierungen fortzusetzen, bis ihre Forderungen nach Beteiligung erfüllt sind.

»DIE SENEGALESISCHE ZIVILGESELLSCHAFT MUSS BÜNDNISSE MIT DEN POLITISCHEN KRÄFTEN SCHMIEDEN«

GESPRÄCH MIT AMACODOU DIOUF

Vorsitzender von Action Humaine pour le Développement Intégré au Sénégal

Herr Amacodou Diouf, was ist Ihre Analyse der aktuellen Ereignisse im Senegal, insbesondere der entstehenden Protestbewegungen?
Der Druck geht vor allem auf Aktionen von Jugendlichen zurück. Die Jugend zieht aus dem momentan sehr geringen Wirtschaftswachstum keinen Nutzen und wird aus der Verteilung des nationalen Reichtums vollkommen ausgeschlossen. In allen Schlüsselsektoren verlangsamt sich das Wachstum, die Prekarität der Jugend nimmt dadurch zu. In dieser Situation bedarf es einer Neugestaltung des politischen Feldes, sodass die Jugend die Lösung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Probleme selber angehen kann und sich den Weg in Arbeit und wirtschaftliche Aktivität öffnet.

Vor diesem Hintergrund sind die Demonstrationen vom 23. und 27. Juni und vom 23. Juli zu sehen. Sie sind Ausdruck der kollektiven Frustration, die beginnt, sich als politische Forderungen zu artikulieren. Ich würde diese Demonstrationen als »pseudorevolutionär« einschätzen. Sie beziehen sich mit dem Slogan »Y'en a marre« (Uns reicht's) zwar auf die konkreten Probleme des Alltags der Jugendlichen, ohne allerdings hierzu konkretere Forderungen zu stellen. Diese machen derzeit bei einem Nein zu Verfassungsänderungen halt, die dem jetzigen Präsidenten Wade die Wiederwahl garantieren sollten.

Zu den Protesten riefen vor allem die Jugend und Bewegungen der Zivilgesellschaft wie die M23-Bewegung auf. Heißt dies, dass die politischen Parteien versagt haben?
Es stimmt, dass die oppositionellen Parteien vor dem 23. Juni wenig mit den alltäglichen Kämpfen der Menschen in den Dörfern und Städten und ihren zivilgesellschaftlichen Organisationen zu tun hatten. Mit ihrer bemerkenswerten Fähigkeit, aus sozialer Mobilisierung Vorteile zu ziehen, ist es den Politikern gelungen, sich die Erfolge der Zivilgesellschaft anzueignen. Dies prägte den 19. März. Zunächst war es eine Person aus der senegalesischen Zivilgesellschaft, die zu einem Protest anlässlich des 11. Jahrestages der Amtsübernahme von Präsident Wade aufrief. Das Ereignis haben schließlich die Oppositionsparteien für sich vereinnahmt und für ihre eigenen Interessen genutzt. Hierin liegt eine große Gefahr der Schwächung der Bewegung. Die Oppositionsparteien haben sich auch die M23-Bewegung faktisch angeeignet, nachdem es ihnen zuvor nicht gelungen war, die Themen und Slogans zu finden, mit denen sie die Bevölkerung mobilisieren konnten.
Die Medien und der Mangel an Organisation und Homogenität der Zivilgesellschaft haben diesen Prozess befördert. Die M23-Bewegung sollte zum Ausdruck eines Zusammenschlusses der Kräfte der Zivilgesellschaft und der politischen Parteien werden. Aus ihr sollte eine gemeinsame Plattform entstehen, von der aus um die Übernahme der politischen Macht und



Occupy Köln, Stefan Ostler

die Stärkung von Interessenvertretung und demokratischen Beteiligungsformen gekämpft wird. Es ist nicht Aufgabe der Zivilgesellschaft, die Opposition bei der Übernahme politischer Macht zu unterstützen. Vielmehr muss sie klare und transparente Bündnisse mit politischen Kräften schmieden und ihre Fähigkeit zu mobilisieren für die Artikulation der Interessen der Menschen nutzen. Die politische Landschaft im Senegal hat sich verändert. Keine politische Partei kann den Senegal allein regieren, ohne sich mit zentralen Figuren aus anderen Parteien und der Zivilgesellschaft zu verbünden.

Was muss heute getan werden, um das Parteiensystem im Senegal zu rehabilitieren?

Wir brauchen politische Parteien, die die Situation des Landes und den Alltag der Menschen analysieren können. Mit dem amateurhaften und unreflektierten Handeln muss Schluss sein. Parteien sollten die Forderungen der Bevölkerung stärker aufgreifen und mit der Zivilgesellschaft bei der Bewältigung der öffentlichen Aufgaben zusammenarbeiten. Die Interessen und Bedürfnisse der Mehrheit der Bevölkerung müssen aufgegriffen werden und partizipatorische Entscheidungsprozesse eingeführt werden. Sonst wird die Bevölkerung weiter für Alternativen und Wege aus der krisenbedingten Verschärfung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage protestieren.

Interview von Ousmane Niang, aus dem Französischen von Claus-Dieter König



Occupy London,
LeoLondon

»UM EINE ALTERNATIVE AUFZUBAUEN«

NEUE BÜNDNISSE IN CHILE

MALTE DANILJUK

Was als Auseinandersetzung um einen gesellschaftlichen Teilbereich – die Bildungsfrage – im chilenischen Herbst begonnen hatte, entwickelte sich schnell zu einer Debatte um das grundlegende Verständnis der Gesellschaft und zu einer Abrechnung mit der Fortsetzung neoliberaler Politik nach dem Ende der Diktatur. Nicht nur hat die erste Rechtsregierung seit dem Ende der Pinochet-Herrschaft in wenigen Monaten die große Mehrheit der Bevölkerung gegen sich aufgebracht; auch das politische Projekt des demokratischen Übergangs, die paktierte Demokratie in Form von *Concertación*, hat jede Legitimität verloren. Chile steht vor einer grundsätzlichen Veränderung seines politischen Systems und die Chancen stehen gut, dass soziale Bewegungen, Gewerkschaften und die Parteien links der Sozialdemokratie dabei eine zentrale Rolle spielen werden.

KRISE DER KOOPTIERTEN DEMOKRATIE

Die Diktatur in Chile konnte auf legalem Wege nur dadurch beendet werden, dass sich

Sozial- und Christdemokraten sowie verschiedene Linksparteien zum Bündnis *Concertación de Partidos por la Democracia* zusammenschlossen. Einen ersten Erfolg errang die Koalition bei dem nationalen Referendum über eine Verfassungsänderung im Jahr 1988, die verhindern sollte, dass Pinochet das Land bis 1997 weiterregieren konnte. Die Diktatur fand zu diesem Zeitpunkt noch bei 44 Prozent der Bevölkerung Unterstützung. Die *transición* schien nur möglich, indem verschiedene Teile der Eliten um das politische Zentrum einen turnusmäßigen Machtwechsel und die gegenseitige Anerkennung vereinbarten, um andere Kräfte vom Präsidentenamt fernzuhalten – eine »paktierte Demokratie«. Dieses System des Machterhalts zeigte in den letzten zehn Jahren deutliche Abnutzungserscheinungen, insbesondere in der breiten gesellschaftlichen Unzufriedenheit mit Klientelismus und Vetternwirtschaft und dem fehlenden Spielraum für gesellschaftliche Veränderungen. Die *Concertación*-Regierungen standen für eine moderate, aber konsequente Umsetzung neoliberaler Politik und eine stärkere soziale Polarisierung der Gesellschaft.

Die Krise der kooptierten Demokratie wurde erstmalig bei den Gemeindewahlen im Jahr 2008 deutlich, als die Rechte die Mehrheit der Bürgermeisterposten gewann. Im darauf folgenden Jahr gewann der Unternehmer Sebastián Piñera für das rechte Wahlbündnis *Coalición por el Cambio* erstmals seit 1958 die Präsidentschaftswahlen. Verschiedene linke Politiker waren nicht bereit gewesen, die im Rahmen des Paktes vereinbarte Kandidatenabfolge mitzutragen, nach der die Christdemokraten den Kandidaten stellen konnten, der auf Michelle Bachelet aus der *Partido Socialista de Chile* folgen sollte. Mit Marco Enríquez-Ominami als unabhängigem Kandidaten sowie Jorge Arrate für die Kommunisten gewannen in der ersten Runde zwei Bündnisse links von *Concertación* zusammen mehr als ein Viertel der Wählerstimmen. In der Stichwahl fehlten dem Kandidaten von *Concertación*, dem Christdemokraten Eduardo Frei, nur wenig mehr als 200 000 Stimmen bzw. 2,3 Prozent gegenüber Piñera – ein Ergebnis, das mit konsequenter Unterstützung durch die Linke sicher anders ausgefallen wäre.

Die politische Rechte kann hier wie so oft kurzfristig von gesellschaftlichen Krisen profitieren, ohne eine echte gesellschaftliche Mehrheit für ihre Politik zu haben. Mit Piñera regiert der Unternehmerverband und der konservative Teil der katholischen Kirche – das hat große Teile der Gewerkschaften und der sozialen Bewegungen mobilisiert, die bisher in verschiedener Form von *Concertación*-Regierungen kooptiert waren. Erstmals reichte die Drohung mit einer rechten Machtergreifung nicht mehr aus, die linken Kräfte der Sozialdemokratie zur Unterstützung des Elitenpaktes zu pressen. Diese Entscheidung zeigt auch, dass die Traumata der Diktatur in den Hintergrund treten und eine neue Generation in die Politik eingetreten ist.

AUS EINER WELLE VON PROTESTEN

Nach einem Jahr Rechtsregierung verschärften sich die gesellschaftlichen Konflikte. Im Süden des Landes wurde im Januar zum Bürgerstreik aufgerufen, nachdem die Regierung Piñera eine Erhöhung der Gaspreise ange-

kündigt hatte. Über mehrere Tage war der Verkehr in den wichtigsten Städten der Region lahmgelegt. Alle Hauptverkehrsadern wurden blockiert, Demonstrationen und Autokorsos sowie brennende Barrikaden bestimmten tagelang das Bild, Geschäfte und öffentliche Einrichtungen blieben geschlossen.[1]

In den folgenden Monaten nahmen politische Auseinandersetzungen in Chile weiter zu. Auch Fragen wie die Energiepolitik oder die Kämpfe der indigenen Mapuche – die bisher nie größere Mobilisierungen erreicht hatten – gerieten in den Fokus der öffentlichen Debatten. Der geplante Ausbau der Atomkraft, insbesondere aber der Bau von fünf Wasserkraftwerken in Patagonien mobilisierte die Bevölkerung in bisher ungekanntem Maße und brachte die rechte Regierung in eine gesellschaftliche Minderheitenposition.[2] Mitte Mai wurde fast täglich demonstriert. Landesweit protestierten jeweils tausende Menschen in verschiedenen Städten gegen den Staudamm Hidroaysén.[3] Gleichzeitig traten die Arbeiter der Subunternehmen in den Kupferminen in einen unbefristeten Streik, um eine Angleichung an die Tariflöhne durchzusetzen. Alleine der private Sektor musste im vergangenen Jahr einen Ausfall von mehr als 300 000 Streiktagen verzeichnen, was gegenüber dem Jahr 2000 eine Verdreifachung darstellt.[4] Gewerkschaften und Frauenverbände sahen sich außerdem mit dem Gesetzesvorschlag der Regierung Piñera konfrontiert, den Kündigungsschutz für Schwangere und Eltern von Neugeborenen radikal zu kürzen.[5]

In diesem Klima mobilisierten ab April die Schüler der Gymnasien, um Reformen im hochgradig marktwirtschaftlich bestimmten chilenischen Bildungssystem durchzusetzen. Bereits die ersten Demonstrationen wurden von Confech, der *Confederación de Estudiantes de Chile*, unterstützt. Ebenso beteiligten sich Eltern- und Lehrerverbände sofort an den Protesten. Die Forderungen der Schüler zielten zunächst allgemein auf Verbesserungen im bestehenden administrativen Rahmen: So sollten die finanzielle Ausstattung der Schulen verbessert, Stipendien pünktlich gezahlt und Probleme mit dem Transport-Ticket für Schüler und Studierende gelöst werden.[6] Zu diesem Zeitpunkt wurde außerdem bereits die *Universidad Central de Chile* (UCEN) bestreikt, um eine Veränderung der Hochschulstatuten in Richtung Kommerzialisierung der Universität zu verhindern. In der Kritik stand dabei insbesondere ein vor allem von Christdemokraten besetzter Immobilienfonds, mit dessen Hilfe öffentliche Gelder aus dem Hochschulbereich in private Gewinne verwandelt werden.

FÜR EIN GRUNDRECHT AUF BILDUNG

Präsident Piñera kündigte am 21. Mai vor dem Kongress eine bevorstehende Reform des Hochschulsystems an: »Den Kampf um Qualität und Gleichheit im Bildungssystem gewinnt man nicht mit Diskursen und Versprechungen. Auch nicht auf der Straße. Diesen Kampf gewinnt man in den Unterrichtsräumen und in den Haushalten.«[7] Die Schüler und Studierenden interpretierten dies als Einladung, sich sofort und nachdrücklich mit eigenen Forderungen an der Debatte zu beteiligen. Zum 1. Juni wurde der nationale Hochschulstreik ausgerufen. In Santiago demonstrierten zunächst nur 20 000 Schüler und Studierende. Allerdings breitete sich

die Bewegung schnell aus und im Laufe des Monats besetzten Schüler und Studenten landesweit etwa 600 Schulen und Hochschulen.

Damit war die logistische Grundlage für ein riesiges Mobilisierungspotenzial geschaffen, denn trotz prekärer Bedingungen garantierten die Besetzungen dauerhafte Orte für Organisations- und Abstimmungsprozesse, zur Vorbereitung von vielfältigsten Aktionen und Rückzugsräume für die AktivistInnen, die zu Tausenden ihren Lebensmittelpunkt in die besetzten Schulen und Universitäten verlegten. Auf der nächsten zentralen Demonstration Mitte Juni erschienen bereits 80 000 Demonstranten – eine der größten Demonstrationen seit dem Ende der Diktatur im Jahr 1990. Das Ministerium für Bildung versuchte die Ausbreitung der Proteste einzudämmen, indem es für alle Schulen und Hochschulen in Raum Santiago vorgezogene Winterferien erließ. Die Mehrheit der Mitarbeiter in Schulen und Universitäten blieb jedoch in den besetzten Einrichtungen.

Zur nächsten Demonstration mobilisierten die Proteste zwischen 100 000 und 200 000 Menschen in Santiago, landesweit waren etwa eine halbe Million Menschen auf der Straße. Dieses Niveau der Mobilisierung konnte in den folgenden Monaten bis Oktober etwa gehalten werden. Die Studierenden legten einen Forderungskatalog vor, der bereits deutlich über die Verbesserungen in der Umsetzung bestehender Maßnahmen hinausging: Sie forderten eine umfassende Reform der Organisation und Finanzierung öffentlicher Bildungseinrichtungen, einen vereinfachten Hochschulzugang und die Erweiterung der studentischen Mitbestimmung. Die Hochschulrektorenkonferenz positionierte sich auf der Seite der Studierenden und wies eine erste Verhandlungslösung des Ministeriums zurück.



Occupy Köln, Stefan Ostler

PLURALITÄT UND INKLUSION

Die folgenden andauernden Mobilisierungen waren möglich, weil Chile mit der *Confederación de Estudiantes de Chile* (Confech) über nur einen landesweiten Studierendenverband verfügt, der die studentische Selbstorganisation fast aller Universitäten Chiles repräsentiert. Sein politisches Gremium wird jährlich in einer Generalversammlung gewählt. Zwar dominieren an den großen Hochschulen traditionell linke Organisationen die politische Arbeit, kennzeichnend ist aber ein hohes Maß an politischer Pluralität, das während

der Mobilisierungen durch die verschiedenen Sprecherinnen und Sprecher auch nach außen dargestellt wurde. Die Struktur konnte interne Auseinandersetzungen überbrücken.[8]

Von Anfang an bezog die Mobilisierung alle Akteure aus dem Bildungsbereich ein und stellte sich weder als rein universitäre noch als studentische Auseinandersetzung dar. Mit der *Asamblea Coordinadora de Estudiantes Secundarios* waren die Schulen und Gymnasien beteiligt; die Berufsverbände der Hochschullehrer, Elternorganisationen und selbst der Rat der Rektoren positionierten sich frühzeitig für die Proteste. Außerhalb dieser breit angelegten Unterstützung im Bildungsbereich gelang es den Studierenden, Solidarität durch einzelne Gewerkschaften zu mobilisieren. Schon im Juni beteiligten sich die streikenden Arbeiter der Kupfermine El Teniente, ab Juli unterstützte der große linke Gewerkschaftsdachverband CUT (*Central Unitaria de Trabajadores de Chile*) die Forderungen der Studierenden. Zwar ist die CUT schon aus historischen Gründen eng mit Concertación verbunden – beide Projekte entstanden ab 1988 in Opposition zur Militärdiktatur – und stark korporatistisch geprägt, jedoch ist im Gewerkschaftsdachverband inzwischen vor allem der linke Flügel von Concertación repräsentiert, nachdem sich 1995 die christdemokratische Gewerkschaftsfraktion abgespalten hatte. Auch auf Seiten der Studierenden hat sich in den letzten Jahren eine stärkere Bereitschaft zur Kooperation mit anderen sozialen Bewegungen ergeben: »Ich glaube, dadurch dass sich festere Beziehungen zu den sozialen Bewegungen entwickelt haben, zu den Arbeitern, verändert sich der Charakter der Kämpfe [der Studierenden] allmählich. Schon im Jahr 2010 solidarisierten sich die Studenten mit den Mapuche – was in den Jahrzehnten zuvor nie geschehen war. Das stellt einen Meilenstein gegen das Gremiendenken und den Korporatismus der Universitäten dar«, bewertete Eduardo Salazar, einer der Sprecher von Confech, diese Situation. Gleichzeitig akzeptierten die Organisatoren bereits frühzeitig partikulare Interessen innerhalb des breiten Bündnisses, etwa dass die Oppositionsparteien von *Conertación* und die dazugehörigen Organisationen ein parteipolitisches Interesse hatten, die Regierung Piñera zu anzugreifen.[9]

AUSWEITUNG DER FORDERUNGEN UND MOBILISIERUNG VON LEGITIMITÄT

Die Regierung ging mit verschiedenen Angeboten in kleinen Schritten auf einzelne Forderungen ein und zielte damit auf eine Spaltung der Bewegung. Weil die Studierenden jedoch ein breites Spektrum an sozialen Organisationen in ihre Entscheidungsfindung einbezogen und die eigenen Vorschläge zur öffentlichen Abstimmung stellten, gelang es, den Konflikt zu »vergesellschaften« und trotz deutlicher Radikalisierung die Legitimität der eigenen Forderungen öffentlich zu untermauern.

So legte die Regierung Piñera Anfang Juli einen neuen Plan zur Hochschulreform vor. In einer Kettenschaltung in Radio und Fernsehen kündigte der Präsident das Projekt *Gran Acuerdo Nacional de la Educación* (GANE) an, in dessen Rahmen etwa vier Milliarden Dollar in den Bildungsbereich investiert werden sollen. Camila Vallejo, Sprecherin der Conrech, bewertete die Angebote als »eine Enttäuschung und einen Rückschritt«. Die Pläne würden

nichts an den grundsätzlichen Problemen ändern: der offenen und verdeckten Gewinnorientierung sowie der Zuständigkeit der finanziell unterausgestatteten Gemeinden für das Bildungssystem. Die Protestbewegung reagierte auf das Konzept der Regierung mit einem eigenen Projekt *Gran Acuerdo Social por la Educación*. Zu einer entsprechenden Arbeitsgruppe luden die Schüler- und Studierendenverbände auch die Gewerkschaften, die Verbände der Kleinunternehmer, der Mapuche und viele andere ein. Zumindest indirekt waren nun alle relevanten sozialen Bewegungen des Landes an der Meinungsbildung beteiligt.

Den Aufruf zu den Demonstrationen im August unterzeichneten bereits 44 Organisationen, darunter die größten Gewerkschaften des Landes. Teile der Bewegung forderten ein generelles Verbot, mit der Hochschulbildung Gewinne zu machen. Die Protestbewegung diskutierte ein Grundrecht auf Bildung und die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung zur Umsetzung einer entsprechenden Reform, welche die grundlegende Ausrichtung des Landes »auf der Basis der Mehrheitsentscheidungen« realisieren solle. Finanziert werden sollte diese Grundversorgung aus einer Wiederverstaatlichung privatisierter Kupfer-Unternehmen und einer Steuerreform.

Im August kam es zu weiteren Großdemonstrationen, an denen trotz strömendem Regen erneut 150 000 Menschen teilnahmen. Zu einer zentralen Kundgebung am 21. August versammelten sich schließlich eine halbe Million Demonstranten im Parque O'Higgins in Santiago. Gleichzeitig verschärften die Besetzer der Universitäten und Schulen ihre Aktionsformen, größere Gruppen befanden sich seit fast einem Monat im Hungerstreik und die ersten Aktivisten mussten bewusstlos in Krankenhäuser eingeliefert werden. Am Rande von Kundgebungen und Demonstrationen kam es regelmäßig zu Plünderungen und brennenden Barrikaden. In dieser Situation rief der Gewerkschaftsverband CUT zum landesweiten Streik auf und wurde darin auch von den *Concertación*-Parteien unterstützt. Auch wenn die Zahlen über die Beteiligung weit auseinandergehen – die Regierung sprach von etwa 14 Prozent und die CUT gab an, dass 50 Prozent aller Beschäftigten gestreikt hätten –, gelangen auch an den Streiktagen Massenmobilisierungen der Studierenden. In einer repräsentativen Umfrage unterstützten 55 Prozent der Bevölkerung[10] die in der politischen Klasse umstrittene Solidaritätsmaßnahme der Gewerkschaften.

Im September stellte Confech Minimalforderungen für den Beginn von Verhandlungen mit der Regierung auf. Zunächst sollte das geplante Bildungsgesetz gestoppt und die Beschränkung für Stipendien aufgehoben werden. Außerdem seien alle Verhandlungen öffentlich zu übertragen und keine weiteren öffentlichen Mittel an Hochschulen mit wirtschaftlichen Zielen zu übertragen. Diese Bedingungen wies der Bildungsminister zurück. Stattdessen gab die Regierung bekannt, dass 70 000 Schülern der Oberstufe das laufende Schuljahr nicht anerkannt werde. Daraufhin erklärten die Sprecher von Confech, Camila Vallejo und Giorgio Jackson, die Verhandlungen erneut für gescheitert. Zur folgenden 35. Demonstration nahmen trotz enormen

medialen Drucks gegen die Protestbewegung 180 000 Menschen teil.

Die Confech rief Mitte Oktober zu einem Nationalen Referendum auf, das die Studierenden und ihre Unterstützer organisierten. An der Volksbefragung zu den wichtigsten Forderungen der Protestbewegung nahmen mehr als 1,5 Millionen Chilenen teil, was etwa zehn Prozent der Bevölkerung entspricht. Das Ergebnis bestätigte die überwältigende Anerkennung ihrer Forderungen. Mehr als 93 Prozent der Befragten unterstützten die wichtigsten Forderungen der Protestbewegung. Vertreter der rechten Regierungspartei *Unión Demócrata Independiente* (UDI) erklärten zu dem Ergebnis: »Ein ernstzunehmendes Land reagiert man nicht mit Plebisziten im kubanischen und chavistischen Stil.«[11]

WACHSENDE BEWEGUNG

Die ProtagonistInnen der Studierendenbewegung agierten in den Organisierungsfragen klug und wandten sich hartnäckig gegen Kompromissangebote der Regierung. Dies geht auf Erfahrungen aus den Bildungsprotesten des Jahres 2006 zurück. Damals wurde unter der Regierung Bachelet der Schulbetrieb bestreikt und ähnliche Forderungen erhoben. Die Bewegung benannte sich nach den schwarz-weißen Schuluniformen als Revolution der Pinguine. Die »Schüler haben das Gefühl, dass die Bewegung der Pinguine ein Vermächtnis der vorherigen Generationen ist, weshalb so viele bereit waren, sich schnell und mit sehr viel Verantwortung an dieser sozialen Bewegung zu beteiligen« (Vallejo).[12]

Die Pinguin-Proteste waren schneller abgeklungen. Es bestand eine Vielzahl von Divergenzen, etwa zwischen der Hauptstadt Santiago und den Provinzen, und auch die damalige Schülerbewegung war politisch äußerst heterogen, jedoch entstand im Jahr 2006 erstmalig eine auf Vollversammlungen basierende Komitee-Bewegung, welche die Schülerinteressen politisch übergreifend artikulierte. Ein weiterer wichtiger Nachlass aus der Mobilisierung 2006 ist die Erfahrung, dass die damalige *Concertación*-Regierung die selbst angekündigten Zugeständnisse nicht umsetzte. Nach zwei Monaten intensiver Proteste hatten sich Schüler und Regierung damals auf eine umfangreiche Bildungsreform geeinigt, die einen Großteil der auch aktuell kritisierten und parteiübergreifend als Missstände anerkannten Probleme beseitigen sollte. Präsidentin Bachelet gründete einen Beirat für die Bildungsreform, an dem auch Studierendenvertreter beteiligt waren, und der eine Verfassungsreform zur Neustrukturierung des Bildungssystems einleiten sollte. Noch drei Monate später erklärte Bachelet: »Wir sind dabei einzulösen, was wir versprochen haben.« Weitere drei Monate später zogen sich die Schülervertreter aus der Kommission zurück, eine entsprechende Verfassungsänderung, geschweige denn weitere Gesetzesänderungen, kam nie zustande.

Nach dem Ende des Wintersemesters besteht nun erneut ein technisches Patt zwischen Regierung und Studierenden. Obwohl es nach dem selbstorganisierten Referendum im Oktober noch einmal zu großen Mobilisierungen kam, stehen tausende Schüler und Studierende nun vor der Entscheidung, ob sie

ein weiteres der extrem teuren Studiensemester verlieren können. Gegenwärtig scheint sich abzuzeichnen, dass der Lehrbetrieb wieder aufgenommen wird und die Studierenden sich mit ihren Forderungen nicht durchsetzen können. In welcher Form der Kampf für ein neues Bildungssystem wieder aufgenommen wird, hängt auch von den Wahlen der Studierendenvertretungen und von der Neuzusammensetzung der Confech ab.

Politisch geht die Regierung Piñera als Verlierer aus den Auseinandersetzungen hervor, sie hat nur noch die Zustimmung von einem Viertel der Bevölkerung. Die Hoffnung der Oppositionsparteien der *Concertación*, von der Unterstützung der Proteste profitieren zu können, hat sich auch nach einem halben Jahr der Massenmobilisierung nicht erfüllt. Nach aktuellen Umfragen liegen Sozial- und Christdemokraten in einem historischen Tief: Nur noch 17 Prozent der Bevölkerung bewerten ihr politisches Handeln als positiv.[13]

Die Erfahrungen des chilenischen Winters stellen eine neue Dimension im politischen Handeln der sozialen Bewegungen und der verschiedenen linken Parteien und Gruppen dar. Sie setzten eine breite gesellschaftliche Debatte über den Charakter öffentlicher Aufgaben und sozialer Grundrechte auf die Tagesordnung und machten das breite Bedürfnis nach einer Gesellschaft jenseits der Marktlogik sichtbar. Neue Formen der Beteiligung und der Beschlussfassung sind entwickelt worden. Viele sehen die Protestwelle in der Tradition der lateinamerikanischen Mobilisierungen, die den neuen Linksregierungen des Kontinents vorausgingen – die Aufstände während der Krise in Argentinien, der Wasserkrieg von Cochabamba – und orientieren auf einen verfassungsgebenden Prozess für Chile.[14] Camila Vallejo macht den Unterschied zu den Protestbewegungen in Europa und Nordafrika deutlich: »Die chilenische Studentenbewegung ist kein Teil der Bewegung der *Indignados*. Sie ist keine spontane Bewegung, sondern Folge eines lang andauernden Prozesses, in dem die aktuelle Situation Chiles und die darin vorkommenden Ungerechtigkeiten untersucht wurden. Wir verstehen den Kampf der *Indignados*, aber in Chile haben wir die Schwelle der Unzufriedenheit bereits überschritten. Jetzt müssen wir nach vorne schauen, um eine Alternative für das Land aufzubauen.«[15]

---

1 Vgl. amerika21.de, *Streik wegen Gaspreisen im Süden Chiles*, (13.1.2011).
2 Vgl. La Tercera (online), *Encuesta revela alto rechazo a construcción de Hidroaysén*, (22.11.2010).
3 Vgl. amerika21.de, *Proteste gegen Staudamm HidroAysén Chile*, (12.5.2011).
4 Vgl. LMD (online), *Chilenische Lösungen*, (13.5.2011).
5 Vgl. Alainet.org, Andrés Figueroa Cornejo: *A fines de mayo, Chile es un bote frágil*, (26.5.2011).
6 Vgl. Biobio (online): *Universitarios anuncian movilizaciones*, (19.4.2011).
7 Universia (online), *Presidente Piñera: »Llegó la hora de hacer una gran reforma a la educación superior«*, (21.5.2011).
8 Vgl. La Tercera (online), *Giorgio Jackson: »Si se levanta un movimiento posterior, pueden ser piqueteros«*, (30.10.2011).
9 Vgl. ALAI (online), *Estamos en condiciones de producir un gran paro nacional*, (3.6.2011).
10 Vgl. Radio Cooperativa (online), Imaginacción y Universidad Técnica Federico Santamaría: *Resultados Encuesta Flash: Paro CUT*, (29.8.2011).
11 amerika21.de, *Große Beteiligung am Plebiszit über Bildungsforderungen in Chile*, (14.10.2011).
12 La Onda Digital (online), *Camila Vallejo: El gobierno de Piñera está aislado.*
13 Vgl. Adimark (online): *Evaluación de las Instituciones y Coaliciones Políticas.*
14 Vgl. Rebelion (online), *La revolución en el Chile del 2011 y el movimiento social por la educación*, (28.9.2011).
15 amerika21.de, *Widerstand gegen das Privatisierungsmodell*, (2.11.2011).

KÖRPER IN BEWEGUNG UND DIE POLITIK DER STRASSE

JUDITH BUTLER

In den letzten Monaten gab es immer wieder Massendemonstrationen auf Straßen und Plätzen. Obwohl sie oft ganz unterschiedliche Ziele verfolgen, geschieht immer das gleiche: Körper versammeln sich, bewegen sich und reden, sie beanspruchen bestimmte Räume als öffentlichen Raum. Man könnte nun einfach sagen, dass diese Demonstrationen, oder vielmehr diese Bewegungen, durch Körper charakterisiert sind, die zusammenkommen, um Anspruch auf den öffentlichen Raum zu erheben. Das setzt aber voraus, dass dieser öffentliche Raum etwas Gegebenes ist, dass er schon öffentlich ist und als ein öffentlicher Raum betrachtet wird. Wir verkennen etwas Entscheidendes bei politischen Demonstrationen, wenn wir übersehen, dass der öffentliche Charakter des Raums gerade umstritten oder sogar umkämpft ist, wenn sich diese Massen versammeln.

Wenn also diese Bewegungen voraussetzen, dass es dieses Pflaster gibt, diese Straßen und Plätze, wie den Tahrir-Platz, dessen politische Geschichte so große Wirkung hat, dann ist es gleichzeitig so, dass die politischen Aktionen selbst den Raum sammeln, das Pflaster versammeln und die Architektur beseelen und organisieren. Wir müssen nicht nur darauf insistieren, dass es materielle Voraussetzungen für öffentliche Versammlungen und Reden gibt, wir müssen auch die Frage stellen, wie diese Versammlungen und Reden die Materialität des öffentlichen Raums umgestalten, wie sie den öffentlichen Charakter dieser materiellen Umgebung hervorbringen und reproduzieren.

Wenn diese Massen über den Platz hinausströmen, die Hauptstraßen hinunter oder in die Seitenstraßen, in die Umgebung, wo die Straßen noch gar nicht gepflastert sind, geschieht noch etwas anderes. Politik ist dann nicht mehr nur

das, was sich in einer Öffentlichkeit abspielt, die von der Privatsphäre abgetrennt ist, weil diese Grenze immer wieder von ihr überschritten wird, weil die Aktion darauf aufmerksam macht, dass Politik bereits zu Hause stattfindet, auf der Straße oder in der Nachbarschaft oder auch in jenen virtuellen Räumen, die nicht an die Architektur des öffentlichen Platzes gebunden sind.

Wenn wir also darüber nachdenken, was es heißt, sich in einer Menge zu versammeln, die immer größer wird, sich so durch den öffentlichen Raum zu bewegen, dass der Unterschied von Öffentlichem und Privatem in Frage gestellt wird, dann sehen wir gewissermaßen, dass Körper in ihrer Pluralität Anspruch auf Öffentlichkeit erheben, dass sie Öffentlichkeit erlangen und hervorbringen, indem sie die Materie materieller Umgebungen erfassen und umgestalten. Gleichzeitig sind diese materiellen Umwelten Bestandteil des politischen Handelns; sie werden selbst aktiv, wenn sie zur Grundlage politischer Aktionen werden. Wenn Panzer oder Lkws zu Rednertribünen werden, wird die materielle Umgebung aktiv umgestaltet und umfunktioniert, um es mit Brecht zu sagen.

Wir müssen also auch unsere Vorstellungen von politischem Handeln überdenken. Erstens erhebt niemand den Anspruch, sich frei zu bewegen und zu versammeln, ohne sich zusammen mit anderen frei zu bewegen und zu versammeln. Zweitens sind Plätze und Straßen nicht nur die materiellen Träger politischen Handelns, sondern selbst Bestandteil jeder Theorie öffentlichen und körperlichen Handelns. Menschliches Handeln beruht auf allen möglichen Trägern – es ist immer getragenes Handeln. Im Falle öffentlicher Versammlungen sehen wir aber ganz deutlich, dass es nicht nur einen Kampf um das gibt, was zum öffentlichen Raum wird, sondern auch einen Kampf um die grundlegenden Formen, in denen wir, als Körper, in der Welt getragen werden – einen Kampf gegen Entrechtung, Auslöschung und Aussetzung.

Natürlich führt das zu einem Dilemma. Wir können nicht voraussetzungslos handeln, müssen aber die Voraussetzungen erkämpfen, unter denen wir handeln können. Es war die römische Idee des öffentlichen Platzes, die den Hintergrund für das Verständnis der Rechte von Versammlungs- und Redefreiheit dargestellt hat, für die bewussten Formen partizipatorischer Demokratie. Hannah Arendt dürfte an die römische Republik gedacht haben, als sie erklärte, dass politisches Handeln einen »Erscheinungsraum« voraussetzt. »So ist die Polis genau genommen nicht die Stadt im Sinne ihrer geographischen Lokalisierbarkeit«, schreibt sie zum Beispiel, »sie ist vielmehr die Organisationsstruktur ihrer Bevölkerung, wie sie sich aus dem Miteinanderhandeln und -sprechen ergibt; ihr wirklicher Raum liegt zwischen denen, die um dieses Miteinander willen zusammenleben, unabhängig davon, wo sie gerade sind.« (1967, 192)

Der »wirkliche Raum« befindet sich also »zwischen« den Menschen, und das bedeutet: Sofern an irgendeinem Ort ein Handeln stattfindet, stellt es auch einen Raum her, der eigentlich zum Miteinander selbst gehört. Für Arendt ist dieses Miteinander nicht an seinen Ort gebunden. Es bringt seinen eigenen, leicht transponierbaren Ort hervor; sie schreibt, »dass Handeln und Sprechen ein räumliches Zwischen etablieren, das [...] sich überall in der bewohnten Welt neu ansiedeln kann« (ebd.). Wie lässt sich diese Auffassung des politischen Raums also begreifen? Arendt stellt zwar fest, dass Politik den Erscheinungsraum verlangt, erklärt aber auch, dass dieser Raum gerade das ist, was durch Politik hergestellt wird: »Dies räumliche Zwischen ist der Erscheinungsraum im weitesten Sinne, der Raum, der dadurch entsteht, dass Menschen voreinander erscheinen, und in dem sie nicht nur vorhanden sind wie andere belebte oder leblose Dinge, sondern ausdrücklich in Erscheinung treten.« (Ebd.)

Was sie hier sagt, ist natürlich teilweise richtig. Der Raum und der Ort werden durch plurales Handeln geschaffen. Sie nimmt aber an, dass allein schon das Handeln in seiner Freiheit und Macht diesen Ort schaffen kann. Diese Auffassung vergisst oder verneint, dass Handeln immer getragen wird und stets körperlich ist, selbst in seinen virtuellen Formen. Die materiellen Träger des Handelns sind nicht nur ein Teil von ihm, sie sind auch das, worum gekämpft wird, besonders dann, wenn sich der politische Kampf um Nahrung, Beschäftigung, Mobilität und Zugang zu den Institutionen dreht. Wenn wir den Erscheinungsraum neu denken wollen, um die Macht und Wirkung politischer Demonstrationen für unsere Zeit zu verstehen, müssen wir die körperlichen Dimensionen des Handelns begreifen – das, was der Körper verlangt und was er tun kann, besonders dann, wenn wir über das Miteinander von Körpern nachdenken, über das, was sie dort hält, über die Bedingungen ihrer Standhaftigkeit und Macht.

Oft wird verlangt, dass man die Straßen sicher machen muss vor der Polizei, die am Verbrechen beteiligt ist, besonders wenn sie verbrecherische Regime stützt oder gerade die Verbrechen gegen sexuelle und geschlechtliche Minderheiten begeht, die sie verhindern soll. Demonstrationen sind eine der wenigen Formen, die polizeiliche Gewalt überwinden, besonders wenn sie so groß und beweglich geworden sind, dass sie sich durch Polizeigewalt nicht mehr eindämmen lassen, und wenn sie über die Voraussetzungen verfügen, sich selbst zu regenerieren. Vielleicht sind dies anarchistische Momente oder anarchistische Übergänge, wenn die Legitimität eines Regimes in Frage gestellt wird und noch kein neues an seine Stelle tritt. Diese Zwischenzeit ist die Zeit des Volkswillens – nicht eines einzelnen Willens, keines Einheitswillens, sondern eines Willens, der durch ein Miteinander charakterisiert ist, durch ein Miteinander, das die performative Macht hat, Öffent-

lichkeit zu beanspruchen, und zwar in einer Form, die noch nicht gesetzlich geregelt ist und nie ganz gesetzlich zu regeln ist.

Die Sicht Hannah Arendts ist mit ihrer eigenen Geschlechterpolitik verquickt, weil sie auf einer Unterscheidung von Öffentlichem und Privatem beruht, die die Sphäre der Politik den Männern überlässt und den Frauen die Reproduktionsarbeit. Wenn es in dieser Öffentlichkeit einen Körper gibt, ist er männlich und voraussetzungslos, vermeintlich frei, um zu schaffen, ohne selbst geschaffen zu sein. Und der Körper in der privaten Sphäre ist weiblich, alternd, fremd oder kindisch und vorpolitisch. Obwohl Hannah Arendt eine Philosophin der Natalität war, wie wir aus der wichtigen Arbeit von Adriana Cavarero wissen (1992, 16), verstand sie diese Fähigkeit, etwas ins Leben zu rufen, als eine Funktion politischer Rede und politischen Handelns. Wenn männliche Bürger den öffentlichen Platz betreten, um Fragen von Recht, Rache, Krieg und Befreiung zu diskutieren, betrachten sie diesen erleuchteten Platz ganz selbstverständlich als den architektonisch umgrenzten Schauplatz ihrer Rede. Ihre Rede wird zur paradigmatischen Form des Handelns, physisch abgeschnitten vom privaten Domizil, das sich im Dunkeln verbirgt und durch Tätigkeiten reproduziert, die kein wirkliches Handeln im eigentlichen und öffentlichen Sinne sind. Männer vollziehen den Übergang von der Dunkelheit des Privaten in dieses Licht der Öffentlichkeit. Hannah Arendt, die dieses Schauspiel im Rahmen der politischen Moderne reinterpretiert, begreift ihre Rede als die körperliche und sprachliche Ausübung von Rechten. Körperlich und sprachlich – wie sind diese Begriffe und ihr Ineinander hier zu verstehen?

Damit Politik stattfinden kann, muss der Körper erscheinen. Er erscheint anderen, und diese erscheinen mir – das bedeutet, dass ein bestimmter Raum zwischen uns jedem von uns die Möglichkeit gibt zu erscheinen. Wir sind füreinander nicht nur visuelle Erscheinungen – auch unsere Stimmen müssen also gehört werden; genauer gesagt: Wer wir sind, körperlich, ist bereits eine Form, »für« den anderen zu sein, in Formen zu erscheinen, die wir nicht sehen können, füreinander ein Körper zu sein in einer Form, die ich nicht für mich selbst sein kann, und damit perspektivisch enteignet zu sein durch unsere eigene Gesellschaftlichkeit. Ich muss anderen in Formen erscheinen, für die ich keine Rechenschaft ablegen kann, und in dieser Form begründet mein Körper eine Sicht, die ich nicht einnehmen kann.

Das ist ein wichtiger Punkt, weil es nicht so ist, dass mein Körper nur meine eigene Sicht begründet. Er ist auch das, was diese Sicht verschiebt und diese Verschiebung zu einer Notwendigkeit macht. Nicht etwa ein Körper begründet diesen Erscheinungsraum, sondern: Dieses Handeln, diese performative Ausübung findet nur »zwischen« Körpern statt, in einem Raum, der den Abstand zwischen meinem

eigenen Körper und dem anderer darstellt. Auf diese Weise agiert mein Körper nicht allein, wenn er politisch aktiv ist. Die Aktion entspringt aus dem »Zwischen«.

Für Hannah Arendt ist der Körper nicht primär im Raum lokalisiert; er bringt zusammen mit anderen einen neuen Raum hervor. Der Erscheinungsraum ist für Hannah Arendt nicht nur eine architektonische Gegebenheit: »Der Erscheinungsraum entsteht«, schreibt sie, »wo immer Menschen handelnd und sprechend miteinander umgehen; als solcher liegt er vor allen ausdrücklichen Staatsgründungen und Staatsformen, in die er jeweils gestaltet und organisiert wird.« (1967, 193) Mit anderen Worten, dieser Erscheinungsraum ist nicht von der pluralen Aktion zu trennen, die ihn hervorbringt.

Wenn wir diese Auffassung akzeptieren sollen, müssen wir aber begreifen, wie sich die handelnde Vielheit selbst konstituiert. Wie bildet sich eine Vielheit, und welche materiellen Voraussetzungen sind für diese Herausbildung nötig? Wer tritt in diese Vielheit ein und wer nicht, und wie wird darüber entschieden? Können alle und kann jeder so handeln, dass dieser Raum zustande kommt? »Es ist ein Vorurteil zu meinen, dass dieser eigentlich politische Raum der Erscheinungen immer und überall vorhanden sei«, stellt Hannah Arendt fest (ebd., 192) und räumt ein, dass in der klassischen Polis der Sklave, der Fremde und der Barbar aus ihm ausgeschlossen waren, nicht Teil einer Vielheit werden konnten, die diesen Raum ins Leben rief. Das heißt, dass ein Teil der Bevölkerung nicht in Erscheinung trat, nicht im Erscheinungsraum auftrat. Und hier können wir sehen, dass der Erscheinungsraum schon geteilt war, schon aufgeteilt, wenn dieser Raum gerade das war, was sich zum Teil durch diese Ausgrenzung definiert hat. Das ist kein geringes Problem, weil es bedeutet, dass man sich schon in diesem Raum befinden muss, um den Erscheinungsraum ins Leben zu rufen – dass es also bereits eine Macht gibt, die vor jeder durch eine Vielheit ausgeübten performativen Macht am Werk ist.

Mehr noch, aus dem Erscheinungsraum ausgeschlossen zu sein, bedeutet für Hannah Arendt, von der Realität ausgeschlossen zu sein. Wir müssen also anderen in Formen erscheinen, die wir selbst nicht kennen können, wir müssen für eine Sicht verfügbar werden, die sich durch einen Körper hergestellt hat, der nicht unser eigener ist.

Wie können wir uns bei diesem Verständnis des Körpers im politischen Raum einen Begriff von jenen machen, die nie Teil dieser gemeinsamen Aktion sein können, die außerhalb der handelnden Vielheit bleiben? Wie können wir ihr Handeln und ihre Stellung als Menschen beschreiben, die vom Pluralen abgesondert sind? Was für eine politische Sprache haben wir, um ihre Ausschließung zu beschreiben? Sind sie entseelte »Gegebenheiten« des politischen Lebens, bloßes

Leben oder nacktes Leben? Sollen wir sagen, dass die Ausgeschlossenen einfach unwirklich sind oder überhaupt keine Existenz haben – sozial Tote sind, Gespenster? Sind die Mittellosen außerhalb von Politik und Macht angesiedelt, oder erfahren sie in Wirklichkeit eine bestimmte Form politischer Beraubung?

Wie wir diese Frage beantworten, ist wichtig. Wenn wir nämlich behaupten, sie befänden sich außerhalb der Politik – reduziert auf unpolitische Formen des Daseins –, nehmen wir implizit an, dass die herrschenden Formen der Begründung des Politischen richtig sind. In gewisser Weise folgt dies aus der Position Hannah Arendts, die sich den immanenten Standpunkt der griechischen Polis hinsichtlich dessen zu eigen macht, was Politik sein soll, wer Zutritt zum öffentlichen Platz erhält und wer in der Privatsphäre bleiben soll. Diese Sicht missachtet und entwertet jene Formen politischen Handelns, die gerade in diesen als vor- oder außerpolitisch geltenden Bereichen entstehen. Einer der Gründe, warum wir nicht zulassen können, dass der politische Körper, der solche Ausschließungen produziert, den Begriff des Politischen definiert – die Kriterien aufstellt, was als politisch gilt –, ist also der, dass im Einzugsbereich der Polis all jene, die aus ihrer konstitutiven Pluralität herausfallen, als irreal oder unvollkommen gelten und damit außerhalb des Politischen stehen.

Der Anstoß für Giorgio Agambens Begriff des »nackten Lebens« entspringt genau aus dieser Auffassung der Polis in Arendts politischer Philosophie und droht, wie ich meine, genau dieses Problem aufzuwerfen: Wenn wir Ausschließung selbst als politisches Problem begreifen, als Bestandteil der Politik, dann kann man nicht einfach sagen, dass diese Menschen, sobald sie ausgeschlossen sind, keine Erscheinung oder »Realität« im politischen Sinne haben, keine soziale oder politische Stellung, oder dass sie ausgestoßen und auf bloßes Dasein reduziert sind (auf Formen der Gegebenheit, die aus der Sphäre des Handelns ausgeschlossen sind). Agamben stützt sich zwar auf Foucault und entwickelt einen Begriff des Biopolitischen, aber die Auffassung des »nackten Lebens« bleibt davon unberührt. Wir können deshalb in diesem Vokabular nicht die Formen des Handelns und der politischen Aktion beschreiben, die von den Staatenlosen, Okkupierten und Entrechteten ausgehen. Auch das aller Rechte beraubte Leben ist immer noch im Bereich des Politischen angesiedelt, ist also nicht auf bloße Existenz reduziert, sondern nicht selten empört, aufbegehrend, aufständisch und widerständig. Wer sich außerhalb bestehender und legitimer politischer Strukturen befindet, ist immer noch durchdrungen von Machtverhältnissen, und diese Durchdringung ist der Ausgangspunkt für eine Theorie des Politischen, die sowohl herrschende wie auch unterjochte Formen umfasst, sowohl Formen der Einschließung und Legitimation wie auch Formen der Delegitimation und Auslöschung.

Zum Glück hat Hannah Arendt, wie mir scheint, dieses Modell aus Vita activa nicht konsequent weiterverfolgt, so dass sie sich beispielsweise Anfang der 1960er Jahre dem Schicksal der Flüchtlinge und Staatenlosen zuwendet und in diesem Zusammenhang das »Recht auf Rechte« betont.[1] Das Recht auf Rechte ist ein Recht, dessen Rechtmäßigkeit keine bestimmte bestehende politische Organisation voraussetzt. Es leitet sich auch nicht aus irgendwelchen ursprünglichen Gesetzen ab. Dieses Recht tritt in Kraft, sobald es ausgeübt wird, und zwar ausgeübt durch jene, die gemeinsam handeln, im Miteinander.

Jene, die aus der bestehenden Politik ausgeschlossen sind, die zu keinem Nationalstaat oder keiner anderen heutigen Staatsform gehören, sind nur »irreal« durch jene, die allein darüber bestimmen wollen, was als Realität gelten soll. Auch nachdem die politische Öffentlichkeit durch ihren Ausschluss definiert wurde, sind sie aktiv. Ob sie der Prekarität ausgesetzt oder durch systematische Gleichgültigkeit dem Tod ausgeliefert sind, noch immer geht aus diesen Orten konzertiertes Handeln hervor. Wir sehen es zum Beispiel, wenn sich illegale Arbeiter auf der Straße versammeln, auch ohne dazu das Recht zu haben, wenn ein öffentlicher Platz, der der Armee gehört, von der Bevölkerung beansprucht wird, oder wenn sich Flüchtlinge in Volkserhebungen einreihen und Wohnung, Nahrung und Bewegungsfreiheit verlangen, wenn Bevölkerungsgruppen ohne gesetzlichen Schutz oder Demonstrationsrecht zusammenströmen, um eine ungerechte oder verbrecherische Rechtsordnung zu stürzen oder gegen Sparmaßnahmen zu protestieren, die Beschäftigungs- und Bildungsmöglichkeiten für viele zerstören.

In den Demonstrationen, die oft auf öffentliche Trauerkundgebungen folgten, können wir sehen, wie der öffentliche Raum von denen besetzt wird, die kein faktisches Recht haben, sich dort zu versammeln, und dabei ihr Leben riskieren. Tatsächlich ist es gerade ihr Recht, sich frei von Einschüchterung und Gewaltandrohung zu versammeln, das von der Polizei oder von der Armee oder auch von Söldnern im Dienste des Staates oder wirtschaftlicher Mächte systematisch angegriffen wird. Den Körper anzugreifen heißt, das Recht selbst anzugreifen, weil das Recht gerade durch den Körper auf der Straße ausgeübt wird.

Wo die Legitimität des Staates gerade durch die Form des öffentlichen Auftretens in Frage gestellt wird, übt der Körper selbst ein Recht aus, das keines ist, ein Recht, anders gesagt, das durch militärische Gewalt bekämpft und vernichtet wird und in seinem Widerstand gegen die Gewalt seine Standhaftigkeit zum Ausdruck bringt und sein Recht, standzuhalten. Dieses Recht ist nirgendwo kodifiziert. Es wird nicht von irgendwoher oder von den bestehenden Gesetzen gewährt, auch wenn es sich manchmal auf diese stützt. Es ist das Recht auf Rechte, nicht als Naturrecht oder metaphysisches Postulat, sondern als Standhaftigkeit des Körpers

gegenüber den Gewalten, die die Legitimität für sich beanspruchen. Eine Standhaftigkeit, die die Mobilisierung des Raums verlangt und sich nicht ohne eine Reihe von mobilisierten und mobilisierenden materiellen Trägern beweisen lässt.

Da wir beim Sprechen und Handeln lebendige Organismen sind, die einen Körper haben, nimmt der Organismus im Erscheinungsraum eine soziale und politische Form an. Das soll nicht heißen, dass wir einen biologischen Zustand überwinden oder negieren, um einen sozialen anzunehmen. Im Gegenteil: Der organische Körper, der wir sind, braucht eine soziale Welt, die ihn trägt. Wir sind abhängig von gesellschaftlichen Beziehungen und Institutionen, die sich den Grundbedürfnissen nach Nahrung, Wohnung und Schutz vor Gewalt widmen, um nur einige zu nennen. Es gibt keinen monadischen Körper, der nur für sich existiert, er existiert immer in einem stützenden Zusammenhang von Beziehungen.

Wenn wir uns der Frage des Biopolitischen in dieser Form nähern, können wir erkennen, dass der Erscheinungsraum nicht zu einer Sphäre der Politik gehört, die von der des Lebens und der Bedürfnisse abgetrennt ist. Wenn es um die Frage des Überlebens nicht nur einzelner, sondern ganzer Bevölkerungsgruppen geht, geht es politisch darum, ob und wie gesellschaftliche und politische Formen auf solche Grundbedürfnisse wie Nahrung, Wohnung und Schutz vor Gewalt eingehen. Und die Frage einer kritischen und kämpferischen Politik bezieht sich darauf, wie Grundgüter verteilt werden, wie das Leben selbst aufgeteilt wird und wie die ungleiche Verteilung des Werts und der Betrauerbarkeit des Lebens durch gezielte Kriegführung oder durch systematische Ausbeutung oder Gleichgültigkeit hergestellt wird, die Bevölkerungsgruppen in unterschiedlichem Maße prekär und abhängig macht.

Wenn wir in Erscheinung treten, müssen wir gesehen werden, das heißt: Unsere Körper müssen gesehen und ihre vokalisierten Töne gehört werden – der Körper muss in das Feld des Sichtbaren und Hörbaren eintreten. Wir müssen uns aber fragen, warum der Körper, wenn es so ist, aufgeteilt wird in einen Körper, der öffentlich in Erscheinung tritt, spricht und handelt, und in einen anderen, geschlechtlichen und arbeitenden, weiblichen, fremdartigen, stummen Körper, der für gewöhnlich in die private und vorpolitische Sphäre verbannt wird.

Dieser letztere Körper funktioniert als die Vorbedingung des Erscheinens und wird damit zu der strukturierenden Abwesenheit, die die Sphäre der Öffentlichkeit regiert und ermöglicht. Wenn uns aber unser Sprechen und Handeln zu etwas macht, was sich von diesem körperlichen Bereich unterscheidet, müssen wir fragen, wie sich diese Dualität von Körper und Handeln aufrechterhalten lässt, wenn das »lebendige« Wort und die »wirkliche« Tat – die beide eindeutig politisch sind – so eindeutig das Dasein und Handeln eines lebendigen menschlichen Körpers voraussetzen, eines Körpers, dessen Leben eingebunden ist in andere Lebensprozesse.

Vielleicht gibt es für Arendt zwei Bedeutungen des Körpers – einen, der in der Öffentlichkeit erscheint, und einen anderen, der »zurückgezogen« ist ins Private –, so dass der öffentliche Körper einer ist, der sich als Gestalt des sprechenden Subjekts zu erkennen gibt und dessen Rede gleichzeitig Handeln ist. Der private Körper erscheint nie als solcher, weil er mit der repetitiven Arbeit des Reproduzierens der materiellen Lebensbedingungen beschäftigt ist. Er bedingt also den öffentlichen Körper, und die Zweiteilung ist entscheidend für die Aufrechterhaltung der Unterscheidung von Öffentlichem und Privatem. Vielleicht ist es eine Einbildung, dass eine Dimension körperlichen Lebens unsichtbar sein kann und bleiben muss, während eine andere – eine ganz andere – in der Öffentlichkeit erscheint?

Tatsächlich ist dieser Akt öffentlicher Rede, auch innerhalb dieser problematischen Arbeitsteilung, *abhängig* von einer Dimension körperlichen Lebens, die gegeben, passiv, dunkel und damit aus dem Politischen ausgeschlossen ist. Wir können uns also fragen, was den gegebenen Körper daran hindert, sich in den aktiven Körper einzumischen. Sind es zwei ganz verschiedene Körper, und was für eine Politik ist nötig, um sie auseinanderzuhalten? Sind beide zwei unterschiedliche Dimensionen desselben Körpers, oder sind sie in Wirklichkeit der Effekt einer bestimmten Regulation des körperlichen Erscheinens, die von neuen sozialen Bewegungen, von Kämpfen gegen sexuelle Gewalt und für Reproduktionsfreiheit, gegen Prekarität und für Bewegungsfreiheit aktiv bekämpft wird?

Wir sehen hier, dass sich auf theoretischer Ebene eine bestimmte topographische oder sogar architektonische Regulation des Körpers vollzieht. Bezeichnenderweise wird genau diese Machtoperation – Ausschließung und unterschiedliche Verfügung, ob und wie der Körper erscheinen kann – aus Arendts expliziter Erklärung des Politischen ausgeschlossen. Ihre explizite Erklärung des Politischen beruht auf genau jener Machtoperation, die sie nicht als Bestandteil des Politischen begreifen kann.

Ich würde Folgendes akzeptieren: Freiheit entsteht nicht einfach durch dich oder mich. Sie kann entstehen und entsteht durch eine Beziehung, die sich zwischen uns oder, genauer, unter uns vollzieht. Es geht also nicht darum, die menschliche Würde in jeder einzelnen Person zu suchen, sondern um ein Verständnis des Menschlichen als eines gesellschaftlichen Beziehungswesens, dessen Handeln auf Gleichheit beruht und das Gleichheitsprinzip zum Ausdruck bringt. Tatsächlich gibt es für Hannah Arendt nichts Menschliches ohne Gleichheit. Kein Mensch kann nur allein menschlich sein. Und kein Mensch kann menschlich sein, ohne im Zusammenhang mit anderen und unter Voraussetzungen der Gleichheit zu handeln. Ich würde hinzufügen: Die Forderung nach Gleichheit wird nicht nur ausgesprochen oder niedergeschrieben, sondern gerade dann erhoben, wenn Kör-

per zusammen erscheinen, oder vielmehr dann, wenn sie durch ihr Handeln den Erscheinungsraum ins Leben rufen. Dieser Raum ist Bestandteil und Effekt des Handelns, und er funktioniert nach Hannah Arendt nur dann, wenn Verhältnisse der Gleichheit aufrechterhalten werden.

An den revolutionären Demonstrationen auf dem Tahrir-Platz möchte ich zwei Aspekte hervorheben. Der erste hat damit zu tun, wie auf dem Platz eine Gesellschaftlichkeit hergestellt wurde, eine Teilung der Arbeit, die die Geschlechtsunterschiede auflöste, die rotierend darüber bestimmte, wer spricht und wer die Ess- und Schlafplätze reinigt, die einen Arbeitsplan für alle aufstellte, um das Gelände sauberzuhalten und die Toiletten zu reinigen. Kurz, das, was manche als »horizontale Beziehungen« unter den Demonstranten bezeichnen würden, hat ganz einfach, planmäßig und offenbar auch schnell für jene Gleichheitsbeziehungen gesorgt, die eine egalitäre Aufteilung der Arbeit zwischen den Geschlechtern einschloss und damit zum Bestandteil des Widerstands gegen das Mubarak-Regime und seine befestigten Hierarchien und damit auch gegen die ungeheuren Reichtumsunterschiede zwischen seinen militärischen und wirtschaftlichen Unterstützern und der arbeitenden Bevölkerung wurde.

Die soziale Form des Widerstands begann also Gleichheitsprinzipien anzunehmen, die nicht nur regelten, wie und wann Menschen gegen das Regime und für die Medien sprachen und aktiv wurden, sondern auch, wie sie sich um ihre diversen Unterkünfte auf dem Platz kümmerten, um die Schlafplätze, die improvisierten Lazarette und Waschräume, die Essecken und die Orte, an denen Menschen äußerer Gewalt ausgesetzt waren. Diese Tätigkeiten waren allesamt politisch in dem einfachen Sinne, dass sie die übliche Unterscheidung von öffentlich und privat aufbrachen, um Gleichheitsbeziehungen herzustellen. In dieser Hinsicht nahmen sie die Prinzipien, für die sie auf der Straße kämpften, in die Form des Widerstands selbst auf.

Zweitens riefen viele Menschen, wenn sie sich gegen gewalttätige Angriffe oder Drohungen erhoben, das Wort *silmiyya*, dessen Wortstamm *(salima)* soviel bedeutet wie »wohlbehalten, unversehrt, sicher sein«, aber auch »untadelig sein« und darüber hinaus »gewiss sein, klar erwiesen sein, feststehen«. Der Begriff ist hergeleitet aus dem Substantiv *silm*, »Frieden«, das bezeichenderweise auch »die Religion des Islam« bedeutet. *Hubb as-silm* ist das arabische Wort für »Pazifismus«. Für gewöhnlich kommt der Silmiyya-Ruf einer sanften Ermahnung gleich: »friedlich, friedlich«. Auch wenn die Revolution größtenteils gewaltlos war, wurde Gewalt nicht grundsätzlich abgelehnt. Der gemeinsame Sprechgesang sollte vielmehr die Menschen dazu ermuntern, sich nicht auf die Aggression des Militärs – und der Provokateure – einzulassen und das größere Ziel im Auge zu behalten, den

demokratischen Wandel. In eine kurzfristige gewaltsame Auseinandersetzung hineingezogen zu werden, hätte bedeutet, die zur Durchführung der Revolution nötige Geduld zu verlieren.

Der Tahrir-Platz ist natürlich ein Platz, und wir können ihn auf dem Stadtplan von Kairo genau lokalisieren. Wir sehen aber auch die Fragen, die sich durch die Medien ziehen: Werden die Palästinenser ihren Tahrir-Platz haben? Wo ist der Tahrir-Platz in Indien? Er ist also lokalisiert und doch übertragbar, ja er schien von Anfang an übertragbar zu sein, wenn auch nie ganz. Und natürlich ist die Übertragbarkeit der Körper auf diesem Platz undenkbar ohne die Medien. In gewisser Hinsicht haben die Medienbilder aus Tunesien für die Medienereignisse auf dem Tahrir-Platz den Weg bereitet, und dann für all die anderen im Jemen, in Bahrain, Syrien und Libyen, die allesamt unterschiedliche Entwicklungen nahmen und nehmen. Viele der Demonstrationen der letzten Monate richteten sich nicht gegen Militärdiktaturen oder Unterdrückungsregime. Sie richteten sich auch gegen den Monopolkapitalismus, gegen den Neoliberalismus und gegen die Aufhebung demokratischer Rechte, im Namen der Betroffenen von neoliberalen Reformen, die Arbeitsplätze vernichten, ganze Bevölkerungsgruppen in Armut stürzen und das Grundrecht auf Bildung aushöhlen.

Die Straßenszenen werden nur dann politisch wirksam, wenn und sofern wir ein visuelles und hörbares Bild davon haben, das in Echtzeit übermittelt wird, so dass die Medien nicht bloß davon berichten, sondern Teil des Geschehens und der Handlung sind. Wenn das Geschehen auf die Reise geht, ist es gleichzeitig hier *und* dort, und wenn es nicht beide Orte – besser gesagt, viele Orte – übergreifen würde, wäre es nicht das Geschehen, das es ist. Seine Lokalität wird nicht durch die Tatsache negiert, dass das Geschehen über sich hinaus übermittelt und damit in einem globalen Medium konstituiert wird – erst diese Vermittlung macht es zu dem Ereignis, das es ist. Das bedeutet, dass das Lokale außerhalb seiner selbst umgeformt werden muss, damit es zum lokalen Ereignis wird, und das bedeutet wiederum, dass ein bestimmtes globalisierendes Medium da sein muss, damit das Lokale hergestellt werden kann und damit dort wirklich etwas geschehen kann.

Was Körper auf der Straße tun, wenn sie demonstrieren, hängt grundlegend damit zusammen, was Kommunikationsgeräte und -technologien tun, wenn sie »berichten«, was auf der Straße geschieht. Das sind unterschiedliche Aktionen, die aber beide körperliche Handlungen erfordern. Die eine Ausübung von Freiheit verbindet sich mit der anderen. Beide üben also Rechte aus, schaffen zusammen einen Erscheinungsraum und sorgen für dessen Übertragbarkeit. Man könnte zwar meinen, dass sich die Ausübung von Rechten inzwischen auf Kosten der Körper auf den Straßen vollzieht, dass also die Öffentlichkeit durch Twitter und andere virtuelle

Technologien entkörperlicht wird, aber ich würde dem widersprechen. Die Medien können nur dann ihr Ereignis bekommen, wenn diese Körper auf den Straßen sind, auch wenn die Straße nur auf die globale Bühne kommt, wenn es die Medien gibt.

Wenn aber jene mit Kameras oder Internetzugang verhaftet, gefoltert oder verschleppt werden, dann setzt die Verwendung der Technologie tatsächlich den Körper voraus. Es muss nicht nur eine Hand geben, die tippt und sendet, es ist auch ein Körper im Netz, wenn dieses Tippen und Senden aufgezeichnet wird. Die Lokalisierung wird also nicht aufgehoben durch den Einsatz von Medien, die global übertragen können. Und wenn dieses Zusammentreffen von Straße und Medien eine für unsere Zeit typische Form von Öffentlichkeit ist, haben wir uns diese Körper im Netz als sowohl hier wie dort, aktuell und historisch, übertragen und verortet zu denken, wobei jede dieser zwei raumzeitlichen Modalitäten ganz unterschiedliche politische Konsequenzen hat.

Es ist wichtig, dass es sich um öffentliche Plätze handelt, die bis zum Rand gefüllt sind, dass Menschen dort essen und schlafen, singen und nicht von der Stelle weichen. Es ist wichtig, dass es öffentliche Hochschulgebäude sind, die in Athen, London und Berkeley besetzt wurden. In Berkeley wurden Gebäude besetzt und Geldstrafen für Hausfriedensbruch verhängt. In einigen Fällen wurden Studenten wegen Beschädigung von Privatbesitz angezeigt. Diese Anklagen warfen aber gerade die Frage auf, ob die Universität öffentlich oder privat ist. Das erklärte Ziel des Protests – das Gebäude zu besetzen – sollte eine Plattform herstellen, die materiellen Voraussetzungen schaffen, um öffentlich in Erscheinung zu treten. Solche Aktionen finden normalerweise nur dann statt, wenn es keine geeignete Plattform gibt. Diese Studenten, aber auch neuerdings die am Goldsmiths College in Großbritannien, haben Gebäude besetzt, um die Forderung aufzustellen, dass diese Gebäude jetzt und in Zukunft dem öffentlichen Bildungswesen gehören sollen.

Die Besetzung dieser Gebäude hat die symbolische Bedeutung, dass sie der Öffentlichkeit gehören, dem öffentlichen Bildungswesen. Es ist gerade der Zugang zur öffentlichen Bildung, der durch erhöhte Studiengebühren und gekürzte Mittel unterminiert wird; wir sollten nicht überrascht sein, dass der Protest die Form der Besetzung annahm, dass er performativ den Anspruch auf öffentliche Bildung erhob, indem er buchstäblich Zugang zu ihren Gebäuden verlangte, gerade in dem Moment, historisch gesehen, wo dieser Zugang versperrt wird. Anders gesagt, kein positives Recht rechtfertigt diese Aktionen, die gegen die Institutionalisierung ungerechter oder ausschließender Formen von Macht gerichtet sind.

In Kairo schließlich war es nicht nur so, dass Menschen auf dem Platz zusammenströmten – sie waren dort, schliefen dort, verteilten Medikamente und Nahrung, versammelten sich und sangen. Und sprachen. Sie schliefen und aßen

auf dem öffentlichen Platz, bauten Toiletten und Anlagen zur Teilung des Raums und ließen sich nicht nur nicht privatisieren – indem sie sich weigerten, nach Hause zu gehen oder zu Hause zu bleiben –, beanspruchten nicht nur den öffentlichen Raum – indem sie miteinander als Gleiche agierten –, sie behaupteten sich auch als standhaltende Körper mit ihren Bedürfnissen, Wünschen und Notwendigkeiten. Arendtianisch und anti-arendtianisch zugleich – weil diese Körper, die ihre Grundbedürfnisse öffentlich organisierten, auch von der Welt verlangten, zu registrieren, was dort geschieht, ihre Unterstützung zu bekunden und so in die revolutionäre Aktion mit einzutreten. Die Körper handelten gemeinsam, sie schliefen aber auch in der Öffentlichkeit, und sie waren in diesen zwei Modalitäten gleichermaßen vulnerabel und fordernd, gaben elementaren körperlichen Bedürfnissen eine politische und räumliche Organisation. Auf diese Weise machten sie sich zu Bildern, die allen, die zusahen, vor Augen geführt werden sollten, forderten uns dazu auf, zu empfangen und zu antworten, um für eine Medienberichterstattung zu sorgen, damit das Ereignis nicht unterdrückt wird oder untergeht. Auf dem Pflaster zu schlafen, war nicht nur eine Form, Öffentlichkeit zu beanspruchen, die Legitimität des Staates in Frage zu stellen, sondern eindeutig auch eine Form, den Körper in seiner Standhaftigkeit, Hartnäckigkeit und Prekarität ins Netz zu stellen und damit für die Zeit der Revolution die Unterscheidung von öffentlich und privat zu überwinden.

Mit anderen Worten, erst als diese Bedürfnisse, die privat bleiben sollen, auf dem Platz an den Tag kamen, bis spät in die Nacht, erst als sie zu Bild und Wort für die Medien wurden, wurde es möglich, den Raum und die Zeit des Ereignisses mit solcher Beharrlichkeit auszuweiten, dass das Regime zusammenbrach. Die Kameras wurden nicht abgestellt, Körper befanden sich da und dort, hörten nicht auf zu sprechen, auch nicht im Schlaf, konnten dadurch nicht zum Schweigen gebracht, isoliert oder negiert werden – die Revolution fand statt, weil alle sich weigerten, nach Hause zu gehen, auf der Straße blieben, miteinander agierten.

Gekürzte Fassung eines Vortrags im Rahmen der Reihe »The State of Things«, veranstaltet vom Office for Contemporary Art Norway (OCA), in Venedig, 7. September 2011. Aus dem Amerikanischen von Thomas Laugstien

LITERATUR

Agamben, Giorgio, 2002: *Homo sacer. Die souveräne Macht und das nackte Leben*, Frankfurt am Main.
Arendt, Hannah, 1955: *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, Frankfurt am Main (engl. 1951).
Dies., 1967: *Vita activa oder Vom tätigen Leben*, München (engl. 1958).
Cavarero, Adriana, 1992: *Platon zum Trotz. Weibliche Gestalten in der Philosophie*, Berlin.

1 Das »Recht, Rechte zu haben« wurde von Hannah Arendt schon Anfang der 1950er Jahre in ihrem Totalitarismuswerk eingeführt (1955, 614); Anm. d. Übers.





Occupy Köln,
Stefan Ostler

OCCUPY WALL STREET

EINDRÜCKE UND VORLÄUFIGE ÜBERLEGUNGEN

RICHARD D. WOLFF

JAN REHMANN

Soziale Bewegungen werden nicht am Reißbrett entworfen und brechen auch nicht als rätselhafte »Ereignisse« aus dem Nichts hervor. Sie entstehen aus verschiedenen Initiativen und Dynamiken, die sich komplex überlagern und überdeterminieren. Die vorbereitenden Planungen sind sicherlich nicht zu unterschätzen: Das kanadische Netzwerk *Adbusters* startete Mitte Juli einen Aufruf, bald beteiligten sich auch *US Day of Rage*, *Anonymous* und die *NYC General Assembly*, die zumeist aus *New Yorkers Against Budget Cuts* hervorging. Zu einer ersten Besetzung am 27. September erschienen ca. 2 000 Leute – weit weniger als erwartet. Die Initiative hätte verebben können, aber ihre entschiedene gewaltlose Militanz traf auf den Resonanzraum angestauter Problemlagen. Die im September veröffentlichten Statistiken des Census Bureau zeigen, dass die Armut unter Obama einen Höchststand von offiziell 15,1 Prozent erreicht hat, wobei die wirklichen Zahlen konservativ geschätzt eher bei einem Viertel der Bevölkerung liegen dürften.

Reformvorhaben und Konjunkturpakete haben nicht verhindert, dass sowohl die Einkommenspolarisierung als auch Arbeits- und Obdachlosigkeit rasant zunehmen. Halbherzigkeit und Hilflosigkeit der Obama-Regierung sind offensichtlich. Bei vielen verschuldeten Studienabgängern, prekär Beschäftigten, Gewerkschaftern, bedrohten Mittelschichten haben sich Enttäuschung, Resignation, Wut angestaut. Offensive Aktionen waren sowohl von Gewerkschaftsseite als auch von der Friedensbewegung für den Herbst geplant. Vor diesem Hintergrund konnten die vorbereiteten Initiativen »zünden«. Sie wirkten als Befreiung und Ermutigung. Allein schon das Ausharren der BesetzerInnen, ihr Mut und ihre Ausdauer erzeugen Bewunderung und werden somit selbst zu einem gewichtigen Faktor in den hegemonialen Kämpfen.

Bedeutend sind die Besetzungen nicht zuletzt in ihrer Auswirkung auf die Linke im weitesten Sinne. Seit 40 Jahren geht es mit ihr bergab. Sie ist entmutigt, weil die politische Hegemonie nahezu ausschließlich zwischen der Rechten und dem »Zentrum« ausgefochten wird. Auch eigene Hilflosigkeit oder Untätigkeit hat sie resignieren lassen. Der gewerkschaftliche Organisierungsgrad liegt in der Privatwirtschaft bei 6,9 Prozent. Sozialistische oder kommunistische Parteien sind nahezu verschwunden. Einpunktbewegungen hatten ihren Auftrieb, sind aber entweder erschöpft oder wurden vom Mainstream aufgesogen.

Alle diese Linken, die bewussten wie die impliziten, spricht Occupy Wall Street (ows) nun an. Mit der Botschaft »Du bist nicht allein, sondern Teil einer Massenbewegung«, erreicht sie Millionen US-Bürger. Sie sammelt und mobilisiert die Linke, und dies erfolgreicher als die meisten Massenbewegungen vor ihr.

Eine entscheidende Dimension der ows-Bewegung ist ihr breit angelegter und inklusiver Charakter. Die Menschen werden angesprochen und organisiert auf Grundlage der einfachen wie einleuchtenden Entgegensetzung zwischen den 99 Prozent, zu denen sie sich zugehörig fühlen, und dem einen Prozent, dem die Finanzinstitutionen und Großunternehmen gehören und das die Regierung kontrolliert. Der sozialökonomische Gehalt dieser Gegenüberstellung ist soeben vom offziellen Congressional Budget Office Bericht zur Einkommensentwicklung bestätigt worden. Dieses eine Prozent, das die Krise verursacht hat, nutzte seinen Regierungseinfluss dazu, um sich auf Kosten der 99 Prozent entschädigen zu lassen. Auf dieser Grundlage verbindet sich die Kritik am ökonomischen Versagen mit der an einer undemokratischen Politik. Hinzu kommt ein deutlicher Schwerpunkt auf ökologischen Forderungen sowie eine lange Liste eher klassisch-linker Anliegen wie allgemeine Krankenkasse und Verstaatlichung der Banken.

Die ows-Initiative ist offen und einladend. Die programmatischen Aussagen sind allgemein formuliert, breit angelegt und flexibel. In der Selbstdarstellung legt man ein besonderes Augenmerk auf Gemeinschaft, Solidarität, Kreativität und Freude, die die Aktivisten in ihren Engagement finden. Dem passiven Ausgeliefertsein der Vereinzelten wird die Lust am gemeinsamen Tun-Können entgegengesetzt.

Die ows-Bewegung verfügt nur über minimale Organisationsstrukturen – das entspricht ihrer Skepsis gegenüber hierarchischen Strukturen. Dennoch ist sie *de facto*

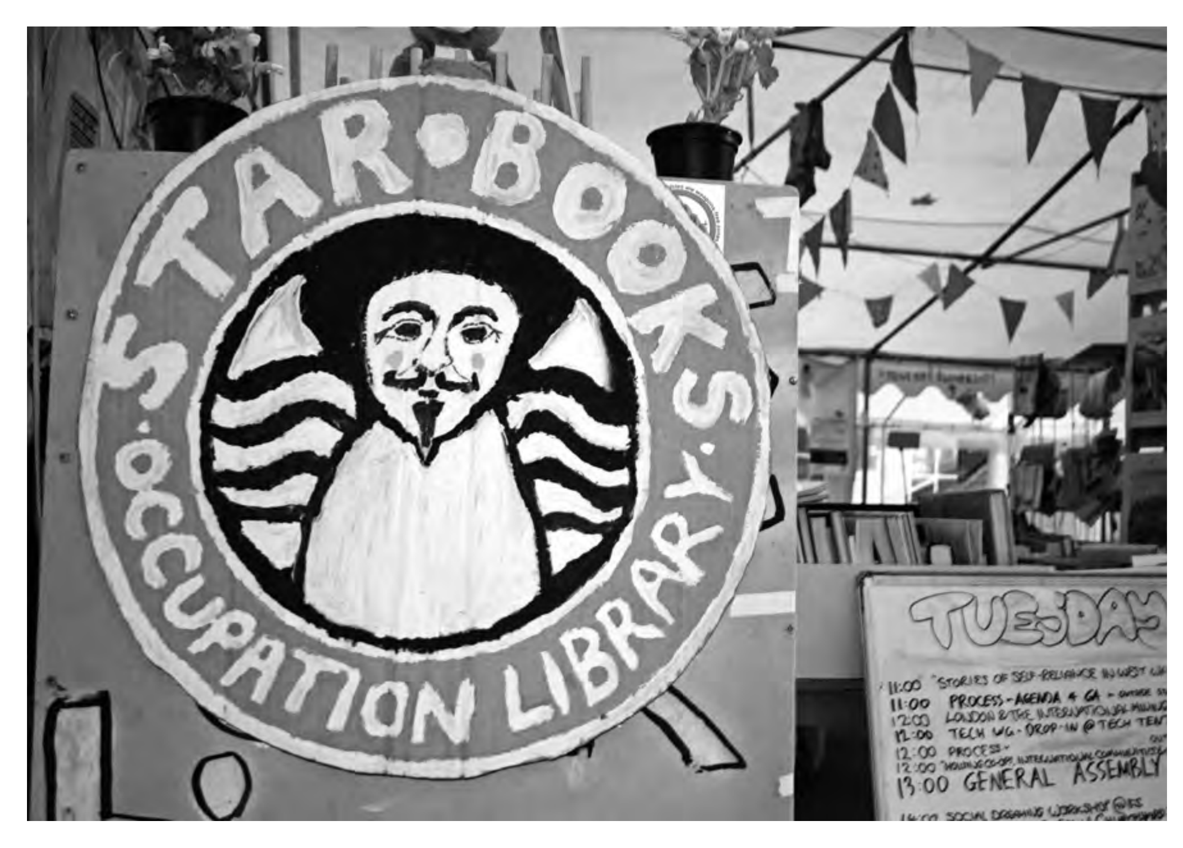


Occupy Monopoly, London KOREphotos

erstaunlich gut und effektiv organisiert. Das rasche Anwachsen der Bewegung wurde bislang ausgezeichnet bewältigt. Sie war in der Lage, komplexe Manöver mit der Polizei und anderen Staatsapparaten durchzuführen. Die interne Logistik im Zuccotti Park läuft wie am Schnürchen. Das Übernachten, die täglichen Verpflegung, die Reinigung des Platzes, die medizinische Betreuung – das zu organisieren, sind schwierige Herausforderungen. Hinzu kommen umfangreiche Weiterbildungsmaßnahmen (Seminare, akademische Vorträge, offene Foren), eine öffentliche Bücherei auf einer Seite des Platzes, die Organisation gemeinsamer Debatten und Entscheidungen in der Generalversammlung, der Umgang mit schnell anwachsenden Pressekontakten, die Vorbereitung und Durchführung von Kulturveranstaltungen usw.

Dass es den Organisatoren gelang, an einem Tag (dem 15. Oktober) mehrere große Demonstrationen und Kundgebungen auf eine Weise zu organisieren, dass sie sich nicht Konkurrenz machten, sondern wechselseitig verstärkten, zeugt von großer politischer Klugheit. Es gibt kulturelle Neuschöpfungen: Das Verbot von Mikrophonen und Megaphonen hat eine neue Form der Massenkommunikation hervorgebracht, bei der die ZuhörerInnen die gehaltenen Reden über wiederholende Sprechchöre weiterverbreiten – Satz für Satz, jeden Satz in mehreren Echowellen. Geht der Kontakt mit den äußeren Reihen verloren, wird die Rede durch den Chor »mic check!« unterbrochen. Beeindruckend ist bereits, dass dies funktioniert. Hinzu kommt, was man etwas altertümlich die Klugheit und Kreativität der Massen nennen könnte. Der Zwang zu kurzen Sätzen sowie das kombinierte Hören-Sprechen schaffen eine intensive Verbindung zur Sprache und zum Miteinander, sind ästhetisches Kunstwerk und Aktionstheater in einem.

Zwei zentrale Probleme lassen sich jetzt schon benennen. Zum einen das schlichte Überleben der Bewegung: Schon die winterliche Kälte kann zum Rückzug zwingen; eine Neuauflage der Konfrontation durch die Polizei (wie z.B. die Räumung des Platzes aus angeblich sanitären Gründen), Gewaltausübung durch politische Gegner, durch Teile der Besetzer selbst oder durch eingeschleuste Agenten; das Aufbrechen innerer Streitigkeiten, die enttäuschte Abwendung eines Teils der Aktivisten, Spannungen zwischen Aktivisten und mitwohnenden Drogenabhängigen usw.



Starbooks Library, Occupy London KOREphotos

Zum anderen die Gefahr, von *Mainstream*-Organisationen für die eigenen Zwecke kooptiert zu werden. Die Demokratische Partei wünscht sich nichts sehnlicher, als die ows-Bewegung einzuspannen, um den Obama-Enthusiasmus von 2008 für das Wahljahr 2012 wiederzubeleben. Die traditionelle Gewerkschaftsbewegung ist an Bündnissen mit ows-Initiativen interessiert, um ihre Bemühungen zur gewerkschaftlichen Organisierung der Unorganisierten voranzubringen.

Bisher hat die ows-Bewegung sorgsam darauf geachtet, sowohl die lobenden Kommentare aus der Demokratischen Partei als auch die Kooperationsbereitschaft der Gewerkschaften zu befürworten und zu begrüßen. Dies verschaffte ihr drei Vorteile: Zum einen veränderte die Unterstützung durch führende Vertreter der Demokratischen Partei wie z.B. Nancy Pelosi die Berichterstattung der Medien, die nun nicht mehr in erster Linie von seltsamen Hippies, Taugenichtsen und verkrachten Existenzen, sondern von einer »wichtigen neuen sozialen Bewegung« berichteten; zum zweiten wurde der Polizei signalisiert, dass weitere Repressionen gegen die Demonstranten auf Ablehnung in breiten Bereichen der Gesellschaft stoßen würden; zum dritten wurde viele Sympathisanten, die der ows-Bewegung aus Angst vor sozialer Isolation fernblieben, dazu ermutigt, sich aus erster Hand zu informieren oder sich an ows-Aktivitäten zu beteiligen.

Richard Trumka, Vorsitzender der AFL-CIO, besuchte ows schon frühzeitig, betonte ihre

Legitimität und untertützte sie de facto. Dies ermöglichte den lokalen Gewerkschaften, sich an der Bewegung zu beteiligen, ohne Schwierigkeiten mit der Führung des Dachverbands befürchten zu müssen. So solidarisierten sich z.B. die Gewerkschaften der Lehrer und der Kommunikationsbranchen und schützten die ows-Bewegung vor der Polizei, die ebenfalls zu einem großen Teil gewerkschaftlich organisiert ist. Die Gewerkschaften haben mittlerweile Versammlungsräume angeboten. Die ows-Bewegung hat wiederum Demonstrationszüge zu den gerade ablaufenden Streikaktionen, v.a. dem großen Verizon Streik und dem kleineren Streik beim Sotheby's Auktionshaus, organisiert. Das Verhältnis zwischen den Gewerkschaften und einer linken, antikapitalistischen Bewegung ist weitaus enger als früher.

Unserem Eindruck nach orientieren die meisten Aktivisten in ows auf eine neue Bewegung, die sich den bestehenden politischen und gesellschaftlichen Organisationen weder unterordnen noch von ihnen kooptieren lässt. Dies eröffnet die Möglichkeit, dass sich aus der ows-Bewegung (oder in Wechselwirkung mit ihr) eine unabhängige Formation der Linken herausbildet. Ob dies gelingt, hängt wiederum von mehreren Faktoren ab: von der strategischen Weitsicht der ows-Aktivisten, insbesondere hinsichtlich der historischen Erfahrung, dass soziale Bewegungen ohne nachhaltige Auffangstruktur wieder abebben; von der Bereitschaft und Fähigkeit ihrer Bündnispartner, sich auf neue Aktionsformen und Entscheidungsprozeduren einzulassen, zuzuhören und zu lernen, statt alte Rezepte anzuwenden; von der Präsenz einer solidarischen, nicht-kooptierten und zugleich nicht-sektiererischen Linken; von der Zusammenarbeit mit Intellektuellen, die in der Analyse und Kritik des gegenwärtigen High-Tech-Kapitalismus bewandert sind, usw.

Jeder Artikel, der nicht am gleichen Tag veröffentlicht wird, läuft Gefahr, bei Erscheinen schon veraltet zu sein. Niemand kann mit Sicherheit voraussagen, ob die ows-Bewegung überleben oder wie sie sich weiterentwickeln wird. Alle Aspekte ihres gegenwärtigen Funktionierens und ihrer künftigen Orientierung sind Gegenstand intensiver und komplizierter Debatten. Klar ist aber jetzt schon, dass viele Menschen in den USA ein großes Bedürfnis nach neuen politischen Ausdrucksformen und einem grundlegenden Wandel haben. Die ows-Bewegung erscheint ihnen als die beste Gelegenheit seit langem. Es gibt zur Zeit auch keinen Grund, dem Drängen der Medien und einiger »gutmeinenden« Bündnispartner nachzugeben und sich auf eine präzise Forderungsliste festzulegen. Für eine so schnell anwachsende und sich verbreiternde Bewegung wäre dies voreilig. Entscheidend sind nicht fertige Forderungen, die dann von den bereitstehenden Apparaten und ihren Ideologen »sachlich geprüft«, partiell ausgewählt und »weiterverarbeitet« werden, sondern die Debatten um eine Alternative zum gegenwärtigen Kapitalismus selbst mitsamt der mit ihnen verbundenen demokratischen Diskussionskultur. Das Interesse an fundierter marxistischer und sozialistischer Kapitalismuskritik ist beachtlich. Indem die ows diese Kritik in ihre Debattenkultur mit einbezieht, kann sie einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung und Aktualisierung einer linken Alternative im 21. Jahrhundert leisten.


BANKEN
IN DIE
SCHRANKE


Wir sind system. relevant!
DEM DEUTSCHEN VOLKE

WIR SIND DIE 99 PROZENT

WE ARE THE 99 PERCENT

WIR SIND DIE 99 PROZENT

WIR SIND DIE 99 PROZENT

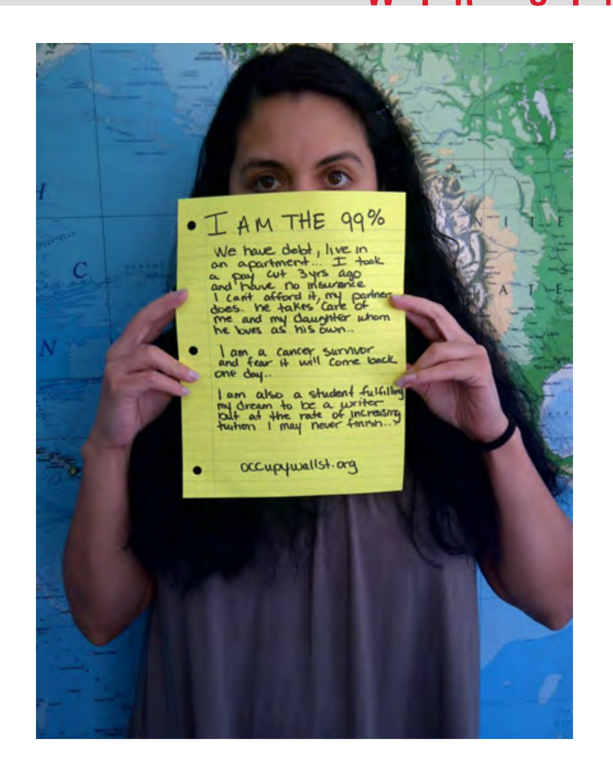
Wer wir sind? Wenn du das hier liest, bist du mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 Prozent einer oder eine von uns.

Du weißt nicht, ob du in diesem Monat die Miete aufbringen kannst. Du bist krank und stehst es durch, weil du dir das Kranksein nicht leisten kannst. Du versuchst, einen Berg an Schulden zu bewegen, der nicht kleiner zu werden scheint, egal wie sehr du dich bemühst. Du machst alles, was von dir erwartet wird. Du kaufst im Billigladen. Du nimmst einen zweiten Job an. Du machst Seminare, um deine Qualifikationen zu verbessern. Aber es reicht nicht. Es reicht nie. Die Angst, die Enttäuschung, die Ohnmacht sind noch da, sie kreisen wie Krähen über dir. Jeder Monat, den du schaffst, ist ein Sieg – aber ein Pyrrhussieg: Wenn der eine Berg geschafft ist, kannst du an nichts anderes denken als an den nächsten und daran, wie viel schwieriger alles sein wird.

Sie sagen, es ist, weil du faul bist. Sie sagen, es ist, weil du falsche Entscheidungen triffst, weil du verwöhnt bist. Wenn du dich nur ein bisschen öfter bewerben würdest, ein bisschen härter arbeiten, ein bisschen besser planen würdest – alles würde in deinem Sinne laufen. Weshalb brauchst du weitere Hilfe? Haben sie etwa nicht genug geholfen? Sie sagen, du hast niemandem Vorwürfe zu machen als dir selbst. Sie sagen, es ist deine Schuld.

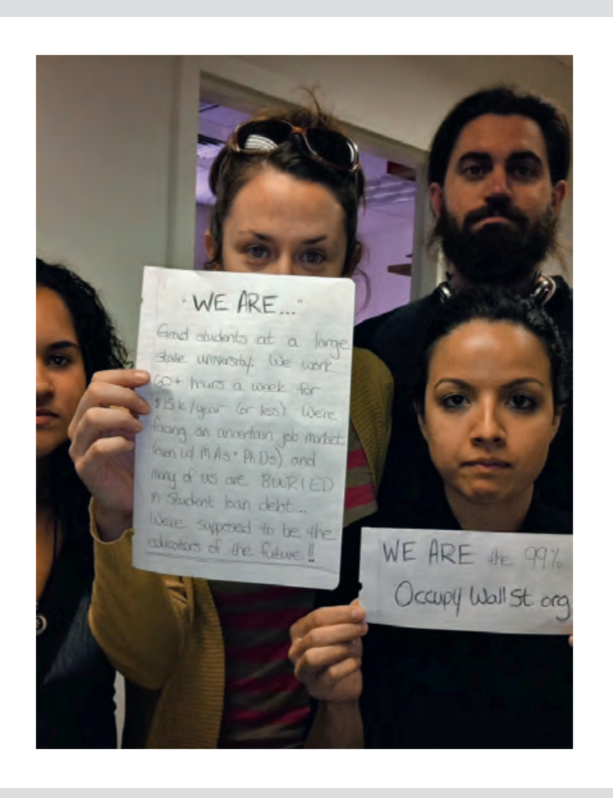
Sie sind das eine Prozent. Sie sind die Banken, die Kreditinstitute, die Versicherungsindustrie. Sie sind die Wichtigen. Sie brauchen Hilfe und erhalten einen Rettungsschirm – und werden gefeiert, weil sie Arbeitsplätze geschaffen haben. Wir brauchen Hilfe und bekommen nichts. Wir leben in einer Gesellschaft, die für sie gemacht ist, nicht für uns. Es ist ihre Welt, nicht unsere. Wenn wir Glück haben, lassen sie uns für sie arbeiten, solange wir das Ausmaß ihre Wohltätigkeit nicht in Frage stellen.

Wir sind die 99 Prozent. Wir sind all die anderen. Und wir werden nicht mehr still sein. Es ist an der Zeit, dass das eine Prozent uns ein bisschen besser kennen lernt. […] Warum bist du 99 Prozent?



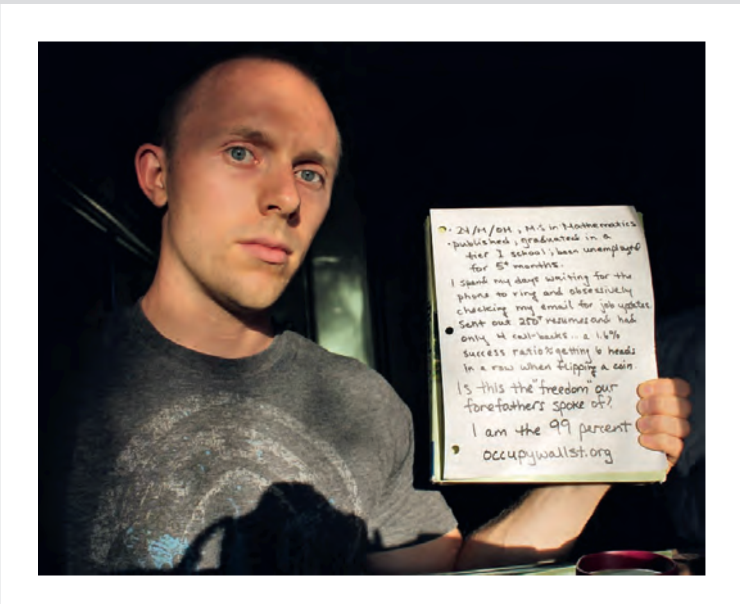
Ich bin die 99 Prozent.
Wir haben Schulden, leben in einer Wohnung. Vor 3 Jahren hatte ich eine Gehaltskürzung und keine Krankenversicherung mehr. Ich kann sie mir nicht mehr leisten. Mein Partner sorgt für mich und meine Tochter, die er wie seine eigene liebt. Ich habe den Krebs überlebt und Angst, dass er eines Tages zurückkommen könnte. Ich bin Studentin und träume davon, Schriftstellerin zu werden. Aber mit den erhöhten Studiengebühren kann es sein, dass ich niemals den Abschluss machen kann.

http://wearethe99percent.tumblr.com/post/12071729808/i-am-the-99-we-have-debt-live-in-an-apartment



Wir sind Doktoranden an einer großen Universität. Wir arbeiten über 60 Stunden für 15 000 Dollar oder weniger im Jahr. Wir sehen uns einem unsicheren Arbeitsmarkt gegenüber (selbst mit M.A. oder Promotion), viele von uns sind begraben unter Studienkrediten und auf Lebensmittelmarken angewiesen. Eigentlich sollten wir die Lehrenden der Zukunft sein!!
Wir sind die 99 Prozent.

http://wearethe99percent.tumblr.com/post/12071561112/we-are-grad-students-at-a-large-state



Ich bin 24 Jahre alt und lebe bei meinen Eltern in Ohio auf dem Land. Ich habe meinen Abschluss in Mathematik gemacht, die Arbeit wurde veröffentlicht, 3 Prüfungen als Versicherungsmathematiker kann ich vorweisen und einige Jahre Lehrerfahrung. Ich habe hart gearbeitet und bin seit 5 Monaten arbeitslos. Meine Tage sind angefüllt mit dem Schreiben von Bewerbungen, dem Überarbeiten des Lebenslaufs und dem Warten, dass das Telefon klingelt. Ich kenne dieses Gefühl … ein seltsamer Anklang ans Lottospielen. Jeder Tag ist ein neuer Tag und könnte den großen Treffer und ein Bewerbungstelefonat bringen. Das gleiche hoffe ich auch für meine Mutter und meinen kleinen Bruder, die beide schon sehr viel länger als ich arbeitslos sind. Und für meinen Vater, der 60 Meilen entfernt eine zweite Schicht arbeitet. Meine Ersparnisse gehen für Lebensmittel, Benzin, Rechnungen und das Abzahlen der Studienkredite drauf. Rein rechnerisch können wir nicht auf immer verlieren und Wall Street auf immer gewinnen... und wir haben weit länger gewartet als der Mittelwert.
Dank an die Protestierenden von OWS! Ich wünschte, ich könnte dabei sein, aber meine Familie braucht mich.

http://wearethe99percent.tumblr.com/post/11580125681/im-a-24-year-old-living-in-rural-ohio-with-my

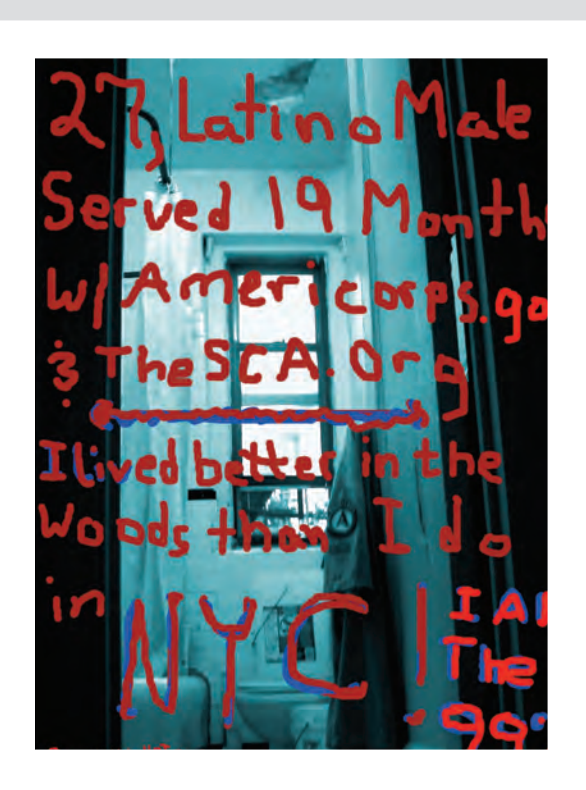
WE ARE THE

WIR SIND DIE 99 PROZENT



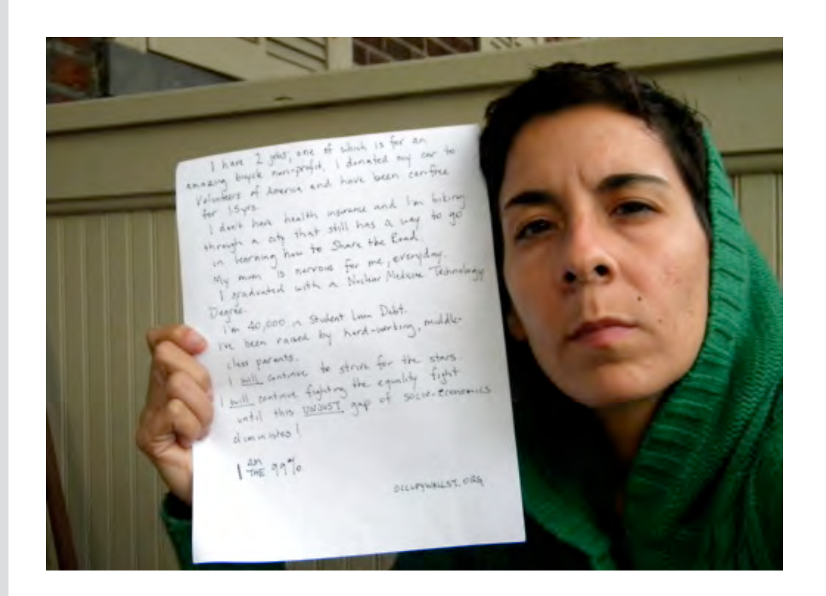
Mein Mann und ich besitzen ein kleines Unternehmen. Wir beschäftigen acht Leute, von denen einige seit Jahren keine Anstellung hatten. Wir bauen einen Großteil unseres Essens selbst an, hacken Holz zum Heizen, kaufen unsere Kleidung im Second-Hand-Laden und kaufen nichts, was nicht sein muss. Nach Versicherung und Steuern können wir uns kaum über Wasser halten. Wir verstehen nicht, warum große Unternehmen die Arbeitsplätze auslagern können, keine Steuern zahlen und trotzdem riesige Gewinne machen, während die kleinen Unternehmer Schaden nehmen. Oder ist es wegen des vielen Geldes, das die Unternehmen der Politik zuschieben? Die Revolution hat begonnen! Wir sind die 99 Prozent.

http://wearethe99percent.tumblr.com/post/12071467526



Ich habe 19 Monate im Freiwilligendienst AmeriCorps quer durch die Staaten gearbeitet. Ich habe in staatlichen Wäldern, in Naturschutzparks und mit Kindern und Erwachsenen in der Gemeinde gearbeitet. Die Mieten in New York City sind zu hoch. Ich habe eine Vollzeitstelle an einem großen New Yorker Museum und kann mir trotzdem keine Einzimmerwohnung in der Bronx leisten! Ich bin die 99 Prozent.

http://wearethe99percent.tumblr.com/post/11681725333/i-served-throughout-the-states-of-ny-ma-and-id



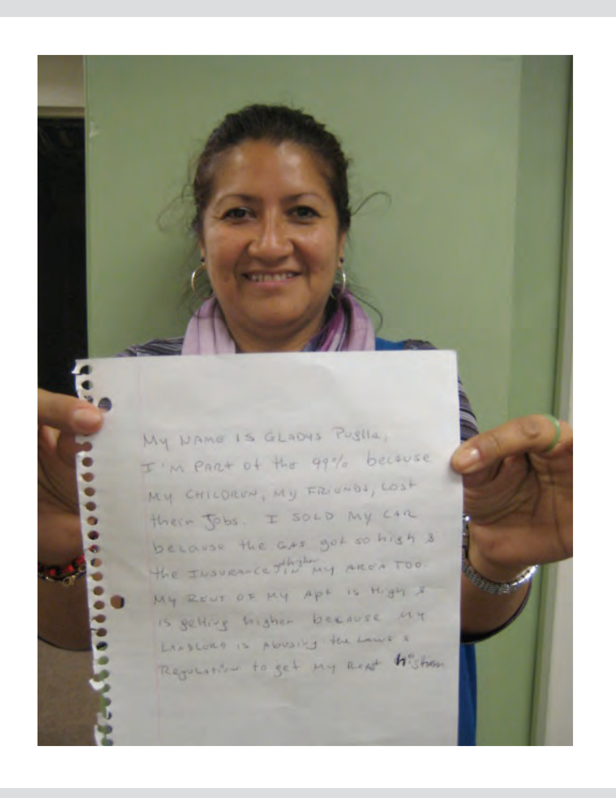
Ich arbeite auf zwei Stellen, auf einer davon für einen gemeinnützigen Fahrradladen.
Ich habe an den Sozialdienst Volunteers of America mein Auto gespendet und lebe seit anderthalb Jahren autofrei. Ich habe keine Krankenversicherung und fahre mit dem Rad durch diese Auto-Stadt. Meine Mutter hat jeden Tag Angst um mich. Ich habe jeden Tag Angst um mich.
Ich habe einen Abschluss in Nuklear-Medizintechnik. Weil die Krankhäuser »Berufserfahrung« wollen, werde ich nicht eingestellt – aber wie soll ich denn sonst Berufserfahrung sammeln?! Mehr als eine Rechnung über 40 000 Dollar Studienkredit kann ich nicht vorweisen. Meine Eltern sind hart arbeitende Mittelschichtangehörige.
Es liegt in unseren Händen, dass die 99 Prozent ökonomische Ungleichheiten bekämpfen, bis dieser UNGERECHTE Graben sich verringert.

http://wearethe99percent.tumblr.com/post/11590240606/i-have-2-jobs-one-of-which-is-anamazing-bicycle



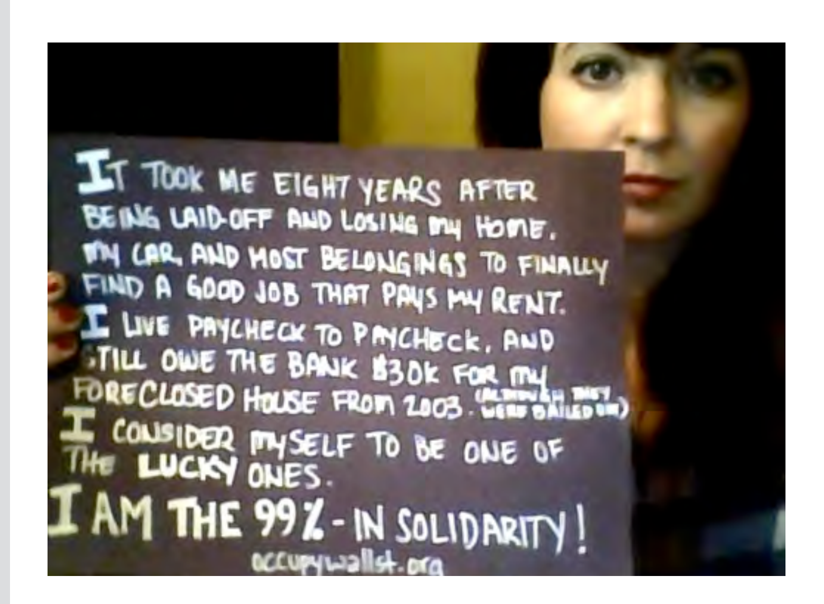
Ich bin 58 Jahre alt und leide an Prostata-Krebs. Arbeitslos. Der Versicherungsschutz des öffentlichen Dienstes läuft aus. Bald werde ich mir keine Krankenversicherung mehr leisten können. Ich bin die 99 Prozent.

http://wearethe99percent.tumblr.com/post/11478597228/i-am-58-with-prostate-cancer-out-of-work-cobra



Ich heiße Gladys Puglla. Ich gehöre zu den 99 Prozent, weil meine Kinder und meine Freunde ihre Arbeit verloren haben. Ich habe mein Auto verkauft, weil das Benzin und die Versicherung so teuer geworden sind. Die Miete von meiner Wohnung ist hoch und steigt weiter, weil der Vermieter die gesetzlichen Beschränkungen umgeht, um die Miete weiter zu erhöhen.

http://wearethe99percent.tumblr.com/post/13110821282/my-name-is-gladys-puglla-im-part-of-the-99



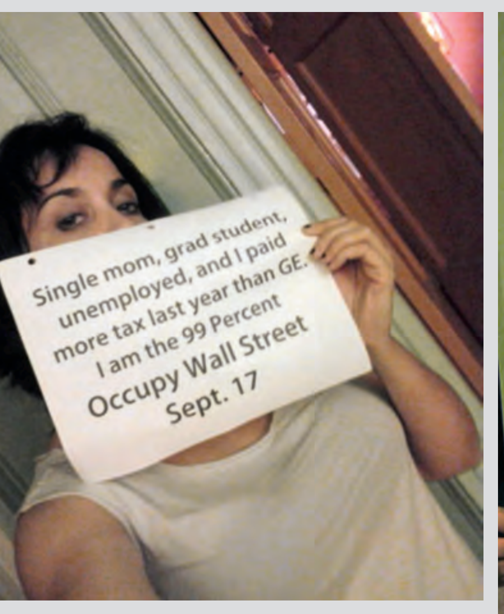
Es hat acht Jahre gedauert – nachdem ich meine Arbeit, mein Haus, mein Auto und fast alles, was ich besaß, verloren hatte –, bis ich endlich wieder eine gute Arbeit gefunden habe, mit der ich die Miete zahlen konnte.
Ich lebe von Zahltag zu Zahltag, ich schulde der Bank noch 30 000 Dollar von der Zwangsräumung im Jahr 2003 (obwohl die Bank den Bail-Out genutzt hat).
Ich sehe mich als eine, die Glück hatte. Ich bin die 99 Prozent – in Solidarität!

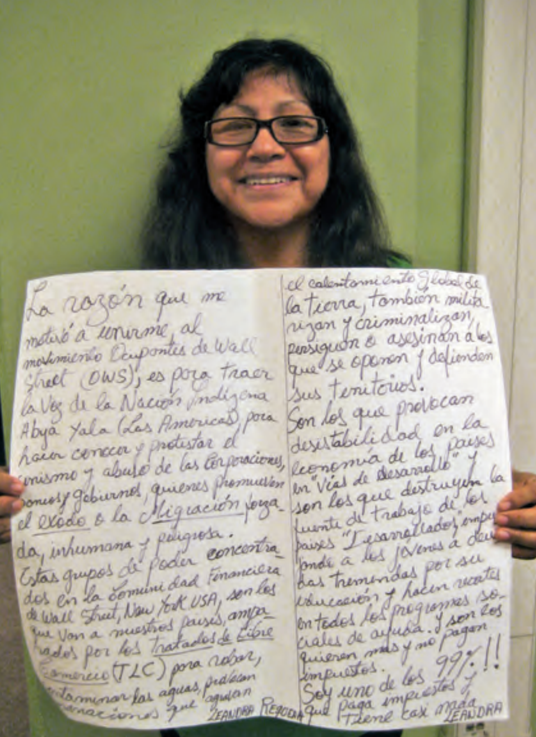
http://wearethe99percent.tumblr.com/post/11283533578/it-took-me-eight-years-after-being-laid-off-and

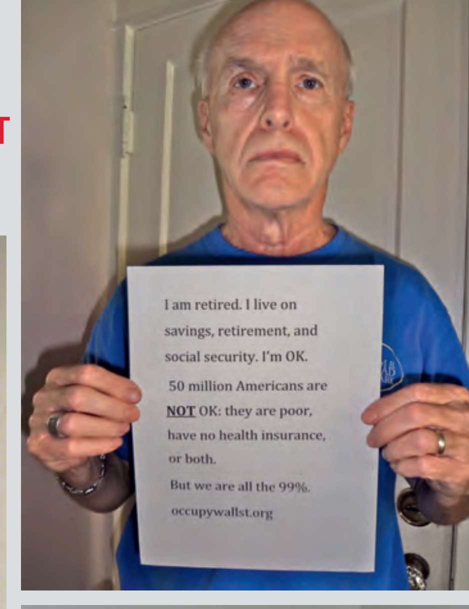
Texte aus dem Amerikanischen von Christina Kaindl

WE ARE THE

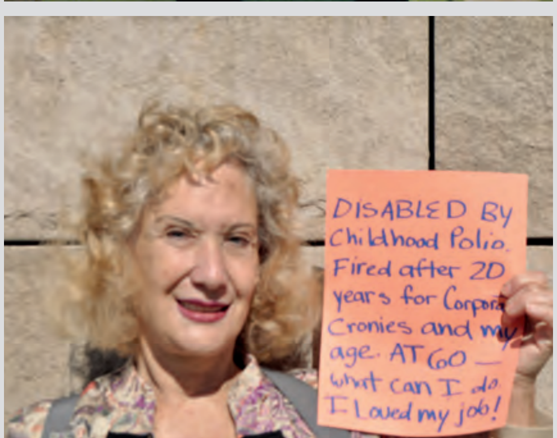
WIR SIND DIE 99 PROZENT



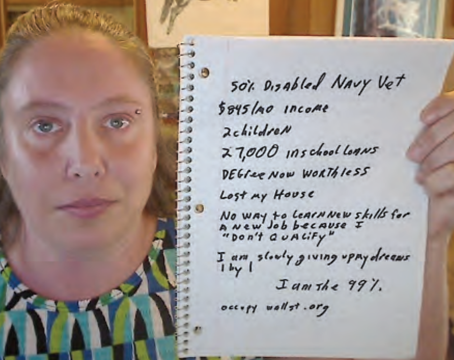






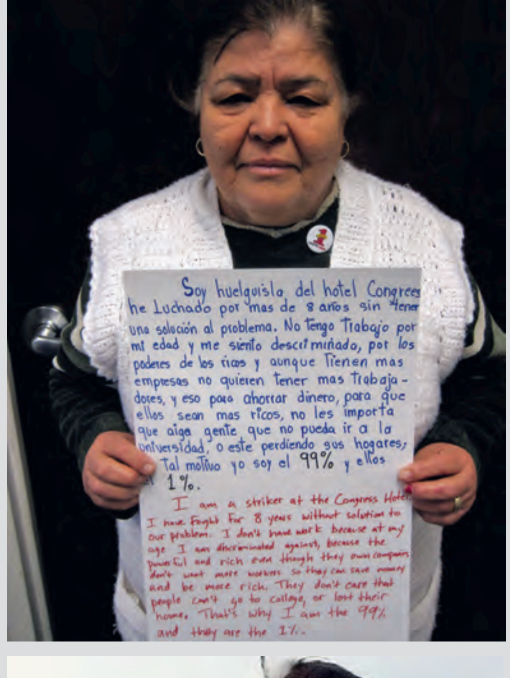


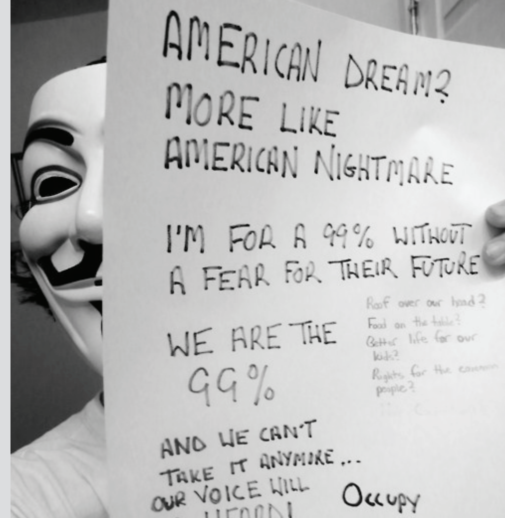






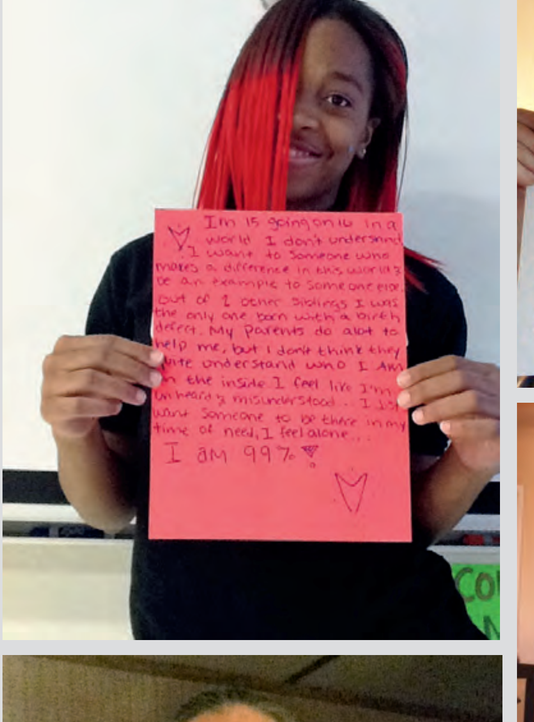


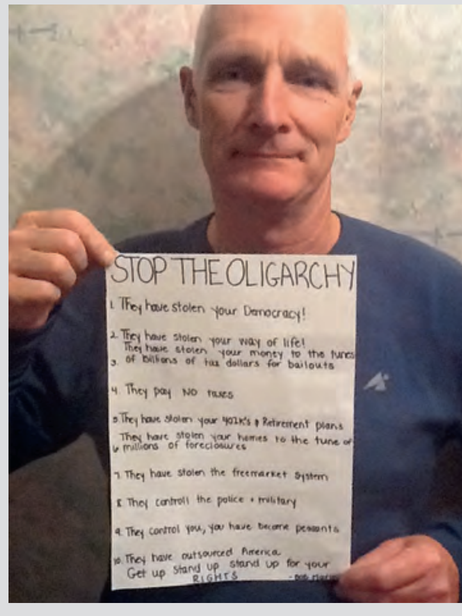


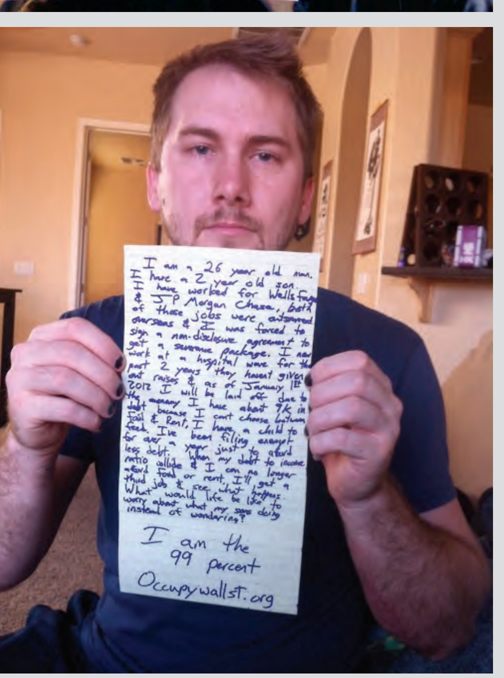


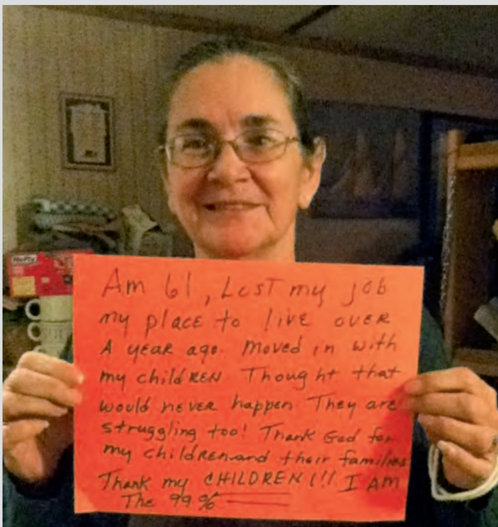














WIR SIND DIE 99 PROZENT

99 PERCENT

OCCUPY WALL STREET ÖFFNET POLITISCHE RÄUME FÜR DIE US-LINKE

ETHAN YOUNG

Not people's park
people's planet, can they
fence that one in, bulldoze it
4 a.m.?
Können sie, nach dem People's Park,
auch die ganze Erde einzäunen
und plattwalzen
morgens um vier?
Diane di Prima,
Revolutionary Letter #38 (1969)

Das als Occupy Wall Street (ows) bekannt gewordene Ereignis, mittlerweile eine Bewegung, vereint Elemente von drei Massenreaktionen auf verschiedene Krisen zu unterschiedlichen Zeiten in den USA.

Obdachlose und verarmte Familien errichteten zu Beginn der Großen Depression notdürftige Behausungen, meist an den Rändern größerer Städte. Diese Elendsviertel hießen umgangssprachlich Hoovervilles – ein Begriff, der sich gegen den Präsidenten richtete, der während des wirtschaftlichen

Kollapses bis zum Schluss das freie Marktkapital hochhielt. Sie wurden zum Symbol für die Auswirkungen von Massenarmut auf eine gesellschaftliche Ordnung, die durch Weltkrieg und Finanzkollaps bereits schwer erschüttert war. Die Mobilisierung protestierender Menschen erfolgte damals über Mundpropaganda.

Das kalifornische Berkeley verwandelte sich in den Jahren nach dem Free Speech Movement 1964 von einer beschaulichen Studentenstadt zu einem Mekka der Gegenkultur und revolutionären Politik. Nach den Ereignissen von 1968, die das öffentliche Vertrauen in die Regierung erschütterten, gab es in der Region Zehntausende radikalisierter Studierender, politischer Aktivisten und vagabundierender Freaks. Im April 1969 wurde ein zur Universität gehöriger Parkplatz besetzt und in People's Park umbenannt. Die Teilnehmenden reagierten damit auf einen Artikel im *Berkeley Barb*, der lokalen Untergrundzeitung. Im People's Park wurden Gebrauchsgüter geteilt, Gegenkultur gelebt und politische Diskussionen geführt, bis er nach zwei Monaten von einem zwei Meter hohen Zaun und Polizeiwachen umstellt wurde.

Der »Battle in Seattle« von 1999 richtete sich gegen eine WTO-Konferenz, die in einer Stadt mit einem hohen Anteil an Studierenden, Aktivisten und Gewerkschaftsmitgliedern stattfand. Der Protest war weitaus breiter und militanter, als nach Jahren relativer Ruhe innerhalb der Linken erwartet wurde. Der leichte Zugang zu Informationen und die einfache Massenkommunikation, beides auf Grundlage des Internets, ermöglichten diesen einzigartigen Moment, in dem viele soziale Bewegungen zusammenkamen und die Machenschaften des globalen Kapitals ins kollektive Bewusstsein drangen.

Ob Depression oder Rezession, wir befinden uns heute in einer Wirtschaftskrise wie 1930. Wie 1969 haben heute Millionen das Vertrauen in die Regierung verloren, einige geben der Macht des herrschenden »einen Prozents« die Schuld dafür, andere Obama (TIME 2011). Hinzu kommt die im Vergleich zu 1999 gestiegene und mittlerweile massenhafte Präsenz und Nutzung sozialer Medien. All diese Faktoren machten OWS sowohl politisch als auch kulturell zu einem Volltreffer. OWS stellt sich gegen die rechtspopulistische Tea-Party-Bewegung und erfährt laut einer landesweiten Umfrage vom 10. Oktober auch mehr Zustimmung: 54 Prozent stehen hinter OWS, aber nur 27 Prozent hinter der Tea Party (ebd.).

Die historischen Vorläufer geben Hinweise darauf, warum eine solche scheinbar abseitige Bewegung so breit und begeistert aufgenommen wurde. Im Weißen Haus wird sie anerkannt und bereits mit ihr taktiert (Wallsten 2011). In Los Angeles haben Stadtverordnete den Protestierenden ihre Unterstützung angeboten (Wilson 2011). Diese Entwicklungen haben für die Bewegung jedoch kaum unmittelbare Bedeutung. Viel wichtiger ist, dass OWS den zermürbten Linken im ganzen Land einen neuen Bezugspunkt geliefert und einen Weg für das Zusammenkommen sozialer Bewegungen aufgezeigt hat, die seit Jahrzehnten von Fragmentierung und Demoralisierung geplagt sind.

OWS entstand jenseits der etablierten sozialen Bewegungen, mit Ausnahme vielleicht

einer radikalen Nutzergruppe sozialer Medien. Das Rautenzeichen am Anfang des Namens verweist auf die Nutzung von Twitter bei der Mobilisierung vor und nach dem Start am 17. September 2011.

Alles begann als ein Vorschlag in der Juli-Ausgabe des in Vancouver ansässigen anti-konsumistischen Hochglanzmagazins *Adbusters*. Wie dessen Herausgeber und Chefredakteur Kalle Lasn erzählt, war das von den Situationisten inspirierte Magazin auf der Suche nach einer mit der Tahrir-Bewegung vergleichbaren Reaktion:

»Nach Tunesien und Ägypten waren wir völlig begeistert von der Tatsache, dass ein paar kluge Leute mit Hilfe von Facebook und Twitter einen Aufruf starten können und daraufhin sehr viele Leute auf die Straße gehen, um ihrem Ärger Luft zu machen. […] Wir spürten, dass es in Amerika ein wirkliches Potenzial für einen Tahrir-Moment gab, weil (a) die politische Linke einen solchen braucht und (b) die Leute ihre Arbeit [und] ihr Haus verlieren und junge Leute keine Arbeit finden.« (zit. n. Elliott 2011)

Sie hatten Recht, wie die öffentliche Reaktion zeigt: Tausende junger Menschen, die einer düsteren Zukunft mit endlosen College-Schulden und ohne Jobchancen entgegensehen, und ältere Menschen, deren staatliche Renten durch die verschärfte Sparpolitik bedroht sind, gingen auf die Straße. Die Organisatoren hofften gleich zu Beginn auf 20 000 Menschen, es kamen jedoch nur einige hundert. Aber es wurden schnell mehr. Die politische Linke war völlig überrascht. Die Mobilisierung lief über soziale Medien – also weder über die mit den sozialen Bewegungen verbundenen etablierten Gruppen noch über die politische Maschinerie oder den Einsatz von Geld.

Dieser Mobilisierungserfolg wird durch das Ausmaß der öffentlichen Unterstützung für die Proteste noch in den Schatten gestellt. Die Bilder erinnern an altes Nachrichten-Filmmaterial zu Woodstock. Anfangs versuchten Rundfunk und Fernsehen, die Teilnehmenden dem alten Stereotyp entsprechend als »dreckige Faulenzer« darzustellen. Aber bald merkten die Medien, dass sie eine Story gefunden hatten, die unbegrenzt ausgeschlachtet werden konnte, und sie begannen, über die Proteste als ein tägliches »David gegen Goliath« zu berichten (mit Ausnahme von Murdochs konservativen Fox News).

Die Protestierenden zielen in erster Linie auf die Wall Street – statt auf die Gesellschaft als ganze – und agieren gewaltfrei. ows bietet eine nicht-religiöse, universalistische kulturelle Alternative zum fremdenfeindlichen Stumpfsinn der populistischen Rechten. Die fehlende Identifikation mit politischen Parteien entkräftete zudem die Unterstellung der Rechten, ows werde von verborgenen Eliten manipuliert.

Der Form nach bestehen die Proteste aus campierenden Menschen im nahe des Bankenviertels von Manhattan gelegenen Zuccotti Park, in dem viele ihre Mittagspause verbringen (die Wall Street selbst wird seit 9/11 streng bewacht, mit Straßensperren, Polizei und Soldaten mit großen Maschinengewehren, die den Börsenbereich schützen). Nahrungsmittel werden von Teilnehmenden organisiert und kostenlos verteilt. Jeden Tag werden Generalversammlungen abgehalten. Da die Polizei


EXPROPRIATE
THE
EXPROPRIATORS
GOLDEN
FLEECE
MP
POLICE

den Einsatz von Lautsprechern untersagt hat, werden Wortmeldungen von den in Hörweite Stehenden laut wiederholt für diejenigen, die weiter weg stehen. Folglich müssen alle klar und knapp sprechen – ein Novum auf linken Versammlungen. Die Versammlungen und Abstimmungen sind offen und nicht-hierarchisch, entsprechend der Ziele der Initiatoren. In den Worten von Lasn: »Dieses neue Modell könnte ein neuartiges horizontales Ding sein, das irgendwie ähnlich wie das Internet funktioniert.« (zit. n. Elliott 2011)

Dem Inhalt nach richten sich die Proteste allgemein gegen die Macht der Konzerne, allerdings sind die Protestierenden offen für Forderungen von fortschrittlichen sozialen Bewegungen. Kräfte der politischen Linken sind vertreten, aber keine von ihnen konnte bislang sichtbar an Einfluss gewinnen. Das Beharren darauf, die Proteste ohne ausdrückliches Programm, Forderungen oder erkennbare Leitpersonen weiterzutreiben, wurde früh von einigen Beobachtern aus der Mitte und der Linken kritisiert (Henwood 2011; Ellis 2011). Peter Marcuse (2011) hingegen bemerkt:

»Das Wesen der Bewegung besteht gerade darin, die bisherigen Spielregeln abzulehnen und Veränderungen herbeizuführen, in denen [konkrete] Forderungen aufgehoben sind, die aber weit über solche hinausgehen, indem die Strukturen in Frage gestellt werden, die diese Forderungen überhaupt notwendig machen. Die Analogie zum Wesen der Aufstände des Arabischen Frühlings, der Bürgerrechtsbewegung und der gegenkulturellen Proteste der 1960er Jahre sind offensichtlich. Sie alle glaubten, dass sie innerhalb eines Systems agierten, dessen Funktionsweise verändert werden musste, bevor ihre spezifischen Forderungen verwirklicht werden konnten. Die Stärke all dieser Bewegungen lag in der massenhaften Unterstützung für Veränderungen, die sie organisierten, in ihrem Nachweis, dass es so nicht weitergehen könne, so dass die Machthabenden gezwungen waren, tiefgreifende Veränderungen entweder selbst umzusetzen oder den Weg freizumachen, damit andere dies tun.«

Seit dem Erfolg von ows in den ersten Wochen haben liberale Kritiker die Frage umgedreht und darüber spekuliert, wie sich das Weiße Haus und die Demokratische Partei an die neue Anti-Wall-Street-Stimmung anpassen können (Lind 2011; Creamer 2011). Innerhalb von ows wurde vor Kooptation gewarnt, einige vermuten, Reformforderungen jeglicher Art würden die Bewegung dem Untergang weihen (Gupta 2011). Andere betonen, dass allein enge Verbindungen zu den etablierten sozialen Bewegungen und zur Arbeiterklasse das Überleben der Bewegung sichern können, wie der entscheidende Zuwachs an öffentlicher Unterstützung seit der dritten Woche der Besetzung gezeigt habe.

Denn die Ereignisse nahmen seitdem einige Wendungen. Ein Marsch über die Brooklyn Bridge am 1. Oktober führte unter merkwürdigen Umständen zu Massenverhaftungen, die die öffentliche Meinung von Neugier in Sympathie für die Proteste umschlagen ließ – seitdem stehen die Stadt und besonders die Polizei unter kritischer Beobachtung, wobei polizeiliches Fehlverhalten in den schwarzen und Latino-Stadtvierteln freilich keine Überraschung, sondern die Regel ist (Marzulli

2011). Daraufhin brachte ein Bündnis großer Gewerkschaften und Nachbarschaftsgruppen am 5. Oktober Zehntausende auf die Straße, um ows zu unterstützen. So kamen Demonstranten aus vielen Stadtteilen im Zuccotti Park zusammen und solidarisierten sich mit ows.

Die breite Unterstützung beeinflusste den Gang der Ereignisse am 14. Oktober, als eine angekündigte »Säuberung« des besetzten Gebiets, also die geplante Zerstreuung der Protestierenden durch die Polizei, plötzlich verschoben wurde. Tausende versammelten sich innerhalb weniger Stunden, um den Park zu verteidigen. Die privaten Eigentümer des Grundstücks berichteten, sie seien von Aufforderungen offizieller Stellen überflutet worden, die Polizei von der Räumung abzuhalten, was den Bürgermeister wiederum empörte und in Verlegenheit brachte. Solidarität wurde so unerwartet zu einer Kraft, mit der die städtische Machtelite, die ein wesentlicher Teil der nationalen und globalen herrschenden Klasse ist, zu rechnen hatte. Gewählte Mandatsträger stehen in engem Kontakt zu Arbeiter- und Stadtteilgruppen. Diese Gruppen, organisierte Initiativen sozialer Bewegungen und innerstädtischer Bezirke, haben Verbindungen zu den Protestierenden – und untereinander – aufgebaut, die im Moment für wichtiger gehalten werden als ihre Verbindungen zum Kapital und ins Rathaus.

Die Zukunft der Proteste scheint durch die Umstände bestimmt. Letztlich wird die Besetzung des Parks zu Ende gehen, entweder durch die Polizei oder den Winter. Sehr viel schwieriger wird es sein, den Gärprozess der Massen, den ows in Gang gebracht hat, wieder zu stoppen. Das Auftauchen einer Opposition im Embryonalstadium hat dem System bislang nur eine leichte morgendliche Übelkeit beschert. Ob – und wann – sich daraus eine massenwirksame politische Kraft entwickelt, wird sich zeigen.

Aus dem Amerikanischen von Oliver Walkenhorst

LITERATUR

Creamer, Robert, 2011: 5 Reasons the Right Is Terrified of Occupy Wall St., 12.10.2011, www.alternet.org/teaparty/152707

Elliott, Justin, 2011: The origins of Occupy Wall Street explained, 4.10.2011, http://politics.salon.com/2011/10/04/adbusters_occupy_wall_st/singleton

Ellis, Lauren, 2011: Is #OccupyWallStreet Working?, 27.9.2011, http://motherjones.com/mojo/2011/09/occupy-wall-street

Gupta, Arun, 2011: What the occupation means to me, Roundtable, *SocialistWorker.org*, 14.10.2011, http://socialistworker.org/2011/10/14/what-occupy-wall-street-means

Henwood, Doug, 2011: The Occupy Wall Street non-agenda, *LBO News from Doug Henwood*, 29.9.2011, http://lbo-news.com/2011/09/29/the-occupy-wall-street-non-agenda

Lind, Michael, 2011: 6 Reasons Why Occupy Wall Street Protests Won't Help Democrats, 11.10.2011, www.alternet.org/story/152693

Marcuse, Peter, 2011: Occupy Wall Street – For What? For Whom? Where? Why?, *Peter Marcuse's Blog*, 7.10.2011, http://pmarcuse.wordpress.com/2011/10/07/97

Marzulli, John, 2011: We fabricated drug charges against innocent people to meet arrest quotas, former detective testifies, in: *New York Daily News*, 13.10.2011, http://articles.nydailynews.com/2011-10-13/news/30291567_1_nypd-narcotics-detective-false-arrest-suit-henry-tavarez

TIME, 2011: Topline Results of Oct. 9-10, 2011, TIME Poll, *Time Magazine Blog*, http://swampland.time.com/full-results-of-oct-9-10-2011-time-poll

Wallsten, Peter, 2011: Obama plans to turn anti-Wall Street anger on Mitt Romney, Republicans, in: *Washington Post* vom 15.10.2011, http://www.washingtonpost.com/business/economy/obama-plans-to-turn-anti-wall-street-anger-on-mitt-romney-republicans/2011/10/14/gIQAZfiwkL_story.html

Wilson, Simone, 2011: Occupy L.A.: City Council Resolution Supports Anti-Wall Street Protesters, Lets Them Keep Sleeping on Front Lawn, *LA Weekly Blog*, 5.10.2011, http://blogs.laweekly.com/informer/2011/10/occupy_la_city_council_resolution.php

INTERREGNUM DER PROTESTBEWEGUNGEN

THESEN ZUR POLITISCHEN ARTIKULATION DER KRISE

INGAR SOLTY

1 | In jeder Krise des Kapitalismus zerfasert das Erscheinungsbild der politischen Herrschaft – so auch in der gegenwärtigen. Aus Konsens gepanzert mit Zwang wurde Zwang gepanzert mit Residuen von Konsens. In der hegemonialen Epoche des Neoliberalismus war der allgemeine Klassencharakter der politischen Ökonomie des Staatshaushalts unter dem Diskurs des Selbstverständlichen verborgen. Nachdem es jahrelang an Millionen für Bildung, Gesundheit und Rente mangelte und plötzlich Milliarden zur Sozialisierung der Bankenverluste und Bekämpfung der Schuldenkrise verfügbar gemacht werden konnten, zeigt er sich offen. Posthegemoniale Herrschaft kann sich jedoch als Dominanz am Leben erhalten, solange sich ein kohärentes Projekt zur Erneuerung von Herrschaft durch Konsens nicht durchsetzen kann.

2 | Die gegenwärtige Krise ist eine Krise der Akkumulation, Ökologie und sozialen Reproduktion. Sie ist ferner eine Krise der Weltordnung mit dem American Empire als Garanten eines

integrierten globalen Kapitalismus – die Krise ist also eine organische. Dass die regulativen Grundlagen des Kapitalismus im 21. Jahrhundert erneut zur Disposition stehen, manifestierte sich in übergreifenden Projekten der Postneoliberalisierung. Von rechts bis (Mitte-)links wurde der Green New Deal (GND) als kohärentester Lösungsansatz angepriesen. Die Kehrtwende der Politik zu einem neuen Staatsinterventionismus erschien vielen (Links-)Keynesianern schon als Ende des Neoliberalismus. Mit der globalen austeritätspolitischen Wende 2010/2011 scheiterte der GND vorerst. Die Folge war eine Verschärfung der Krise. Plötzlich wirkt das Krisenmanagement rückblickend als das Gegenteil von Transformation: die Wiederherstellung des alten, neoliberalen Kapitalismus durch Staatshilfe. Die Antwort auf die Frage »Warum?« ist in der politischen Artikulation der Krise zu suchen.

3 | Von Marx und Engels ist die Formulierung »der gemeinsame Untergang der kämpfenden Klassen« (MEW4, 462) überliefert. Gramsci analysierte historische Konstellationen, in denen sich die gesellschaftlichen Klassen wechselseitig blockieren, mit dem Begriff der »charismatischen Führung«. In Anlehnung an einen weiteren Gramscischen Begriff kann die Frage nach der politischen Artikulation der Krise als *Interregnum* (vgl. Candeias 2010) bezeichnet werden. Mit dem Begriff des Interregnum bezeichnete Gramsci Übergangsepochen der Krise, in denen »die herrschende Klasse den Konsens verloren hat, d.h. nicht mehr ›führend‹, sondern einzig ›herrschend‹ ist, Inhaberin der reinen Zwangsgewalt«. In diesen Phasen haben, so Gramsci, »die großen Massen sich von den traditionellen Ideologien entfernt« und glauben nicht mehr an das, »woran sie zuvor glaubten«. Die Krise bestehe gerade darin, »dass das Alte stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann: in diesem Interregnum kommt es zu den unterschiedlichsten Krankheitserscheinungen« (1991, 354). Die Frage ist, ob die Protestbewegungen von 2011, die früh zu Vergleichen mit 1848 führten (Anderson 2011), Anzeichen für eine Überwindung der Krise sind.

4 | Weltweit gingen über 50 Mio. Arbeitsplätze verloren. Gleichzeitig entstand ein riesiges Heer an Unterbeschäftigten. Mitten in Europa und den USA stieg die Jugendarbeitslosigkeit wie seit der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre nicht mehr. Aus der Generation Praktikum wurde die Generation Krise. Alte Formen des Widerstands bekamen neuen Aufwind, wie vereinzelte Fabrikbesetzungen in den USA oder das Bossnapping zur Erzwingung ausstehender Löhne in Frankreich. In Griechenland, Italien, Spanien und Frankreich kam es zu parallelen Generalstreiks, in Deutschland zur Gründung von Krisenbündnissen in Anbetracht der zu erwartenden Sparmaßnahmen und weltweit zu Großdemonstrationen. Trotzdem blieb der organisierte Widerstand insgesamt fragmentiert und kurzatmig. Mit der Schwäche der antikapitalistischen Bewegungen hängt zusammen, dass die Linke nicht von der Krise profitiert. Mit wenigen Ausnahmen (wie z.B. der NDP in Kanada) gingen Wahlen und (insbesondere in Deutschland) Dynamik verloren.

5 | Erst aktuell, im vierten Jahr, kam es zu starken sozialen Protestbewegungen. Auch in der letzten Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren vergingen zwischen dem Crash an der



Occupy Köln, Stefan Ostler

New Yorker Börse 1929 und der Verschärfung der Klassenkämpfe in Gestalt der General- und Sitdown-Streiks in Minneapolis, Detroit, Flint und anderswo gut fünf Jahre.

Krisen erschüttern und politisieren den Status quo. Insbesondere bei denjenigen Klassen, die etwas zu verlieren haben, befördern sie allerdings zunächst Existenzängste. Die politische Beförderung des kleinen Eigentums ist seit Louis Bonaparte und Bismarck ein entscheidendes strategisches Mittel der herrschenden Klassen gewesen, den Klassenkonflikt zu entschärfen: Wer etwas zu verlieren hat, lehnt sich nicht gegen die Lohnabhängigkeit auf. Dieser Gedanke lag der konservativen Heimstätten-Reformbewegung gegen Ende des 19. Jahrhunderts zu Grunde, ebenso wie Thatchers Verkauf staatlicher Mietwohnungen an ihre Bewohner bis zu Bushs »Ownership Society«. Im »disziplinierenden Neoliberalismus« (Gill 2008) ist gerade die Verschuldung von Privathaushalten durch Hypotheken, Leasing-Verträge und Bildungskredite ein vorzügliches Mittel gewesen, von der Studienfach- und Berufswahl bis zum Arbeitsplatzalltag angepasstes Verhalten hervorzubringen. Wer verschuldet ist, ist tendenziell eher bereit, niedrigere Löhne und schlechtere Arbeitsbedingungen zu akzeptieren, um nicht das zum Teil bereits abbezahlte Eigentum zu verlieren.

6 | Die Politik der Krise entfaltete sich in mehreren Schritten. Von Anfang an gab es eine Repräsentationskrise und eine Delegitimierung der politischen Klasse. Mit wenigen Ausnahmen wie z.B. Kanada 2011 (Solty 2011) stürzten Regierungen und gelangten Oppositionsparteien an die »Macht«. Gleichzeitig verschärfte sich der Ausfransungsprozess des politischen Systems: Die neoliberale Epoche war durch die Erosion der klassischen (UK, Deutschland, Frankreich) bzw. Quasi-Sozialdemokratien (USA) gekennzeichnet gewesen. Deren Neoliberalisierung im Zuge des Dritten Weges führte zu einer Ab- bzw. Hinwendung großer Teile ihrer traditionellen, proletarischen Kernklientel zur »Nichtwählerpartei«, zum Rechtspopulismus und in Ausnahmefällen wie in Deutschland wenigstens zu etwa einem Drittel zu neuen Linksparteien. Rechtspopulistische Parteien wie die Schwedendemokraten oder die Wahren Finnen und rechtspopulistische Intellektuelle wie Thilo Sarrazin hatten gerade in den reicheren europäischen Ländern Erfolg. Das Ausfransen



Occupy Pensacola, 2likru

Christdemokratischer und konservativer Parteien zu Gunsten der neuen Rechtspopulismen ist eine zentrale »Krankheitserscheinung« des Interregnums.

7 | Ökonomische Krisen sind Verteilungskämpfe und werden mit ideologischen Waffen geführt. Die gesellschaftliche Funktion rechter Ideologien ist die Legitimation von sozialer Ungleichheit, die als natürliche Ungleichwertigkeit konstruiert wird. Damit eignen sich rechte Deutungsmuster als Begründungszusammenhänge für die Statussicherung insbesondere des ökonomischen Kleinbürgertums sowie der aufstiegsorientierten und hochqualifizierten Lohnabhängigen. Der lebenslange System- und Marktkonformismus dieser sozialen Gruppen, der sich hinter den Formulierungen »ehrliche Steuerzahler«, »hart arbeitende Familien«, »Leistungsträger«, »kleiner Mann« verbirgt, begünstigt den Schwenk zu autoritären Deutungsmustern und den Aufstieg einer »rohen Bürgerlichkeit«, wie sie Glenn Beck, Michael Savage oder Sloterdijk und Sarrazin verkörpern. Dabei werden die eigenen Ansprüche mit zwei – häufig vermengt auftretenden – Ideologemen untermauert: einem individuell-kapitalistischen und einem kollektiv-nationalistischen. *Individuell* wird die eigene Konformität in rigider Abgrenzung zu den »Nicht-Konformen« ins Feld geführt. Insofern in Krisen die Menschen verschärft auf ihren ökonomischen Wert reduziert werden, dient »Leistung« als Wertmaßstab der Konformität und als Ideologem der

eigenen Ansprüche. Auf der Grundlage dieser »Produzentenideologie« (Berlet/Lyons 2000) wird die Forderung untermauert, dass andere soziale Gruppen (die »[staats-]abhängigen Klassen«) die Kosten der Krise tragen sollen. *Kollektiv* werden die eigenen Ansprüche mit der Zugehörigkeit zur Nation behauptet. Dabei wird bewusst oder unbewusst mit mehr oder weniger völkischem Gedankengut operiert. Da die eigenen Ansprüche und Rechte in der Staatsbürgerschaft verbrieft sind, geraten jünger oder neu Zugewanderte ins Fadenkreuz der Bestrafungsrhetorik. Ihre Ausgrenzung wird erleichtert, wenn sich ihre historisch-subalterne soziale Lage auch ethnisch-kulturell als Nichtassimilation und Nichtkonformität stereotypisieren lässt. Die Krise befördert somit alle möglichen Varianten der sozialdarwinistischen Entsolidarisierung und nationalistischen Resolidarisierung. In den USA richtete sich die Wut gegen die (rassisierten) Armen, denen die Banken auf der endlosen Suche nach Rendite Subprime-Hypotheken angedreht hatten oder die in die Gunst vergünstigter staatlicher Immobilienkredite gelangt waren. Gleichzeitig profitiert der rechte Protest gegen Griechenlandpolitik, Eurobonds etc. von legitimer antineoliberaler Empörung über Sozialabbau, wenn sich der Wunsch nach ausfinanzierten Commons in Ressentiments gegen »faule Griechen« entlädt.

8 | Der rechte Protest steht in dem grundlegenden Widerspruch zwischen seiner rebellischen Rhetorik und seiner konformistischen Wirklichkeit, wie sie sich manifestiert im Dualismus von »Volk« und *politischer* Elite und der Anrufung eines eigentlichen »Volkswillens« (jenseits des nicht wahrgenommenen oder übergangenen Klassenantagonismus). So ruft die Tea Party die »wahren Amerikaner« (gemeint ist die Gemeinschaft der gesetzestreuen, selbsternannten »Leistungsträger«) zum »Aufwachen« und zur »Rückeroberung des Landes« auf. Ungeachtet ihrer Rhetorik vollziehen die Rechtspopulisten keinen Bruch mit dem politischen System, also den alten, enggeführten liberal-parlamentarischen Verkehrsformen. Sie sind lediglich Ausdruck und Kritik ihres zunehmenden Versagens und verkörpern die ultraliberal-autoritäre Radikalisierung des Liberalismus in seiner Krise. Hinter ihrer direktdemokratisch-plebiszitären Verve steht der alte Dualismus zwischen Repräsentierten und Repräsentanten. Es geht nicht um eine andere, nichtbürgerliche Form der Demokratie, sondern um glaubwürdige Repräsentanten und Führer, auf die die Komplexität politischer Interessensaushandlung zwischen den in den Apparaten des erweiterten Staates verdichteten gesellschaftlichen Klassen reduziert wird. Hieraus ergibt sich eine charismatische Herrschaftsform, die zum Grundbestand bürgerlicher Herrschaft gehört, aber besonders in ihren Krisen floriert. Charismatische Führer mit einem dezidiert anti-berufspolitischen Profil haben Erfolg. Sie scheinen »von außen« zu kommen und unabhängig oder über den Klassen (jenseits des »Parteienzwists«) zu stehen. In dieser Krise sind das so unterschiedliche Antiberufspolitiker wie die Tea-Party-Ikone Sarah Palin, die mit ihrer Sprechweise (»folks«, »aw shucks« etc.) Subalternität evoziert, und der sich im AC/DC-T-Shirt volksnah inszenierende Guttenberg. Die charismatischen Führer sind somit Ausdruck der Krise der liberalen politischen Form und ihrer Verlängerung

in der autoritären Sehnsucht nach anderen, durchschlagsfähigen oder durch ihr Charisma das Gemeinwohl repräsentierenden Führern zugleich.

9 | Die charismatische Herrschaft und Führung ist in den USA besonders stark ausgeprägt. Zum einen, weil ihr politisches System ein präsidiales Mehrheitswahlrecht ist, in dem der Präsident in direktem Akklamationskontakt mit dem Volk und über die einzelnen Parteiabgeordneten hinweg regiert; zum anderen, weil ihr politisches System von zwei (früh-) liberalen Parteien dominiert wird und die Arbeiterbewegung trotz der industriell-kapitalistischen Entwicklung keine eigenständige (Klassen- und Massen-)Partei hervorgebracht hat, die dieses Akklamationsverhältnis durch Formen von Klassenpolitik hätte durchbrechen können (vgl. Solty 2008). Deshalb konnte der Rechtspopulismus gerade in den USA in Gestalt der Tea Party die erste Phase der Politik in der Krise prägen. Sie war die Massenbasis, die alte Industrien und Vermögensbesitzer brauchten, um den Green New Deal zu Grabe zu tragen. Dabei gehört zum Interregnum, dass ihr Aufstieg die – aus der Perspektive des Kapitals – langfristig »vernünftigen« Maßnahmen zur Erneuerung des Kapitalismus blockiert. In jedem Fall ist die flächendeckende Kürzungspolitik seit den Kongresswahlen 2010 auch Ausdruck der direkten und indirekten Macht der Tea Party . Damit aber läuft sie (als signifikante Minderheit) Gefahr, entzaubert und als Teil der unpopuläre Entscheidungen fällenden Herrschenden wahrgenommen zu werden. Die Wahlen 2010 jedenfalls hat die Tea Party von Anfang an als Mandat zum Abbau gewerkschaftlicher Rechte fehlinterpretiert (Solty 2010). Auch dies gehört zur Vorgeschichte von OWS.

Die neuen Protestbewegungen treten im Moment der globalen austeritätspolitischen Wende und des Rückfalls in die Rezession auf. Sie entfalteten sich wellenförmig und in wechselseitiger Beeinflussung (vgl. *Luxemburg* 2/2011). Mitte September entstand die Occupy-Wall-Street-Bewegung, die ihre Inspirationen ebenfalls aus den in Ägypten und Spanien erprobten Besetzungsmodellen bezieht. Sie gewann schnell an Zuspruch und Zugkraft und globalisierte sich einen Monat später. Obwohl oder gerade weil der Charakter von Indignados und Occupy-Protesten spontaneistisch ist, scheint ihnen wenigstens kurzzeitig gelungen zu sein, was den etablierten Großorganisationen der Linken – Gewerkschaften und Linksparteien – bislang nicht gelang: das Aufgreifen, Kanalisieren und die direkte Repräsentation der wachsenden sozialen Wut über die Krise sowie ihren Hintergrund der ungleichen Vermögensverhältnisse. Gerade das sich hinter dieser Tatsache verbergende tiefe Misstrauen gegenüber sämtlichen Institutionen, einschließlich derjenigen der beherrschten Klassen, ist ein zentrales Moment des Krisen-Interregnums.

10 | Mit der Occupy- und verwandten Bewegungen verknüpft sich die Hoffnung, dass sie Teil einer Überwindung des Interregnums sein könnten, indem sie im gesellschaftlichen Bewusstsein reale demokratische Alternativen an die Stelle der rechtspopulistischen Scheinlösungen setzen. Die Occupy-Bewegung könnte Ausdruck und Stimulus des Übergangs zu einem neuen politischen Bewusstsein zugleich sein. Die Begründer der Occupy-Bewegung –

die kanadische Gruppe »Adbusters« – haben als Beweggrund für ihre Mobilisierungsversuche die Enttäuschung über Obama benannt.[1] Umfragen unter den Beteiligten belegen neben der allgemeinen Heterogenität, dass die Mehrzahl der Demonstranten aus desillusionierten Obama-Enthusiasten besteht (Schoen 2011). In ihren Augen hat Obama nicht gehalten, was er versprach: die Reregulierung des Bankensystems, Hilfe für Zwangsversteigerungsopfer und die Behebung der (Jugend-)Arbeitslosigkeits- und Unterbeschäftigungskrise. In der Bewegung scheint sich ein Lernprozess auszudrücken: Nicht Delegation des politischen Willens, sondern nur die demokratische Selbstorganisation und soziale Bewegung werden zu Veränderung führen. Darin verbirgt sich das Potenzial zu einer (Re-)Demokratisierung des im Zuge der neoliberalen Wende entdemokratisierten Liberalismus, d.h. neuen Kämpfen zwischen Demokratie und Kapitalismus.

11 | Sicherlich wird es der Occupy-Bewegung allein kaum gelingen, wirksame gesellschaftliche Gegenmacht hervorzubringen. Ohne Unterstützung und Verbindung zu den zentralen Säulen der Demokratisierung im Kapitalismus und der Option auf seine Überwindung, d.h. der organisierten Interessenvertretung der Lohnabhängigen in Gestalt der Gewerkschaften und hegemoniefähigen, antikapitalistischen Parteien, kann sie nur das Faustpfand jener politischen Kräfte werden, die sich durch sie neuen politischen Handlungsspielraum für eine grünkapitalistische Reform des Kapitalismus versprechen, der ihnen bislang durch die vereinte Macht von alten Industrien, Vermögensbesitzern und deren rechtspopulistischen Helfershelfern verbaut gewesen ist. Dann müsste sie das Schicksal so vieler kooptierter antikapitalistischer Bewegungen teilen, dem Kapitalismus zu neuem hegemonialen Leben verholfen zu haben. Gelingt die produktive Verbindung von Gewerkschaftsbewegung, politischen Linksformationen und den Occupy- und ihr verwandten Bewegungen, könnten Letztere das Bindeglied zu »labor-community coalitions« (Fletcher/Gaspasin 2008) sein und auf dem strategischen Terrain insbesondere der globalen Städte Grundlagen für gegenhegemoniale Projekte der Linken schaffen. Dass eine wachsende Zahl an Gewerkschaften sowie die politische Linke/LINKE die Proteste unterstützt und sich mit ihren Erfahrungen und sozialen Deutungsmustern in sie einklinkt, ist daher eine wesentliche Entwicklung.

LITERATUR

Anderson, Perry, 2011: On the Concatenation in the Arab World, in: *New Left Review* 68, vgl. www.zeitschrift-luxemburg.de/?p=1582

Berlet, Chip, und Matthew N. Lyons, 2000: *Right-Wing Populism in America*, Guilford

Candeias, Mario, 2010: Interregnum – Molekulare Verdichtung und organische Krise, in: Alex Demirović u.a. (Hg.), *Vielfachkrise*, Hamburg, 45–62

Fletcher, Bill, und Fernando Gaspasin, 2008: *Solidarity Divided*, Berkeley

Gill, Stephen, 2008: *Power and Resistance in the New World Order*, London

Gramsci, Antonio: *Gefängnishefte*. Band 2, Hamburg 1999

Marx, Karl, und Friedrich Engels: MEW, Berlin/DDR 1957ff

Schoen, Douglas, 2011: Polling the Occupy Wall Street Crowd, in: *Wall Street Journal*, 18.10.

Solty, Ingar, 2008: *Das Obama-Projekt*. Supplement Sozialismus, 10

Ders., 2010a: Die Tea Party und der hilflose Antifaschismus des Blocks an der Macht. In: *Sozialismus*, 11, 45–50

Ders., 2010b: Die Tea Party-Quittung. Das Scheitern des Obama-Projekts und die US-Zwischenwahlen 2010. In: *Sozialismus*, 12, 42–7

Ders. 2011: Laytongrad in Harperland? In: *Sozialismus*, 6, 59–62

1 http://thetyee.ca/News/2011/10/07/Kalle-Lasn-Occupy-Wall-Street/


REVOLUTION

VERFASSERINNEN UND VERFASSER

JUDITH BUTLER US-amerikanische Philosophin und Philologin, Professorin für Rhetorik und Vergleichende Literaturwissenschaft an der European Graduate School und der University of California, Berkeley. Schwerpunkte: Feministische Theorie, Diskursanalyse. V: Kritik, Dissens, Disziplinarität (2011); Die Macht der Geschlechternormen und die Grenzen des Menschlichen (2009)

DAVID COHEN freier Journalist, u.a. für China Power-Blog der Zeitschrift *The Diplomat*, für *Christian Science Monitor, The Guardian Online, The Interpreter* des Lowy Institute for International Policy, *China Daily* und *Global Times*

MALTE DANILJUK Referent Internationale Politik und Soziale Bewegungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung

AMACODOU DIOUF Vorsitzender von Action Humaine pour le Développement Intégré au Sénégal, Kooperationspartner der Rosa-Luxemburg-Stiftung

DANIEL FASTNER Übersetzer, MA Philosophie, Mitglied der Gruppe [pæris]

HORST KAHRS Sozialwissenschaftler, Leiter des Bereiches Strategie und Grundsatzfragen beim Parteivorstand Die Linke. V: Parteienlandschaft im Umbruch, in: *Luxemburg* 2/2009, 122ff

CHRISTINA KAINDL Dipl.-Psych., leitende Redakteurin von *Luxemburg*. Doktorandin am FB Politikwissenschaften der FU Berlin. V: Das »Subjekt« zwischen Krise und Emanzipation (Mithg., Verf., 2010), Subjekte im Neoliberalismus (Hg., Verf., 2007); Kritische Wissenschaften im Neoliberalismus (Hg., Verf., 2005)

CLAUS-DIETER KÖNIG Leiter des Auslandsbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Dakar

TASOS KORONAKIS Mitglied des Parteivorstandes und des politischen Sekretariats der griechischen Linkspartei Synaspismos, zuständig für Massenmobilisierungen und Organisationsfragen

THOMAS LAUGSTIEN Freier Lektor und Übersetzer (VdÜ), 1981–1998 Redaktionssekretär und Redakteur von *Das Argument*

PETER MARTIN Politikberater in Peking. Diverse Veröffentlichungen in *Christian Science Monitor, The Guardian Online, The Interpreter* des Lowy Institute for International Policy, *China Daily* und *Global Times*

OUSMANE NIANG Mitarbeiterin des Auslandsbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Dakar

AI-JEN POO Organizerin, Mitbegründerin der National Domestic Workers Alliance

MIMMO PORCARO Mitglied der Partito della Rifondazione Comunista (PRC) und der Kulturvereinigungen Punto Rossa und Alternative Europa. Schwerpunkte: Klassen- und Emanzipationsbewegungen. V: Arbeit und Leben. Memorandum für eine künftige Untersuchung des (Klassen-?) Bewusstseins, in: *transform* 2 (2008), 49ff; Die radikale Linke und das Problem des Pluralismus: Der Fall Italien, in: *Texte der RLS* 30 (2006), 19ff

JEFFREY RAFFO Projektleiter für Organizing und Windenergie im IG Metall-Fachbereich »Mitglieder und Kampagnen«,

war Campaigner bei der Gewerkschaft UNITE sowie bei der Krankenhausgewerkschaft 1199 in den USA und in Kanada, in Deutschland Mitbegründer von OrKa. V: Organizererfahrungen aus Nordamerika – und aus Nordrhein-Westfalen, in: P. Bremme u.a. (Hg): Never work alone. Organizing – ein Zukunftsmodell für Gewerkschaften (2007)

JAN REHMANN Philosoph, Privatdozent an der FU Berlin, unterrichtet am Union Theological Seminary in New York. V: Einführung in die Ideologietheorie (2008); Sloterdijks Weg vom Zynismus-Kritiker zum Herrschaftszyniker (mit T. Wagner, 2009), in: *Das Argument* 280, 116–130

BERND RIEXINGER ver.di-Geschäftsführer des Bezirks Stuttgart und Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der Partei Die Linke in Baden-Württemberg. V: Gewerkschaften in der Globalisierungsfalle: Vorwärts zu den Wurzeln (mit W. Sauerborn, 2004)

RAINER RILLING stellv. Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse und Referent Kapitalismusanalyse und internationale Beziehungen der RLS. V: Risse im Empire (2008)

INGAR SOLTY Redakteur von *Das Argument* und Doktorand am Fachbereich Politikwiss. der York University in Toronto/ Kanada. V: Kampf um Hegemonie: Die Gesundheitsreform in den USA, in: *Luxemburg* 2/2009, 27ff

MARLENE STREERUWITZ Schriftstellerin und Regisseurin, Finalistin des Deutschen Buchpreises 2011. V: *Die Schmerzmacherin* (2011)

NIK THEODORE Direktor des Center for Urban Economic Development an der University of Illinois, Chicago, Prof. am Department of Urban Planning and Policy. Schwerpunkte: sozioökonomische Ungleichheit, Stadtforschung, Community-Organizing. V: (mit J. Peck und N. Brenner) Neoliberal Urbanism: Cities and the Rule of Markets, in: G. Bridge and S. Watson (Hg), New Companion to the City (2010)

IBRAHIMA THIAM Mitarbeiter des Auslandsbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Dakar

CORINNA TROGISCH lokale Projektkoordinatorin der RLS in der Türkei, Diss. zum Thema Sozialistischer Feminismus in der Türkei

OLIVER WALKENHORST Mitarbeiter am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, Redakteur beim *Argument* und beim Historisch-Kritischen Wörterbuch des Marxismus (HKWM). Arbeitsgebiete: Klimawandel; Ökologie; Wissenschaftsgeschichte. V: »Klimapolitik«, in: HKWM Band 7/I (2008)

RICHARD D. WOLFF Prof. em. für Wirtschaftswissenschaften an der University of Massachusetts, Gastprof. am Graduate Program in International Affairs an der New School University, New York sowie Dozent am Brecht Forum in Manhattan. V: Capitalism Hits the Fan: The Global Economic Meltdown and What to Do About It (2009)

ETHAN YOUNG Co-Moderator von Portside.org, Content Manager des Brecht Forum's, Autor verschiedener Artikel u.a. für Non Violent Activist und WIN